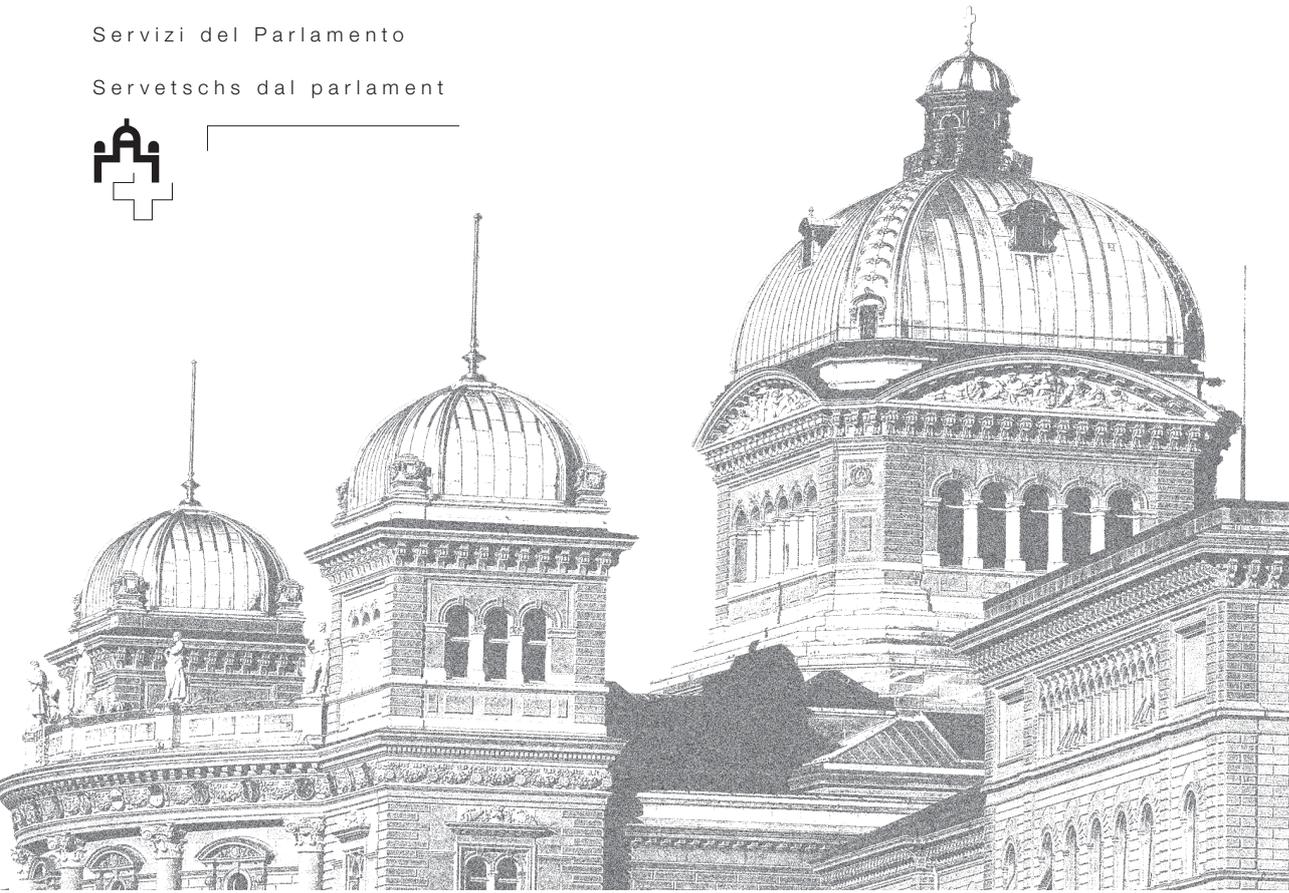


Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Volksabstimmung vom 27.09.2020

Votation populaire du 27.09.2020

Votazione popolare del 27.09.2020

19.026

**Für eine massvolle Zuwanderung
(Begrenzungsinitiative). Volksinitiative**

**Pour une immigration modérée
(initiative de limitation). Initiative populaire**

**Per un'immigrazione moderata
(Iniziativa per la limitazione). Iniziativa popolare**

VH 19.026

Documentazione

Biblioteca del Parlamento

Documentation

Bibliothèque du Parlement

Dokumentation

Parlamentsbibliothek

Parlamentsbibliothek

Bibliothèque du Parlement
CH- 3003 Bern
+41 58 322 97 44
doc@parl.admin.ch

Biblioteca del Parlamento

Inhaltsverzeichnis | Table des matières | Contenuto

Seite – Page - Pagina

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations - Compendio delle deliberazioni		I
2. Zusammenfassung der Verhandlungen		II
Résumé des délibérations		V
Riassunto delle deliberazioni		VIII
3. Verhandlungen der Räte - Débats dans les conseils - Dibattiti nelle Camere		
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	16.09.2019	1
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	25.09.2019	59
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	25.09.2019	68
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	09.12.2019	81
4. Schlussabstimmungen - Votations finales - Votazioni finali		
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	20.12.2019	94
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	20.12.2019	96
5. Namentliche Abstimmungen - Votes nominatifs - Votazioni per appello nominale		97
6. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» vom 20. Dezember 2019		100
Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Pour une immigration modérée (initiative de limitation)» du 20 décembre 2019		102
Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per un'immigrazione moderata (Iniziativa per la limitazione)» del 20 dicembre 2019		104
7. Argumente		106
Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.		
Arguments		
Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.		
Argomenti		
I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.		

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations

19.026 n Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative). Volksinitiative

Botschaft vom 7. Juni 2019 zur Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» ([BBI 2019 5027](#))

NR/SR *Staatspolitische Kommission*
NR *Aussenpolitische Kommission*

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» ([BBI 2019 5079](#))

25.09.2019 Nationalrat. Beschluss gemäss Entwurf

09.12.2019 Ständerat. Zustimmung

20.12.2019 Ständerat. Annahme in der Schlussabstimmung

20.12.2019 Nationalrat. Annahme in der Schlussabstimmung

Schlussabstimmungstext: [BBI 2019 8651](#)

19.026 n Pour une immigration modérée (initiative de limitation). Initiative populaire

Message du 7 juin 2019 relatif à l'initiative populaire «Pour une immigration modérée (initiative de limitation)» ([FF 2019 4807](#))

CN/CE *Commission des institutions politiques*
CN *Commission de politique extérieure*

1. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une immigration modérée (initiative de limitation)» ([FF 2019 4859](#))

25.09.2019 Conseil national. Décision conforme au projet

09.12.2019 Conseil des Etats. Adhésion

20.12.2019 Conseil des Etats. Adoption (vote final)

20.12.2019 Conseil national. Adoption (vote final)

Texte soumis au vote final: [FF 2019 8179](#)

2. Zusammenfassung der Verhandlungen

19.026 Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative). Volksinitiative

Botschaft vom 7. Juni 2019 zur Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» ([BBI 2019 5027](#))

Ausgangslage

Bundesrat sagt Nein zur Begrenzungsinitiative

An seiner Sitzung vom 7. Juni 2019 hat der Bundesrat seine Botschaft zur Volksinitiative "Für eine massvolle Zuwanderung" an das Parlament verabschiedet. Er bekräftigt darin sein Nein gegen die sogenannte Begrenzungsinitiative. Der Verzicht auf die Personenfreizügigkeit mit der EU würde Arbeitsplätze in der Schweiz gefährden. Die Initiative nimmt zudem den Wegfall der Bilateralen I und damit das Ende des bilateralen Wegs in Kauf.

Die Initiative verlangt vom Bundesrat, das Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) mit der EU auf dem Verhandlungsweg innert Jahresfrist ausser Kraft zu setzen oder es einseitig zu kündigen, falls dies nicht gelingen sollte. Damit nimmt die Initiative auch den Wegfall der Bilateralen I in Kauf, und stellt so den bilateralen Weg insgesamt in Frage.

Schweiz profitiert stark von der Personenfreizügigkeit

Die Personenfreizügigkeit ist für die Schweiz von zentraler Bedeutung. Sie erlaubt es Arbeitgebern, rasch, flexibel und ohne administrativen Aufwand Fachkräfte im EU/EFTA-Raum zu rekrutieren. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze. Der Wegfall der Personenfreizügigkeit hätte deshalb einschneidende Auswirkungen auf den Wirtschafts-, aber auch den Wissenschaftsstandort Schweiz. Er würde viele Arbeitsplätze in unserem Land direkt gefährden.

Die Personenfreizügigkeit gilt nicht bedingungslos. Wer sich in der Schweiz aufhalten möchte, braucht einen gültigen Arbeitsvertrag, muss selbstständig erwerbend sein oder bei Nichterwerbstätigkeit ausreichende finanzielle Mittel nachweisen können und über eine umfassende Krankenversicherung verfügen. Das FZA führt deshalb vor allem zu einer Zuwanderung in den Arbeitsmarkt: Rund zwei Drittel der Staatsangehörigen aus EU-Staaten, die in die Schweiz einwandern, nehmen direkt eine Erwerbstätigkeit auf. Die Zuwanderung im Rahmen des FZA hat insgesamt nicht zu einer Zunahme der Sozialleistungsbezüge oder zu einer Verschlechterung der Arbeitsmarktbedingungen geführt.

Gleichzeitig garantiert das FZA, dass Schweizer Bürgerinnen und Bürger in der EU leben und arbeiten können.

Wegfall der Bilateralen I

Kommt es zu einer einseitigen Kündigung des FZA fielen aufgrund der "Guillotine-Klausel" zudem alle anderen sechs Abkommen der Bilateralen I weg. Diese sichern in wichtigen Wirtschaftssektoren einen weitgehend diskriminierungsfreien Zugang der Schweizer Unternehmen zum EU-Binnenmarkt. Konkret sind dies die Abkommen über die technischen Handelshemmnisse, über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, zum Land- und Luftverkehr, zum öffentlichen Beschaffungswesen sowie zur Forschung.

Die EU ist der bedeutendste Handelspartner der Schweiz. 2018 exportierte unser Land Waren im Wert von über 120 Mrd. Franken in die EU, das entspricht über der Hälfte aller Exporte. Ein Wegfall der Bilateralen I hätte einschneidende negative Konsequenzen für die Schweizer Volkswirtschaft. Der Zugang zum EU-Binnenmarkt würde sich verschlechtern, was die Exportmöglichkeiten für Schweizer Unternehmen einschränken und höhere Konsumentenpreise für Importe aus der EU nach sich ziehen würde. Studien im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) von 2015 zeigen auf, dass in weniger als 20 Jahren das Bruttoinlandprodukt rund fünf bis sieben Prozent tiefer liegen würde als mit den Bilateralen I.

Zusätzlich besteht das Risiko, dass die EU neben den Bilateralen I weitere Abkommen mit der Schweiz in Frage stellt, wie zum Beispiel die Schengen- und Dublin-Assoziierungsabkommen. Eine Annahme der Initiative würde folglich den bilateralen Weg zwischen der Schweiz und der EU grundlegend in Frage stellen.

Zuwanderung folgt den Bedürfnissen der Wirtschaft

Schon seit der Einführung der Personenfreizügigkeit folgt die Zuwanderung aus der EU der wirtschaftlichen Entwicklung in der EU und in der Schweiz. In den ersten Jahren nach der Finanzkrise 2008 wuchs die Wirtschaft in der Schweiz stärker als in der EU. Entsprechend stieg die Zuwanderung über mehrere Jahre an. Seit 2013 hat sich der Wanderungssaldo (Nettozuwanderung) aus der EU aufgrund des soliden Wirtschaftswachstums in Europa allerdings wieder von damals rund 60 000 auf rund 30 000 Personen halbiert.

Selbst wenn das inländische Arbeitskräftepotenzial bestmöglich ausgeschöpft werden kann, wird die Schweiz auch in Zukunft auf gut qualifizierte Personen aus dem Ausland angewiesen sein, da die Bevölkerung in der Schweiz in den kommenden Jahren deutlich altern wird. Dieser demografische Wandel ebenso wie der strukturelle Wandel unter anderem infolge der Digitalisierung verschärft den Fachkräftemangel und stellt eine grosse Herausforderung dar. Ein Wegfall des FZA würde die negativen Auswirkungen des demografischen Wandels für den Arbeitsmarkt in der Schweiz deutlich verschärfen.

Zuwanderung auch als Herausforderung

Der Bundesrat anerkennt, dass Zuwanderung stets auch mit Herausforderungen verbunden ist. Er möchte nur so viel Zuwanderung wie nötig. Das inländische Arbeitskräftepotenzial soll daher weiterhin gezielt unterstützt und gefördert werden. Dies entspricht auch dem Auftrag aus der Masseneinwanderungsinitiative, die das Stimmvolk 2014 angenommen hatte.

Im Bereich des FZA nutzt der Bundesrat die bestehenden flankierenden Massnahmen wie die Meldepflicht und Kontrollen bei entsandten EU-Arbeitnehmenden. Die Stellenmeldepflicht, die inländischen Arbeitssuchenden einen zeitlichen Vorsprung auf dem Stellenmarkt verschafft, wird konsequent umgesetzt. Am 15. Mai 2019 hat der Bundesrat zudem eine Reihe weiterer wirtschafts- und sozialpolitischer Massnahmen beschlossen, um die inländischen Arbeitskräfte und insbesondere die älteren Arbeitnehmer gezielt zu unterstützen.

(Quelle: Medienmitteilung des Bundesrates vom 07.06.2019)

Verhandlungen

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

Entwurf: [BBI 2019 5079](#)

25.09.2019	NR	Beschluss gemäss Entwurf
09.12.2019	SR	Zustimmung
20.12.2019	SR	Annahme in der Schlussabstimmung
20.12.2019	NR	Annahme in der Schlussabstimmung

Schlussabstimmungstext: [BBI 2019 8651](#)

Der Bundesrat und die Bundesversammlung wollen an der Personenfreizügigkeit festhalten und empfehlen die Volksinitiative "Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)" Volk und Ständen zur Ablehnung. In den Augen ihrer Gegnerinnen und Gegner nimmt die Initiative den Wegfall der Bilateralen I und damit das Ende des bilateralen Wegs mit der EU in Kauf. Die SVP-Fraktion ist demgegenüber der Ansicht, die Schweiz müsse die unerwünschten Folgen der Zuwanderung unbedingt eindämmen und wieder selbst über ihre Migrationspolitik entscheiden.

Nur die Mitglieder der SVP-Fraktion unterstützten die Initiative. Ihr Minderheitsantrag, wonach die Initiative zur Annahme zu empfehlen sei, wurde jedoch im Nationalrat mit 123 zu 63 Stimmen bei 3 Enthaltungen und im Ständerat mit 38 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. In beiden Räten wurden die Argumente, die bereits in der Debatte zur Volksinitiative "Gegen Masseneinwanderung" ([12.098](#) n) angeführt worden waren, wiederholt.

In der Herbstsession 2019 ergriffen im **Nationalrat** rund 90 Rednerinnen und Redner in einer über achtstündigen Marathondebatte das Wort. Die Mitglieder der SVP-Fraktion zeichneten ein alarmierendes Bild von einer Schweiz mit zehn Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern, überlasteten Sozialwerken, verstopften Autobahnen, überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln, unbezahlbaren Mieten und arbeitslosen Seniorinnen und Senioren. Die Schweiz müsse die Zuwanderung eigenständig regulieren können, um eine Verschlechterung der Lebensqualität zu

verhindern und die Unsicherheit sowie die Zubetonierung des Landes zu bekämpfen. Die anderen Fraktionen, die sich alle gegen diese Initiative aussprachen, verneinten diese Probleme nicht und räumten ebenfalls Schwierigkeiten in Zusammenhang mit der hohen Zuwanderung ein. Gleichzeitig betonten sie jedoch insbesondere, wie wichtig die bilateralen Verträge für die Wirtschaft der Schweiz sind. Sie hoben hervor, dass die Annahme dieser Initiative die bilateralen Beziehungen mit dem wichtigsten Handelspartner der Schweiz aufs Spiel setzen würde. Eine Abkehr von der Personenfreizügigkeit hätte für die Schweiz als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort äusserst schwerwiegende Folgen. Die Personenfreizügigkeit bringe zwar gewisse Herausforderungen mit sich, die Vorteile der Zuwanderung aus Europa würden jedoch die Nachteile deutlich überwiegen. Auch Bundesrätin Karin Keller-Sutter erwähnte die zuweilen negativen Auswirkungen der Verträge auf die Struktur des Arbeitsmarktes, erinnerte allerdings auch an die vom Bundesrat ergriffenen Gegenmassnahmen: flankierende Massnahmen, Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Überbrückungsrenten für ausgesteuerte ältere Arbeitslose. Die Bundesrätin warnte die Initiativbefürworterinnen und -befürworter, die EU müsse bei einer Annahme der Initiative die Guillotine-Klausel nicht "aktivieren", da sie automatisch in Kraft trete. Zudem sei die EU anders als beim Brexit, wo sie mit London verhandeln müsse, nicht zu Neuverhandlungen mit der Schweiz verpflichtet, wodurch sich Letztere von einem Tag auf den anderen ohne Abkommen wiederfinden könnte.

Auch im **Ständerat** sprachen sich die meisten Mitglieder klar gegen die Initiative aus. Sie hielten fest, dass das Saldo der Migration aus der Europäischen Union zwischen 2013 und 2018 markant zurückgegangen ist, während der Anteil der Einwanderung aus Drittstaaten, die von dieser Initiative nicht betroffen sind, im Jahr 2018 43,6 Prozent betrug. Sollte das Ziel der Initiative wirklich sein, wieder selbst über die Einwanderungspolitik bestimmen zu können, so werde dieses Ziel verfehlt. Dies ganz abgesehen von den verheerenden Folgen, welche die Kündigung der bilateralen Verträge für die Wirtschaft hätte. Die Mitglieder der SVP-Fraktion hielten auch in der kleinen Kammer fest, dass sie die Einwanderung nicht stoppen, sondern regulieren wollen, um die Lebensqualität zu erhalten und die Identität der Schweiz zu bewahren.

In der Schlussabstimmung empfahlen beide Räte Volk und Ständen, die Volksinitiative abzulehnen. Der Nationalrat nahm den entsprechenden Bundesbeschluss mit 142 zu 53 Stimmen bei 2 Enthaltungen gegen den Willen der SVP-Fraktion an, der Ständerat mit 37 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen, wobei die Gegenstimmen ebenfalls von der SVP-Fraktion kamen.

2. Résumé des délibérations

19.026 Pour une immigration modérée (initiative de limitation). Initiative populaire

Message du 7 juin 2019 relatif à l'initiative populaire «Pour une immigration modérée (initiative de limitation)» ([FF 2019 4807](#))

Situation initiale

Le Conseil fédéral dit non à l'initiative de limitation

Lors de sa séance du 7 juin 2019, le Conseil fédéral a adopté, à l'intention du Parlement, son message relatif à l'initiative populaire "Pour une immigration modérée". Il y confirme son non à l'initiative dite de limitation. Renoncer à la libre circulation des personnes avec l'UE menacerait l'emploi en Suisse. L'initiative prend par ailleurs le risque de mettre un terme aux accords bilatéraux I et de remettre ainsi fondamentalement en cause la voie bilatérale poursuivie avec l'UE.

L'initiative exige que le Conseil fédéral mette tout en oeuvre, par la voie de la négociation, pour que l'accord sur la libre circulation des personnes (ALCP) conclu avec l'UE cesse d'être en vigueur dans un délai d'un an ou, en cas d'échec, qu'il dénonce unilatéralement cet accord. Elle prend ainsi le risque de mettre un terme aux accords bilatéraux I, ce qui remettrait fondamentalement en cause la voie bilatérale poursuivie avec l'UE.

La libre circulation des personnes extrêmement profitable pour la Suisse

La libre circulation est d'une importance capitale pour la Suisse. Elle permet aux employeurs de recruter de la main-d'oeuvre qualifiée dans l'espace UE/AELE de manière rapide et souple, avec une charge administrative réduite. Ainsi, elle renforce la compétitivité de notre économie et préserve de nombreux emplois. Un abandon de la libre circulation des personnes aurait donc des conséquences très néfastes pour la Suisse en tant que pôle économique, mais aussi scientifique et menacerait directement de nombreux emplois dans notre pays.

En outre, la libre circulation des personnes n'est pas inconditionnelle. Pour séjourner en Suisse, un étranger se prévalant de l'ALCP doit, en effet, soit être titulaire d'un contrat de travail en cours de validité, soit exercer une activité indépendante ou, s'il n'entend pas exercer d'activité lucrative, disposer de ressources financières suffisantes et être affilié à une assurance-maladie qui lui assure une couverture complète. L'immigration induite par l'ALCP est donc motivée principalement par le marché du travail : environ deux tiers des ressortissants de l'UE qui immigrent en Suisse y exercent d'emblée un emploi rémunéré. Dans l'ensemble, l'immigration favorisée par l'ALCP n'a entraîné ni augmentation du recours aux prestations de l'aide sociale, ni détérioration des conditions du marché de l'emploi.

De plus, l'ALCP permet aux citoyens suisses de vivre et de travailler dans l'UE.

Abandon des Bilatérales I

En raison de la clause dite guillotine, toute dénonciation unilatérale de l'ALCP entraînerait l'extinction des six accords bilatéraux I. Ces accords garantissent aux entreprises suisses un accès presque sans discriminations au marché intérieur de l'UE dans des secteurs économiques importants. Concrètement, ces accords portent sur les obstacles techniques au commerce, le commerce des produits agricoles, les transports aériens et terrestres, les marchés publics et la recherche.

L'UE est le principal partenaire commercial de la Suisse. En 2018, notre pays a exporté pour 120 milliards de francs de marchandises dans l'UE, ce qui correspond à la moitié de toutes les exportations. L'abandon des accords bilatéraux I aurait de fortes conséquences négatives pour l'économie suisse. L'accès au marché intérieur européen se détériorerait, ce qui limiterait les possibilités d'exportation pour les entreprises suisses et entraînerait une hausse du prix des biens de consommation importés de l'UE. Des études de 2015 réalisées sur mandat du Secrétariat d'Etat à l'économie (SECO) montrent que dans moins de 20 ans, le PIB serait d'environ 5 à 7 % inférieur par rapport au scénario du maintien des accords bilatéraux I.

Qui plus est, en cas d'abandon de l'ALCP, l'UE risque de remettre en question, outre les accords bilatéraux I, d'autres traités qu'elle a conclus avec la Suisse, comme les accords d'association à Schengen et à Dublin. L'acceptation de cette initiative remettrait donc fondamentalement en cause la voie bilatérale choisie jusqu'à présent par la Suisse dans ses relations avec l'UE.

L'immigration, dans le sillage des besoins de notre économie

Dès l'introduction de la libre circulation des personnes, l'immigration en provenance de l'UE a reflété l'évolution économique dans l'UE et en Suisse. Durant les premières années qui ont suivi la crise financière de 2008, l'économie suisse a connu une croissance plus forte que celle de l'UE. En conséquence, l'immigration y a augmenté pendant plusieurs années. Mais depuis 2013, avec la solide croissance économique en Europe, le solde migratoire (immigration nette) en provenance de l'UE a diminué de moitié, passant d'environ 60 000 à quelque 30 000 personnes.

Quand bien même la Suisse parviendrait à exploiter au mieux tout le potentiel de ses travailleurs, elle n'en continuerait pas moins de dépendre d'une main-d'oeuvre étrangère hautement qualifiée. En effet, sa population va vieillir considérablement dans les années et décennies à venir. Cette mutation démographique et les changements structurels découlant, entre autres, de la numérisation, contribueront à exacerber la pénurie de main-d'oeuvre qualifiée et posent ainsi un défi de taille. Un abandon de l'ALCP aggraverait encore considérablement les effets négatifs de l'évolution démographique sur le marché du travail suisse.

Une immigration accompagnée de son lot de difficultés

Le Conseil fédéral reconnaît toutefois que l'immigration pose un certain nombre de difficultés et il souhaite qu'elle soit limitée au strict nécessaire. A cette fin, les mesures ciblées de soutien et d'encouragement de la main-d'oeuvre déjà présente sur le territoire doivent être poursuivies. Cette approche répond aussi au mandat donné par l'initiative contre l'immigration de masse que les citoyens ont acceptée en 2014.

Dans le domaine de l'ALCP, le Conseil fédéral utilise les mesures d'accompagnement existantes, telles l'obligation d'annonce et le contrôle des travailleurs détachés de l'UE. L'obligation de communiquer les postes vacants, qui donne, sur le marché du travail, une longueur d'avance aux demandeurs d'emploi présents sur le territoire suisse, est systématiquement mise en oeuvre. Le 15 mai 2019, le Conseil fédéral a en outre adopté une série de nouvelles mesures, dans des domaines de la politique économique et sociale, qui visent à soutenir de manière ciblée les travailleurs en Suisse, et notamment les travailleurs âgés.

(Source : communiqué de presse du Conseil fédéral du 07.06.2019)

Délibérations

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une immigration modérée (initiative de limitation)»

Projet : [FF 2019 4859](#)

25.09.2019	CN	Décision conforme au projet
09.12.2019	CE	Adhésion
20.12.2019	CE	Adoption (vote final)
20.12.2019	CN	Adoption (vote final)

Texte soumis au vote final : [2019 8179](#)

Le Conseil fédéral et l'Assemblée fédérale ne veulent pas renoncer à la libre circulation des personnes et recommandent au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative pour une immigration modérée. Pour ses adversaires, l'initiative prend le risque de mettre un terme aux accords bilatéraux I et de remettre ainsi fondamentalement en cause la voie bilatérale poursuivie avec l'Union européenne. A l'inverse, le groupe UDC considère qu'il est indispensable que la Suisse endigue les effets indésirables de l'immigration et retrouve la maîtrise de sa politique migratoire.

Seuls les représentants du groupe de l'Union démocratique du centre ont soutenu l'initiative. Mais leur proposition de minorité pour recommander d'accepter l'initiative a été rejetée par 123 voix contre 63 et 3 abstentions au Conseil national et par 38 voix contre 4 et 3 abstentions au Conseil des Etats. Dans les deux chambres, on a assisté à une répétition des arguments entendus lors du débat sur l'initiative " contre l'immigration de masse " ([12.098](#)).

A la session d'automne 2019, quelque 90 orateurs se sont succédé à la tribune du **Conseil national** lors d'un débat marathon de plus de 8 heures. Les membres du groupe UDC ont dépeint l'image alarmante d'une Suisse de 10 millions d'habitants avec des institutions sociales surexploitées, des

autoroutes surchargées, des transports publics bondés, des loyers inabordables et des seniors au chômage. Pour prévenir une baisse de la qualité de vie, lutter contre l'insécurité et le bétonnage du pays, la Suisse devrait pouvoir contrôler son immigration. Les orateurs des autres groupes, opposés à l'initiative, n'ont pas nié les problèmes, évoquant eux aussi les difficultés posées par la forte immigration que connaît la Suisse. Mais ils ont surtout insisté sur l'importance économique des accords bilatéraux. Avec cette initiative, ont-ils souligné, c'est l'avenir de la relation bilatérale avec le principal partenaire économique de la Suisse qui est en jeu. Renoncer à la libre circulation aurait des conséquences désastreuses pour la Suisse en tant que pôle économique, mais aussi scientifique. Pour les opposants à l'initiative, la libre circulation des personnes engendre certes des défis, mais les avantages de l'immigration européenne l'emportent nettement sur les inconvénients. Mentionnant les effets parfois néfastes des accords sur la structure du marché du travail, la conseillère fédérale Karin Keller-Sutter a également rappelé les mesures décidées par le gouvernement pour y remédier : mesures d'accompagnement, mesures pour renforcer la compétitivité des travailleurs âgés, rente-pont pour les chômeurs âgés en fin de droit. Elle a également mis en garde les défenseurs de l'initiative : si celle-ci était acceptée, l'Union européenne n'aurait pas à " activer " la clause guillotine, le processus étant automatique. De plus, contrairement au Brexit où l'Union européenne est tenue de négocier avec Londres, Bruxelles n'a aucune obligation de renégocier avec la Suisse qui pourrait se retrouver ainsi sans accords du jour au lendemain.

La plupart des **conseillers aux Etats** se sont eux aussi prononcés clairement contre l'initiative. Ils ont rappelé que le solde migratoire en provenance de l'Union européenne avait drastiquement diminué entre 2013 et 2018, alors que la part de l'immigration provenant des Etats tiers, non concernés par l'initiative, se montait à 43,6 pour cent pour 2018. En fait, si l'initiative visait vraiment à reprendre la maîtrise de la politique migratoire, elle se tromperait de cible. Sans parler des conséquences désastreuses qu'entraînerait pour l'économie la résiliation des accords bilatéraux. Les membres du groupe UDC ont à nouveau répété qu'ils n'entendaient pas stopper l'immigration mais qu'ils voulaient la réguler afin de préserver la qualité de vie et l'identité suisse.

Au vote final, le Conseil national a adopté l'arrêté fédéral recommandant de rejeter l'initiative par 142 voix contre 53 et 2 abstentions de membres du groupe UDC. Le Conseil des Etats en a fait de même par 37 voix contre 5 et 2 abstentions provenant ici aussi du groupe UDC.

2. Riassunto delle deliberazioni

19.026 Per un'immigrazione moderata (Iniziativa per la limitazione)

Messaggio del 7 giugno 2019 concernente l'iniziativa popolare «Per un'immigrazione moderata (Iniziativa per la limitazione)» ([FF 2019 4177](#))

Situazione iniziale

Il Consiglio federale dice No all'iniziativa per la limitazione

Nella seduta del 7 giugno 2019 il Consiglio federale ha adottato il messaggio sull'Iniziativa popolare "Per un'immigrazione moderata", in cui ribadisce la sua ferma opposizione alla cosiddetta iniziativa per la limitazione. La rinuncia alla libera circolazione delle persone con l'UE metterebbe a repentaglio i posti di lavoro in Svizzera. L'iniziativa accetta inoltre l'eventualità di un annullamento degli Accordi bilaterali I e quindi la fine della via bilaterale.

L'iniziativa chiede al Consiglio federale di revocare entro un anno l'Accordo sulla libera circolazione delle persone (ALC) con l'UE per via negoziale o, qualora ciò non riuscisse, di denunciarlo unilateralmente. In questo modo l'iniziativa accetta l'annullamento degli Accordi bilaterali I e mette quindi in questione la via bilaterale con l'UE nel suo insieme.

La Svizzera trae numerosi vantaggi dalla libera circolazione delle persone

La libera circolazione delle persone è fondamentale per la Svizzera. Permette ai datori di lavoro di reclutare la manodopera necessaria nello spazio UE/AELS rapidamente, in modo flessibile e senza formalità amministrative. Ciò rafforza la competitività dell'economia nazionale e assicura posti di lavoro. L'abbandono della libera circolazione delle persone avrebbe pesanti ripercussioni non soltanto per la piazza economica svizzera, ma anche per quella scientifica, e metterebbe direttamente a repentaglio molti posti di lavoro nel nostro Paese.

La libera circolazione delle persone non è incondizionata: chi vuole soggiornare in Svizzera necessita di un contratto di lavoro valido, deve esercitare un'attività lucrativa o, in caso di inattività, provare di disporre di sufficienti mezzi finanziari e deve avere concluso un'assicurazione malattia che copra tutti i rischi. L'ALC porta quindi principalmente a un'immigrazione nel mercato del lavoro: quasi due terzi degli immigrati in Svizzera provenienti dagli Stati dell'UE avviano direttamente un'attività lucrativa. L'immigrazione nel quadro dell'ALC, nel suo complesso, non ha condotto a un aumento della riscossione di prestazioni sociali o a un peggioramento delle condizioni sul mercato del lavoro.

L'ALC permette inoltre ai cittadini svizzeri di vivere e lavorare nell'UE.

Annullamento degli Accordi bilaterali I

A causa della "clausola ghigliottina", in caso di denuncia unilaterale dell'ALC cesserebbero di applicarsi tutti gli altri sei Accordi bilaterali I. Questi ultimi assicurano alle imprese svizzere un accesso non discriminatorio al mercato interno europeo in importanti settori dell'economia. Concretamente si tratta degli accordi sull'abolizione degli ostacoli tecnici al commercio, sul commercio di prodotti agricoli, sul trasporto su strada e per ferrovia, sul trasporto aereo, su alcuni aspetti relativi agli appalti pubblici e sulla ricerca.

L'UE è il principale partner economico della Svizzera. Nel 2018 il nostro Paese ha esportato merce per un valore pari a oltre 120 miliardi di franchi verso l'UE, il che corrisponde a più della metà di tutte le esportazioni. L'annullamento degli Accordi bilaterali I avrebbe gravi ripercussioni negative per l'economia svizzera. L'accesso al mercato interno europeo verrebbe compromesso, il che limiterebbe le possibilità di esportazione per le imprese svizzere e aumenterebbe i prezzi al consumo per le importazioni dall'UE. Da studi del 2015 commissionati dalla Segreteria di Stato dell'economia (SECO) emerge che senza gli Accordi bilaterali I, in meno di 20 anni il prodotto interno lordo subirebbe una flessione pari al 5 fino al 7 per cento.

Vi è inoltre il rischio che l'UE metta in discussione, oltre agli Accordi bilaterali I, anche altri accordi con la Svizzera, quali quelli di associazione a Schengen e a Dublino. L'accettazione dell'iniziativa metterebbe quindi fondamentalmente in questione la via bilaterale tra la Svizzera e l'UE.

L'immigrazione segue le esigenze dell'economia

L'immigrazione proveniente dall'UE segue gli sviluppi economici in atto nell'UE e in Svizzera e questo già dall'introduzione della libera circolazione delle persone. Nei primi anni dopo la crisi finanziaria 2008, l'economia svizzera è cresciuta di più di quella dell'UE e di conseguenza l'immigrazione è aumentata

per diversi anni. Dal 2013 il saldo migratorio (immigrazione netta) dall'UE si è dimezzato a causa della forte crescita economica in Europa ed è passato da circa 60 000 a 30 000 persone.

Anche se si massimizza lo sfruttamento del potenziale nazionale di manodopera, la Svizzera dipenderà anche in futuro dalla manodopera altamente qualificata proveniente dall'estero, tanto più che nei prossimi anni la popolazione in Svizzera subirà un netto invecchiamento. Questa evoluzione demografica e il cambiamento strutturale, conseguente, tra l'altro, alla digitalizzazione, aggravano il problema della scarsità di forza lavoro e rappresentano una sfida importante. Se l'ALC cesserà di essere in vigore, l'impatto negativo dell'evoluzione demografica sul mercato del lavoro in Svizzera sarà più forte.

L'immigrazione è anche una sfida

Il Consiglio federale riconosce che l'immigrazione è sempre connessa a sfide e vorrebbe limitarla allo stretto necessario. Occorre quindi continuare a sostenere e a promuovere in modo mirato la manodopera indigena. Questo obiettivo corrisponde anche alla richiesta contenuta nell'iniziativa contro l'immigrazione di massa, accettata dal Popolo nel 2014.

Nel quadro dell'ALC il Consiglio federale ricorre alle misure accompagnatorie esistenti, quali l'obbligo di notifica e i controlli nell'ambito dei lavoratori distaccati. L'obbligo di notificare i posti di lavoro vacanti, che concede agli indigeni in cerca di lavoro un vantaggio temporale sul mercato del lavoro, è attuato sistematicamente. Il 15 maggio 2019 il Consiglio federale ha deciso una serie di misure supplementari di politica economica e sociale per sostenere in modo mirato la manodopera indigena, in particolare i lavoratori anziani.

(Fonte: Comunicato stampa del Consiglio federale del 07.06.2019)

Deliberazioni

Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per un'immigrazione moderata (Iniziativa per la limitazione)» Disegno: [FF 2019 4227](#)

25.09.2019	CN	Decisione secondo il disegno (progetto)
09.12.2019	CS	Adesione
20.12.2019	CS	Adozione nella votazione finale
20.12.2019	CN	Adozione nella votazione finale

Testo del voto finale: [2019 7201](#)

Il Consiglio federale e l'Assemblea federale non vogliono rinunciare alla libera circolazione delle persone e raccomandano al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa per un'immigrazione moderata. Gli avversari dell'iniziativa fanno notare che quest'ultima accetta l'eventualità di un abbandono degli Accordi bilaterali I e quindi la fine della via bilaterale con l'Unione europea (UE). Il gruppo UDC ritiene invece indispensabile che la Svizzera argini gli effetti indesiderati dell'immigrazione e riacquisti il controllo della sua politica migratoria.

I membri del gruppo UDC sono gli unici a difendere l'iniziativa. La loro proposta di minoranza fatta al Parlamento di raccomandare di accettare l'iniziativa è stata respinta dal Consiglio nazionale con 123 voti contro 63 e 3 astensioni e dal Consiglio degli Stati con 38 voti contro 4 e 3 astensioni. In seno alle due Camere sono stati riproposti gli stessi argomenti avanzati in occasione dei dibattiti sull'iniziativa "contro l'immigrazione di massa" ([12.098](#)).

Durante la sessione autunnale 2019, alla tribuna del **Consiglio nazionale** si sono succeduti quasi 90 oratori in un lungo dibattito durato più di otto ore. I membri del gruppo UDC hanno paventato lo scenario di una Svizzera di 10 milioni di abitanti con istituzioni sociali eccessivamente sfruttate, autostrade intasate, trasporti pubblici sovraffollati, affitti inaccessibili e lavoratori anziani disoccupati. Per prevenire una riduzione della qualità di vita, combattere l'insicurezza e la cementificazione del Paese, la Svizzera dovrebbe quindi poter disciplinare autonomamente l'immigrazione. Pur non negando le difficoltà inerenti alla forte immigrazione registrata in Svizzera, gli oratori degli altri gruppi, contrari all'iniziativa, hanno insistito soprattutto sull'importanza economica degli Accordi bilaterali per il nostro Paese. Secondo loro l'iniziativa mette in pericolo le relazioni bilaterali con il nostro principale partner economico. Rinunciare alla libera circolazione avrebbe conseguenze deleterie per il polo economico e scientifico svizzero. Per i contrari all'iniziativa, la libera circolazione delle persone comporta determinate sfide, ma i vantaggi legati all'immigrazione europea superano di gran lunga gli

svantaggi. La consigliera federale Karin Keller-Sutter ha evocato le possibili conseguenze negative degli Accordi sulla struttura del mercato del lavoro, ricordando però le misure adottate dal Governo per porvi rimedio: misure collaterali, provvedimenti volti a rafforzare la competitività dei lavoratori anziani nonché prestazioni transitorie per gli ultrasessantenni che hanno esaurito il diritto all'indennità di disoccupazione. Ha poi messo in guardia i sostenitori dell'iniziativa: se quest'ultima venisse accettata, l'UE non avrebbe bisogno di attivare la clausola ghigliottina poiché il meccanismo è automatico. Inoltre, contrariamente alla Brexit, per la quale l'UE deve negoziare con Londra, Bruxelles non ha nessun obbligo di rinegoziare con la Svizzera, che potrebbe così ritrovarsi senza accordo dall'oggi al domani.

Anche la maggior parte dei **consiglieri agli Stati** si è espressa contro l'iniziativa. Hanno fatto presente che il saldo migratorio in provenienza dall'UE è nettamente diminuito tra il 2013 e il 2018, mentre l'immigrazione di cittadini di Stati terzi raggiungeva il 43,6 per cento nel 2018. L'iniziativa, la cui intenzione è di riprendere il controllo sulla politica migratoria, sembrerebbe quindi sbagliare obiettivo. Per non parlare delle conseguenze disastrose per l'economia di una denuncia degli Accordi bilaterali. I membri del gruppo UDC hanno ribadito che l'obiettivo non è quello di chiudere le frontiere, bensì di regolare l'immigrazione per preservare la qualità di vita e l'identità svizzera.

Il decreto federale che raccomanda di respingere l'iniziativa è stato accolto in votazione finale dal Consiglio nazionale con 142 voti contro 53 e 2 astensioni e dal Consiglio degli Stati con 37 voti contro 5 e 2 astensioni. In entrambi i casi hanno espresso voto negativo o si sono astenuti i membri del gruppo UDC.



19.026

**Für eine massvolle Zuwanderung
(Begrenzungs-Initiative).
Volksinitiative**

**Pour une immigration modérée
(initiative de limitation).
Initiative populaire**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.09.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.12.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

Piller Carrard Valérie (S, FR), pour la commission: La Commission des institutions politiques de notre conseil s'est réunie à deux reprises pour traiter l'initiative populaire 19.026, baptisée "pour une immigration modérée". Elle s'est

AB 2019 N 1560 / BO 2019 N 1560

réunie le 27 juin et le 16 août derniers. Aussi appelée "initiative de limitation", l'initiative a été lancée par l'UDC et l'ASIN et a abouti en septembre 2018. Elle veut inscrire dans la Constitution fédérale le principe d'une régulation indépendante de l'immigration par la Suisse et dissoudre l'Accord sur la libre circulation des personnes avec l'Union européenne dans un délai d'un an, d'un commun accord avec l'Union européenne, ou y mettre fin unilatéralement en l'espace d'un mois. De plus, aucun nouvel accord international prévoyant la libre circulation des personnes ne devrait être conclu.

A la Commission des institutions politiques, les arguments ont été très proches de ceux exprimés lors du traitement de précédentes initiatives concernant la gestion de l'immigration, notamment celle "contre l'immigration de masse". La majorité de la commission s'est opposée au texte, principalement pour maintenir les emplois menacés par la fin de la libre circulation voulue par les initiants. La minorité estime que l'immigration est massive et que la Suisse doit à nouveau pouvoir la régler de manière autonome. Selon elle, l'initiative "contre l'immigration de masse" visait à pouvoir piloter l'immigration, mais la loi d'application concoctée par le Parlement ne le permet pas.

Sur ce point, la question suivante a été posée: pourquoi donc avoir renoncé à lancer le référendum contre cette loi de mise en oeuvre? Réponse de la minorité: l'obligation d'annoncer les emplois vacants – soit le compromis trouvé au Parlement pour tenter d'appliquer l'initiative – est une situation préférable à la précédente. Et comme c'est précisément la libre circulation des personnes qui a motivé le Parlement à ne pas mettre en vigueur l'initiative sur l'immigration de masse, les initiants ont estimé plus intelligent de lancer une nouvelle initiative pour éclaircir la question de l'Accord sur la libre circulation des personnes.

En cas d'acceptation de l'initiative, les initiants ont souligné qu'il reviendrait au Conseil fédéral de décider des contingents et du nombre maximum d'immigrants autorisés à venir travailler dans notre pays. Pour des branches comme la restauration et la construction, où le chômage est élevé, les initiants veulent le retour des contingents en vigueur jusqu'en 2002. Mais dans les branches à fort besoin de main-d'oeuvre qualifiée, comme par exemple la chimie, le Conseil fédéral pourrait décider de renoncer aux contingents. L'argument est que la priorité nationale combinée avec les contingents empêchera les salaires de baisser s'il existe de la main-d'oeuvre nationale dans cette branche.

La majorité de la commission recommande le rejet de cette initiative, tout comme le Conseil fédéral dans son message du 7 juin, jugeant que les conséquences seraient extrêmement négatives pour notre économie, et dommageables pour la Suisse.





La libre circulation des personnes est l'une des quatre libertés fondamentales dans l'Union européenne. Les négociations avec l'Union européenne au sujet de la mise en oeuvre de l'initiative "contre l'immigration de masse" ont montré qu'elle n'était pas du tout prête à négocier une solution particulière pour la Suisse. Pour corser les choses, les initiants ont prévu un délai de négociation de douze mois, beaucoup trop court pour que la négociation ait une chance d'aboutir. Dans les faits, l'Accord sur la libre circulation des personnes tomberait six mois déjà après réception de la notification, tout comme l'intégralité des autres accords bilatéraux I. En raison de la clause dite guillotine, toute dénonciation unilatérale de l'Accord sur la libre circulation des personnes entraînerait l'extinction des six autres accords bilatéraux I. Or ces accords garantissent aux entreprises suisses un accès presque sans discrimination au marché intérieur de l'Union européenne, dans des secteurs économiques importants, comme ceux du commerce des produits agricoles, des transports aériens et terrestres, des marchés publics ou de la recherche.

L'Union européenne est le principal partenaire commercial de la Suisse. En 2018, notre pays a exporté pour 120 milliards de francs de marchandises vers l'Union européenne, soit la moitié de toutes ses exportations. L'abandon des bilatérales I aurait pour conséquence de limiter la possibilité d'exporter pour les entreprises suisses et d'entraîner une hausse des prix des biens de consommation importés de l'Union européenne.

Des études de 2015 réalisées sur mandat du Secrétariat d'Etat à l'économie indiquent qu'en moins de 20 ans le produit intérieur brut fondrait de 5 à 7 pour cent par rapport au scénario du maintien des accords bilatéraux I. Selon ses mêmes études, des sept accords bilatéraux I, c'est justement la libre circulation des personnes qui a le plus de retombées économiques pour notre pays. En vigueur depuis 2002, l'Accord sur la libre circulation des personnes a permis à la Suisse d'augmenter ses performances économiques de 36 pour cent. Pendant cette même période, l'emploi a aussi progressé de 24 pour cent et le produit intérieur brut par tête a augmenté de 16 pour cent. Le taux de chômage de la population indigène n'a pas bougé. L'immigration résultant de l'Accord sur la libre circulation des personnes a principalement eu lieu dans des professions très qualifiées.

La Suisse est un pays à la population vieillissante. La majorité des hommes et des femmes profitent des bonnes conditions de vie et d'un système de santé de qualité pour y vivre toujours plus longtemps. Dans ce contexte, il ne fait aucun doute que notamment le secteur de la santé et des soins nécessitera toujours plus de main-d'oeuvre. La Suisse continuera donc à avoir besoin de travailleurs étrangers, qu'ils soient très ou peu qualifiés.

La majorité de la commission ne partage pas l'inquiétude des initiants de voir la Suisse assaillie par les immigrants. Certes, il y a eu une hausse de l'immigration au début de la libre circulation avec l'Union européenne. Mais depuis 2013, avec la solide croissance économique en Europe, le solde migratoire en provenance de l'Union européenne a diminué de moitié, passant d'environ 60 000 à quelque 30 000 personnes par année.

Résilier l'Accord sur la libre circulation des personnes remettrait fondamentalement en cause la voie bilatérale choisie jusqu'ici par la Suisse dans ses relations avec l'Union européenne. Outre les bilatérales, l'Union européenne risque de remettre en question d'autres traités conclus avec la Suisse. Par exemple, la participation de notre pays à Schengen/Dublin ne ferait plus sens sans la libre circulation des personnes. Les accords d'association à Schengen et à Dublin risqueraient donc d'être dénoncés en cas d'acceptation de l'initiative.

La majorité de la commission reconnaît que la libre circulation des personnes engendre des défis, mais qui en valent la peine. L'un de ces défis, ce sont les mesures d'accompagnement: elles servent à protéger les conditions de travail et les salaires, mais doivent en même temps garantir des conditions de concurrence justes pour les entreprises.

En réponse à l'acceptation de l'initiative populaire "contre l'immigration de masse", le Parlement a trouvé un bon compromis en instaurant l'obligation pour les entreprises d'annoncer les places vacantes dans les branches à fort taux de chômage.

L'initiative sur laquelle vous devez vous prononcer exige que la Suisse règle de manière autonome l'immigration des étrangers, ce qui a paru illusoire à la commission. Le 16 août dernier, elle a donc décidé, par 16 voix contre 8, de recommander le rejet de l'initiative et elle vous invite à en faire de même.

Fluri Kurt (RL, SO), für die Kommission: Mit Verfügung vom 25. September 2018 stellte die Bundeskanzlei fest, dass die Volksinitiative "für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungs-Initiative)" mit 116 139 gültigen Unterschriften zustande gekommen ist. Sie ist am 31. August 2018 vom Initiativkomitee eingereicht worden und hat die Form eines ausgearbeiteten Entwurfes.

Der Bundesrat unterbreitet dazu weder einen direkten Gegenentwurf noch einen indirekten Gegenvorschlag. Auch aus der Mitte der Staatspolitischen Kommission ist kein Antrag auf einen direkten Gegenentwurf oder auf einen indirekten Gegenvorschlag gestellt worden, ebenso wenig in der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates, welche sich an der Diskussion im Rahmen des Mitberichtverfahrens beteiligt hatte. Ihre SPK hat



sich schliesslich mit 16 zu 8 Stimmen dazu entschlossen, dem Antrag des Bundesrates zu

AB 2019 N 1561 / BO 2019 N 1561

folgen und die Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen. Der SPK ist seitens der APK des Nationalrates mit 17 zu 8 Stimmen beantragt worden, sich der Empfehlung des Bundesrates anzuschliessen. Die Initiative verlangt in einem Artikel 121b der Bundesverfassung, die Schweiz solle die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig regeln. Weder neue völkerrechtliche Verträge dürften abgeschlossen noch völkerrechtliche Verpflichtungen eingegangen werden, welche ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewährten. Die bestehenden völkerrechtlichen Verträge und andere völkerrechtliche Verpflichtungen dürften nicht im Widerspruch zu diesen genannten Voraussetzungen angepasst oder erweitert werden.

In Ziffer 12 von Artikel 197 der Bundesverfassung wird folgende Übergangsbestimmung vorgeschlagen: Die Schweiz habe auf dem Verhandlungsweg anzustreben, das Abkommen vom 21. Juni 1999, das sogenannte Freizügigkeitsabkommen, innerhalb von 12 Monaten nach Annahme des obenerwähnten Artikels durch Volk und Stände ausser Kraft zu setzen. Sofern dies nicht gelinge, wird verlangt, dass der Bundesrat das Personenfreizügigkeitsabkommen innert weiteren 30 Tagen zu kündigen habe.

Wir haben uns an zwei Sitzungen mit dieser Initiative auseinandergesetzt und liessen uns vom Initiativkomitee über die Begründung informieren. An der zweiten Sitzung hörten wir uns die Konferenz der Kantonsregierungen an, den Schweizerischen Gewerkschaftsbund, Economiesuisse, den Schweizerischen Arbeitgeberverband und den Schweizerischen Gewerbeverband. Für den Bundesrat konnten sich Frau Bundesrätin Keller-Sutter, die Vertreterinnen des SEM sowie der Vertreter des Seco äussern.

Die Vertreterin und der Vertreter des Initiativkomitees begründeten die Initiative zusammengefasst wie folgt: Seit der Abstimmung von 2014 über die Masseneinwanderungs-Initiative würden die Initianten und natürlich die SVP eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung verlangen. Zu diesem Zweck müsse das Freizügigkeitsabkommen neu verhandelt werden. Sie gingen davon aus, dass bei einer Annahme der Begrenzungs-Initiative die EU durchaus ein Interesse an Verhandlungen hätte, würden die Vorteile der sechs übrigen Verträge der Bilateralen I doch massgeblich aufseiten der EU liegen.

Sollte die EU nicht Hand bieten für die verlangte eigenständige Steuerung der Zuwanderung, wäre eine Kündigung der übrigen Verträge im Rahmen der Bilateralen I in Kauf zu nehmen. Die langfristige schädliche Wirkung einer unbeschränkten Zuwanderung sei nämlich grösser als der Schaden aus dem Verlust der Bilateralen I. Selbstverständlich aber würde das Komitee es vorziehen, wenn allein das Freizügigkeitsabkommen neu verhandelt werden könnte.

Im Übrigen sei es falsch, zu behaupten, bei einer Annahme der Initiative würde ein Problem bei der Rekrutierung von Fachkräften entstehen. Es gehe ja lediglich darum, selbst bestimmen zu können, wer zu uns komme und welchen Lohn diese Leute erhalten sollen. Wie vor dem Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens werde auch nach Annahme dieser Initiative bei Bedarf immer die Möglichkeit bestehen, ausländisches Personal zu rekrutieren.

Die Personenfreizügigkeit löse aufgrund der Lohnunterschiede einen Sog in Richtung eines höheren Lohnniveaus aus. Dies führe für die Volkswirtschaft mit einem höheren Wohlstand und einem höheren Lohnniveau, also für diejenige der Schweiz, zwangsläufig immer zu einer Nivellierung. Die stete Nettozuwanderung, welche seit Einführung des Freizügigkeitsabkommens inzwischen 1,1 Millionen Personen betrage, stellt aus Sicht der Initianten für unser Land eine enorme Belastung dar. Der Ausländeranteil liege mit 25 Prozent weitaus höher als in allen umliegenden Ländern. Zwar sei die Nettoeinwanderung tatsächlich etwas zurückgegangen; lasse die Wirtschaftsleistung in den umliegenden Ländern jedoch wieder nach, könne sich die Lage sofort wieder gegenteilig entwickeln. Allein aufgrund des Freizügigkeitsabkommens seien rund 750 000 Personen aus der EU zugewandert. Diese Zahl entspreche im Zeitraum von 2007 bis 2017 einer jährlichen Zunahme um die Einwohnerzahl der Stadt Biel. Vor der Einführung des Freizügigkeitsabkommens sei der Durchschnitt in den Jahren 1991 bis 2001 bei rund 26 400 gelegen. Danach, zwischen 2002 und 2016, sei dieser Saldo auf durchschnittlich 65 600 Personen jährlich gestiegen.

All dies führe zu einer schweren Belastung unserer Infrastruktur, d. h. der Raumbedürfnisse, der Wohnungssituation, der ärztlichen Infrastruktur und der Bildungseinrichtungen. Diese Zuwanderung habe auch Auswirkungen auf die Verkehrsinfrastruktur, auf den Energiebereich, auf den Immobilienmarkt, auf den Arbeitsmarkt und speziell auch auf die Löhne und die Sozialwerke. Konkret sei dieser Druck auch spürbar in Form eines hohen Anteils ausländischer Schülerinnen und Schüler sowie in Form von Auswirkungen auf die Kriminalität.

Aus all diesen Gründen sei die Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Sämtliche angehörte Organisationen der Kantone, der Wirtschaft – sowohl der Arbeitgeber- als auch der Ar-



beitnehmerseite – und die Vertretung des Seco und des SEM waren demgegenüber der Meinung, die Initiative müsse abgelehnt werden. Alle betonten die Notwendigkeit für die Schweiz mit ihrer Lage inmitten Europas, gute und geregelte Beziehungen zur EU zu unterhalten. Mit den sieben bilateralen Verträgen des ersten Pakets sei dies, zum Vorteil unseres Landes, der Fall.

Ferner wurde darauf aufmerksam gemacht, dass auch vor dem Freizügigkeitsabkommen, als die Zuwanderung über Kontingente gesteuert wurde, sich diese stets der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt angepasst hätte. Eine politische Begrenzung der Zuwanderung habe es auch damals nicht gegeben.

Seitens des Gewerkschaftsvertreters ist speziell darauf hingewiesen worden, dass durch die Abschaffung des Saisonierstatuts mit Einführung der Personenfreizügigkeit eine Verbesserung der Aufenthaltsrechte und der sozialen Absicherung der ausländischen Arbeitnehmenden realisiert werden konnte. Die Vertreter der Wirtschaftsverbände betonten ihrerseits, dass sie prioritär die Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials unter Einhaltung des im Inland geltenden Arbeitslosenvorrangs bzw. der Stellenmeldepflicht unterstützten. Nachdem dieses Potenzial aber die Nachfrage der Wirtschaft nach Arbeitskräften nicht zu erfüllen vermöge, komme der Personenfreizügigkeit eine zentrale Rolle zu, weil die Arbeitgeber damit rasch, flexibel und mit verhältnismässigem administrativem Aufwand die fehlenden Arbeitskräfte im EU-/Efta-Raum rekrutieren könnten. Die Entwicklung der in den letzten Jahren stark rückläufigen Nettozuwanderung zeige, dass sich die Arbeitgeber dabei stark an der wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz orientierten.

Der fünfzehnte Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen vom 1. Juli 2019 bestätige dies. Das Seco kommt in diesem Bericht unter anderem zum Schluss, dass es keine Hinweise darauf gebe, dass sich die Zunahme der Zuwanderung seit Einführung des Freizügigkeitsabkommens signifikant auf die Lohnentwicklung der ansässigen Bevölkerung ausgewirkt habe oder, anders ausgedrückt, dass von der Zuwanderung der letzten Jahre kein signifikanter Lohndruck auf die ansässige Bevölkerung ausgegangen sei. Sowohl positive als auch negative Lohnunterschiede zwischen Zugewanderten und Ansässigen liessen sich mehrheitlich durch Unterschiede in der Zusammensetzung hinsichtlich Alter, beruflicher Stellung, Anzahl Jahre im Betrieb, Branchentätigkeit, Beruf oder Arbeitsregion erklären.

Zusammenfassend äusserten sich sämtliche Vertretungen der Wirtschaftsverbände, der Gewerkschaften und der Kantone also negativ zu dieser Initiative. Insbesondere zitierte auch die Vertretung des Seco zwei Studien aus dem Jahr 2015, wonach ohne Bilaterale I ein tieferes Bruttoinlandprodukt pro Kopf zu verzeichnen gewesen wäre. In den siebzehn Jahren Personenfreizügigkeit sei das BIP real um 36 Prozent gestiegen, das BIP pro Kopf um 16 Prozent, die Erwerbstätigkeit um 24 Prozent und die Löhne um 12 Prozent.

Schliesslich sei noch ein letztes Argument seitens der ablehnenden Organisationen erwähnt: Auch an die rund 500 000 Schweizerinnen und Schweizer, die von der Personenfreizügigkeit im Ausland profitieren würden, sei zu denken.

AB 2019 N 1562 / BO 2019 N 1562

Nach eingehender Diskussion der erfolgten Anhörungen kam Ihre SPK zum Schluss, und zwar mit 16 zu 8 Stimmen, dass der Antrag des Bundesrates auf eine ablehnende Empfehlung zu unterstützen sei. Wir bitten Sie, sich diesem Antrag der Kommission anzuschliessen.

Estermann Yvette (V, LU): Geschätzter Herr Kollege Fluri, Sie haben jetzt gesagt, dass Sie betreffend Personenfreizügigkeit keine negativen Auswirkungen feststellen würden. Ich halte hier eine Notiz des Seco in den Händen, wo es heisst, dass in den Jahren 1996 bis 2002 zum Beispiel bei universitären Hochschulen die Löhne um 1,5 Prozent erhöht wurden und später, (*Interruzione della presidente: La domanda!*) zwischen 2002 und 2016, nur um 0,5 Prozent. Wie erklären Sie sich diese Differenz?

Fluri Kurt (RL, SO), für die Kommission: Frau Kollegin, Sie können sicher in einzelnen Bereichen negative Auswirkungen der Personenfreizügigkeit und der Zuwanderung definieren. Zweifellos haben sie auch Auswirkungen auf die Verkehrsinfrastruktur, auf die Struktur der Schulen usw. Die Frage ist ja die Abwägung der Vor- und Nachteile, und ich habe vorhin die Wirtschaftsverbände, den Gewerkschaftsbund, das Seco, die Vertretung der Kantone zitiert, und diese kommen allesamt zum Schluss, dass die Abwägung von Vor- und Nachteilen positiv ausfalle und die Initiative deswegen abzulehnen sei. Es geht um die Abwägung von Vor- und Nachteilen, es geht nicht um die Frage: Gibt es überhaupt nur Vor- oder nur Nachteile? Diese Frage ist eigentlich unbestrittenermassen zu verneinen. Es gibt Vorteile und Nachteile, aber die Interessenabwägung ist entscheidend.

Reimann Lukas (V, SG): Sie zitieren die Gewerkschaften und die Unternehmen. Zu welchem Schluss ist die Schweizer Bevölkerung in Sachen Einwanderung gekommen?





Fluri Kurt (RL, SO), für die Kommission: Sie – wie auch die Kantone – hat Ihre Masseneinwanderungs-Initiative knapp angenommen. Wie Sie wissen, haben wir diese Initiative vor drei Jahren so umgesetzt, wie es die Verfassung vorsieht, nämlich unter Beachtung der völkerrechtlichen Verpflichtungen, die ihrerseits mehrfach von der Bevölkerung und von den Ständen gutgeheissen worden sind.

Pantani Roberta (V, TI): Die Erläuterungen des Bundesrates, die wir in der Botschaft finden, welche beantragt, diese Initiative abzulehnen, zeigen ein ideales Land, in dem alles perfekt ist. Die Realität ist aber anders. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahre 2002 sind mehr als 700 000 Personen in die Schweiz eingewandert. Zur Erinnerung: Im Abstimmungsbüchlein schätzte damals der Bundesrat, mit der Einführung der Personenfreizügigkeit würden jährlich 8000 bis 10 000 Personen in die Schweiz einwandern, doch bereits im ersten Jahr waren es doppelt so viele. Im Jahr 2002 – das war vor siebzehn Jahren – war die Situation in Europa ganz anders: Die EU bestand aus fünfzehn Ländern, und auch die wirtschaftliche Situation war nicht mit der heutigen vergleichbar. In den siebzehn Jahren hat sich Europa stark verändert. Einige EU-Länder würden heute – wenn sie es nur könnten – das Freizügigkeitsabkommen kündigen.

Die Regelungen des Abkommens sind heute für 28 Länder gültig. Diese befinden sich in unterschiedlichen wirtschaftlichen Situationen, durchlaufen unterschiedliche Entwicklungen, haben andere Kulturen, und leider herrscht in jedem Land eine unterschiedlich hohe Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit in der EU hat zur Folge, dass viele EU-Bürger in die Schweiz eingewandert sind – mehr, als wir nötig hatten. Das hatte einen Substitutionseffekt zur Folge. Viele Ansässige wurden und werden durch fremde Arbeitskräfte substituiert, und viele Arbeitslose sind bei der Sozialhilfe gelandet. Gemeinden und Kantone tragen leider die finanziellen Folgen dieses Effekts. Die flankierenden Massnahmen reichen nicht aus, und die Situation wird sich mit der Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie bei einem Rahmenabkommen sicher noch verschlechtern.

Was bleibt uns nun? Dal 2002 le conseguenze della libera circolazione nel nostro paese hanno portato ad un lento e costante declino e peggioramento della situazione del mercato del lavoro in Svizzera – dumping salariale e effetto sostituzione sono alcune delle conseguenze. Per compensare questi squilibri abbiamo dovuto introdurre misure fiancheggiatrici, contratti normali di lavoro, un aumento dei limiti di imposizione IVA, controllo di salari, rispetto dei contratti e delle condizioni di lavoro. A chi giova tutto ciò? A sud della Svizzera, in canton Ticino, la situazione è peggiorata nel corso di questo decennio, complice anche la situazione economica al di là del confine, con una disoccupazione che raggiunge i numeri a due cifre.

Nell'annuario statistico del canton Ticino 2017 si legge che i frontalieri nel nostro cantone sono quasi 70 000, su una popolazione di oltre 353 000 persone. E cito: "Nel complesso, quindi, più di 4 occupati su 10 sono stranieri, un rapporto che a livello nazionale è più contenuto ... a causa essenzialmente del minor peso dei frontalieri. I frontalieri rappresentano il 27,1 per cento degli occupati su suolo cantonale." Il loro numero dal 1999 ad oggi non ha quasi mai cessato di crescere – 63 500 il dato del secondo trimestre 2018. "Parallelamente si è pure esteso l'ambito d'impiego a rami economici non tradizionalmente legati al lavoro frontaliero, anche se industria, commercio, costruzioni, alberghi e ristoranti, sanità e assistenza sociale rimangono i datori di lavoro nettamente maggioritari."

Gravi sono le conseguenze sociali che questo tipo di migrazione sta portando alle nostre latitudini. I giovani formati nelle nostre scuole non trovano un posto di lavoro e le persone oltre 50 anni rischiano di essere lasciate a casa da un momento all'altro, ritrovandosi poi, una volta esaurita l'indennità di disoccupazione, a carico dell'aiuto sociale. Rendere flessibile fino a 70 anni l'età pensionabile, come propone ad esempio il PLR, ha il sapore di una barzelletta.

Dal 2007 al 2017 il numero di beneficiari in assistenza di origine europea in Svizzera è aumentato in media del 45 per cento, toccando la punta con i cittadini provenienti dalla Bulgaria che hanno fatto registrare un aumento del 253 per cento. Non si può più tollerare che la Svizzera sia il serbatoio dei senza lavoro d'Europa.

È giunto il momento di rinegoziare la libera circolazione delle persone e se è del caso disdirla. Se l'iniziativa popolare venisse accettato dal popolo, il Consiglio federale sarebbe incaricato di riaprire le trattative con l'Unione europea per trovare un accordo a vantaggio della Svizzera. Nel caso non ci riuscisse, ecco che l'accordo andrebbe disdetto entro 30 giorni.

L'accordo di libera circolazione è legato agli altri accordi del pacchetto dei Bilaterali I con una clausola ghigliottina. Ecco la paura del Consiglio federale: disdetto un accordo, anche gli altri verrebbero a cadere. Ma quali potrebbero essere davvero le conseguenze di tale clausola ghigliottina? Davvero l'Europa rischierebbe di perdere la Svizzera quale partner serio e affidabile lasciando perdere tutto? Non credo!

Alle souveränen Länder, auch jene, die allein schon aufgrund ihrer geografischen Lage ... (*Interruzione della presidente: Signora Pantani, dovrebbe concludere!*) Per tutte queste ragioni – la signora presidente mi interrompe – vi chiedo di voler sostenere la mia minoranza e raccomandare l'accettazione dell'iniziativa popolare.



Dire di si significa fare un grande passo per il futuro del nostro paese.

Quadranti Rosmarie (BD, ZH): Es gibt in diesem Saal wohl keine Partei ausser der SVP, welche dieser populistischen, staats- und wirtschaftsfeindlichen und damit den Wohlstand der Schweiz gefährdenden Initiative zustimmt. Es sind aber nicht nur die Parteien, die sie ablehnen, es sind auch sämtliche Wirtschaftsverbände, ja sogar der Gewerbeverband, die Gewerkschaften, die Kantone. Alle sagen deutlich Nein – und selbstverständlich sagt auch die BDP Nein.

Die Gründe, die die SVP-Exponenten hier im Rat und draussen an den Stammtischen für die Initiative anführen, sind Parteipropaganda. Die Argumente beruhen in der Regel auf der Verzerrung von Fakten und dem Abstreiten der Folgen der Initiative. Oder anders gesagt: Man schaut, dass die Argumente zum Parteiprogramm passen.

AB 2019 N 1563 / BO 2019 N 1563

Ausserdem, und das muss auch gesagt werden, ist diese Initiative menschenverachtend. Man will im Grunde ein Kontingentsystem. In der Begründung wird auch nicht davor haltgemacht, über Kinder zu wettern, die bei uns in die Schule gehen und in der Regel gut integriert sind. Das heisst: Man will die Hände, die arbeiten, alle anderen nicht – keine Kinder, keine Alten, keine Kranken und wahrscheinlich auch keine Frauen.

In der Konsequenz wäre das die Rückkehr des Saisonierstatuts. Erinnern wir uns doch ohne Vergangenheitsbeschönigung: Erstens war das grandios aufwendig, zweitens oft unglaublich unmenschlich. Das ist nicht einfach so dahingesagt: Ich habe in eine italienische Familie eingeheliratet, ich weiss, was für Leiden das ausgelöst hat, ich kenne die Geschichten, ich habe ihre Gesichter gesehen. Auch diese Geschichtswiederholung ist also unter allen Umständen zu vermeiden, dieser Geschichtswiederholung ist eine Abfuhr zu erteilen.

Diese Initiative schürt Hass und Ablehnung. Eine offene, gesunde Gesellschaft ist der beste Schutz, den man einem Land geben kann. Diese Initiative schadet nicht nur nach aussen, indem man unterschriebene Verträge hochgradig gefährdet und die Beziehungen zu unseren wichtigsten Nachbarstaaten trübt und verschlechtert, nein, sie schadet eben auch nach innen, und zwar deshalb, weil diese Bilder, die hier geschaffen werden, ausgrenzend sind: Da sind die Guten, dort die Bösen. Dabei ist das, was unser Land eigentlich stark gemacht hat, der Umstand, dass wir ein Land der Vielfalt sind.

Wenn nun aber Populisten sich daranmachen, die zahlreichen Minderheiten, die in diesem Land arbeiten und leben, nur gerade noch knapp zu dulden und je nach Gusto auch abzulehnen, dann schaffen wir uns ein Land, eine Schweiz wie zu Gotthelfs Zeiten – und ich glaube nicht, dass diese Zeit eine bessere war.

Auch diese Initiative gibt ja wieder vor, auf eine komplexe Herausforderung eine einfache Antwort zu haben. Doch auch hier ist es eben nicht schwarz-weiss. Die Zuwanderung hat ihre Vor- und Nachteile. Wenn wir sie aber auf eine Waagschale legen, ja, dann zeigt sich: Diese Zuwanderung hat halt einfach mehr Vor- denn Nachteile. Die Vorteile sind also zu erhalten, die Nachteile sollten logischerweise möglichst gering sein. Doch auch das möchte ich an dieser Stelle noch einmal betonen: Den Fünfer und das Weggli gibt es in der Schweiz nicht, hat es zum Glück aber auch nie gegeben.

Natürlich gibt es Probleme, die gelöst werden müssen, z. B. diejenigen der älteren Arbeitnehmenden. Der Zuwanderung aber die ganze Schuld zuzuweisen ist falsch. Die BDP hat hier diverse Lösungsvorschläge gemacht. Immer zielten sie darauf ab, dass man auch mit über fünfzig Jahren die Arbeitsstelle behalten kann oder wieder eine neue findet. Deshalb sei an diesem Beispiel aufgezeigt: Es wäre ja nicht so, dass eine Begrenzung der Zuwanderung das Problem lösen würde. Das kann sie nicht, weil die Zuwanderung nicht die alleinige Problemursache ist. Die Lösung ist deshalb nicht einfach. Lösungen und Probleme sind nie schwarz-weiss.

Ich sage noch zwei Sätze zur Ökonomie. Man kann versuchen, Zuwanderung rein ökonomisch zu betrachten. Das gäbe dann einen ganz engen Blick auf die Schweiz, z. B., wenn man sagen würde, die Zuwanderung erzeuge auch einen höheren CO₂-Ausstoss. Das stimmt, aber das hat nur bedingt mit der Zuwanderung, sondern sehr viel mit dem Menschen selber zu tun. Unabhängig davon, ob dieser Mensch hier in der Schweiz, in Italien, in Deutschland oder wo auch immer lebt: Der CO₂-Ausstoss ist eine globale Herausforderung. Wenn man den Menschen dann auch nur mit einer ökonomischen Brille betrachtete – was die Initiative tut –, müsste man eigentlich schreien. Die Aussage wäre ja dann: Hier in diesem Land sollen nur Menschen leben, die den Staat nichts kosten. Das will man mit der Begrenzung der Zuwanderung erreichen. Was bedeutet das aber für all die Menschen hier in diesem Land, die alt sind, mit einer Beeinträchtigung leben oder als Kinder nur viel Geld kosten, also ein Problem haben? Sind das wohl die nächsten Gruppen, die wir dann begrenzen wollen? Zum Schluss, kurz zusammengefasst: Die Initiative schadet nachhaltig der Schweiz, dadurch unseren Mitmenschen, unserer Innovationskraft, unserem hervorragenden Bildungs- und Berufsbildungssystem, den Ar-



beitsplätzen sowie den Beziehungen zu unseren Nachbarländern, und sie ist ein Bürokratiemonster. Dazu wird die BDP nie Ja sagen können.

Buffat Michaël (V, VD): L'initiative "pour une immigration modérée" va nous permettre de mener enfin un débat sur l'expérience, à mon sens ratée, de la libre circulation des personnes. Nous n'avons pas respecté la volonté exprimée par la population lors de l'acceptation de l'initiative "contre l'immigration de masse". Nous voilà donc à nouveau à débattre d'une initiative ayant récolté les signatures nécessaires dans un temps record, ce qui prouve bien à quel point la population est préoccupée par l'immigration massive que nous subissons depuis l'introduction de la libre circulation des personnes.

L'immigration est positive lorsqu'elle correspond aux besoins de l'économie. Or, nous devons admettre que la majorité des migrants qui entrent en Suisse, actuellement, ne répondent pas aux besoins de l'économie. Quatre personnes sur cinq venant en Suisse au moyen de l'Accord sur la libre circulation des personnes occupent des emplois dans des branches où le taux de chômage est déjà supérieur à la moyenne. Grâce à cette initiative, nous pourrions à nouveau gérer nous-mêmes notre immigration et décider nous-mêmes qui vient dans notre pays, en fonction des besoins de notre économie.

L'immigration massive que nous vivons actuellement va pousser rapidement notre pays à atteindre les 10 millions d'habitants. L'immigration que nous avons connue ces dernières années a eu des conséquences extrêmement négatives sur la qualité de vie de notre population. Nos infrastructures ont atteint la limite de leur capacité. Il est prévu une augmentation de 26 pour cent du trafic d'ici 2040, ce qui signifie encore des milliers d'heures d'attente dans les bouchons, ou alors des transports publics bondés. Mais pas seulement. Les conséquences se font aussi ressentir sur le marché du logement, sur la sécurité ou même sur l'environnement. C'est chaque année une nouvelle ville de la taille de Bienne que nous devons créer en Suisse.

Mais la pire des conséquences pour notre population reste la situation compliquée sur le marché de l'emploi, y compris pour les salariés étrangers déjà établis chez nous, qui sont souvent évincés en premier du marché du travail par les nouveaux immigrants, souvent moins chers et mieux formés. Ces personnes ne rentrent alors pas dans leur pays d'origine, mais restent chez nous et se retrouvent à la charge de l'assurance-chômage et, ensuite, à la charge de nos institutions sociales. C'est ainsi, alors que la proportion d'étrangers est d'environ 25 pour cent dans notre pays, que cette population est généralement représentée à plus de 50 pour cent dans les chiffres du chômage ou des services sociaux.

Il est évident que nous faisons aujourd'hui face à une bombe à retardement pour notre pays, et que nous devons agir rapidement. Il est évident que pour un petit pays prospère comme le nôtre, un accord de libre-circulation n'apporte que des inconvénients, et qu'il est urgent de le dénoncer. Un pays souverain doit pouvoir garder le contrôle de ses frontières. C'est à nous de décider qui vient et qui ne vient pas chez nous, et surtout dans quelle quantité. Nous avons besoin d'une immigration modérée qui corresponde aux besoins de notre économie, et non d'une immigration massive qui péjore notre qualité de vie.

Je vous invite à accepter cette initiative.

Rutz Gregor (V, ZH): Was seit Jahren fehlt, ist eine sachliche Diskussion über die Freizügigkeit und ihre Auswirkungen. Wenn Sie dem Votum von Frau Kollegin Quadranti zugehört haben, dann haben Sie gemerkt, wie wichtig eine sachliche Diskussion wäre. Ich habe gar nicht gewusst, dass Frau Quadranti so viele Schlagwörter kennt! Wenn sie den Saal nicht verlassen hätte und jetzt zuhören würde, würde das vielleicht helfen, die Diskussion etwas zu versachlichen.

Was wollen wir eigentlich? Erstens wollen und müssen wir die Zuwanderung eigenständig steuern, weil das ein Entscheid von Volk und Ständen gewesen ist und weil jedes freie, souveräne Land die Zuwanderung frei steuern muss. Zweitens

AB 2019 N 1564 / BO 2019 N 1564

wollen wir es der Wirtschaft ermöglichen, die Arbeitskräfte zu rekrutieren, die benötigt werden. Drittens wollen wir ein Wirtschaftswachstum, von dem jeder Einzelne etwas hat. Wenn die Wirtschaft wächst, aber der Einzelne nicht davon profitiert, nützt das niemandem.

In dieser Diskussion werden viele falsche Sachen nachgeschwätzt. Begonnen hat es – Kollegin Pantani hat es bei ihrer Begründung des Minderheitsantrages bereits erwähnt – schon vor der Abstimmung zu den bilateralen Abkommen mit der EU, als der Bundesrat schrieb: "Wie die Erfahrungen in der EU zeigen, sind die Ängste ..., die Einwanderung aus EU-Staaten in die Schweiz werde stark zunehmen, nicht begründet: In Wirklichkeit sind die Wanderungsbewegungen innerhalb der EU gering." Man berief sich damals auf eine Studie von Professor Straubhaar und prognostizierte, etwa 10 000 EU-Angehörige würden jedes Jahr in die Schweiz kommen. Heute wissen wir: Es sind viel mehr. Es sind ganz andere Leute, als man gesagt hat: 80 Prozent der Zuwanderer





kommen nicht in Mangelberufe. Und wenn wir so weitermachen, steuern wir geradewegs auf eine 10-Millionen-Schweiz zu.

Schauen Sie einmal, was hier alles für Unsinn erzählt wird! Das Freizügigkeitsabkommen sichere Wohlstand, Arbeit und Löhne. Das wird immer wiederholt. Wenn Sie nun der Auffassung sind, es sei sinnvoll, dass ein italienischer Jurist im Tessin als Schuhverkäufer arbeitet, weil er im Tessin als Schuhverkäufer mehr verdient, als er in Italien in einer Anwaltskanzlei verdienen würde, dann bitte schön! Ich glaube, man muss weder Ökonom noch Jurist sein, um zu sehen, dass hier etwas nicht stimmt. Auch die Idee, dass die Freizügigkeit es den Unternehmungen erleichtere, Leute zu rekrutieren, erweist sich nach all den Jahren, in denen wir jetzt Erfahrung sammeln konnten, als Trugschluss. Es ist nicht so, dass die Unternehmungen diejenigen Leute rekrutieren können, die sie haben möchten: Es kommen jene Leute, die gerne in die Schweiz kommen möchten. Das wiederum hat eine Studie des Amtes für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich gezeigt. Diese Studie hat errechnet, dass vier von fünf Zuwanderern aus dem EU-Raum, also 80 Prozent, eben nicht in Mangelberufe kommen. Und das ist nicht das, was wir möchten. Wir möchten, dass die Wirtschaft diejenigen Fachkräfte rekrutieren kann, die sie benötigt und die dann eben Wohlstand schaffen, wovon alle profitieren.

Was in der Schweiz vor allem wächst, seit wir die Freizügigkeit haben, ist der öffentliche Sektor. Der öffentliche Sektor wächst etwa dreimal so schnell wie die Zuwanderung – ja noch schneller. Das muss uns beunruhigen. Das muss alle jene beunruhigen, die immer vom Wirtschaftsstandort sprechen; diese müssten jetzt eigentlich hier einmal kritisch über die Bücher gehen. Schauen Sie einmal den Kanton Zürich an, der vor einigen Tagen kommuniziert hat, man müsse auf eine Steuersenkung verzichten, namentlich darum, weil 1218 neue Stellen geschaffen werden: 358 im Universitätsspital, 271 in der Psychiatrischen Universitätsklinik, 183 Lehrer, 25 Polizisten usw. 1218 neue Stellen – rechnen Sie das mal auf Werkstage herunter: jeden Tag fünf neue Mitarbeiter, jeden Tag fünf neue Leute, die im öffentlichen Sektor eingestellt werden und arbeiten. Vor zwanzig Jahren war es so, dass jede fünfte Stelle im öffentlichen Sektor war, 80 Prozent waren in der Privatwirtschaft; heute ist jede vierte Stelle im öffentlichen Sektor. Diese Entwicklung macht uns Angst. Diese Entwicklung ist die direkte Folge der massiven Zuwanderung und ist eben auch eine Folge der Personenfreizügigkeit. Wenn Sie seriös über dieses Problem diskutieren möchten, dann müssen Sie eben die Vor- und die Nachteile anschauen.

In der Kommission hat die Economiesuisse den Wert des Freizügigkeitsabkommens auf 14 Milliarden Franken pro Jahr beziffert. Über die Kosten, über die Aufwendungen und darüber, wer wo arbeitet, wurde kein Wort verloren. Das ist naiv, es ist auch unseriös. Wir müssen schauen, in welcher Situation wir sind. Dieses Freizügigkeitsabkommen ist das eine, die EU möchte jetzt noch weiter gehen: Im Rahmen der Gespräche über ein Rahmenabkommen wird die Unionsbürgerrichtlinie immer wieder zur Sprache gebracht; das ist ein Ziel der EU. Das wäre eine Weiterentwicklung der Freizügigkeit, mit der dann wirklich jeder kommen und bleiben und am Schluss wahrscheinlich sogar noch mitbestimmen könnte. Das muss uns wirklich Anlass zur Sorge geben. Es ist wirklich keine seriöse Politik, wenn Sie hier kommen und sagen, das sei eine populistische Initiative usw. Tatsache ist: Sie verweigern seit Jahren die Diskussion über dieses Problem. Das sind Sachen, welche die Leute beschäftigen. Sie können doch nicht Umweltschutz postulieren und zuschauen, wie die Schweiz überall verbaut wird. Und warum wird sie verbaut? Natürlich wegen der Zuwanderung. Auch hier: Schwatzen Sie nicht alles der Economiesuisse nach! Ich musste mir in der Kommission wirklich das Lachen verkneifen, als der Ökonom der Economiesuisse uns vorrechnete, die Bautätigkeit hänge nicht etwa mit der Zuwanderung zusammen, sondern mit dem erhöhten Bedarf der Schweizerinnen und Schweizer an Quadratmetern Wohnfläche. Also, wer so an der Realität vorbei arbeitet, muss sich nicht wundern, wenn das irgendwann einmal ins Auge geht.

Ich sage es auch den Liberalen in diesem Saal: Wenn Sie liberale Rahmenbedingungen behalten wollen, wenn Sie einen starken Wirtschaftsplatz behalten wollen, dann müssen Sie dieser Initiative zustimmen. Die Zuwanderung provoziert neue Gesetze. Wenn Sie mehr Leute in diesem Land haben, müssen Sie viel mehr regeln, Sie haben viel mehr Probleme zu lösen, und das alles ist einem liberalen Staatswesen abträglich. Wir haben Auswirkungen auf die Sozialwerke, wir haben Auswirkungen auf die Infrastruktur. – Seien wir ehrlich: Die Personenfreizügigkeit hat unter dem Strich nicht das gebracht, was man sich von ihr erhofft hat. Schauen Sie sich das einmal in Ruhe für sich an, und dann überlegen Sie, ob wir hier nicht tätig sein müssten.

Wenn Sie wirklich eine 10-Millionen-Schweiz in absehbarer Zeit wollen, ein zubetoniertes Land, in dem man sich in den Zügen drängt und auf den Autobahnen im Stau steht, dann müssen Sie dafür die Verantwortung übernehmen.

Wir wollen das nicht, und darum empfehlen wir Ihnen ein Ja zu dieser Initiative.

Chevalley Isabelle (GL, VD): Voilà bien une initiative dont l'acceptation aurait des conséquences fatales pour



notre économie! Elles seraient fatales pour plusieurs raisons. Tout d'abord, l'abrogation de l'Accord sur la libre circulation des personnes ferait tomber automatiquement tous les accords bilatéraux I. Cela ferait perdre de nombreux emplois à nos concitoyens. Rappelons que 60 pour cent des exportations des marchandises suisses sont destinées à l'Union européenne.

La deuxième raison, c'est que notre économie a besoin des étrangers pour fonctionner. Et cela, tout le monde peut le constater de ses propres yeux. Comment ferons-nous avec nos EMS, l'agriculture, le tourisme, le transport, la construction, les hôpitaux et bien d'autres secteurs qui emploient une grande part d'étrangers? Pensez-vous vraiment que nous trouverons assez de Suisses pour faire tous ces travaux? Lorsque l'on prétend défendre les agriculteurs, on ne fait pas ce genre de proposition absurde. Que feront-ils sans la main-d'oeuvre étrangère? Pensez-vous vraiment leur rendre service en attaquant l'Accord sur la libre circulation des personnes?

On ne peut pas d'un côté critiquer la bureaucratie et, de l'autre, faire des propositions qui engendreront forcément une hyper-bureaucratie. Réintroduire les contingents de travailleurs signifie beaucoup de chicaneries administratives pour les employeurs, dont les milieux paysans qui, me semble-t-il, ont déjà bien assez affaire avec la paperasse.

De plus, il ne faut pas faire croire n'importe quoi au peuple suisse. L'Accord sur la libre circulation des personnes n'accorde pas de droit de séjour inconditionnel. Pour rester en Suisse, les ressortissants de l'Union européenne doivent disposer d'un contrat de travail valable, ou exercer une activité indépendante. S'ils n'exercent aucune activité lucrative, ils doivent être en mesure de prouver qu'ils disposent de moyens financiers et d'une d'assurance-maladie suffisante. Donc, un ressortissant de l'Union européenne qui vient en Suisse le fait pour travailler et ne peut pas y venir juste pour profiter des assurances sociales. D'ailleurs, l'immigration

AB 2019 N 1565 / BO 2019 N 1565

relevant de cet accord n'a pas entraîné de hausse du recours à l'aide sociale ni de détérioration des conditions du marché du travail.

Pour pouvoir donner la priorité aux résidents suisses, depuis le 1er juillet 2018, il est obligatoire d'annoncer les postes vacants dans les branches qui affichent un taux de chômage élevé. Cela permet aux chômeurs en Suisse d'être prioritaires sur les travailleurs étrangers.

L'immigration provenant de l'Union européenne n'est nécessaire que dans les cas où nos entreprises ne trouvent pas de travailleurs en Suisse. Rappelons aussi qu'il n'y a pas de libre circulation avec les pays hors de l'Union européenne et que cet accord ne concerne pas les demandeurs d'asile.

Les étrangers qui travaillent en Suisse méritent notre respect, car ils participent aussi à la richesse de notre pays.

Pour toutes ces raisons, le groupe vert/libéral s'opposera à cette initiative nuisible à notre économie et aux citoyens suisses.

Flach Beat (GL, AG): Die grünliberale Fraktion lehnt die Begrenzungs-Initiative ab. Die Initiative hat zum Ziel, dass wir die Zuwanderung in die Schweiz – vermeintlich – selbst steuern, dies durch irgendeinen Mechanismus, ohne unsere Partner in Europa an der Seite zu haben. Sie macht zudem Vergleiche mit einer Entwicklung, die irgendwie schwierig sind, denn womit vergleichen wir jetzt die Schweiz? Mit der Schweiz von früher, mit der des letzten Jahrhunderts? Oder vergleichen wir die Schweiz mit anderen Ländern auf diesem Planeten, mit Ländern in Europa oder mit Ländern vielleicht, die weiter weg sind? Wenn ich aber solche Länder anschau und sie mit der Schweiz vergleiche, dann muss ich feststellen, dass es uns – und das kann man, glaube ich, nicht abstreiten – ganz hervorragend geht. Der Schweiz geht es wirklich gut. Wir haben Frieden, Wohlstand, Sicherheit. Wir haben funktionierende Sozialwerke. Wir haben ein Bildungswesen, das seinesgleichen sucht. Wir sind in der Forschung ganz vorne dabei. Unsere Wirtschaft spielt in den Top Ten dieser Welt. Warum? Weil wir auch die Leute, die Köpfe dazu haben und weil wir uns austauschen. Und weil der Austausch mit der Welt draussen, ennet der Grenze, eben befruchtend und erfolgreich ist, ist auch die Schweiz erfolgreich.

Wenn wir die Personenfreizügigkeit, wie wir sie jetzt haben, aussetzen und kündigen, bedeutet das automatisch das Dahinfallen der Bilateralen I. Dabei sind die bilateralen Verträge das Erfolgsrezept der Schweiz. Wir haben nämlich die Rosinen herausgepickt, die für uns wichtig sind. Wir können dadurch als grosser Player in einem noch viel grösseren europäischen Markt mithalten. Fällt das dahin, haben wir keine Konformität mehr hinsichtlich der wirtschaftlichen Mitarbeit innerhalb des europäischen Markts, zu dem wir heute einfach den Zugang haben, als wären wir ein Mitglied. Im Beschaffungswesen wären die Schweizer Anbieter plötzlich nicht mehr konform – wir könnten nicht mehr mitbieten. In der Forschung hätten wir grosse Nachteile zu gewärtigen, also auch beim Verkehr und in der Landwirtschaft.



Die Zuwanderung in die Schweiz, die stattgefunden hat und immer noch stattfindet, ist nicht für alles verantwortlich, woran wir uns nachher stossen, für den Verkehr oder die Zersiedelung der Landschaft, für den Bau von zu vielen Strassen. Es ist ein Zeichen unserer eigenen Tätigkeit, dass wir halt eben in diesem Land für uns eine Agglomeration geschaffen haben, eine Big City geschaffen haben. Wir haben heute bei uns, selbst in der Agglomeration, Infrastrukturen, die ihresgleichen suchen und die sonst auf dieser Welt nur in grossen Megacities vorkommen. Das ist halt dann auch der Preis dafür. Darum ist es wichtig, dass wir die negativen Auswirkungen von vielen Menschen halt eben auch dort begrenzen, wo wir das tun können. Da hoffe ich, dass die Initianten dann auch mithelfen, die Zersiedelung einzugrenzen – halt eben auch Innenverdichtung zu fördern, intelligente Verkehrssysteme mitzufördern, statt immer mehr Beton in die Landschaft zu giessen und zu glauben, man habe das Problem gelöst, wenn man in den Peak-Zeiten morgens, mittags und abends einermassen durchkommt und den Verkehr irgendwo anders hin verlagert hat.

Ebenfalls zu bedenken ist: Wenn die Personenfreizügigkeit dahinfällt, sind eine halbe Million Schweizerinnen und Schweizer betroffen, die in der EU ihr Daheim haben, die dort arbeiten. Was ist mit denen? Die müssten dann auch zurückkommen oder irgendeine Lösung finden. Die Situation, wie sie im Moment England erlebt mit dem Brexit, sollte uns auch zu denken geben – vor allen Dingen, wenn man zurückschaut, wann und aus welchen Gründen diese Initiative entstanden ist und wie sich die europäische Landschaft heute verändert hat. Ein Schwexit wäre eine Katastrophe für die Wirtschaft, für die Kultur, und es würde schlicht und ergreifend nichts bringen. Es würde niemandem etwas bringen: Es würde weder die Zersiedelung eindämmen, noch würde es weniger Verkehr verursachen. Wir wären einfach am selben Ort, bloss ohne Marktzugang.

Wir Grünliberalen wollen offene Beziehungen zur EU. Wir wollen die Chancen der Bilateralen nutzen und den Bilateralismus weiterführen, weil dies uns allen nützt.

Ich bitte Sie, die Initiative abzulehnen.

Büchel Roland Rino (V, SG): Geschätzter Kollege Flach, in dieser Schlagwortorgie haben Sie einige Dinge vorgebracht, die ich nicht verstehen kann. Weshalb sollten z. B. unsere Unternehmen nicht mehr nach WTO mitbieten können, wenn die Initiative angenommen würde? Und weshalb sollte eine halbe Million Schweizer, die in EU-Ländern leben und grösstenteils Doppelbürger sind, alle in die Schweiz zurückkommen müssen bzw. in die Schweiz kommen müssen? Es ist ja meist nicht einmal ein Zurückkommen.

Flach Beat (GL, AG): Die Antwort auf die erste Frage ist ganz klar: Die WTO-Bestimmungen sind ergänzt mit den bilateralen Bestimmungen den Marktzugang betreffend. Sie brauchen beispielsweise als Schweizer KMU innerhalb der EU dank der bilateralen Äquivalenzklärungen keine Niederlassung. Das ist vor allen Dingen für die kleinen Unternehmen wichtig, für die grossen spielt das keine Rolle.

Zur zweiten Frage: Es gibt sehr viele Auslandschweizer, die nur einen Schweizer Pass haben. Wenn die Personenfreizügigkeit, die ja zweiseitig ist, gekündigt würde, würde das selbstverständlich auch für sie gelten. Sie wären in einer Situation, in der sie nicht wüssten, wie sie ihr Leben in diesen Ländern weiterführen sollten, ob sie zurückmüssten oder nicht – Unwägbarkeiten ohne Ende.

Humbel Ruth (C, AG): Die Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte: Unser Land gehört zu den innovativsten, wettbewerbsfähigsten und reichsten Ländern der Welt. Gemäss World Happiness Report liegen wir auch in den Top Ten, wenn es um die Länder mit den glücklichsten Menschen geht. Kantone und Gemeinden sind bestrebt, für Unternehmungen gute Bedingungen zu schaffen, bestehende Firmen zu halten und neue Firmen anzusiedeln. Diese schaffen Arbeitsplätze und brauchen Fachkräfte, welche es in der Schweiz nicht in ausreichender Zahl und Spezialisierung gibt. Die Personenfreizügigkeit ermöglicht den hiesigen Unternehmungen, Fachkräfte in der EU zu rekrutieren, und sie ermöglicht den EU-Bürgern die Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt. Unternehmen schätzen diese Flexibilität sowie die guten Rahmenbedingungen in unserem Land, wie Rechtssicherheit, sozialen Frieden und gute Infrastrukturen. Die Menschen schätzen die Lebensqualität, unser Bildungssystem und die wunderbare Landschaft. Sie bezahlen Steuern und Sozialversicherungen. Die Schweizer Bevölkerung hat den bilateralen Weg mehrmals an der Urne bestätigt.

Das heutige System ermöglicht eine flexible, bedarfsgerechte und wirtschaftsfreundliche Steuerung der Zuwanderung. Auch wenn alles daranzusetzen ist, das inländische Arbeitskräftepotenzial maximal auszuschöpfen, und wenn die Unternehmungen gefordert sind, vor allem ältere Mitarbeitende im Betrieb zu halten, ist klar: Die Schweiz, das betrifft vor allem die Grenzkantone, ist auf den Zugang zum EU-Arbeitsmarkt angewiesen, um die Arbeitskräftenachfrage bedarfsgerecht zu decken.

AB 2019 N 1566 / BO 2019 N 1566

Gemäss dem Sprichwort "Wo Licht ist, ist auch Schatten" hat auch das Erfolgsmodell Schweiz seine Schat-





tenseiten. Die negativen Folgen von Wirtschaftswachstum und Wohlstand zeigen sich insbesondere bei der Überlastung der Verkehrsinfrastrukturen, den überhöhten Bodenpreisen und Mietzinsen, den Umweltbelastungen sowie den Schwierigkeiten älterer Arbeitssuchender auf dem Arbeitsmarkt. Für diese Probleme einzig die Personenfreizügigkeit mit der EU verantwortlich zu machen und in deren Kündigung die Lösung für alle Probleme zu sehen ist zu einfach, es stimmt schlicht nicht. Diese Probleme müssen in den jeweiligen Fachgebieten wie Verkehrs-, Umwelt-, Raumplanungspolitik, Arbeits- und Sozialpolitik angegangen werden sowie mit der Durchsetzung geltender Gesetze wie dem Bundesgesetz über die flankierenden Massnahmen.

Sowohl die faktische Lebensrealität in der Schweiz wie verschiedene Studien belegen die Vorteile der bilateralen Verträge für unser Land mit dem Zugang zum Binnenmarkt der EU. Über die Hälfte der exportierten Waren und Dienstleistungen aus der Schweiz gingen im letzten Jahr in einen EU-Staat. Die Begrenzungs-Initiative – präziser: Kündigungs-Initiative – fokussiert auf den Unmut der Bevölkerung, löst aber kein Problem und bringt keinen Nutzen. Im Gegenteil: Sie schadet der Wirtschaft und unserem Land, schafft ein Bürokratiemonster und bringt Wohlstandsverlust.

Die Initianten wollen eine eigenständig, eine staatlich gesteuerte Zuwanderung. Das hiesse aber noch lange nicht, dass wir weniger Zuwanderung hätten. Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass Kontingentsysteme die Zuwanderung nicht per se drosseln. Eine staatliche Steuerung der Zuwanderung bedeutet vor allem mehr Bürokratie für Unternehmen und Staat mit entsprechendem administrativem und finanziellem Aufwand. Die Übergangsbestimmung der Initiative hat ganz klar die Kündigung der Personenfreizügigkeit zur Folge. Es ist unmöglich, innerhalb eines Jahres eine Verhandlungslösung zu finden. Folglich muss der Bundesrat die Personenfreizügigkeit künden. Mit dieser Kündigung wird die Guillotineklausel ausgelöst, und sechs Monate später treten die sechs weiteren Abkommen ausser Kraft. Die SVP will mit der Initiative den bilateralen Weg mit der EU beenden. Das können wir uns als kleines Land mitten in Europa nicht leisten. Die bilateralen Verträge sind das Fundament der erfolgreichen Beziehungen zur EU.

Die CVP steht zu den bilateralen Verträgen und lehnt diese Initiative ab.

Aeschi Thomas (V, ZG): Frau Humbel, Sie haben soeben gesagt, die SVP wolle den bilateralen Weg beenden. Sie wissen ganz genau, dass in den Bilateralen I nur sieben Verträge enthalten sind, dass wir aber mit der EU 120 bilaterale Abkommen haben. Weshalb machen Sie eine solche Falschaussage?

Humbel Ruth (C, AG): Es ist keine Falschaussage. Sie wollen die Personenfreizügigkeit kündigen. Mit der Personenfreizügigkeit sind sechs weitere Abkommen der Bilateralen I verbunden. Mit der Guillotineklausel fallen diese Abkommen alle weg – und damit der wesentliche Teil der bilateralen Verträge.

Streiff-Feller Marianne (C, BE): Ruth Humbel hat es gesagt: Die CVP-Fraktion – und damit natürlich auch wir von der EVP – lehnt die Begrenzungs-Initiative ab. Insbesondere positionieren wir uns klar gegen die in der Initiative enthaltenen isolationistischen Tendenzen.

Auch wir wollen Freiheit, aber scheinbar nicht dieselbe wie die Initianten. Wir wollen die Freiheit, in Europa leben, studieren und arbeiten zu können; die Freiheit, in und mit Europa handeln zu können; die Freiheit, so auch für das Wohlergehen der Schweiz zu sorgen.

Die Initiative gibt folgenden Rahmen vor: Falls die Verhandlungen in einem Jahr nicht fruchten, wird die Personenfreizügigkeit automatisch gekündigt. Es scheint im heutigen Kontext eher unwahrscheinlich, dass ein Jahr genügt, um ein einvernehmliches Resultat zu erzielen. Die Folge wird also eine ungeordnete Kündigung der Personenfreizügigkeit und somit der bilateralen Verträge sein. Darum wird die Initiative ja auch "Kündigungs-Initiative" genannt, was einen automatisch an Grossbritannien denken lässt. Frau Bundesrätin Keller-Sutter nannte es vor drei Monaten auch den "Schweizer Brexit".

Glauben die Initianten wirklich, dass die EU die Bilateralen aufrechterhalten wird, wenn wir die Personenfreizügigkeit aufkündigen? Das glauben wir nicht! Unseres Erachtens ist es blauäugig, diese These aufzustellen. Bei Annahme der Initiative würde sich die Schweiz die Möglichkeit verbauen, am europäischen Markt teilzunehmen und diesen mitzugestalten. Das hätte verheerende Folgen für die Wirtschaft. Der Export würde gehemmt. Die Planungssicherheit wäre nicht mehr gewährleistet. Der EU-Markt wäre Schweizer Unternehmen nicht mehr ohne Diskriminierung zugänglich.

Der bilaterale Weg ist für die Schweiz ein grosser Gewinn und wird von einer grossen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger getragen; das wurde mehrmals an der Urne bestätigt. Wir stellen fest, dass das heutige System weitgehend eine bedarfsgerechte, flexible und wirtschaftsfreundliche Steuerung der Zuwanderung zulässt. Selbstverständlich sind auch wir dafür, den Vorrang für inländische Arbeitskräfte möglichst optimal auszuschöpfen. Das Parlament hat ja u. a. die Stellenmeldepflicht für Branchen mit hoher Arbeitslosigkeit eingeführt. Davon profitieren inländische Arbeitnehmende.



Es gibt in einigen Branchen allerdings eine sehr hohe Nachfrage nach Arbeitskräften, die eben nicht bedarfsgerecht mit inländischen Arbeitnehmenden gedeckt wird. Genau in diesem Fall ist die Personenfreizügigkeit sinnvoll. Die Wirtschaft und auch das Gesundheitswesen zum Beispiel sind darauf angewiesen. Die schweizerische Volkswirtschaft ist unauflösbar mit dem europäischen Arbeitsmarkt verbunden, und das soll auch so bleiben. Um Schweizer Qualität, Innovation, Verlässlichkeit und Wertschöpfung zu gewährleisten, muss der Zugang zu Fachkräften aus dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt garantiert bleiben.

Ich erlaube mir, zum Schluss noch von Werten zu sprechen. Ein Schweizer Alleingang – die Kündigung der Verträge mit unseren Nachbarn – wäre meines Erachtens im Kontext der weltweit verstärkten protektionistischen Tendenzen verantwortungslos, verantwortungslos gegenüber unseren Nachbarn, aber vor allem verantwortungslos gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. Denn unser Wohlergehen hängt auch vom Verhältnis mit unseren Nachbarn ab.

Ich bitte Sie daher, der Kommissionsmehrheit zu folgen und Volk und Ständen die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Signora Streiff, il signor lmark vuole farle una domanda.

Streiff-Feller Marianne (C, BE): Ich möchte nicht, dass wir die Debatte noch mehr verlängern. 81 Rednerinnen und Redner kommen noch als Einzelsprecher. Ich beantworte keine Fragen.

Marti Samira (S, BL): Die Personenfreizügigkeit ist eine volkswirtschaftliche und eine sozialpolitische Erfolgsgeschichte. Seit dem Abschluss der bilateralen Verträge, insbesondere des Freizügigkeitsabkommens, und der Einführung der flankierenden Massnahmen sind die Löhne in der Schweiz gestiegen, die Schwarzarbeit gesunken, die Gesamtarbeitsverträge ausgebaut und die Arbeitslosigkeit gesenkt worden. Die Arbeitgeber mussten dank der Kontrollen für mehrere Zehntausend Menschen die Löhne erhöhen, in Branchen mit Mindestlöhnen wie dem Bau, der Reinigung oder dem Gewerbe drohen bei Dumpinglöhnen hohe Bussen und im Wiederholungsfall auch ein Verbot der wirtschaftlichen Tätigkeiten in der Schweiz. Dank der Personenfreizügigkeit und der flankierenden Massnahmen haben ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter in der Schweiz mehr Sicherheit gewonnen, sind weniger der Willkür der Unternehmen ausgesetzt und erhalten für ihre Arbeit mehr Geld. Dank der Personenfreizügigkeit und der flankierenden Massnahmen ist das unmenschliche, prekäre Saisonierstatut Vergangenheit und dürfen Schweizerinnen und Schweizer – heute sind das fast eine halbe Million Menschen – ohne grosse Hürden im Ausland tätig sein.

AB 2019 N 1567 / BO 2019 N 1567

Die Begrenzungs-Initiative will nun diese Erfolgsgeschichte beenden und zurück in die Vergangenheit, zum Kontingentsystem zurückkehren. Dabei ist sehr viel von Souveränität die Rede. Aber mit einem Kontingentsystem gewinnen wir nicht an Souveränität und auch nicht an demokratischer Mitsprache, wir verstaatlichen und bürokratisieren die Einwanderung einfach. Der Bund würde in Zukunft wie vor der Einführung des Freizügigkeitsabkommens mittels Kontingenten ausländischen Arbeitskräften pro Branche, pro Kanton, pro Herkunftsland den Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt geben.

Damit würde die Arbeitsmigration nicht sinken, aus einem einfachen Grund: weil die Schweizer Unternehmen heute auf sie angewiesen sind. Natürlich ist das für die Initianten wichtig – schliesslich sitzen auch einige reiche Unternehmer und Unternehmerinnen der SVP in diesem Saal und wissen sehr genau, dass heute die Schweizer Wirtschaft auf diese Arbeitskräfte angewiesen ist. Deshalb sollten wir meiner Meinung nach die Initiative umbenennen in "Lohndumping-Initiative"; sie ist ein direkter Angriff der SVP auf die arbeitende Bevölkerung in diesem Land. Es geht ihr nämlich vor allem darum, Profite zu steigern und dafür die geltenden Lohn- und Arbeitsbestimmungen zu bekämpfen. In- und ausländische Arbeitskräfte sollen vermehrt wieder auf dem Arbeitsmarkt gegeneinander ausgespielt werden, und der Druck auf ihre Löhne soll erhöht werden.

Die SVP hat sich schon immer an den flankierenden Massnahmen gestört, das ist kein Geheimnis. Gleichen Lohn für gleiche Arbeit, starke Lohnkontrollen und erleichterte GAV hat sie stets bekämpft. Nun möchte sie dies wieder zu Fall bringen, aber nicht aus einem Bedürfnis nach Souveränität oder demokratischer Mitsprache, sondern als Treten von oben gegen unten. Da macht natürlich die SP-Fraktion nicht mit. Wir wollen gute Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle, egal, welche Farbe der Pass hat. Dafür müssen aber die flankierenden Massnahmen nicht abgeschafft oder aufgehoben, sondern im Gegenteil ausgebaut werden.

Wir wollen gute und stabile Beziehungen zur EU. Mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit, das haben wir heute schon einige Male gehört, würde die Guillotineklausele gleich alle Verträge der Bilateralen I mitreissen. Als Wissensnation würde unser Land von der europäischen Forschungszusammenarbeit abgeschnitten. Wir exportieren jährlich für 120 Milliarden Franken in die EU. Es wäre also mehr als die Hälfte unserer Exporte



gefährdet.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, die Initiative im Sinne der Arbeiterinnen und Arbeiter in diesem Land und zugunsten von guten und stabilen Beziehungen zur EU zur Ablehnung zu empfehlen.

Matter Thomas (V, ZH): Frau Kollegin Marti, neben dem SVP-Bashing, das Sie gemacht haben, haben Sie noch gesagt, wie wichtig die Personenfreizügigkeit für die Privatwirtschaft und für das Erfolgsmodell der Schweizer Wirtschaft sei. Können Sie mir sagen, wie viele Jahre Sie schon in der Privatwirtschaft gearbeitet haben?

Marti Samira (S, BL): Also ganz ehrlich, meine persönliche berufliche Laufbahn hat eigentlich nichts mit dieser Diskussion zu tun. Und darum beantworte ich auch die Frage nicht.

Barrile Angelo (S, ZH): Avete sentito gli argomenti degli autori dell'iniziativa – e oggi forse li sentiremo ancora una quarantina di volte.

Ma per me il fatto, lo scopo è chiaro: l'UDC vuole annullare la libera circolazione e con essa anche gli accordi bilaterali. Vuole tornare ad un regolamento del secolo scorso. Voi forse l'avete dimenticato, ma io mi ricordo benissimo com'era questo regolamento, con gli stagionali, lavoratori e lavoratrici stranieri con pochi diritti, e se li rivendicavano perdevano anche il posto di lavoro. Mi ricordo benissimo degli stagionali che venivano nel nostro paese e vivevano nelle baracche. Gli stagionali che dovevano lasciare le famiglie sole per nove mesi, anche i bambini; non li potevano vedere e se una volta si azzardavano a venire per trovare la mamma o il papà tutti dovevano lasciare la Svizzera. Vi immaginate cosa vuol dire per un bambino o una bambina non vedere i genitori per nove mesi e cosa vuol dire perdere il posto di lavoro perché manca la famiglia?

La libera circolazione ha molto migliorato questa situazione e ora abbiamo delle condizioni di lavoro più umane per tutta la famiglia e anche dei salari più giusti. Io non voglio tornare in questa Svizzera di ieri, nella Svizzera degli stagionali con le loro baracche e le famiglie separate. Per questo, assieme con il gruppo socialista, vi raccomandiamo di respingere decisamente questa iniziativa popolare.

Naef Martin (S, ZH): Wir werden vermutlich hier im Laufe des Abends ein ziemliches argumentatives Durcheinander veranstalten. Darum klar und kurz: Wenn wir über die Kündigungs-Initiative sprechen, also über die Aufkündigung des bilateralen Wegs, die Aufkündigung unseres Verhältnisses mit Europa, und damit mit der Grundlage unseres Wohlstandes spielen, sprechen wir über einen möglichen schweizerischen, also selbstgemachten Totalschaden. Dabei entsetzen wir uns beispielsweise so schön über die Chaostage in Grossbritannien, die wir jetzt beobachten – einfach weil es irgendwie europakritisch ist und wir ja das irgendwie auch sind. Dabei ist es vor allem ungeschickt, was wir hier tun.

Zur Klärung: Wir sprechen hier nicht über eine Steuerung von Migration, sondern über die Freiheit von uns Bürgerinnen und Bürgern, uns Schweizerinnen und Schweizern in Europa – über Freiheit. Die Personenfreizügigkeit ist ein Freiheitsrecht, das Recht von uns, überall dort in Europa zu leben und zu arbeiten, wo wir es wünschen. Wir sprechen über verlässliche und stabile Beziehungen zu unseren Nachbarinnen und Nachbarn und über den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz. Die Beziehungen zu unseren Nachbarinnen und Nachbarn sind schon schwierig genug. Diese Initiative schadet unserem Land und allen Menschen, die mit uns hier leben.

Sie werden heute kein gutes Argument für diese Initiative hören. Umso mehr bitte ich Sie im Namen der sozialdemokratischen Fraktion und der Sozialdemokratischen Partei, diese Initiative nicht nur zur Ablehnung zu empfehlen, sondern sie mit aller demokratischen Kraft zu bekämpfen.

Jauslin Matthias Samuel (RL, AG): Die Initiative will schlicht und einfach die Personenfreizügigkeit mit der EU ausser Kraft setzen. Die SVP nimmt in Kauf, dass damit die bilateralen Verträge I, denen das Volk im Mai 2000 mit 67 Prozent Ja zugestimmt hat, hinfällig werden. Es ist zu anerkennen, dass wenigstens in diesem Punkt reiner Wein eingeschenkt wird und das Volk über diese Sachfrage abstimmen kann.

Erlauben Sie mir daher, nicht die schönfärberische Bezeichnung "Begrenzungs-Initiative" zu verwenden, sondern konsequent von einer "Kündigungs-Initiative" zu sprechen, die unserem Land in mehrerer Hinsicht schaden wird. Diese Initiative begrenzt nämlich nicht, sondern möchte eine seit über fünfzehn Jahren gut funktionierende Regelung mit unserem Partner abschaffen – ein Frontalangriff auf die bilateralen Verträge I, der die Beziehungen zu Europa ohne zwingende Gründe komplett auf den Kopf stellt und die Zuwanderung aus Drittstaaten ausblendet.

Der Vorwurf, dass damals die Masseneinwanderungs-Initiative nicht gemäss den Initianten umgesetzt wurde, ist tatsächlich nicht ganz von der Hand zu weisen: Das Parlament hat im Gesetzgebungsprozess die Zustim-



mung des Schweizervolks zu den Bilateralen I höher gewichtet als die buchstabengetreue Umsetzung der Initiative. Es wurden keine Kontingente und keine Höchstzahlen eingeführt. Doch die Urheber der Masseneinwanderungs-Initiative haben weder in den Kommissionsberatungen noch im Rat mehrheitsfähige Vorschläge eingebracht. Die Idee, die Zuwanderung über den Arbeitsmarkt zu steuern, führte dann zu dieser Stellenmeldepflicht und damit zur Bevorzugung von inländischen Arbeitskräften. Nachdem die Bundesversammlung dem Gesetz in der Schlussabstimmung zugestimmt hatte, blieb die Möglichkeit, das Gesetz mit einem Referendum zu bekämpfen. Die SVP hat dieses demokratische Recht nicht wahrgenommen und somit auch der Stellenmeldepflicht indirekt zugestimmt.

Bitte, liebe SVP, nimm dies doch zur Kenntnis, und arbeite konstruktiv an der Zukunft der Schweiz mit uns zusammen!

AB 2019 N 1568 / BO 2019 N 1568

Die vorliegende Kündigungs-Initiative bietet dazu Gelegenheit. Das Volk und die Stände erhalten mit dieser Initiative zwei Optionen:

1. Ein Ja würde den Entscheid zur Masseneinwanderungs-Initiative vom Februar 2014 bestätigen. Die Schweiz würde die Zuwanderung aus den EU-Ländern wieder eigenständig steuern wollen, müsste aber das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU kündigen.
2. Ein Nein wäre gleichbedeutend mit einem Ja zu den bilateralen Verträgen. Damit würde das Volk die gute Beziehung zur EU höher gewichten als die Beschränkung der Zuwanderung aus der EU.

Nun, was verlangt die Initiative genau? Der Bundesrat soll mit der EU verhandeln, um das Personenfreizügigkeitsabkommen innerhalb von zwölf Monaten einvernehmlich zu beenden. Gelingt dies nicht, muss der Bundesrat das Abkommen innert 30 Tagen einseitig kündigen. Dies würde wohl auch zum Verlust der sechs übrigen Verträge der Bilateralen I führen. Es ist nun mal Tatsache, dass alle sieben Verträge unter dem Begriff Bilaterale I miteinander verknüpft sind und nur als Gesamtpaket Gültigkeit haben. Wer hier auf eine einvernehmliche Lösung mit der EU vertraut, verschliesst die Augen vor dieser Tatsache. Für die EU ist die Personenfreizügigkeit eine Prinzipienfrage und neben dem freien Warenverkehr, dem freien Kapital- und Zahlungsverkehr und der Dienstleistungsfreiheit eine der vier Grundfreiheiten der EU. Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit wäre daher nicht weniger als ein Schwexit, mit der Gefahr, schlussendlich ohne Deal dazustehen. Von einem Moment auf den anderen würden die Abkommen zum Landverkehr, zum Luftverkehr, zur Landwirtschaft, zu den technischen Handelshemmnissen, zur Forschung und zum öffentlichen Beschaffungswesen wegfallen.

Für die FDP besteht kein Zweifel: Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit würde den bilateralen Weg als Ganzes bedrohen. Der bilaterale Weg ist aber ein Teil des Erfolgsmodells Schweiz. Damit verknüpft sind der Wohlstand und über 800 000 Arbeitsplätze. Die Schweizer Wirtschaft hat 2018 Waren im Wert von über 120 Milliarden Franken in die EU-Länder exportiert. Das sind nach wie vor über 50 Prozent aller Warenexporte der Schweiz. Die Folgen eines Wegfalls der Bilateralen I zeigt eine Studie im Auftrag des Seco auf: Das Bruttoinlandsprodukt der Schweiz würde ohne diese Abkommen in weniger als zwanzig Jahren um etwa 5 bis 7 Prozent tiefer liegen als mit diesen Abkommen.

Zudem ist unsere Wirtschaft auf Fachkräfte aus der EU angewiesen. Nur dank der Personenfreizügigkeit können bei Bedarf solche Fachkräfte unbürokratisch rekrutiert werden, und das hilft der Schweizer Wirtschaft, konkurrenzfähig zu bleiben. Eine Ergänzung der inländischen Arbeitnehmenden durch ausländische Arbeitskräfte wird sogar immer wichtiger, weil die schweizerische Bevölkerung in den kommenden Jahren deutlich altern wird.

Dabei sind auch die geltenden Bedingungen in Erinnerung zu rufen: Mit dem bilateralen Freizügigkeitsabkommen erhalten Staatsangehörige der Schweiz und der Mitgliedstaaten der EU das Recht, Arbeitsplatz und Aufenthaltsort innerhalb der Staatsgebiete der Vertragsparteien frei zu wählen. Es gilt dafür aber auch Voraussetzungen zu erfüllen, nämlich einen gültigen Arbeitsvertrag zu besitzen oder selbstständigerwerbend zu sein oder bei Nichterwerbstätigkeit ausreichende finanzielle Mittel nachweisen zu können.

Auch die FDP will nur so viel Zuwanderung wie wirklich nötig. Auch uns ist es bewusst, dass die Personenfreizügigkeit in Zukunft mit Herausforderungen verbunden ist. So unterstützen wir die flankierenden Massnahmen, die den Schutz der Arbeits- und Lohnbedingungen für inländische und ausländische Arbeitnehmer gewährleisten. Auch die vom Bundesrat Mitte Mai beschlossenen zusätzlichen Massnahmen unterstützen wir sehr.

Wie falsch diese Volksinitiative ist, zeigt ein Blick in die wirtschaftspolitischen und internationalen Schlagzeilen. Die Lage der Wirtschaft in der Welt, in Europa und in der Schweiz verdüstert sich alarmierend schnell. Entwicklungen wie der US-chinesische Handelsstreit, eine mögliche Rezession in Deutschland oder erodierende Beziehungen zu Europa werden die offene, exportorientierte Schweiz inmitten von Europa empfindlich tref-



fen. Darum braucht es jetzt parallel zur Stabilisierung der Beziehungen zur EU eine echte, zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik zum Nutzen von uns allen.

Ich fasse zusammen: Aus Sicht der FDP/die Liberalen ist die Personenfreizügigkeit für die Schweiz vorteilhaft, denn sie garantiert im Verbund mit dem Paket der Bilateralen I den wichtigen Zugang zum EU-Markt und ist damit Innovationstreiberin für die Schweizer Wirtschaft. Die Kündigung des Freizügigkeitsabkommens und damit automatisch auch der Bilateralen I hätte einschneidende negative Konsequenzen für unseren Wirtschaftsstandort, für die Arbeitsplatzsicherheit und für unseren Wohlstand. Darüber hinaus trägt das Freizügigkeitsabkommen einem gesteigerten Mobilitätsbedürfnis Rechnung, indem es Schweizerinnen und Schweizern auf unkompliziertem Wege Zugang zu den Arbeitsmärkten der EU verschafft.

Die FDP-Liberale Fraktion empfiehlt Ihnen dringend, der Mehrheit der SPK-NR zu folgen und die Volksinitiative abzulehnen. Damit sagen Sie Ja zum Erfolgsmodell Schweiz.

Aeschi Thomas (V, ZG): Herr Jauslin, Sie haben soeben gesagt, die EU würde nur Verträge mit allen vier Grundfreiheiten akzeptieren. Weshalb hat die EU mit der Ukraine, mit Moldawien und mit Georgien eine Art Rahmenabkommen mit freiem Warenverkehr, Dienstleistungsverkehr und Kapitalverkehr, aber explizit ohne freie Zuwanderung, ohne Personenfreizügigkeit, abgeschlossen? Könnte das sein, weil auch die EU Angst hat vor einer Massenzuwanderung aus der Ukraine und diesen anderen Staaten?

Jauslin Matthias Samuel (RL, AG): Ich kann nur für die Verträge, die wir mit der EU gemacht haben, antworten. Bei den sieben Verträgen war die Guillotineklausel eine Bedingung, damit wir diese Verträge auch gegenseitig unterschreiben konnten. Ob die Ukraine anders verhandelt hat, kann ich so nicht beurteilen.

Imark Christian (V, SO): Ja, Herr Kollege, Sie haben ja vom Schweizer Brexit gesprochen. Sie haben gesagt, diese Initiative führe zu einem Schwexit. Ich wusste gar nicht, dass die Schweiz Mitglied der EU ist. Haben Sie analysiert, warum eigentlich die Briten aus der EU austreten wollen? Das war ja ein Volksentscheid. Hat das nicht auch mit der Zuwanderung zu tun, (*Interruzione della presidente: Signor Imark!*) insbesondere mit der Zuwanderung ins Sozialsystem, ohne dass die Bevölkerung davon profitiert?

Jauslin Matthias Samuel (RL, AG): Kollege Imark, besten Dank für die Frage. Ich kann nicht für die Briten sprechen, ich kann nur einfach sagen, dass die Briten im Dilemma sind, bis heute noch keinen Deal haben und dass immer noch nicht so klar ist, wie sie beim Austritt vorgehen möchten. Genau das möchte ich für die Schweiz nicht. Wir, die FDP/die Liberalen, möchten klare Verhältnisse, und klare Verhältnisse haben wir dann, wenn wir unsere Verträge einhalten. Wir sind davon überzeugt, dass eine Kündigung der Bilateralen I auch dazu führen wird, dass wir ein belastetes Verhältnis zu unseren Partnern in der EU haben werden.

Glättli Balthasar (G, ZH): Wir haben es jetzt mehrfach gehört: Endlich, sagen alle, herrsche Klarheit, zumindest das, endlich nicht mehr dieses Versteckspiel wie bei der Masseneinwanderungs-Initiative. Tatsächlich ist klar: Ja zu dieser Initiative heisst Ja zur Kündigung der Bilateralen. Aber eigentlich geht es ja bei einer Initiative nicht nur um den Weg, sondern es geht auch noch um den Inhalt. Bei der Klarheit des Inhalts – die SVP selbst fasst ihn mit dem Titel "Begrenzungs-Initiative" zusammen – haben wir vollkommene Fehlanzeige. Der Begriff "Begrenzung" ruft nach der einfachen Frage: Wie viel?

Dieses Spiel, das wir schon bei der Masseneinwanderungs-Initiative gespielt haben, haben wir in der Kommission, in der Auseinandersetzung zu dieser Initiative bis jetzt x-fach wieder gespielt. Wir haben gefragt: Ja, wie viel wäre denn gut?

AB 2019 N 1569 / BO 2019 N 1569

Die einzige halbwegs brauchbare Antwort, die wir von Ihnen kriegen, ist: So viel, wie die Wirtschaft braucht. Heute kommen auch so viele Leute, wie die Wirtschaft braucht. Die Voraussetzung dafür, dass man in die Schweiz kommen kann, ist heute nicht einfach die, dass man EU-Bürger ist, sondern dass man hier einen Job findet oder genug Geld in der Tasche hat, um sich selbst über Wasser halten zu können. Aber gegen diese Leute hätten Sie wohl auch nichts: Gegen Reiche, die eingewandert sind, haben Sie noch nie wirklich etwas gehabt.

Sie wollen, wenn Sie ehrlich sind, nicht wirklich die Einwanderung begrenzen, sondern Sie wollen sie anders managen. Sie wollen sie bürokratischer managen – gut, diesen Streit können wir zur Seite legen, lassen wir das –, und Sie wollen, dass die Rahmenbedingungen für die Menschen, die in der Schweiz arbeiten, geändert werden. Sie wollen nämlich den Lohnschutz schleifen. Denn der Ausbau des Lohnschutzes geschah mit den flankierenden Massnahmen, und die flankierenden Massnahmen gehören eben zur Personenfreizügigkeit. Sie



wollen nicht weniger Einwanderung, sondern weniger Lohnschutz und weniger Rechte der Menschen ohne Schweizer Pass in diesem Land, die zum Teil seit Jahren, zum Teil seit Jahrzehnten hier leben, arbeiten und Steuern zahlen. Dazu sagen wir Grünen Nein.

Warum sagen wir Grünen Ja zu den Bilateralen? Warum sagen wir Ja auch zur Personenfreizügigkeit als integralem Teil dieses ersten bilateralen Pakets? Erstens: Wir sind ein Teil Europas, umgeben von EU-Ländern. Gute Beziehungen, auch wirtschaftlich gute Beziehungen sind in gegenseitigem Interesse. Zweitens: Wir wollen den Lohnschutz nicht schleifen, sondern ausbauen, nicht nur im Interesse der Lohnarbeitenden, sondern auch im Interesse des Gewerbes. Drittens: Wir wollen auch für die Auslandschweizerinnen und -schweizer, die in der EU leben, weiterhin gesicherte Zustände haben, auch für jene, die nicht Doppelbürgerinnen und Doppelbürger sind.

Wir werden heute einen Reigen von SVP-Parlamentarierinnen und -Parlamentariern erleben, die eines ihrer wenigen verbliebenen politischen Themen zelebrieren und möglicherweise sich selbst dann wieder Dutzende von Fragen stellen. Das ist ihr gutes demokratisches Recht. Wir wollen ihnen das nicht nehmen.

Wir glauben aber als Grüne, unsere Argumente sind so klar, dass man sie nicht noch vierzigmal wiederholen muss, bis jemand vielleicht auf die Idee kommen könnte, es sei doch noch irgendetwas Schlaues dran. Darum werden wir uns an diesem Wahlkampfregeln nicht beteiligen.

Egger Mike (V, SG): Geschätzter Herr Glättli, Sie haben uns vorgeworfen, unser Weg führe zu mehr Bürokratie. Wie ist es denn jetzt mit dem Status quo, mit den flankierenden Massnahmen, mit all den Förderprogrammen, die wir für die älteren Arbeitnehmenden einführen müssen: Ist das nicht auch eine Form von Bürokratie?

Glättli Balthasar (G, ZH): Erstens: Danke, dass Sie nicht Fragen an Ihre eigene Seite, sondern Fragen an die politische Gegenseite stellen. Das ist die Debatte, die wir brauchen.

Zweitens: Ich kenne das bürokratische System aus eigener Erfahrung, von früher. Ich habe Leute aus der EU angestellt und weiss, wie man es macht, dass man am Schluss genau die Leute aus der EU kriegt, die man will. Aber ich weiss auch, dass man damit einfach einen riesigen bürokratischen Leerlauf verursacht und keinem Schweizer zusätzlich eine Stelle verschafft. Es stimmt: Der Vorrang für inländische Arbeitslose ist etwas, was bürokratischer ist als der freie Arbeitsmarkt. Aber es ist eine Bürokratie, die zum Nutzen der Menschen in der Schweiz ist. Das habe ich lieber als eine Bürokratie, wie Sie sie wollen: eine, die man einfach umgehen kann und die den Menschen in der Schweiz am Schluss nichts bringt ausser tiefere Löhne.

Estermann Yvette (V, LU): Geschätzter Herr Kollege, Sie haben gesagt, dass die Leute, die in die Schweiz zuwandern, hier Arbeit finden oder sich selber durchbringen können. Wie erklären Sie sich Folgendes: Zwischen 2007 und 2017 sind 45 Prozent ausländische Mitbürger in der Sozialhilfe gelandet. Bei den Schweizern sind es nur 10 Prozent. Wie erklären Sie sich das?

Glättli Balthasar (G, ZH): Schauen Sie, wir hatten in den Sechziger-, Siebziger- und Achtzigerjahren eine Politik, die – ich sage es jetzt einmal so – die Arbeitslosigkeit, sei es die saisonale oder sonstige Arbeitslosigkeit, einfach exportiert hat. Wir hatten auch eine Politik in diesem Land, auf die ich jetzt nicht besonders stolz bin, bei der wir gesagt haben, wir wollen nur die Arbeitskräfte, wir wollen nur die Hände. Aber die Familien – die Familien, die Ihnen sonst ja immer so wichtig sind –, die wollen wir nicht. Ich will nicht zurück in diese Zeit, in der man Arbeitslosigkeit einfach exportierte. Es ist ja nicht so, dass die Arbeitslosigkeit verschwindet, wenn man die Leute, die arbeitslos sind, abschiebt.

Was wir in diesem Land machen müssen, ist etwas ganz anderes. Wir müssen in diesem Land die Bedingungen für die Menschen, die schon hier sind, verbessern, damit diese zu Arbeit kommen. Ein Beispiel aus der Branche, in der ich jahrelang gearbeitet habe, der Informatik: Da gibt es Schweizer Grossunternehmen, Banken, Versicherungen, die Leute, die während Jahrzehnten als Programmierer gearbeitet haben, bis sie vielleicht 45, 50 oder 55 Jahre alt sind, nicht entsprechend weiterbilden, wenn die Technologien sich geändert haben, sondern stattdessen andere aus dem Ausland holen. Und wenn die dann wieder nicht mehr auf dem neusten Stand sind, holt man wieder neue aus dem Ausland. Aber das können Sie nicht durch eine Bürokratie verhindern; das muss die Wirtschaft selbst an die Hand nehmen.

Mazzone Lisa (G, GE): On nous dit que cette initiative populaire a enfin son juste nom, qu'il n'y a plus d'ambiguïté. Alors disons d'abord son nom réel, il s'agit effectivement d'une initiative non pas de limitation, mais de résiliation, de résiliation de l'Accord sur la libre circulation des personnes conclu avec l'Union européenne. Mais même dans ce cas, on peut mettre en doute la véracité, l'honnêteté ou la sincérité de cette affirmation. Une gestion autonome de l'immigration ne dit pas encore à combien de personnes on accordera l'entrée



sur le territoire et le droit de travailler. En revanche, ce qui est clair, c'est que cette gestion de l'immigration entraînera une bureaucratie importante. Ce qui est également clair, et ce qui est à attendre, c'est qu'il n'y aura pas d'accord avec l'Union européenne – c'est quasiment couru d'avance compte tenu du délai inscrit par les initiates et les initiants dans leur initiative. Ce qui est encore plus clair, c'est que le premier volet des accords bilatéraux deviendra caduc en raison de la clause guillotine et que cela aura des conséquences extrêmement importantes et graves sur les relations de la Suisse, notamment économiques, avec l'Union européenne. Mais ce qui est à attendre et qui est le plus inquiétant avec cette initiative, ce sont les conséquences certaines sur la protection salariale et sur les mesures d'accompagnement. On l'a entendu – c'est intéressant –, les mesures d'accompagnement sont, selon l'UDC, bureaucratiques. C'est donc tout à fait clair que du côté des initiates et des initiants, on ne veut pas d'une immigration qui soit accompagnée de mesures d'accompagnement et que, donc, les mesures d'accompagnement deviendront caduques avec la dénonciation de l'Accord sur la libre circulation. La conséquence est grave: cela veut dire encourager à nouveau le dumping salarial, mettre à mal les travailleuses et les travailleurs et favoriser une économie qui presse comme des citrons les gens qui la font et qui la rendent réelle.

Les Verts considèrent que la Suisse est au centre de l'Europe, qu'elle est une partie de l'Europe, qu'elle a un rôle à jouer dans l'Europe. C'est géographiquement vrai, c'est économiquement vrai: la moitié de nos exportations vont vers l'Union européenne. C'est aussi vrai en matière de recherche, on a beaucoup à échanger avec l'Union européenne. Enfin, selon nous, les accords bilatéraux signifient aussi une forte protection des travailleuses et des travailleurs, une lutte contre le dumping salarial – on l'a vu dans le canton

AB 2019 N 1570 / BO 2019 N 1570

de Genève, cela devient une réalité; c'est absolument essentiel. C'est aussi une sécurité pour les petites et moyennes entreprises, ce qu'il est important de rappeler. Enfin, c'est une plus grande sécurité juridique pour les Suisses sans passeport suisse, toutes ces personnes qui habitent ici depuis de nombreuses années, mais qui n'ont pas le sésame à croix blanche. C'est une plus grande sécurité juridique pour les Suisses de l'étranger qui n'ont pas la nationalité du pays dans lequel ils résident.

Ce sont autant de raisons pour lesquelles les Verts sont convaincus de ces accords bilatéraux, et ce n'est pas par défaut que nous les défendons, mais bien parce que nous pensons que c'est un progrès pour la Suisse depuis leur introduction.

C'est aussi une main-d'oeuvre dont nous avons besoin, dans les secteurs comme celui de la santé ou du social. Nous en avons besoin pour faire tourner nos institutions et répondre aux besoins en termes de soins, notamment les soins aux personnes âgées.

Alors oui, il y a encore du travail. Il y a encore du travail, et nous devrions nous y atteler, ensemble, notamment en soutenant les mesures qui favorisent la main-d'oeuvre indigène. Je pense aux mesures pour l'emploi des personnes âgées de 50 ans et plus, aux mesures offrant des possibilités de formation continue pour ces personnes, ou à la réalisation de l'égalité salariale qui peut inciter la femme, dans un couple, à reprendre son travail ou à commencer à travailler.

Nous avons affaire à une initiative populaire et je pense qu'il est important de la traiter et, ainsi, de répondre à la demande des citoyennes et des citoyens qui l'ont déposée et de celles et ceux qui l'ont signée. En revanche, pour nous, il est clair que d'autres sujets sont bien plus prioritaires en ce moment – je pense notamment à l'urgence climatique. C'est pour cela que, si je vous ai exposé les arguments des Verts, aucun autre orateur ni aucune autre oratrice du groupe des Verts ne prendra la parole à ce sujet.

Nordmann Roger (S, VD): Le parallèle entre le Brexit et l'initiative de résiliation lancée par l'UDC est frappant: c'est la même démarche et elle produit les mêmes effets.

Avec le Brexit, d'abord, il s'agit de quitter à tout prix le marché européen en prétendant qu'il sera ensuite possible de négocier des nouveaux rapports avec l'Union européenne, à la carte. Or, les "Tories", au pouvoir, n'ont même pas réussi à faire passer un accord transitoire pour régler le divorce, et l'on se trouve maintenant à quelques semaines d'une sortie brutale du Royaume-Uni de l'Union européenne. Rien n'est réglé, et tout montre que le dommage sera majeur. Il n'y a ni accord commercial, ni aucun autre accord d'envergure en vue avec l'Union européenne. Le Royaume-Uni se retrouvera plus isolé que jamais.

Avec l'initiative de résiliation, ensuite, il s'agit de faire tomber les sept premiers accords bilatéraux signés par la Suisse et, probablement, aussi les accords Schengen/Dublin, entraînés dans le naufrage. La démarche est exactement la même que pour le Brexit: dynamiter ce qui existe, au nom de promesses radieuses de lendemains qui chantent. Comment croire un seul instant qu'après la chute des accords bilatéraux, il sera possible de négocier des accords à la carte avec l'Union européenne en ne prenant que ce qui convient à la



Suisse, et en écartant ce qui lui déplaît?

Cette initiative de résiliation relève du charlatanisme. Elle présente le même degré de crédibilité que la promesse de Boris Johnson de verser 350 millions de livres sterling par semaine dans le système de santé britannique.

Cette initiative mérite d'être sèchement désapprouvée par notre Parlement qui, contrairement à Westminster, a le droit de débattre de la question avant la votation populaire, et qui ne se fera pas suspendre par un premier ministre autocrate.

Ne vous y trompez pas: c'est une initiative dangereuse. Elle s'inscrit dans le sillage de l'initiative populaire "contre l'immigration de masse", acceptée le 9 février 2014, mais aussi dans la logique autoritaire de la loi du plus fort, qui a conduit des personnalités comme Matteo Salvini, Donald Trump ou Jair Bolsonaro au pouvoir. Personne n'a pensé que ces gens pouvaient gagner, et ils ont gagné.

Cette initiative pose la question du positionnement de la Suisse. Voulons-nous être associés à une Union européenne solide, qui lutte contre le changement climatique, qui essaie d'accompagner le commerce de règles pour assurer la justice, qui se bat pour les droits fondamentaux? Ou voulons-nous nous inscrire dans le sillage des autocrates climatosceptiques, des isolationnistes, des aventuriers autoritaires et des hommes forts?

Avec cette initiative, l'UDC choisit définitivement son camp et cherche à entraîner notre pays dans son sillage. Mais il est encore temps de dire non.

La Suisse a besoin d'entretenir un rapport étroit avec l'Union européenne. Dans ce monde mis à feu et à sang par le président Trump, la Suisse doit garder les relations les plus étroites possible avec son grand voisin. Vous savez tous qu'il n'est pas facile de mettre en oeuvre et de rénover notre lien avec l'Union européenne, mais ce qui est sûr, c'est que ce n'est pas le moment de déstabiliser les fondements mêmes de notre relation avec l'Union européenne, dans notre intérêt et dans celui de l'Union européenne.

Die Kündigungs-Initiative will nichts anderes als einen Schweizer Brexit. Der einzige Unterschied liegt in der Geschwindigkeit. Im Falle des Brexit konnte die britische Regierung immerhin selber wählen, wann sie die Frist auslöste. Die Frist dauerte wegen der EU-Verträge zwei Jahre und ist bekanntlich verlängerbar. Für den Schweizer Brexit hat die SVP ein Expressverfahren vorgesehen, denn sie will eine Kündigungsfrist von einem Jahr, die sofort anfängt und die nicht verlängerbar ist, weil sie in der Schweizer Bundesverfassung verankert ist.

Unter Zeitdruck verhandelt man nicht gut. Die SVP wird nie müde, dies im Zusammenhang mit dem Rahmenabkommen zu unterstreichen – und prompt schlägt sie mit ihrer Kündigungs-Initiative vor, dass die Schweiz sich selber unter Zeitdruck setzt und in eine unmögliche Verhandlungssituation begibt. Schon das zeigt, dass hinter dieser Initiative ein fanatisches Gedankengut steht. Es geht nicht um die Interessen des Landes, sondern um populistische Schaumschlägerei à la Boris Johnson. Gerade die Erfahrung von Grossbritannien zeigt, wie schwierig und wie komplex diese Verhandlungen sind. Selbst ohne Zeitdruck wäre es mehr als fragwürdig, ob ein besserer Weg als die bilateralen Verträge entstehen würde. Aber es geht der SVP gar nicht darum, irgendetwas für das Land zu erreichen, es geht ihr nur um die elektorale Bewirtschaftung dieses Themas. Zum Glück gibt es einen Unterschied zu Grossbritannien: Die Schweizerinnen und Schweizer haben Erfahrung mit Volksabstimmungen und werden sich wohl nicht so einfach hereinlegen lassen.

Die Kündigungs-Initiative schadet den Interessen der Schweiz. Statt dass unser Land mit Europa konstruktiv verhandeln und ein unverkrampftes Verhältnis zu Europa entwickeln kann, das ihm auch erlauben würde, seine speziellen Bedürfnisse in Sachen Lohnschutz einzubringen, will uns die Kündigungs-Initiative ins Lager von Boris Johnson zwingen. Im Zeitalter des erstarkten Protektionismus und des Wiederaufflammens geopolitischer Spannungen sollten wir genau das Gegenteil der Kündigungs-Initiative erwägen, nämlich unsere Beziehungen zu Europa zu verbessern. Deshalb verdient diese Initiative eine wuchtige Ablehnung.

Amstutz Adrian (V, BE): Herr Nordmann: Es ist natürlich schwierig, in diesem Saal zu diskutieren, wenn man den Unterschied zwischen verheiratet und freundschaftlich verbunden nicht kennt. Sprechen Sie doch nicht vom Brexit! Wir sind nicht in der EU, und wir wollen nicht – so wie Sie – in die EU eintreten.

Wenden wir uns doch einmal den Fakten zu: Das Resultat des Verfassungsbruchs, den Sie mit der Nichtumsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative mitverantwortet haben – notabene ein Auftrag von Volk und Ständen, ein demokratischer Entscheid –, ist folgendes: eine Million Zuwanderer in den letzten dreizehn Jahren. Eine Million entspricht der ganzen Bevölkerung des Kantons Bern, die man in dieses Land verpflanzt hat. Eine Million mehr Menschen, die wohnen und mobil sein wollen, die essen und versorgt sein wollen; Gedränge in den Zügen, Stau auf den Strassen. Eine Million Menschen:



AB 2019 N 1571 / BO 2019 N 1571

Das ist zweieinhalb Mal die Bevölkerung der Stadt Zürich. Auf Ihrer Seite wollen Sie dann mit Blumenkistchen auf den Balkonen in den Städten die Biodiversität retten. Oder Sie piesacken die Bauern in Zusammenhang mit dem Wasser.

Was wollen Sie uns sagen, wenn Sie von Wohlstand reden? Der Wohlstand sei in den letzten dreizehn Jahren erschaffen worden? Der Wohlstand hier in diesem Land wurde von unseren Eltern, Grosseltern und Urgrosseltern unter grossen Entbehrungen "erkämpft". Wir verwalten ihn höchstens, und zwar, in diesem Punkt, den wir hier diskutieren, nicht gut! Wir verbetonieren das Land, verbetonieren das Land auf Kosten unserer Kinder und Grosskinder – und Sie wollen dann die Biodiversität retten. Sie verbieten dann einem Bauern im Berner Oberland, ein Dachfenster einzubauen. Es sei nicht zonenkonform.

Eine Million mehr Menschen, die Wasser brauchen, Strom brauchen, Abwasser produzieren, Abfall produzieren – damit gehen wir in Richtung 10-Millionen-Schweiz. Das ist verantwortungslos! Was kommt dann 2035 bei einer 10-Millionen-Schweiz? Eine 11-Millionen-Schweiz, damit der Zirkus am Laufen gehalten wird, mit dem Ergebnis, dass der normale Arbeiter nicht mehr Geld im Säckel hat?

Sie alle – und zwar auch die Linken! – hängen am Tropf der Economiesuisse-Abzockermanager. Diese werden dann dereinst mit ihren Kindern dieses Land verlassen, wenn es zubetoniert ist. Wir wollen dableiben und in einer lebenswerten Schweiz, wie wir sie von unseren Vorfahren erhalten haben, weiterleben.

Herr Pardini, Sie werden ja gleich das Hohelied der Arbeitsplätze singen. Ältere Arbeitnehmer werden verdrängt in die Arbeitslosigkeit. Was ist Ihre Lösung? Eine Rente! Ältere Menschen in diesem Land brauchen keine Rente, sie brauchen Arbeit. Es ist eine absolute Sauerei, wenn man ältere Menschen einfach in die Arbeitslosigkeit entsorgt und dann noch so tut, wie wenn das eine gute Lösung wäre.

Dann noch etwas, Frau Humbel, zum Begriff "Guillotine": Nur schon, dass man in einem solchen Vertrag das Wort "Guillotine" – ein Mörderinstrument, mit dem man früher unliebsamen Bürgerinnen und Bürgern den Grind abgehackt hat – akzeptiert, ist eine Sauerei der obersten Klasse, wirklich! Das Wort "Guillotine" in einem Staatsvertrag ist eine Sauerei, nichts anderes! Es ist ein Erpressungsinstrument – nichts anderes –, das die Endlosspirale weitertreiben wird, bis man dieses Land an die Wand fährt. Das will die SVP nicht!

Béglé Claude (C, VD): Cher collègue, j'entends bien l'argument du million de personnes supplémentaires résidant en Suisse. (*Remarque intermédiaire Amstutz: En treize ans!*) Or, Singapour, c'est 6 millions d'habitants établis sur la superficie du canton de Neuchâtel. (*Zwischenruf: Und Nordkorea?*) Aussi! (*Hilarité partielle*)

Ne pensez-vous pas qu'il existe encore des marges d'adaptation, en travaillant autrement, mieux? Je pense que le problème n'est pas que l'utilisation du territoire.

Amstutz Adrian (V, BE): Ich will keine Schweiz, die ist wie Singapur. Das kann ich Ihnen sagen, und zwar aus Überzeugung, aus der Überzeugung, dass wir von unseren Eltern, Grosseltern und Urgrosseltern ein Land geschenkt erhalten haben, in dem das Leben lebenswert ist, um welches wir beneidet werden, ein Land, das mit der direkten Demokratie stark geworden ist und den Wohlstand sichergestellt hat. Dass Sie den Verfassungsverbruch mit der Nichtumsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative mitgetragen haben, ist undemokratisch. Das wird das Land zerstören, und dagegen kämpfen wir.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Herr Kollege Amstutz, könnten Sie mir sagen, wieso Sie für diese Zeitspanne auf eine Million kommen, wenn die Statistiken für diese Zeitspanne eine Nettozuwanderung über die Personenfreizügigkeit von etwas über 300 000 ausweisen? Wie kommen Sie auf diese Million?

Amstutz Adrian (V, BE): Gut, die Frage ist derart falsch, dass nicht einmal das Gegenteil richtig ist, Herr Portmann. Tatsache ist, dass wir in den letzten dreizehn Jahren eine Million Zuwanderer hatten, zwar nicht nur aus der EU – das ist so –, aber das spielt keine Rolle. (*Zwischenruf: Doch!*) Nein, das spielt eben keine Rolle, Herr Portmann, hören Sie jetzt zu! (*Teilweise Heiterkeit*) Es ist so, dass eine Wohnung eine Wohnung ist und eine Wohnung soundso viel Land verbraucht. Ob dort ein Albaner oder ein Deutscher drin wohnt, spielt keine Rolle.

Pardini Corrado (S, BE): Eigentlich müssten wir heute dringend über ein grosses Problem reden: Immer weniger Menschen wollen in die Schweiz kommen. Die Zuwanderung ist rückläufig. Das ist eine akute Gefahr für unsere AHV, unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze. Stattdessen verschwenden wir, gefühlt zum 3799. Mal, das Geld der Steuerzahler mit Gerede über eine Abschottungs-Initiative, eine Kündigungs-Initiative, eine Mauerbau-Initiative der SVP.



Klar freut das unseren Trump vom Eiger und seinen Strippenzieher aus Herrliberg. Denn der einzige Grund für diese Initiative ist die ausländerfeindliche Stimmungsmache für die Wahlen vom 20. Oktober.

Die SVP will zurück in die Schweiz der Barackendörfer, in die Schweiz der entrechteten Saisoniers – zurück in die Schweiz der Schande. Die Nationalkonservativen in diesem Saal wollen den Lohnschutz killen, sie wollen "mundzahme" Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aus Angst, keinen Arbeitsvertrag mehr zu kriegen, den Herren Patrons aus der Hand fressen. Aber sie täuschen sich. Die Geschichte hat gedreht. Die Bürgerinnen und Bürger sind klüger als sie. Sie haben sich die Trumps und Bolsonaros und Salvinis und Johnsons angeschaut, und heute haben sie genug von den gefährlichen Irren – auch in der Schweiz. Der 20. Oktober wird das zeigen.

Wir als Gewählte müssen dafür sorgen, dass unsere Gletscher nicht schmelzen, dass die Zukunft unserer Kinder sicher ist und dass wir gute Jobs, Gleichstellung und solide Sozialwerke haben. Also machen wir es kurz: Diese Initiative ist nicht nur menschenfeindlich, ihre Auswirkungen sind nicht nur völkerrechtswidrig und antischweizerisch; sie ist vor allem eines: zu 100 Prozent masochistisch. Schauen wir nach England: Die Briten schotteten sich gerade ab und müssen sich jetzt auf Nahrungsmittelknappheit, Medikamentenengpässe und die grosse Rezession vorbereiten. Sie bereuen schon heute bitter, Boris Johnson geglaubt zu haben.

Wissen Sie, wie hoch der Selbstversorgungsgrad der Schweiz ist? 2016 ist er unter 50 Prozent gefallen. Jetzt will die SVP uns abschotten. Jeder Mensch, der noch bei Verstand ist, weiss, dass es für ein Land, das seinen Wohlstand den Zugewanderten verdankt, im 21. Jahrhundert eine sehr schlechte Idee ist, eine Mauer zu den Nachbarn hochzuziehen, ihnen den Stinkefinger zu zeigen und die offene Tür vor der Nase zuzuschlagen.

Wollen wir das wirklich? Fachkräftemangel, fallende Löhne, weil keine flankierenden Massnahmen sie mehr schützen, bankrotte AHV, massiv weniger Exporte, mehr Arbeitslosigkeit und fünf Stunden Wartezeit am Zoll in Chiasso: Wollen wir das wirklich? Darüber, über diese "Zwängigrind"-Initiative, müssen wir wirklich nicht reden. Ich bin Schweizer und lebe in Europa. Ich hoffe, dass auch meine Kinder weiter in einem offenen Europa leben werden. Oder betrachten wir es einmal andersrum: Die SVP weiss ja nicht einmal, wo sie die 470 000 Schweizerinnen und Schweizer unterbringen will, die in zwei Jahren über Nacht auf der Matte stehen, wenn wir die Personenfreizügigkeit mit Europa gekündigt haben. Herr Röstli, soll sie nach Kandersteg kommen, diese halbe Million Menschen? Geben Sie denen eine Antwort, die in Europa arbeiten! Geben Sie denen auch eine Antwort!

Die SVP will einen kalten Krieg mit unseren Nachbarn. Wir wollen mit unseren Nachbarn in Frieden leben. Überall, wo es geht, wollen wir die Rosstäuscher der Anti-Volkspartei am 20. Oktober abwählen. Das wäre ein Schritt in die richtige Zukunft für unser Land.

AB 2019 N 1572 / BO 2019 N 1572

Bregy Philipp Matthias (C, VS): Für einmal steht die Antwort heute in der Klammer. Wir alle könnten uns hinter die Idee einer massvollen Zuwanderung stellen, aber eine komplette Begrenzung ist der falsche Weg. Die Probleme können allerdings nicht schöngeredet werden: Die Überlastung der Verkehrssysteme, die Schwierigkeiten im Arbeitsmarkt, gerade für die älteren Mitmenschen, bis hin zur Umweltbelastung – sie bestehen. Der Grund liegt nicht nur, aber eben auch in der Zuwanderung. Alles andere wäre blauäugig. Wenn ich in diesem Saal hier höre, dass das alles eigentlich keine Probleme sind, dann liegen wir falsch. Nur – und hier ist der entscheidende Punkt –, die Bilateralen I sind weit und breit alternativlos. Eine Kündigung der Freizügigkeit würde auch eine Kündigung der Bilateralen I bedeuten. Die Schweiz würde dadurch nicht eigenständiger, dafür aber isolierter. Die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt wäre gefährdet. Auch wenn man, wie ich, nicht EU-affin ist, muss man sagen, dass diese Teilnahme wichtig ist für die Schweiz, für die Wirtschaft der Schweiz, auch für die KMU und damit schlussendlich für unser ganzes Land. Auch wer der Zuwanderung skeptisch gegenübersteht, aber wie ich aus einem Tourismuskanton kommt, weiss zudem, dass wir auf ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen sind.

Mit der Begrenzungs-Initiative schaffen wir nicht eine Mauer, aber wir schaffen Planungsunsicherheit für Unternehmen, für schweizerische genauso wie für ausländische.

Ich habe heute hier alle möglichen Themen gehört, von sterbenden Bäumen ging es bis hin zur Unionsbürgerrichtlinie, doch ist das alles hier und jetzt nicht Thema. Thema ist die Begrenzungs-Initiative. Wir werden sie nicht vehement bekämpfen, sondern schlicht und einfach mit sachlichen Argumenten ablehnen.

Addor Jean-Luc (V, VS): Nous sommes en pleine campagne électorale. Les préoccupations environnementales y occupent une place importante. Eh bien, c'est justement d'environnement, d'écologie que j'aimerais parler, plus précisément d'écologie humaine ou d'impact de la surpopulation sur notre environnement. Vous



pensez peut-être que je m'égare? En fait, pas du tout! Car, avec la surpopulation, nous sommes au coeur de notre sujet: l'immigration. Ce n'est en effet un secret pour personne ici, d'une part, que la population de notre pays ne cesse d'augmenter chaque année – peut-être que l'augmentation se tasse un peu, mais la population ne cesse d'augmenter – et, d'autre part, que la cause de cette augmentation, ce n'est pas que nous faisons trop d'enfants. Non, la cause, il n'y en a qu'une, c'est l'immigration!

La conséquence? Nous sommes en train de nous entasser toujours plus dans un pays déjà petit, dont les espaces constructibles ne sont pas extensibles à l'infini. Les trains sont toujours plus bondés, nos routes et nos autoroutes toujours plus chargées. Malgré une forme de répit récemment intervenu, la pression est forte sur les prix des logements, dont le coût et, du même coup, les loyers ont presque constamment augmenté ces dernières années, au point de devenir presque insupportables pour la classe moyenne, et à plus forte raison pour les ménages à revenu modeste.

Pour certains, en particulier pour divers cercles de pensée mondialistes, une Suisse à 10 millions d'habitants, c'est un fantasme. Mais comme nous le croyons, pour nous comme pour beaucoup de Suisses, c'est un cauchemar, que nous avons pour tâche d'éviter à notre pays et à nos compatriotes. Leur éviter un tel cauchemar, sous cet angle, c'est exactement l'objectif – ou l'un des objectifs – de cette initiative qui, d'une manière conséquente, propose de limiter vraiment l'immigration.

Par là, elle va à la racine de vrais problèmes environnementaux. Elle nous interroge sur les facteurs qui, si nous ne faisons rien, nous emmèneront à coup sûr vers une situation dont personne ne veut: une consommation excessive du territoire et des ressources naturelles de notre pays, ressources limitées, je le répète.

Cause unique de la surpopulation, l'immigration joue un rôle direct, décisif, dans le bétonnage que certains dénoncent, en particulier ceux qui se trouvent devant moi et à gauche de l'hémicycle.

Dans le même sens, les étrangers qui viennent chez nous, d'où qu'ils viennent d'ailleurs, sont entraînés, comme nous, dans cette espèce de spirale de la société de consommation. Ils deviennent autant de consommateurs supplémentaires de ressources pourtant limitées: ils ont besoin de se chauffer; ils utilisent des appareils électriques; ils utilisent des moyens de transport, que sais-je encore. Or la technologie actuelle ne permet pas de construire des infrastructures systématiquement neutres ni en occupation du sol ni en carbone. La surpopulation découlant de l'immigration incontrôlée nuit donc à l'environnement.

L'angle de vue que je propose, c'est un appel à toutes celles et à tous ceux qui, ici ou en dehors de notre Parlement, tiennent des discours sur l'environnement et sur le climat mais rechignent à réfléchir de manière décomplexée aux causes sur lesquelles nous pouvons vraiment avoir prise.

La consommation de territoires et de ressources limitées par une immigration supplémentaire a un impact irréversible sur notre qualité de vie et sur le réchauffement climatique. La question que nous devons nous poser, c'est de savoir quel pays nous voulons laisser à nos enfants.

Cette initiative nous donne les moyens de maîtriser vraiment notre immigration. Nous avons l'occasion non seulement de faire des discours, mais de faire un pas concret vers une gestion raisonnable de nos ressources, dans le sens d'un développement réellement durable.

Cette initiative "pour une immigration modérée" donne une voix à toutes celles et à tous ceux qui, dans ce pays, ne veulent pas d'une Suisse à 10 millions d'habitants.

Chiesa Marco (V, TI): L'accordo sulla libera circolazione delle persone con l'Unione europea ha distrutto la fiducia nel futuro delle ticinesi e dei ticinesi. E anch'io, come genitore e rappresentante del mio cantone, temo per le prospettive dei miei figli e del Ticino. Per questo mi batto per far sì che sul mercato del lavoro i lavoratori residenti abbiano la precedenza rispetto ai lavoratori stranieri – niente di più e niente di meno di quello che garantivamo fino ad una decina di anni fa.

Lasciamo un attimo da parte le statistiche. Oggi vi sto parlando di famiglie ticinesi e dei loro figli che cercando un'attività professionale per continuare o cominciare a costruire la loro vita lavorativa e la loro storia personale che si scontrano quotidianamente contro delle porte chiuse. E queste porte glielie state sbattendo in faccia voi, schiacciandoli sotto il peso della concorrenza dei lavoratori di tutt'Europa, pronti a trasferirsi nel nostro paese. Questo è l'accordo che ha portato, a sud delle Alpi, un'enorme pressione sui salari, della sottooccupazione, della sostituzione della manodopera, del dumping salariale. Non dimenticate che nel mio cantone per la prima volta nella sua storia i lavoratori stranieri hanno superato il numero di quelli residenti. L'impatto di questa crescita malsana e a dir poco catastrofico: più precarietà, più rischio povertà, più inquinamento, più concorrenza sleale, più code sulle strade e meno benessere per tutti, in primis per quel ceto medio che dovrebbe essere tutelato e non essere messo in ginocchio.



Oggi noi abbiamo il dovere istituzionale e morale di fare gli interessi dei nostri cittadini. Io non prendo ordini dai grandi conglomerati, dalle élites internazionalistiche e dai partiti a loro serviti che premono per avvicinarci all'Unione europea. Ricordatevelo, quando dovrete schiacciare quel pulsante che avete sui vostri banchi! In commissione, a fronte delle mie critiche, mi è sempre stato risposto, come un disco rotto, che a Berna si ha una certa comprensione per la situazione del Ticino.

Noi ticinesi non chiediamo comprensione, chiediamo soluzioni – e quelle finora applicate sono fallimentari. È inutile parlare di misure di accompagnamento e illudere la gente di fermare un'emorragia con un'aspirina. Questa è una truffa – non trovo altre parole per definire un tale maldestro tentativo di sviare l'attenzione dalle vere cause di questa deriva.

Io voterò con convinzione sì alla disdetta della libera circolazione e sì al ritorno di una gestione intelligente della nostra

AB 2019 N 1573 / BO 2019 N 1573

immigrazione. Voglio ritornare ad avere le chiavi di casa della mia Svizzera. Oggi, senza regole e senza alcuna protezione efficace, mi sento come un ospite e per giunta neanche troppo benvenuto. Mi auguro che questo Parlamento sappia prendere sul serio anche la voce del canton Ticino.

Moret Isabelle (RL, VD): Résilier les bilatérales: vraiment? Je vous donne quelques exemples concrets.

Résilier, c'est: plus de participation de nos hautes écoles aux grands projets européens de recherche; les tests d'homologation des produits suisses devront être refaits en Europe – pour les medtech, on parle de plusieurs dizaines de milliers de francs de surcoût par produit, et je rappelle que 1400 PME sont actives dans les medtech dans notre pays; Stadler Rail ne pourra plus participer aux appels d'offre européens – en remplissant le premier critère d'adjudication, à savoir être européen, il sera relégué au rang de la Chine, derrière les compagnies européennes.

Est-ce que Easyjet restera à Genève? Sans libéralisation du ciel, les compagnies basées en Suisse devront négocier avec chaque aéroport européen le droit d'atterrir; il y aura donc moins de vols, et ils seront plus chers. Résilier, c'est aussi: plus de passage rapide sans contrôle aux frontières européennes. Résilier, c'est: plus de protection du Gruyère AOC et de la viande séchée des Grisons.

Voilà juste quelques exemples concrets des conséquences d'une résiliation des accords bilatéraux avec l'Union européenne. Et c'est cela les conséquences finales de cette initiative.

Reimann Lukas (V, SG): Ich staune jetzt schon über die vielleicht wahlkampfbedingte Schauspielerei, die hier von links betrieben wird. Ich möchte daran erinnern: Die Operation Libero hat sich sehr dafür eingesetzt, dass die Initiative kommt. Sie hat die Auns sogar mit Jasskarten-Werbespots aufgefordert, sie solle jetzt endlich diese Initiative lancieren, weil das dann endlich Klarheit in der Aussenpolitik schaffe. Und hier ist die Initiative! Tun Sie also nicht so überrascht.

Und für die FDP, die fast den Weltuntergang sieht, möchte ich alt Bundesrat und Unternehmer Kaspar Villiger zitieren. Er schrieb diesen Sommer in der "NZZ" in einem sehr lesenswerten Artikel: "Die EU täte gut daran, die Personenfreizügigkeit zu enttabuisieren und klug einzuschränken." Also selbst von bekannten FDP-Stimmen gibt es klare Voten zur Personenfreizügigkeit, die sagen, dass sie so nicht weitergeführt werden kann.

Warum haben 140 000 Menschen innert kürzester Zeit diese Initiative unterschrieben? Nicht weil sie irgendwie an den Brexit glaubten – ich glaube, das hat nichts mit dieser Frage zu tun –, sondern weil es um Menschen geht. Es geht um Menschen und ihre Familien. Es geht darum, ob sie in diesem Land noch einen Job haben oder nicht, es geht darum, ob Senioren in diesem Land noch arbeiten können oder nicht, es geht darum, ob die Unternehmen einfach günstige Ausländer holen können, während die Schweizer auf der Strasse stehen, und das notabene im eigenen Land. Oder wollen wir die Schweizerinnen und Schweizer schützen, wollen wir, dass sie in ihrem eigenen Land zuerst einen Arbeitsplatz bekommen? Ich bin der Meinung, dass in einem Land – und das machen die meisten Länder auf dieser Welt so – die eigene Bevölkerung den sogenannten Heimvorteil bekommen sollte. Das hat man im Sport und anderswo, das sollte man wohl auch sonst im Leben haben.

Gerade einmal 7 Prozent der Bevölkerung in diesem Land möchten eine 10-Millionen-Schweiz. Demgegenüber möchten 93 Prozent keine solche, oder sie sagen, sie könnten sich das überhaupt nicht vorstellen. Und was macht dieses Parlament? Es hört vielleicht auf Unternehmen, auf globale Konzerne oder auch Gewerkschaften, aber es hört nicht auf diese 93 Prozent, die keine 10-Millionen-Schweiz wollen – zubetoniert, verbaut und stinkend. Meine Schweiz ist eine andere Schweiz, und deshalb kämpfe ich auch für diese Initiative.

Das Wichtigste sind die kulturellen Herausforderungen in Schulen, am Arbeitsmarkt, wo auch immer. Die neuesten Zahlen kamen gerade erst auf den Tisch: Fast die Hälfte der Sozialhilfebezügler sind Ausländer,



und die Sozialausgaben überfordern die Gemeinden zunehmend. Wir sagen in der Schweiz jedem und jeder "Herzlich willkommen", der und die zu uns kommt und die Lebenskosten mit eigener Arbeit bestreitet und das Recht und die Ordnung einhält. Wir sagen allen "Herzlich willkommen", die sich bemühen, die Landessprachen zu lernen. Wir sagen allen "Herzlich willkommen", die mit uns leben wollen, statt neben uns zu leben oder gegen uns zu sein. Das ist der Schweizer Weg.

Wer aber Freizügigkeit mit einem Zugriff auf die sozialen Sicherungssysteme verwechselt, hat hier nichts zu suchen. Wer zu uns kommen will, um, ohne je Steuern und Abgaben zu zahlen, voll Sozialhilfe beziehen zu können – mehr als Menschen, die ein Leben lang in diesem Land gearbeitet haben –, soll wieder nach Hause gehen. Der freizügige Zugriff auf die sozialen Sicherungssysteme muss beendet werden. Kein Staat hält es auf Dauer aus, wenn Menschen nur kommen, um das zu bekommen, was andere sich hart erarbeitet haben. Dank der Begrenzungs-Initiative können wir die Zuwanderung wieder eigenständig steuern, und das ist für die Zukunft der Schweiz ganz entscheidend.

Unser Ziel: Die Zuwanderung richtet sich wieder auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft und auf die Interessen der Schweizerinnen und Schweizer aus. Viele Menschen haben zu Recht den Glauben an die Politik verloren. Der Inländervorrang light ist ein wirkungsloses, aber bürokratisches Märchen, welches verschleiern soll, dass die Masseneinwanderungs-Initiative von der Politik nicht – nicht! – umgesetzt worden ist. Die Leute, die heute das Gegenteil behaupten, wissen genau, dass es nicht stimmt. Der Inländervorrang light entspricht nicht im Geringsten einer eigenständigen Steuerung der Zuwanderung, so wie es die Bundesverfassung verlangt.

Wenn wir die Demokratie hochhalten, dann halten wir auch die Volksentscheide hoch und setzen diese um. Letztendlich ist die Begrenzungs-Initiative eine Folge der Nichtumsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative. Diese Arbeitsverweigerung des Parlamentes muss durch einen Volksentscheid korrigiert werden.

Bigler Hans-Ulrich (RL, ZH): Manchmal muss man bei einer Vorlage ganz nüchtern fragen: "De quoi s'agit-il?" Da stelle ich nüchtern fest, die Begrenzungs-Initiative fordert eine eigenständige Regelung der Zuwanderung, also den Verzicht auf die Personenfreizügigkeit. Sie verlangt vom Bundesrat, das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU zu kündigen, falls es nicht gelingt, das Abkommen innert Jahresfrist auf dem Verhandlungsweg ausser Kraft zu setzen.

Nun machen wir uns doch nichts vor: Wenn ich die Diskussion rund um das institutionelle Rahmenabkommen anschau, dann komme ich nüchtern zum Schluss, dass die Vorstellung, innert Jahresfrist mit der EU eine Einigung über die Ausserkraftsetzung des Personenfreizügigkeitsabkommens zu finden, völlig illusorisch und unrealistisch ist. Deshalb müssen wir eigentlich heute die Frage beantworten, was die Folgen und Konsequenzen sind, wenn das Abkommen über die Personenfreizügigkeit gekündigt wird. Hier muss ich festhalten: Für die KMU ist das nicht von Vorteil, weil nämlich ein Drittel aller KMU mehr als 50 Prozent des Umsatzes im Ausland macht. Die Verflechtung der KMU mit dem Ausland ist sowohl im Export wie auch im Import enorm hoch. Deshalb ist der Marktzugang in der EU enorm wichtig.

Damit wir den Marktzugang gewährleisten können, braucht es den Abschluss von Freihandelsabkommen. Es braucht den konsequenten Abbau von Handelshemmnissen. Wir müssen deshalb die Rahmenbedingungen so gestalten, dass der Marktzugang in der EU, aber auch der Zugang zu anderen Märkten, sichergestellt ist. Das sind die Bedürfnisse der schweizerischen Volkswirtschaft. Wir verfügen heute neben der Efta-Konvention und dem Freihandelsabkommen mit der EU über ein Netz von etwa 30 Freihandelsabkommen mit 40 Partnern. Wir müssen festhalten: Trotz dieses Netzes gehen die meisten Exporte in die umliegenden Staaten.

Wenn wir eine Beurteilung dieser Ausgangslage machen, dann stellen wir fest, dass die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit grossen Risiken verbunden ist. Ich

AB 2019 N 1574 / BO 2019 N 1574

beginne mit wirtschaftlichen Überlegungen und halte hier zunächst einmal fest – das ist bekannt –, dass bei einer Kündigung der Personenfreizügigkeit das Paket der Bilateralen I wegfallen würde und wir entsprechend mit negativen Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsplätze zu rechnen hätten. Bekanntlich gilt ja die Personenfreizügigkeit nicht bedingungslos, sondern nur bei Vorliegen eines Arbeitsvertrages beziehungsweise bei selbstständiger Erwerbstätigkeit oder einem Vermögensnachweis. Es kann also nicht einfach jedermann in die Schweiz einwandern, ohne bestimmte Bedingungen zu erfüllen.

In Bezug auf die arbeitsmarktlichen Gründe stelle ich fest, dass wir mit der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative ab nächstem Jahr eine zunehmende Fachkräfteknappheit werden verzeichnen müssen. Wir rechnen ab nächstem Jahr, bei einer Stellenmeldepflicht für Berufe mit 5 Prozent Arbeitslosigkeit, mit rund 200 000 meldepflichtigen Stellenbewerbern, also haben wir auch hier eigentlich eine erschwerte Auflage. Mit der Pensionierung der Babyboomer in den nächsten fünfzehn Jahren werden zusätzliche Personen den Ar-



beitsmarkt verlassen – mehr, als neue hinzukommen. Das führt noch einmal zu einer Verschärfung des Fachkräftemangels. Umgekehrt profitieren rund 500 000 Schweizerinnen und Schweizer von der Personenfreizügigkeit, indem sie eben in der EU arbeiten und leben.

Wenn ich diese Ausgangslage und diese Beurteilung abwäge, komme ich zum Schluss, dass die KMU von der Begrenzungs-Initiative nicht profitieren. Sie verschärft die Fachkräfteknappheit, sie führt zu Rechtsunsicherheit, und letztlich ist mit ihr auch unser Wohlstand gefährdet, weshalb ich sie zur Ablehnung empfehle.

Friedl Claudia (S, SG): Für die SVP-Fraktion scheint festzustehen, dass für alle Probleme, die wir in der Schweiz haben, die Leute verantwortlich sind, die über das Freizügigkeitsabkommen als Arbeitskräfte aus der EU in die Schweiz gekommen sind.

Heute gestehen wir diesen Arbeitskräften zu, Menschen zu sein. Deshalb dürfen sie auch ihre Familien mitbringen und, so wie wir, mit ihrer Familie dauerhaft zusammenleben. Früher, in der guten alten Zeit der SVP, war das anders. Die Arbeitskräfte wurden genau so lange in der Schweiz geduldet, wie sie gebraucht wurden. Die Familie musste in der Ferne bleiben. Das war eine unmenschliche Situation für die Familien, brachte aber auch eine stete Ungewissheit über die Zukunft, weil die Niederlassung nicht dauerhaft war. Die Arbeitenden mit Saisonierstatus verdienten weniger als die hiesige Bevölkerung, das führte auch zu Lohndumping bei den schweizerischen Angestellten. Die Saisoniers mit wenig Rechten waren Manipulationsmasse mit dem einzigen Auftrag, unseren Wohlstand zu vergrössern. Solche Zeiten wollen wir nicht mehr!

Die Personenfreizügigkeit mit der EU hat dafür gesorgt, dass der Bedarf der Schweizer Wirtschaft an Arbeitskräften gedeckt werden kann. Die Zuwanderung ist aber nicht einfach frei. Herr Bigler hat es vorhin ausgeführt: Schon heute bestehen Bedingungen. Es braucht einen gültigen Arbeitsvertrag, oder die Person muss selbstständigerwerbend sein oder, bei Nichterwerbstätigkeit, über ausreichend finanzielle Mittel verfügen.

Denken wir auch an die Schweizerinnen und Schweizer, die dank der Personenfreizügigkeit die Freiheit nutzen, sich in einem anderen europäischen Land niederzulassen. Immerhin machen rund 500 000 davon Gebrauch. Die SVP will das mit ihrer Initiative beenden.

Es ist ja bekannt, dass das Freizügigkeitsabkommen ein Teil der Bilateralen I ist, genauso wie die Verträge zu technischen Handelshemmnissen, zum öffentlichen Beschaffungswesen, zur Landwirtschaft, zum Land- und zum Luftverkehr. Das sind wichtige Verträge; sie sind insbesondere für unsere auf Export ausgelegte Wirtschaft wichtig. Sie alle fallen wegen der Guillotineklausel weg, wenn das Freizügigkeitsabkommen gekündigt werden muss. Das ist bekannt, und dass es dazu kommen würde, ist ebenfalls eine Tatsache; dies nur schon deshalb, weil die Initiative für die Verhandlungen zu einer geordneten Beendigung des Freizügigkeitsabkommens lediglich ein Jahr vorsieht. Stellen Sie sich vor, in einem einzigen Jahr eines der wichtigsten EU-Dossiers neu zu verhandeln! Das ist absolut illusorisch. Ich kann nur sagen: Brexit lässt grüssen!

Der privilegierte Zugang der Schweizer Wirtschaft zum EU-Binnenmarkt wäre weg. Wenn man bedenkt, dass weit mehr als 50 Prozent des gesamten Aussenhandels der Schweiz mit der EU stattfinden, ist das absolut fahrlässig. Die Auswirkungen auf den schweizerischen Arbeits-, Wirtschafts- und Wissensstandort wären fatal. Der bilaterale Weg der Schweiz mit der EU wäre als Ganzes infrage gestellt – und das in einer Zeit, in der die Zusammenarbeit der Staaten in vielen Bereichen immer wichtiger wird, insbesondere auch in Europa. Ich nenne dazu Themen wie Klima, Verkehr, Migration, Sicherheit, Forschung.

Für mich ist klar, dass dieser Schritt in die Isolation kontraproduktiv ist. Deshalb lehne ich diese Initiative ab und empfehle Ihnen, dies ebenfalls zu tun.

Matter Thomas (V, ZH): So kann es ganz einfach nicht weitergehen! Seit Beginn der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto – netto, Herr Portmann – 765 000 EU-/Efta-Bürger in die angeblich so isolierte, abgeschottete, vermauerte Schweiz eingewandert. Der Bundesrat hat vor der Abstimmung 1999 die Aussage gemacht, dass man pro Jahr mit etwa 8000 Personen aus dem EU-/Efta-Raum rechnen dürfe, das heisst kumuliert bis Ende 2018 mit 153 000 zusätzlichen Menschen. Der Bundesrat hat sich um die Kleinigkeit von 612 000 Personen geirrt.

Gesamthaft sind seit 2002 netto 1,15 Millionen Personen in die Schweiz gekommen. Wir sind heute bei einem Ausländeranteil von 25,1 Prozent. Würden wir die Einbürgerungen alleine der letzten zehn Jahre berücksichtigen, lägen wir bei einem Anteil von rund 30 Prozent. Nun ist es, das muss ich Ihnen sagen, wirklich genug! Wir müssen diese Massenzuwanderung der letzten Jahre erst einmal verkraften, verdauen und konsolidieren – sonst ist eine Integration schlicht nicht mehr möglich, und wir verlieren unsere Identität.

Wir hatten doch in meiner Schulzeit keine Probleme, zwei, drei Ausländerkinder zu integrieren. Heute ist das aber an ganz vielen Orten schlicht unmöglich, weil nur noch zwei oder drei Schweizer Kinder in einer Schulklasse sind. Wann endlich merken gewisse Politiker und gewisse Wirtschaftsverbände, was sie mit ihrer Personen-



freizügigkeit dem Schweizervolk, der Schweizer Landschaft, der einmaligen schweizerischen Lebensqualität antun? Die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer will keine 10-Millionen-Schweiz!

Wüthrich Adrian (S, BE): Die Initianten wollen zurück in die politische Steinzeit. Sie wollen den Bundesrat mit Folgendem beauftragen: "... auf dem Verhandlungsweg das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU spätestens zwölf Monate nach Annahme der Begrenzungs-Initiative ausser Kraft zu setzen. Ist eine Verständigung in dieser Zeit nicht möglich, ist das Personenfreizügigkeitsabkommen innert 30 Tagen zu kündigen."

Wenn das Schweizer Stimmvolk zu diesem Auftrag Ja sagte, wäre dies ein Rückwärtssalto sondergleichen. Diese Rückwärtssalto-Initiative dürfen wir nicht annehmen, sonst hätten wir im Juni 2021 einen Schweizer Brexit. Die EU wird uns sicher nicht den Marktzugang gewähren und gleichzeitig einwilligen, dass wir die Personenfreizügigkeit abschaffen.

Mit der Abschaffung der Personenfreizügigkeit könnten wir nicht mehr so einfach in Europa herumreisen. Wir wären definitiv ein Drittstaat in Europa, obwohl wir mitten in Europa leben und sehr starke Verbindungen in allen europäischen Ländern haben. Das Reisen in Europa würde krass erschwert, der Schweizer Tourismus würde leiden. Wir haben das bei der Abstimmung über die EU-Waffenrichtlinie lange diskutiert. Das Volk hat dazu übrigens Ja gesagt, wie es schon x-mal Ja zur Personenfreizügigkeit gesagt hat.

Das Ja war immer auch ein Ja zu den flankierenden Massnahmen. Diese gehören, so wie siamesische Zwillinge zusammengehören, zur Personenfreizügigkeit. Erst seit Einführung der Personenfreizügigkeit können wir die Löhne in

AB 2019 N 1575 / BO 2019 N 1575

der Schweiz effektiv kontrollieren – bei den Schweizer Arbeitnehmenden und bei jenen aus der EU. Das ist eine soziale Errungenschaft erster Güte und hat den Arbeitnehmenden in der Schweiz soziale Sicherheit gebracht. Die flankierenden Massnahmen haben dazu geführt, dass trotz der Öffnung des Schweizer Arbeitsmarktes das Lohnniveau gehalten werden konnte. Entsprechende Untersuchungen werden seit der Einführung der Personenfreizügigkeit gemacht.

Die SVP hat am 30. Januar 2018 aber den Vorhang gelüftet und ihr wahres Gesicht gezeigt. Es geht ihr mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit auch darum, die flankierenden Massnahmen zu kippen, die Massnahmen zum Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen in der Schweiz. An einer eigens einberufenen Medienkonferenz wurde kritisiert, dass die flankierenden Massnahmen "zu einem stark regulierten und staatlich kontrollierten Arbeitsmarkt" führten. "Jeder zweite Beschäftigte in der Schweiz hat nun einen Gesamtarbeitsvertrag", wurde gesagt, "jeder dritte eine Mindestlohnregelung und jeder vierte einen branchenverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag!" Ja, liebe SVP: Ja, das ist Lohnschutz für die Schweizer Arbeitnehmenden und auch Lohnschutz für die älteren Arbeitnehmenden, die Sie heute erwähnt haben! Damit verhindern wir Lohndumping. Ohne das Saisonierstatut, das vor der Personenfreizügigkeit galt, können die Löhne nicht mehr wie früher gedrückt werden. Es ist jetzt klar, welche Löhne gelten. Unwürdige Arbeitsbedingungen können wir bekämpfen.

Was die Schweiz einzigartig macht, ist, dass die Umsetzung der Lohnkontrollen durch die Sozialpartner durchgeführt wird. Nicht der Staat alleine kontrolliert, ob die Löhne und Arbeitsbedingungen eingehalten werden, sondern die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer gemeinsam – gemeinsam, sozialpartnerschaftlich.

Deshalb ist klar: Fällt die Personenfreizügigkeit weg, fallen auch die Massnahmen gegen Lohndumping im Inland dahin. Aus diesem Grund ist für mich klar, dass wir diese Initiative zur Ablehnung empfehlen müssen. Wir setzen uns klar für den Lohnschutz und für stabile Beziehungen mit der EU ein. Ein schweizerischer Brexit wäre nicht im Interesse der Arbeitnehmenden.

Steinemann Barbara (V, ZH): Zuwanderung ist wichtig und notwendig für die wirtschaftliche Prosperität der Schweiz und wird aus diesem Grund auch von keiner politischen Kraft ganz grundsätzlich infrage gestellt. Aber im Jahr 2014 befand eine Mehrheit der Bevölkerung in diesem Land, das erträgliche Mass an Zuwanderung sei überschritten, und stimmte der sogenannten Masseneinwanderungs-Initiative zu. Unseren Wohlstand haben wir bekanntlich in der Zeit vor der Personenfreizügigkeit aufgebaut. Wie stark die Realität von einer gesunden Einwanderung entfernt ist, zeigt sich besonders augenfällig im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit und deren Versicherung, was ich hier etwas näher beleuchten möchte.

Die Arbeitslosigkeit befinde sich auf einem Rekordtief, hören wir gerne von offizieller Seite. Die gute Nachricht basiert aber auf einer unüblichen Zählweise, die sich hierzulande eingebürgert hat: Wir zählen bekanntlich nur jene Menschen, die bei einem regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) registriert sind – und diese verschwinden in der Regel spätestens 400 Bezugstage später aus den Statistiken. Ein ausgesteuerter, nicht mehr beim RAV registrierter Stellensuchender senkt die offizielle Arbeitslosenquote, aber arbeitslos ist er noch immer. Er lebt von seinem Ersparten, muss sein Haus verkaufen, zehrt von einer allfälligen Erbschaft, lässt





sich unfreiwillig frühpensionieren oder sieht sich im schlimmsten Fall gezwungen, beim Sozialamt Hilfe zu beantragen.

Wird nach den internationalen Regeln gezählt, so registriert die Schweiz rekordhohe 4,9 Prozent Erwerbslose, Menschen ohne Arbeit. Die Schweiz sei nur noch Mittelmass, lesen wir daher treffend am 19. Mai 2019 in der Sonntagspresse. Diese ehrliche Statistik steht den offiziellen rund 2,5 Prozent Arbeitslosen gegenüber.

Zwischen 2010 und 2017 wanderten jedes Jahr zwischen 49 000 und 61 000 Personen mit EU-Pass mit einer Stelle in einer Branche mit 5 Prozent oder höherer Arbeitslosigkeit neu in die Schweiz ein. Pro Jahr kamen via Personenfreizügigkeit also bis zu 61 000 Personen allein für Stellen in einer Branche mit hoher Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig waren bei den RAV pro Jahr zwischen 104 000 und 187 000 Personen in Berufsarten mit 5 Prozent oder höherer Arbeitslosigkeit zwecks Stellensuche registriert. Im Jahresdurchschnitt lag die Zahl der Taggeldbezüger in diesen Berufen zwischen 46 000 und 86 000. Dieser asoziale volkswirtschaftliche Unsinn ist nicht nur eine Belastung für die Sozialwerke und die Infrastruktur, sondern kostet uns auch Geld und Jobs für die Inländer.

Einen Beleg dafür, dass der Gewinn dank den günstigen Arbeitern aus dem EU-Raum privatisiert ist, die Kosten aber die Allgemeinheit zu tragen hat, bietet das Studium der Arbeitslosenstatistiken: 2002, bei Einführung der Personenfreizügigkeit, zählten die RAV in der Schweiz 45 108 Personen mit einem EU-Pass. Letztes Jahr waren es 99 102 Personen mit EU-28-Nationalität. Das ist eine Steigerung der Anzahl Arbeitslosen aus dem EU-Raum um 120 Prozent.

Extreme Steigerungen weisen die Bulgaren auf – 2002 bezogen 149 von ihnen ALV-Taggelder, 2018 waren es 1076 – und auch die Polen: Gemäss den Zahlen des Seco waren 2002 noch 303 Polen bei der Arbeitslosenkasse registriert, letztes Jahr waren es bereits 2770 Polen, das ist eine Steigerung um 814 Prozent. Die Slowaken weisen eine Steigerung um volle 1696 Prozent auf. In diesem Sinn haben wir gemäss den Statistiken des Seco 511 Prozent mehr Rumänen, 792 Prozent mehr Ungarn, 286 Prozent mehr Deutsche und 224 Prozent mehr Portugiesen in der Arbeitslosenstatistik als noch zu Zeiten vor der Einführung der Personenfreizügigkeit.

Demgegenüber weisen die Drittstaatenangehörigen eine sehr moderate und unterdurchschnittliche Steigerung ihrer Arbeitslosenbezüge auf. Sie beträgt gemäss Zahlen des Seco bloss 3,2 Prozent. Das zeigt, dass Kontingente und Höchstzahlen volkswirtschaftlich sehr sinnvoll sind und unsere Sozialversicherungskassen schonen.

Fazit: Allein die hier analysierten Zahlen der Sozialversicherungen zeigen die grossen Nachteile der Personenfreizügigkeit. Die Zahlen werden weiter steigen, wenn wir nicht der Begrenzungs-Initiative zustimmen. Die Zahlen in der Sozialhilfe weisen übrigens auch eine starke Belastung aufgrund der Personenfreizügigkeit auf.

Romano Marco (C, TI): Questa iniziativa popolare è un grande e pericoloso inganno. Gli argomenti portati a sostegno della rescissione incondizionata della libera circolazione e di fatto degli accordi bilaterali con l'Unione europea sono legati a dei problemi presenti, in alcune situazioni anche gravi, ma la soluzione non sta nel gettare totalmente al vento le relazioni tra la Svizzera e la Comunità europea. A causa della clausola ghiottina non è infatti possibile disdire un solo accordo – cadrebbe tutto il costruito e ci troveremmo senza una regolamentazione stabile e sicura per il principale mercato con cui operiamo.

Il dumping salariale, la disoccupazione e sottooccupazione, il degrado in alcuni settori del mondo del lavoro sono problemi, una realtà presente, da risolvere, ma non da strumentalizzare a fini politici. Rescindendo la libera circolazione non avremmo salari più alti, e i disoccupati ticinesi non troverebbero un lavoro, né domani mattina né fra due anni e neanche fra cinque anni. Anzi, il danno economico che provocherebbe la caduta degli accordi bilaterali ci renderebbe tutti più deboli e precari e aumenterebbe l'incertezza circa la capacità di costruire il futuro del paese.

Quanto affermato da anni ed entrato nella retorica di tanti, è privo di fondamento: i problemi che viviamo li ha generati l'evoluzione economica e sociale, l'irresponsabilità di taluni padroni e direttori di azienda, l'irresponsabilità di alcuni cittadini nei confronti del territorio in cui vivono, la trasformazione in corso nel terziario che in passato ci ha abituati a decenni di benessere. La via bilaterale è uno strumento, non un fine, e con essa anche la libera circolazione. Utilizziamola a nostro favore e non contro!

La soluzione sta nel rafforzare le regole nel mercato del lavoro, rafforzando il partenariato sociale; sta nello sradicare le mele marce e nel dire: in Svizzera non si fa così, in Svizzera non si lavora così! Le misure di accompagnamento – fatte

AB 2019 N 1576 / BO 2019 N 1576

soprattutto di regole salariali e controlli – possono essere applicate con maggiore rigore ed intensità. In al-





cuni cantoni lo fanno, perché in Ticino no? Proprio chi propone di gettare la Svizzera in un limbo, si oppone costantemente al rafforzamento e al miglioramento degli strumenti utili a mantenere sano il mercato del lavoro. In maniera furbesca e irresponsabile l'iniziativa chiede di ritrattare l'accordo prima di disdirlo.

Le cittadine e i cittadini svizzeri non sono mica scemi. Basta guardare all'attuale situazione in Gran Bretagna. Londra vorrebbe ottenere qualcosa come lo ha la Svizzera oggi, vorrebbe degli accordi bilaterali con Bruxelles, ma non ci riesce. Oggi non vi è nessuna disponibilità da parte della Comunità a costruire una via bilaterale con un paese terzo. Eppure ogni atto della nostra quotidianità è direttamente o indirettamente legato al mercato dell'Europa, al mercato dei paesi circostanti: l'acquisto di un libro o di un medicinale, il fatto di andare in vacanza, il fatto di lavorare in un'azienda senza magari neanche rendersi conto che è legata ad una catena di produzione internazionale. Vogliamo davvero far sprofondare il nostro paese nella stessa situazione di Londra? A che pro? A noi, i Bilaterali servono, noi, i Bilaterali li abbiamo, altri li vorrebbero, teniamoceli stretti!

L'idea promossa da taluni di costruire relazioni coi singoli Stati è pura utopia. Lo vediamo con l'Italia, non c'è questione che sia possibile trattare con Roma, tutto viene mandato a Bruxelles, e questo viene fatto da tutti gli Stati europei. La Comunità europea è sì debole e più debole degli anni passati, ma per questo tende ad unirsi ed evitare che siano gli singoli Stati a trattare tra di loro – tutto passa per Bruxelles.

Questa iniziativa di fatto ci farebbe tornare alla discussione "entriamo o non entriamo in Europa?". È questo che vuole l'UDC, vuole riaprire questo dibattito in Svizzera. Personalmente dico che il PPD è assolutamente contrario ad ogni discussione sull'adesione all'UE. Il PPD difende la via bilaterale. Il PPD ha a cuore questa capacità unica che abbiamo costruito di relazionarci con la Comunità europea, teniamocela stretta, lavoriamo per risolvere i problemi. È un lavoro che va fatto a livello di politica interna, è un lavoro dove purtroppo soprattutto la destra negli ultimi anni è sempre mancata, votando contro ogni misura, ogni possibilità di migliorare la situazione nella nostra economia.

Questa iniziativa è un'assurdità, è un grande inganno, le cittadine e i cittadini devono saperlo, non esiste in questo momento un'alternativa per relazionarsi con l'Europa.

Bühler Manfred (V, BE): L'initiative de limitation est raisonnable. L'initiative de limitation n'a rien à voir avec une initiative d'isolation ou de construction de murs, cher collègue Pardini!

Non, l'initiative de limitation est honnête intellectuellement et propose une solution réaliste à toute une série de problèmes qui sont comme autant de cailloux dans les chaussures des personnes qui vivent légalement en Suisse aujourd'hui.

26 000 heures de bouchons sur les routes nationales par année. Des trains bondés où il n'est plus possible de trouver une place assise. Des horaires tellement denses que la moindre petite perturbation entraîne des retards en chaîne, des annulations de train, ou des arrêts purement et simplement supprimés. Andreas Meyer, le directeur – qui ne l'est bientôt plus – des CFF avait déjà déclaré que les transports publics ne pourraient jamais absorber une part importante des personnes qui se déplacent aujourd'hui en voiture en Suisse. Nous sommes donc déjà à la limite en matière de transports publics, et ce n'est pas le seul domaine.

Des milliers de pendulaires vivent au quotidien les conséquences délétères de l'augmentation massive de la population de ces dernières années. Ce ne sont actuellement encore que des cailloux dans les chaussures, mais ils font déjà bien mal, nous les sentons tous les jours. L'initiative propose de faire en sorte que nous puissions retrouver la maîtrise de l'augmentation de notre population. Il y a certes un prix à payer. Mais ce prix est bien peu de chose en regard de ce que nous avons à perdre: simplement notre qualité de vie; nos paysages uniques menacés par une population qui augmente dramatiquement; notre nature qui subit la pression de chaque personne supplémentaire qui s'installe dans notre pays déjà très dense.

J'ai la chance d'habiter une région magnifique, dont la population est actuellement assez stable, et l'économie néanmoins florissante. Le Jura bernois est un véritable petit bijou d'un peu plus de 53 000 habitants. Je sais que nous ne vivons pas mieux dans le Jura bernois si nous sommes 70 ou 90 000 d'ici vingt ou trente ans. L'évolution de l'urbanisation dans l'Arc lémanique ou sur le Plateau suisse est délirante depuis la fin de la Seconde Guerre mondiale. N'imposons pas une telle évolution à tout le pays!

Je vous enjoins donc, pour le bien de nos enfants et de nos petits-enfants, à recommander l'acceptation de cette initiative qui nous évitera le cauchemar d'une Suisse à 10 millions d'habitants.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Auch dieses Mal habe ich wieder ein weisses Blatt Papier vor mir, denn zu dieser Initiative gibt es so viele Gegenargumente, dass nicht einmal hundert Blatt Papier reichen würden, um sie aufzulisten. Ja, es wird Zeit; es wird Zeit, dass dieser Eiertanz, der da vor über fünf Jahren angezettelt wurde, endlich ein Ende findet und dass diese Frage endlich vor das Volk kommt. Man wollte ja schon immer die Personenfreizügigkeit kündigen, aber mit einem "Buebetrückli" hat man bei der letzten Initiative versucht,



das Ganze zu umgehen, und hat gehofft, dass man sich der Verantwortung nicht wirklich stellen muss, sondern dass man das Problem noch über Jahre einfach bewirtschaften kann.

Selbstverständlich hat die Personenfreizügigkeit nicht nur Vorteile. Das liegt in der Natur der Sache. Es ist ein Geben und Nehmen. Wir haben den Zutritt zum europäischen Markt. Wir möchten mit den Europäern auch einen Austausch von Fachkräften haben. Aber was jetzt endlich einmal ein Ende finden muss, ist dieses Zurechtbiegen von Fakten, so, wie es einem mal gerade in den Kram passt. Nehmen wir das Beispiel Guillotineklausel. Die Initianten sagen mit Vehemenz, diese Guillotineklausel sei brandgefährlich, und sie sagen beim institutionellen Abkommen, das wir später einmal diskutieren werden, die Guillotineklausel sei das, womit man uns erpressen könne. Hier aber, bei diesem Thema sagen sie: Nein, nein, die EU wird die Guillotineklausel nie auslösen; das wird sie nie machen. Man sagt hier also, gerade so, wie es einem in den Kram passt, etwas um 180 Grad Gedrehtes.

Es gäbe noch viele Beispiele. Sie haben heute in der Zeitung den Artikel zum Uno-Umweltpakt gelesen. Auch hier behaupten die gleichen Kreise einfach etwas, entgegen den Aussagen des Bundesrates, obschon ihnen bereits in den Kommissionen dargelegt und dann auch x-fach bestätigt wurde, dass es einen solchen Pakt gar nicht gibt. Aber man schreibt eine Medienmitteilung, und man behauptet irgendetwas in der Öffentlichkeit. Leider ist es mit dieser Initiative genau gleich. Den Schaden aber am Schluss, den Schaden dessen, was Sie hier veranstalten, bezahlen dann die Schweizerinnen und Schweizer, jeder Einzelne. Über 4000 Schweizerfranken pro Jahr reissen Sie den Leuten mit Ihrer Initiative aus dem Portemonnaie.

Der Schaden bei der Arbeitslosigkeit – das wissen Sie ganz genau – wird viel höher sein als mit den arbeitslosen Menschen, die wir selbstverständlich auch aus den EU-Staaten bei uns haben. Fragen Sie Ihre Klientel. Ich habe letzte Woche die Gastronomen bei unserem Fondue-Essen gefragt. Sie sagen Ihnen alle ehrlich: Wir können ohne die Personenfreizügigkeit nicht sein. Sie sagen Ihnen auch: Es ist so, auch wenn wir eine hohe Arbeitslosigkeit in unserem Bereich haben – entweder sind das Leute, die nicht so arbeiten wie Leute aus anderen Ländern, oder sie haben andere Probleme. Fragen Sie Ihre Klientel. Sie wissen genau, dass diese die Leute für zwei, drei Monate extra in die RAV schickt und in der Schublade bereits wieder einen Arbeitsvertrag hat, um unsere Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative zu umgehen. Darum haben wir auch solche Statistiken.

Verdrehen Sie die Fakten weiter. Ich bin froh, wenn es endlich ein Ende hat, dass 26 Prozent in diesem Land den anderen 74 Prozent immer sagen, sie hätten das Schweizervolk auf ihrer Seite, sie wüssten, was das Volk wolle. Es reicht

AB 2019 N 1577 / BO 2019 N 1577

mir langsam, das immer zu hören. Ja, warten wir die Abstimmung ab. Ich kann einfach sagen: Sie haben zwar zweimal in EU-Fragen gewonnen, aber alle anderen Abstimmungen haben Sie verloren. Sie sind auch nie für die bilateralen Verträge gewesen, Sie haben nie eine Ja-Parole herausgegeben. Jetzt müssen Sie den Beweis antreten, das Schweizervolk wird entscheiden. Ich hoffe, nachher haben wir dann endlich einmal Ruhe. Aber was wir uns von Ihnen nicht gefallen lassen, ist, dass Sie die bilateralen Verträge an die Wand fahren und in diesem Land – beim Wohlstand, bei den Menschen, bei den jungen Generationen – einen solchen Schaden verursachen.

Haab Martin (V, ZH): In den vergangenen zehn Jahren betrug die Nettozuwanderung in unser Land rund 750 000 Personen. Jährlich 75 000 neue Bewohner, das ist gleichzusetzen mit der Stadt St. Gallen – 75 000 Menschen pro Jahr, welche Wohnungen, Verkehrsinfrastrukturen, Schulen, Krankenhäuser, Autos, Nahrungsmittel, Räume für Freizeitaktivitäten und vieles mehr benötigen. Dies kann und wird nicht spurlos an unserer Landschaft und unserer Landwirtschaft vorbeigehen.

Nehmen wir das Beispiel der Stadt St. Gallen, welche eine Fläche von knapp 4000 Hektaren aufweist, und gehen wir davon aus, dass gut die Hälfte des Stadtgebietes zugebaut ist, so sprechen wir von einem Bedarf von 2000 Hektaren Land, welche pro Jahr benötigt werden, um diese grosse Anzahl von Zuwanderern zu beheimaten. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte zeigt, dass vor allem rund um die Städte gebaut wird, die Ballungszentren vergrössern sich, und dies – als Zürcher weiss ich, wovon ich spreche – in der Regel auf bestem Kulturland, auf sogenannten Fruchtfolgefächern. Die 2000 Hektaren Landwirtschaftsland, die pro Jahr überbaut werden, entsprechen den verfügbaren Fruchtfolgefächern des Kantons Schwyz.

In Artikel 104a der Bundesverfassung, dem Ernährungssicherheitsartikel, dem das Stimmvolk vor genau zwei Jahren – Herr Portmann, hören Sie gut zu! – mit 78,7 Prozent zugestimmt hat, heisst es: "Zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln schafft der Bund Voraussetzungen für die Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion, insbesondere des Kulturlandes." Können Sie mitver-



antworten, dass der Verfassungsauftrag, welchem vor zwei Jahren 78,7 Prozent der Bevölkerung zugestimmt haben, nicht eingehalten wird? Können Sie mitverantworten, dass wir den Nettoselbstversorgungsgrad, der heute schon bei unter 50 Prozent liegt, weiterhin absenken und dass somit der Anteil an Nahrungsmitteln, die aus unkontrolliertem Anbau, aus dem nahen und fernen Ausland importiert und alles andere als klimaneutral herangekarrt werden, stetig zunimmt? Können Sie mitverantworten, dass unser Kulturland jährlich um die Fläche der Stadt St. Gallen abnimmt? Können Sie mitverantworten, dass im Sog der Siedlungsentwicklungen und der Bautätigkeiten für neue Infrastrukturen die Biodiversität weiter abnimmt oder dass sie – wie es Kollege Amstutz in blumigen Worten gesagt hat – noch auf den Balkonen in den "Blumenkistli" ist? Können Sie mitverantworten, dass über kurz oder lang unser Naturparadies Schweiz ein Stadtstaat wird, bei welchem die Landwirtschaft noch irgendwo in den weniger attraktiven Hügeln stattfindet?

Wenn Sie für all dies dereinst die Verantwortung nicht mittragen möchten, dann stimmen Sie mit der SVP für eine massvolle und kontrollierte Zuwanderung in unser Land.

Sauter Regine (RL, ZH): Es ist gut, dass wir heute endlich über die Frage sprechen, die wirklich im Raum steht: Wie haben Sie es mit den Bilateralen? Denn um nichts anderes geht es bei dieser Initiative: um ein Ja oder Nein zu den bilateralen Verträgen mit der EU. Man sollte diese Initiative denn auch nicht mit ihrem Titel beschönigen, sondern sie als das bezeichnen, was sie ist: eine Kündigungs-Initiative.

Zwar wird suggeriert, es gehe "nur" um die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens. Aufgrund der sogenannten Guillotineklausele – die heisst so, Herr Amstutz, auch wenn es Ihnen nicht gefällt – würde dies aber automatisch zum Verlust der sechs übrigen Verträge der Bilateralen I führen. Dies wäre für unseren Wirtschaftsstandort, für unseren Wohlstand, letztlich für unsere Gesellschaft verheerend.

Das Freizügigkeitsabkommen hat gemäss Studien sogar den grössten wirtschaftlichen Effekt aller sieben bilateralen Abkommen. Es ermöglicht den Unternehmen, bei Bedarf flexibel und mit geringem administrativen Aufwand auf ein grosses Arbeitskräfteangebot zurückzugreifen. Dies sichert Arbeitsplätze in der Schweiz, stärkt die hiesige Wirtschaft und ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Einige der Argumente, die nun gegen die Personenfreizügigkeit mit der EU angeführt werden, sind zudem schlicht falsch. Die Personenfreizügigkeit gilt nicht bedingungslos. Voraussetzung ist, dass man über einen gültigen Arbeitsvertrag verfügt, selbstständig erwerbstätig ist oder bei Nichterwerbstätigkeit genügend finanzielle Mittel hat. Die Zuwanderung im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens erfolgt dementsprechend in erster Linie in den Arbeitsmarkt. Der Zustrom von Arbeitskräften aus der EU hat zudem die Arbeitslosigkeit unter den Schweizer Arbeitnehmern nicht erhöht, im Gegenteil: Die inländische Erwerbsquote ist seit Anfang des Jahrzehnts gestiegen.

Die SVP will, so haben wir gehört, zurück zu einem Kontingentsystem, um die Zuwanderung zu regeln, weil sie der Meinung ist, damit könnten wir – also wahrscheinlich das Volk – wieder selbst bestimmen, wer in die Schweiz kommt. Das ist erstens irreführend, denn auch unter einem Kontingentsystem wird nicht entschieden, wer in die Schweiz kommt, es werden einfach schädliche Höchstzahlen festgelegt. Und zweitens ist es falsch, denn nicht das Volk würde über die Kontingente entscheiden, sondern Verwaltungsangestellte. Das Ergebnis wäre ein marktfernes, technokratisches Einwanderungsregime. Im Übrigen: Ausgerechnet die SVP schießt ansonsten so gerne gegen die Beamtenbürokratie. Mit dieser Initiative würde die SVP hingegen das pure Gegenteil erreichen: eine Ausweitung der Bürokratie.

Dass die Anwendung von Einwanderungskontingenten für die Deckung des Bedarfs an Arbeitskräften in der Schweiz ungeeignet ist, zeigt sich heute am Beispiel der Drittstaatenkontingente: Es ist unmöglich, den Bedarf an ausländischen Fachkräften im Voraus richtig abzuschätzen, die Kontingente sind teils schon Mitte des Jahres ausgeschöpft. Das ist ein klarer Standortnachteil für die Schweiz, der sich mit dem Wegfall der Personenfreizügigkeit vor allem gegenüber den europäischen Konkurrenzstandorten immens verstärken würde.

Die Initiative würde einen heute gut funktionierenden Marktmechanismus zerstören: Heute sind es die zahlreichen Schweizer Unternehmen, die so ihren Bedarf an Arbeitskräften decken können, und zwar dezentral und rasch. Ohne Personenfreizügigkeit wird dieser Mechanismus ausgehebelt.

Die Initianten behaupten, die Zuwanderung könne dank der Initiative "strikt an den wirtschaftlichen Bedürfnissen" ausgerichtet werden. Die "wirtschaftlichen Bedürfnisse" lassen sich aber nicht planwirtschaftlich im Bundeshaus festlegen – und schon gar nicht in der SVP-Zentrale. Sie ergeben sich vielmehr aus Hunderttausenden von Einzelentscheidungen bei Schweizer Unternehmen und Schweizer Konsumenten.

Die Personenfreizügigkeit ist übrigens nicht nur für Grosskonzerne wichtig, wie hier wieder angeführt worden ist. Im Gegenteil: Es sind gerade die KMU, die darauf angewiesen sind, Fachkräfte unbürokratisch einstellen zu können; nicht zu vergessen sind die Gastronomie und die Hotellerie. Grossunternehmen mit ihren Rechtsabteilungen fällt es hingegen wesentlich einfacher, an die nötigen Bewilligungen heranzukommen. Ein Kontin-



gentsystem ist deshalb immer KMU-feindlicher als die Personenfreizügigkeit. Und nicht zuletzt Ihre Bauern, die heute rasch und unbürokratisch Erntehelfer aus der EU einstellen können, wären dann nicht mehr so flexibel. Zusammenfassend ist klar, dass die Kündigungs-Initiative höchst unliberal und wirtschaftsunfreundlich ist. Einmal mehr beweist die SVP, dass sie mit ihrer Einwanderungspolitik unserem Wirtschaftsstandort schadet. Die Beendigung des bilateralen Wegs ist letztlich das Ziel der SVP.

Es gilt deshalb, klar Nein zu sagen zur Kündigungs-Initiative und diese deutlich zur Ablehnung zu empfehlen.

AB 2019 N 1578 / BO 2019 N 1578

de Courten Thomas (V, BL): Die Arbeitsmarktkonkurrenz aus dem EU-Raum macht insbesondere älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Schweiz immer mehr zu schaffen. Wer kurz vor seiner Pensionierung arbeitslos wird, hat es schwer, sich auf dem Arbeitsmarkt gegen die jüngeren und günstigeren EU-Einwanderer durchzusetzen. Gut die Hälfte der Personen, die mit 58 Jahren oder mehr ihre Stelle verlieren, finden innerhalb von zwei Jahren keinen neuen Job. Auch die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe bestätigt, dass ältere Arbeitslose mittlerweile grosse Probleme bei der Stellensuche haben, selbst dann, wenn sie über eine gute Ausbildung und erstklassige Referenzen verfügen.

Dies schlägt sich auch in den Zahlen eindeutig nieder. Vor zehn Jahren war erst jeder dritte Langzeitarbeitslose älter als 50, inzwischen ist es jeder zweite. Hinzu kommt, dass die Löhne der älteren ansässigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seit Einführung der Personenfreizügigkeit signifikant gesunken sind. Die Sozialhilfequote der älteren Arbeitnehmer ist dagegen massiv gestiegen. Während die Sozialhilfequote bei den 18- bis 45-Jährigen zwischen 2005 und 2017 in etwa stabil blieb oder gar leicht zurückging, ist sie bei den 46- bis 55-Jährigen um mehr als 20 Prozent, bei den 56- bis 64-Jährigen gar um mehr als 50 Prozent angestiegen.

Es ist offensichtlich, dass diese unerfreuliche Entwicklung auch mit der ungebremsen Zuwanderung zusammenhängt. Das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU bringt vor allem ältere Schweizer Arbeitnehmende massiv in Bedrängnis. Sie werden zudem durch günstigere ausländische Arbeitskräfte ersetzt. Auf diese sozialpolitische Zeitbombe hat die SVP bereits seit Jahren hingewiesen.

Nun scheint auch der Bundesrat das Problem zu erkennen. Aber statt es mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung anzugehen, will er es mit Geld, mit sehr viel Geld zudecken, dies, indem er eine Überbrückungsrente für ausgesteuerte Arbeitslose ab Alter 60 einführen will – quasi eine Einladung, ältere Arbeitnehmende aus dem Arbeitsmarkt zu werfen. Faktisch könnten damit Arbeitslose ab 58 zuerst über die Arbeitslosenversicherung und dann über die Überbrückungsrente bis zur Pensionierung staatliche Gelder erhalten. Diese erzwungenen Frühpensionierungen würden Hunderte Millionen Steuerfranken kosten und dabei wirkungslos bleiben, weil ältere Arbeitnehmende dank dieser Rente künftig noch leichter entlassen und durch billigere Ausländer ersetzt werden könnten – all dies einmal mehr auf dem Buckel des arbeitenden Mittelstandes und der jungen Generation. Dabei wird das liberale Grundprinzip "Arbeit statt Rente" völlig untergraben.

Zudem zeigen die Erfahrungen aus Deutschland, dass ein in den 2000er Jahren eingeführtes, ähnliches Überbrückungsrentensystem nicht die erhoffte Wirkung zeigte. Mit der Abschaffung dieses Undings konnte die Beschäftigung von älteren Personen in Deutschland beinahe verdoppelt werden. Das heisst: Statt nur vier arbeiten neu sieben von zehn Personen im Alter von 55 bis 65 Jahren.

Wir sollten die Fehler der anderen nicht wiederholen. Wir sollten handeln und die Zuwanderung wieder eigenständig steuern. Die Zuwanderung in unsere Sozialwerke und das Fallenlassen unserer älteren Arbeitnehmenden in der Schweiz sind nur zwei Problemfelder einer 10-Millionen-Schweiz, die wir bald haben, wenn wir jetzt nicht handeln.

Jans Beat (S, BS): Herr de Courten, Sie waren für die Standortförderung in unserer Region zuständig, haben also vom Beruf her Firmen in die Schweiz geholt. Wie macht man das, Firmen in die Schweiz holen, ohne dass gleichzeitig Arbeitskräfte zuwandern?

de Courten Thomas (V, BL): Man macht das, indem man die Attraktivität des Standortes zu steigern versucht, indem man die Standortfaktoren, die die Schweiz attraktiv machen, hochhält. Dazu gehören: nicht zu wenig Wohnraum, nicht zu wenig Verkehrskapazität, nicht zu wenig Energieversorgung. All das möchten wir auch erhalten, Herr Jans.

Wüthrich Adrian (S, BE): Sie haben die Überbrückungsleistung erwähnt und suggeriert, dass man sehr schnell von dieser Überbrückungsrente profitieren könnte. Ist Ihnen bekannt, wie lange man gemäss Vorschlag des Bundesrates gearbeitet haben muss, bis man eine Überbrückungsleistung erhalten wird? Wir werden das hier, das ist mir bewusst, noch diskutieren. Aber kennen Sie den Vorschlag des Bundesrates, über den Sie hier



herziehen?

de Courten Thomas (V, BL): Ja, ich kenne den Vorschlag des Bundesrates, Herr Wüthrich. Ich habe ihn genauso gelesen wie Sie auch. Der Punkt ist einfach: Wenn wir die Anreize so setzen, dass man die älteren Arbeitnehmenden leichter aus dem Arbeitsmarkt drängen kann, wird diese Gelegenheit von skrupellosen Unternehmen genutzt werden. Das wollen wir nicht.

Nussbaumer Eric (S, BL): Sie können es drehen, wie Sie wollen: Die SVP will den bilateralen Weg zerstören und den Zugang zum europäischen Binnenmarkt erschweren. Der SVP und allen Nationalisten auf dem gesamten Kontinent ist die europäische Zusammengehörigkeit egal. Diese SVP-Position ist Gift für unser Land, sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung als auch für die Rolle unseres Landes in Europa. Diese Politik der Abwendung von den europäischen Errungenschaften werde ich als Vertreter eines Grenzkantons, auch im Interesse der Arbeitsplätze in den Unternehmen, im Gesundheitswesen und in der Bildung, nie unterstützen. Immer wieder – immer wieder! – torpediert die SVP den bilateralen Weg. Vor fünfzehn Jahren bei der Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen EU-Mitgliedstaaten lehnte die SVP die Ausdehnung des Abkommens ab, weil die Sozialpartner parallel wegweisende flankierende Massnahmen in die Wege geleitet hatten. Die Massnahmen von 2004 sind heute europaweit anerkannt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort ist jetzt europäisches Recht geworden. Niemand will, dass die Personenfreizügigkeit und die damit verbundene Dienstleistungsfreiheit für Lohndumping oder eine Minderung der Arbeitnehmerrechte missbraucht werden.

Auch bei der unbefristeten Weiterführung der Personenfreizügigkeit im Jahre 2009 war die SVP dagegen. Sie war immer dagegen, dass die Schweiz einen europäischen Integrationsschritt macht. Darum ist auch diese Initiative dieser Partei nicht verwunderlich.

Anderen Parteien würde die SVP schon lange Zwängerei vorwerfen, aber sie setzt ungefähr im Fünfjahresrhythmus zur Torpedierung des bilateralen Weges an. Es besteht kein Zweifel: Diese Initiative will diesen Weg zerstören. Wer das will, der oder die handelt nicht im Interesse des Landes. Ich will Ihnen darum drei Punkte kurz in Erinnerung rufen.

1. Wer die Personenfreizügigkeit kündigen will, der erschwert mutwillig die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz. 28 europäische Länder haben miteinander einen grenzüberschreitenden Binnenmarkt geschaffen. Das sind gemeinsame Regeln, die ohne uns gemacht werden, die uns aber betreffen. Denn wir sind ein europäisches Land und können uns diesen Regeln nicht entziehen. Es ist ziemlich ignorant zu meinen, die umliegenden Binnenmarktländer gäben einem Drittstaat noch bessere Handels- und Freizügigkeitsregeln als den Mitgliedländern oder den Partnerländern im gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum. Der Drittstaat Schweiz ohne Freizügigkeitsvertrag wird kein Partnerland mehr sein.

Der heute bestehende Weg, den wir mit den EU-Mitgliedstaaten gefunden haben, ist einzigartig und zum Wohle unseres Landes. Ich möchte darum an dieser Stelle den Bundesrätinnen und Bundesräten, die damals mit ihren Staatssekretären diesen Weg verhandelt hatten, wieder einmal herzlich danken. Es wäre die grösste Dummheit, dieses Vertragswerk zu zerstören; und es wäre auch eine Dummheit, wenn wir dieses Vertragswerk nicht festigen würden.

2. Wer die Personenfreizügigkeit nicht in ihrer Gesamtheit akzeptiert, kämpft gegen die europäische Zusammengehörigkeit. Die Schweiz hat sich angewöhnt, nur noch das zu machen, was in ihrem alleinigen Interesse liegt. Das ist dem Egoismus der SVP geschuldet. Sie will nicht in die

AB 2019 N 1579 / BO 2019 N 1579

europäische Kohäsion einzahlen, sie will keine Reisefreiheit, sie will die Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die jeden Tag in unserem Land zur wirtschaftlichen Leistung beitragen, wieder zurückdrängen. Mit der SVP-Politik hat unser Land die Dimension der europäischen Zusammengehörigkeit verloren. Mit der Kündigungs-Initiative würden wir uns in der europäischen Staatengemeinschaft vollständig ins Abseits manövrieren. Auch das würde unserem Land langfristig schaden.

3. Es ist nicht nur das Risiko eines Wegfalls der Bilateralen I – es ist der Wegfall. Immer wieder werde ich gefragt, ob es wirklich stimme, dass mit dieser Kündigungs-Initiative alle Verträge der Bilateralen I dahinfallen werden. Ja, das ist so: Es besteht nicht ein Risiko, dass dies passieren könnte; es passiert, weil es vertraglich so abgemacht wurde.

Wir hatten schon ohne Freizügigkeitsabkommen höhere Zuwanderungszahlen, und es gibt auch Schweizerinnen und Schweizer, die in europäischen Ländern leben. Sie leben dort dank dem Abkommen über die Personenfreizügigkeit, ihre Diplome und Berufsausbildungen sind wegen des Freizügigkeitsabkommens an-



erkannt. Die Menschen, die hier leben, und die Menschen, die im Ausland leben, erfahren jeden Tag die europäische Zusammengehörigkeit. Wir sollten diese Zusammengehörigkeit nicht mit einer Kündigung eines guten Vertragswerks zerstören.

Die Schweiz soll ein kooperierendes europäisches Land bleiben. Die Kündigungs-Initiative will das nicht, und darum ist sie abzulehnen.

Burgherr Thomas (V, AG): Das derzeitige Einwanderungssystem bereitet der Schweiz und unserem Wohlstand sehr grosse Probleme. Eine eigenständige Regelung der Zuwanderung ist für jedes unabhängige und wirtschaftlich erfolgreiche Land eine Selbstverständlichkeit. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU bestimmen wir aber nicht mehr selber, wer in die Schweiz kommen darf und wer nicht. Seit 2002 sind so mehr als 700 000 Personen in die Schweiz eingewandert. Im Abstimmungsbüchlein stand damals, dass mit der Einführung der Personenfreizügigkeit jährlich 8000 bis 10 000 Personen in die Schweiz einwandern würden. Doch bereits im ersten Jahr waren es doppelt so viele.

Diese unkontrollierte Zuwanderung in unser Land, zwischen 60 000 und 80 000 Personen pro Jahr, führt zu immer grösseren Problemen. Die Schweiz weist heute die höchste Erwerbslosenquote seit dem Zweiten Weltkrieg auf. Dies ist insofern besonders bedenklich, als wir uns derzeit eigentlich in einer sehr guten Konjunkturphase befinden. Die Erwerbslosenquote bei den Ausländern in der Schweiz liegt konstant höher als bei den Schweizern. Es zeigt sich auch, dass EU-Ausländer 20 Prozent mehr Arbeitslosenentschädigung beziehen, als sie Beiträge an die Arbeitslosenversicherung leisten. Bei Einwanderern aus Osteuropa liegt das Missverhältnis noch grösser, dort liegt der Wert sogar bei 35 Prozent.

Heute leben in der Schweiz schon über 8,5 Millionen Menschen. Dies entspricht einem Bevölkerungswachstum von einer Million Menschen in elf Jahren. Ohne eine Begrenzung der Zuwanderung ist die 10-Millionen-Schweiz bald Realität. Ich bin überzeugt: Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger will dies nicht. Die Folgen für unser Land wären verheerend. Bereits in wirtschaftlich guten Zeiten bringt dies Probleme mit sich. In der nächsten wirtschaftlichen Krise – meines Erachtens steht diese vor der Tür, die Anzeichen dafür sind klar – werden wir alle die Folgen dieser masslosen Einwanderungspolitik noch viel stärker zu spüren bekommen. Auch staatspolitisch habe ich grosse Bedenken. Die masslose Einwanderung gefährdet die schweizerische Identität und unser Selbstverständnis als Willensnation. Es ist doch klar, dass nur mit einer massvollen Einwanderung unsere Traditionen, unsere Kultur und somit unsere Identität erhalten und weitergegeben werden können.

Aber auch in anderen Ländern zeigt die EU-Personenfreizügigkeit sehr negative Nebenwirkungen. Gerade in osteuropäischen Staaten verlassen mit gutausgebildeten Personen nicht nur Fachkräfte, sondern auch kritische und kreative Köpfe das Land. In der Regel gehen meistens jene Personen, die das politische System am ehesten modernisieren könnten.

Aus diesen Gründen braucht die Schweiz eine neue, moderne Zuwanderungspolitik, die es ihr ermöglicht, die Zuwanderung wieder eigenständig zu regeln. Die Lösung dazu ist die Begrenzungs-Initiative; mit dieser können wir die Zuwanderung wieder eigenständig regeln und kontrollieren. Damit sagen wir Ja zum bilateralen Weg und Nein zur schädlichen Personenfreizügigkeit.

Munz Martina (S, SH): Mit der Begrenzungs-Initiative legt die SVP die Karten auf den Tisch. Sie will die bilateralen Verträge mit der EU kündigen; es ist also eine Kündigungs-Initiative. Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat es auf den Punkt gebracht: Ein Ja zur Initiative würde die Schweiz in ein Brexit-Chaos stürzen, das zu enormen Unsicherheiten für die Wirtschaft unseres Landes führen würde.

Wie gut die EU mit sich reden lässt, wenn es darum geht, einseitige Interessen zu verhandeln, zeigt sich doch am Beispiel Grossbritanniens. Dort spucken die Brexit-Hardliner grosse Töne, stellen die EU als geldverschlingenden Moloch dar und versprechen, das Land wieder auf den Weg zur Weltherrschaft zu bringen. Und wie sieht die Realität aus? Grossbritannien hat sich in eine ausweglose Situation hineinmanövriert. Mit dem Rücken zur Wand muss das Land den Ausstieg aus der EU immer wieder hinausschieben. Gleichzeitig findet ein inländischer Brexit statt: Mobile Unternehmen verlassen das Land, die politische Lage ist destabilisiert, wichtige inländische Entwicklungen kommen zum Stillstand. Die Menschen und ihr Wohlergehen – um das sich eigentlich die Politik kümmern müsste – bleiben auf der Strecke.

Das wollen wir für die Schweiz auf keinen Fall! Darum muss die Kündigungs-Initiative abgeschmettert werden. Gemäss SVP-Wording sind Personen ohne Schweizer Pass an allem schuld: an der Zersiedelung, am Dichtestress, am grossen ökologischen Fussabdruck und an fast allen anderen Problemen der Schweiz. Ohne Ausländerinnen und Ausländer sei alles besser. Mit der Angst um den Arbeitsplatz wird die Ausländerfeindlichkeit noch angeheizt.



Doch was die SVP nicht sagt: Ohne Personenfreizügigkeitsabkommen gibt es auch keine flankierenden Massnahmen. Die Arbeitnehmenden würden ohne Lohnschutz dastehen und wären wirklich von Lohndumping bedroht. Wäre der SVP-Fraktion der Schutz der älteren Arbeitnehmenden wichtig, so hätte sie der parlamentarischen Initiative für einen besseren Kündigungsschutz von älteren Arbeitnehmenden zugestimmt. Wären ihr die steigenden Mieten tatsächlich ein Anliegen, hätte sie diesen Sommer die drei parlamentarischen Initiativen bekämpft, welche den Schutz der Mieterinnen und Mieter aushöhlen wollen. Und auch an der Zubetonierung unserer Landschaft sind kaum die ausländischen Arbeitskräfte schuld, schon eher die ausländischen Immobilienfirmen; doch diese sind von der SVP gern in unserem Land gesehen.

In Wahrheit ist die Zersiedelung ein Produkt fehlgeleiteter Raumplanung und Interessenpolitik. Es ist die SVP-Fraktion, die nicht auf die Revision RPG 2 eintreten will. Die RPG 2 will die Zersiedelung stoppen. Dass Züge und Strassen aus allen Nähten platzen, liegt auch nicht an der Zuwanderung, sondern an der hohen Mobilität, die in unserem Land zum Alltag gehört. Wir sind ein Land von Pendlerinnen und Pendlern, wir besitzen rund 6 Millionen Fahrzeuge. Das ist das Resultat von Wohlstand. Dieser Wohlstand hat aber sehr wohl etwas mit Zuwanderung zu tun.

Die SVP schürt die Fremdenfeindlichkeit. Migrantinnen und Migranten würden unsere Gesellschaft unsicher machen, unser Sozialsystem schröpfen. Das sind unhaltbare Pauschalisierungen, die von der SVP benützt werden, um diffuse Ängste zu bewirtschaften. Tatsächlich würde die Initiative aber hauptsächlich der Wirtschaft schaden. Das spricht die SVP nicht offen an.

Wir müssen dieser demagogischen Propaganda Einhalt gebieten. Ich bitte Sie, empfehlen Sie die Begrenzungs-Initiative mit Überzeugung zur Ablehnung.

AB 2019 N 1580 / BO 2019 N 1580

Egger Mike (V, SG): Man merkt es, wir sprechen wieder über ein Thema der EU, und ich rieche es bis hierhin: Sie haben alle Angst, Sie geben nach, wenn die EU sagt, etwas gehe nicht. Ich habe mir etwas anderes vorgestellt, als ich in diesen Rat eintrat.

Die Schweiz hat mit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU und der damit verbundenen Aufgabe des Kontingentsystems für deren Bürger ab 2007 die Möglichkeiten zur Steuerung der Einwanderung aus der Hand gegeben. Die Folgen davon sind gravierend, denn seither explodieren die Einwanderungszahlen: Von 2007 bis Ende 2016 sind etwa 750 000 Personen mehr in die Schweiz eingewandert als ausgewandert. Die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz hat sich im gleichen Zeitraum von 7,5 Millionen auf 8,3 Millionen erhöht. 555 000 der 750 000 Personen kamen über die Personenfreizügigkeit in die Schweiz.

Das war die Ausgangslage, als am 9. Februar 2014 Volk und Stände Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative gesagt haben, welche Sie in diesem Rat nicht umgesetzt haben. Und vielleicht muss man sich einmal die Frage stellen, warum so wenige Wählerinnen und Wähler den Weg an die Urne finden. Wenn ich auf der Strasse bin, dann höre ich oft: "Die in Bern mached sowieso, was wänd!" – und ich muss diesen Leuten Recht geben: Ein grosser Teil dieses Parlamentes setzt sich über Volksentscheide hinweg und tritt diese mit Füßen. Das müssen wir ändern.

Als junger Staatsbürger war und bin ich von unseren Volksvertretern hier in Bern enttäuscht. Die von National- und Ständerat beschlossenen Meldepflichten für offene Stellen als Ersatzmassnahme sind nur ein politisches Feigenblatt, um den Volksbetrug der Nichtumsetzung des Verfassungsauftrages vom 9. Februar 2014 zu vertuschen.

Es ist unbestritten, dass wir in der Schweiz in einigen Bereichen qualifizierte ausländische Fachkräfte brauchen. Es ist allerdings ein Mythos, dass mit der Personenfreizügigkeit noch hochqualifizierte Fachkräfte in die Schweiz kommen, das wurde von meinem Vorredner bereits mehrfach betont. Es ist auch paradox, wenn die ansässige Bevölkerung, allen voran unsere Jugend, mit Demonstrationen wie "Fridays for Future" auf die Strasse geht und sich um eine möglichst umweltfreundliche Politik sorgt, während gleichzeitig jedes Jahr so viele neue ausländische Personen einwandern, wie die Stadt Biel Einwohner hat. Dies hat nämlich einen direkten Einfluss auf den Energiekonsum in der Schweiz. Die Schweiz verbraucht deshalb jährlich zusätzlich Strom im Umfang von 630 Millionen Kilowatt, was wiederum 20 Prozent der Jahresproduktion des Kernkraftwerkes Mühleberg entspricht.

Die massive Einwanderung hat auch Folgen für die Schweizer Verkehrsinfrastruktur. Ohne teuren Ausbau von Strassen und Schienen kann keine weitere unkontrollierte Zunahme der Verkehrsteilnehmer mehr absorbiert werden, und die Senkung des CO₂-Ausstosses wird dadurch zu einer Illusion. Dies sollte auch den Mitgliedern der Grünen Partei in diesem Rat zu denken geben.

Ausserdem können sich viele Schweizer – gerade in meiner Generation – die teils hohen Miet- und Bodenprei-



se kaum mehr leisten, aufgrund der grossen Nachfrage, als Folge der Einwanderung. In einigen Städten ist es aufgrund des grossen Zustromes aus dem Ausland für junge Familien sehr schwierig geworden, preisgünstige Wohnungen zu finden. Die Mietpreise werden in die Höhe getrieben, ausländische Zuwanderer können sie sich leisten, da sie teilweise Wohngemeinschaften bilden.

Ohne die Begrenzungs-Initiative wird die Zukunft für die Jugend in der Schweiz immer schwieriger, denn der Lohndruck betrifft sie sehr direkt. Konnte die Generation unserer Eltern noch darauf zählen, dass ihre Löhne von Jahr zu Jahr steigen würden, so ist das für meine Generation seit Einführung der Personenfreizügigkeit nicht mehr der Fall. 2018 sind die Löhne gemäss dem Bundesamt für Statistik nur um 0,5 Prozent gestiegen, doch aufgrund der Teuerung gibt es einen durchschnittlichen Reallohnverlust von 0,4 Prozent. Die ständig steigenden Krankenkassenprämien sind dabei noch nicht einmal eingerechnet. Der Lohndruck setzt sich schleichend fort, und gegen den Ersatz von älteren einheimischen Arbeitnehmern durch junge Ausländer, die sich auf dem EU-Arbeitsmarkt zu günstigeren Bedingungen anbieten, sind die flankierenden Massnahmen teils wirkungslos.

Wenn Sie dann nach den Wahlen noch dem EU-Rahmenvertrag mit dem vorgesehenen Abbau des Lohnschutzes zustimmen, dann wird es grausam für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wer eine 10-Millionen-Schweiz haben will, muss unsere Initiative heute zur Ablehnung empfehlen; wer keine 10-Millionen-Schweiz haben möchte, sondern ein Land, welches weiterhin eine gute Infrastruktur bietet, ein Land, welches eine tiefe Arbeitslosenquote aufweist, ein Land, welches eigenständig und unabhängig über die Zuwanderung entscheiden kann, ein Land, welches nachhaltig erfolgreich ist, unterstützt hingegen unsere Initiative.

Fiala Doris (RL, ZH): Dies ist ein Versuch, sachlich zu Ihnen zu sprechen, nicht die Stimmung anzuheizen und vor allem auf Maximalforderungen, wie wir sie immer mehr kennen, zu verzichten. Ich finde es belastend, dass Links und Rechts die Forderungen immer derart hochschrauben, dass letztlich ein Kompromiss nicht möglich ist und man in diesem Saal sehr oft das Gefühl hat, wer einen Kompromiss schliesse, sei ein eigentliches Weichei. Dabei ist es eben gerade der bestmögliche Kompromiss, der die Schweiz von jeher weitergebracht hat.

Den bilateralen Weg bezeichnen wir seit Langem als Königsweg. Unsere Partei will nicht in die EU, und ich denke, längst hat man erkannt, dass auch eine Mehrheit der Bevölkerung sicher heute nicht der EU beitreten möchte. Aber Prosperität hat auch ihren Preis. Wohlstand hat seinen Preis, den Preis des Bevölkerungswachstums. Ich kann verstehen, wenn es auch Menschen gibt, die verunsichert sind. Wenn man beispielsweise zur Stosszeit im Bahnhof Bern ankommt, fühlt man in der Tat einen gewissen Dichtestress. Das in Abrede zu stellen wäre einfach nicht ehrlich. Die Frage ist, ob wir uns am Dichtestress aufhalten oder ob wir gemeinsam nach Lösungen suchen und die anstehenden Herausforderungen gemeinsam meistern.

Ich möchte Ihnen eine kleine Anekdote erzählen, die sich exakt so zugetragen hat. Eine meiner Vorrednerinnen war Kollegin Martina Munz. Ich sehe sie hier jetzt nicht, aber sie kann es jederzeit bestätigen. Wir waren gemeinsam auf einem Podium zur Masseneinwanderungs-Initiative in Schaffhausen. Mit uns waren Ständerat Minder und alt Bundesrat Blocher. Es herrschte genau die gleiche Stimmung, wie wir sie heute in diesem Saal auch erlebt haben. Ganz sachlich stellte ich alt Bundesrat Blocher die Frage, in welchem Kanton er die Zuwanderung begrenzen möchte und in welcher Branche er sie denn begrenzen möchte. Dann war zuerst einmal Ruhe im Saal. Dann habe ich insistiert und gesagt: "Nein, nein, sagen Sie uns jetzt ganz genau, wo wir begrenzen sollen, in welchem Kanton oder in welcher Branche." Alt Bundesrat Blocher hat in den vollen Saal in Schaffhausen geblickt, hat belustigt reagiert und gesagt: "Putzfrau! Putzfrau bruched mir nöd vom Usland!" Wenn die Diskussion sich auf die Haushalthilfen beschränkt und wir nicht eingestehen, dass wir in der Landwirtschaft die Arbeitskräfte aus dem Ausland brauchen, in der Industrie die Arbeitskräfte aus dem Ausland brauchen, in den Spitälern die Arbeitskräfte aus dem Ausland brauchen, und man am Schluss belustigt reagiert – "Putzfrau bruched mir nöd" –, dann, denke ich, werden wir der Problematik tatsächlich einfach nicht gerecht. Ich möchte dem lieben Mike Egger, unserem neuen Kollegen, auch Folgendes sagen: Sie haben rasch gelernt, wie man mit der Angst argumentiert. Es beeindruckt mich nicht, denn die FDP/die Liberalen und andere Parteien möchten mit Chancen überzeugen und eben nicht die Ängste bewirtschaften.

Ich bin überzeugt, dass das Thema zu ernst und auch die Gefahr für die Schweiz zu ernst ist, als dass wir uns nur gegenseitig den Ball zuschieben und uns um Himmels willen nicht eingestehen, dass eben alles auch seinen Preis hat. Niemand sagt, die wachsende Bevölkerung sei auf Dauer keine Herausforderung. Niemand sagt, wir müssten nicht auch die Infrastruktur entsprechend anpassen. Niemand sagt, dass wir eben nicht vielleicht auch die Bauzonen eingrenzen müssten. Aber wir sagen in einer Güterabwägung: Dieses Land hat Wohlstand erfahren – auch dank der ausländischen



AB 2019 N 1581 / BO 2019 N 1581

Arbeitskräfte. Und last, but not least – ich komme zum Schluss – möchte ich Sie daran erinnern, dass 760 000 Schweizerinnen und Schweizer im Ausland leben. Was glauben Sie, wie unsere Auslandschweizer diese Diskussion hier mitverfolgen? Es gibt immer zwei Seiten: jene von uns, die international ticken, die jahrelang im Ausland gelebt haben, und die anderen, welche ausländische Arbeitskräfte bei uns nicht zulassen wollen. Ich danke Ihnen, wenn Sie dieser Initiative der SVP eine Absage erteilen.

Stamm Luzi (V, AG): Ich staune – erster Punkt –, wie viele Leute sich etwas anderes unter der Personenfreizügigkeit vorstellen, als sie wirklich ist. Was bedeutet sie? Personenfreizügigkeit ist ein Rechtsanspruch für alle Einwohner der EU-Mitgliedstaaten, in die Schweiz zu kommen. Sie können zum Beispiel mit mir persönlich – ich habe ein ganz kleines Anwaltsbüro – einen handschriftlichen Vertrag abschliessen, einen normalen Arbeitsvertrag, in dem sie schreiben, ich arbeite soundso viel beim Stamm. Dann wählen sie am besten noch eine Lohnsumme, mit der sie gerade die maximale Arbeitslosenentschädigung bekommen. Dann unterschreiben sie, und in der Sekunde, in der sie unterschreiben, erhalten sie den Rechtsanspruch, ihre Eltern, ihre Kinder und die älteren Kinder des Ehegatten nachkommen zu lassen. Sie sind ab dem Moment, in dem sie unterschreiben, krankenversichert. Zum Beispiel kann sich auch eine 63-jährige Frau oder ein 64-jähriger Mann sagen, ich unterschreibe das. Ein Jahr später bekommen sie dieselben Ergänzungsleistungen wie Ihre Eltern, wie meine Eltern, die ein Leben lang hier gearbeitet haben. Das ist die Personenfreizügigkeit!

Zweiter Punkt: Ich staune, wie viele Leute sich grundsätzlich täuschen und von Marktzugang und gleichzeitig von Personenfreizügigkeit sprechen. Nirgends in der Welt käme jemand auf die Idee zu sagen, der freie Markt sei gleich die freie Einwanderung. Wenn ich an die Kalifornier, an die Amerikaner, an die Japaner denke: Niemand würde sagen, freie Einwanderung gleich Marktzugang – gar niemand!

Dritter Punkt, zu einem weiteren verbreiteten Irrtum – hören Sie zu -: Viele Leute sagen, dass wir die Personenfreizügigkeit brauchen würden, um diejenigen Leute zu holen, die wir brauchen. Das widerspricht ja jedem gesunden Menschenverstand! Holen kann man immer, wen man will. Da braucht es keinen Vertrag mit dem Ausland und schon gar nicht die Personenfreizügigkeit.

Zum vierten Punkt: Ich war jahrelang Mitglied des Europarates und dort in der Kommission Migration. Dort haben Sie die EU-Mitglieder einerseits und andererseits die anderen Mitglieder des Europarates, die nicht Mitglied der EU sind. Es käme doch niemand von denen auf die Idee, von einem Nicht-EU-Land zu verlangen, die freie Einwanderung einzuführen. Wer käme auf diese Idee? Das ist eher eine Idee, die in der Schweiz von denjenigen Leuten vorgebracht wurde, die selbstverständlich 2001, als sie die Bilateralen I abgeschlossen hatten – am 20. Mai 2000 haben wir darüber abgestimmt –, die grössten EU-Turbos waren. Das wird nicht einmal bestritten. Der Chefunterhändler der Bundesräte, der war ja der EU-Turbo par excellence. Aber die von Europa hätten ja von uns nie und nimmer die freie Einwanderung verlangt.

Ich bringe noch ein mögliches Szenario für die Zukunft und dann den Schlussappell, genau auf die Uhr schauend. Stellen Sie sich einmal folgendes Beispiel vor: Unter dem Titel "Personenfreizügigkeit" sagt jetzt die EU: "Die Schweiz muss die arbeitslosen Grenzgänger bezahlen." Gleichzeitig sagt Frankreich: "Bei uns in Frankreich zahlt die Arbeitslosenversicherung nicht einfach anderthalb Jahre, sondern lebenslang." Wenn Sie bei der Personenfreizügigkeit einem Mechanismus zustimmen, sind Sie ja völlig der EU ausgeliefert.

Ich komme zum Schluss, ich habe noch 30 Sekunden Redezeit. Sie können noch so lange sagen: "Ich schaffe es, das Lohnniveau hoch zu halten." Das schaffen Sie nie! Das ist nicht nur ein ökonomisches Gesetz, sondern das ist sogar ein Gesetz des gesunden Menschenverstandes: Die Leute kommen natürlich so lange, wie wir noch bessere Lebensbedingungen haben, und wenn wir die Personenfreizügigkeit haben, gibt es todsicher eine Nivellierung, da können Sie noch so lange sagen, Sie würden begrenzen, Sie würden sich dort schützen. Die können ja in der Schweiz eine AG gründen, dann können sie die Lohnverträge von der AG her machen. Sie haben keine Chance, das Lohnniveau hoch zu halten.

Molina Fabian (S, ZH): Dass Menschen reisen, sich an einem anderen Ort niederlassen, sich austauschen, erforschen, arbeiten oder neu anfangen können, ist eine enorme Freiheit. Noch im 19. Jahrhundert war diese Freiheit einigen wenigen reichen Bürgern oder adeligen Herren vorbehalten. Die breite Bevölkerung durfte nicht reisen. Deshalb war auch bei der Gründung der modernen Schweiz der Kampf für die Personenfreizügigkeit ein grosses Thema. Neu konnten alle Menschen in der Schweiz frei entscheiden, wo sie leben und arbeiten möchten. Fast eine halbe Million Schweizerinnen und Schweizer leben heute zudem in der EU. Das ist ein enormer Fortschritt und zeigt: Auch bei der Personenfreizügigkeit innerhalb und mit der EU geht es um ein solches Freiheitsrecht.

Alle Menschen in der EU können, sofern sie einen Job finden, entscheiden, wo sie arbeiten und sich nie-



derlassen wollen. Gerade meine Generation profitiert enorm von der Personenfreizügigkeit, einer besseren Bildungszusammenarbeit, der Reisefreiheit oder dem Rechtsanspruch für Schweizerinnen und Schweizer, in der EU zu leben, zu arbeiten und zu studieren. Auch wirtschaftlich ist die Personenfreizügigkeit für die Schweiz insgesamt eine Erfolgsgeschichte. Nach der Rezession der 1990er Jahre führte das Freizügigkeitsabkommen zu einem massiven gesamtwirtschaftlichen Wohlstandsgewinn, und heute gehen rund 52 Prozent der Exporte in die EU.

Trotzdem will die SVP mit ihrer Initiative die Personenfreizügigkeit und mit ihr gleich alle bilateralen Verträge mit der EU kündigen. Die SVP behauptet, die Zuwanderung aus der EU sei für die Probleme auf dem Schweizer Arbeitsmarkt verantwortlich. Sie leugnet dabei die Fakten und die Zusammenhänge, um ihre wahren Ziele zu verschleiern. Schuld an den Problemen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt sind nämlich nicht die Ausländerinnen und Ausländer, sondern die Firmen, die sie ins Land geholt haben und zu tiefen Löhnen beschäftigen. Diesen Missbrauch müssen wir angehen. Die Initiative aber will das Gegenteil. Denn wenn sie angenommen würde, würden zuallererst die flankierenden Massnahmen wegfallen, so steht es schwarz auf weiss im Entsendegesetz. Der Schutz von Löhnen und Arbeitsbedingungen ist der SVP schon lange ein Dorn im Auge. Denn dies stärkt die Rechte aller arbeitenden Menschen in der Schweiz und sorgt dafür, dass Arbeiterinnen und Arbeiter nicht schamlos ausgebeutet werden können. Das passt den SVP-Sponsoren Blocher, Frey, Tettamanti und Martullo-Blocher nicht.

Wenn die flankierenden Massnahmen fallen, dann fällt die soziale Schweiz. Das würde zu einer massiven Verschiebung der Marktmacht hin zu den Unternehmern und damit zu einem massiven Druck auf das Lohnniveau in der Schweiz führen. Wenn die flankierenden Massnahmen fallen, haben wir wieder Menschen zweiter Klasse in diesem Land, so wie wir es bis zur Einführung der Personenfreizügigkeit mit dem Saisonierstatut hatten. Kinder in Baracken, Eltern in ständiger Angst – das wollen wir nie wieder.

Wir wollen und brauchen die Personenfreizügigkeit. Wir wollen gute und stabile Beziehungen zur EU, unserem mit Abstand wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Partner. Ohne bilaterale Abkommen hätten wir in der Schweiz wieder eine Rezession. Das würde der grossen Mehrheit der Menschen in diesem Land massiv schaden. Wir wollen und brauchen gleichzeitig noch bessere flankierende Massnahmen, damit der Wohlstand in der Schweiz wirklich allen zugutekommt.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Nationalismus keine Alternative, sondern eine Katastrophe ist.

Golay Roger (V, GE): L'initiative "pour une immigration modérée" est soutenue pleinement par le Mouvement Citoyens Genevois. D'ailleurs, j'ai l'honneur d'être membre du comité d'initiative.

Comme vous le savez, une grande partie de la population a été fortement déçue par le hold-up démocratique qui a

AB 2019 N 1582 / BO 2019 N 1582

été commis suite à la décision populaire relative à l'initiative contre l'immigration de masse. Oui, le Parlement a trompé et volé le peuple après que celui-ci a exprimé sa volonté dans les urnes en 2014. En effet, les Suisses avaient accepté l'initiative contre l'immigration de masse. Par cet acte politique, ils voulaient limiter l'immigration excessive, notamment en ce qui concerne les frontaliers, à Genève et dans les autres cantons frontaliers.

Suite à cette décision démocratique, les Chambres fédérales n'ont pas eu le courage de répondre clairement aux attentes de la population et n'ont édicté que des "mesurettes" qui se sont révélées, comme prévu, totalement inefficaces. Le Parlement a été nul sur ce sujet, alors qu'il est, rappelons-le, une délégation de la suprême autorité du peuple. Il a préféré entendre les milieux économiques et proeuropéens, plutôt que de mettre en oeuvre efficacement la politique exigée par le souverain.

Le résultat de cette nullité parlementaire fait qu'aujourd'hui nous constatons une hausse continue de l'immigration incontrôlée et, en particulier, des travailleurs frontaliers. Cette dernière catégorie a fortement augmenté à la fin du deuxième trimestre 2019, avec une hausse de 2,4 pour cent par rapport à la même période de 2018. De plus, l'évolution démographique tendant vers une population de 10 millions d'habitants aura des conséquences très néfastes sur notre qualité de vie par la saturation de nos infrastructures publiques, sur nos finances publiques, sur notre système social, sur nos emplois, sur le logement ainsi que sur les équilibres environnementaux.

116 000 citoyens ont signé l'initiative "pour une immigration modérée", ce qui démontre la préoccupation d'une grande partie du peuple pour cette question, qui n'est de loin pas résolue.

Cette nouvelle initiative vise à renégocier avec l'Union européenne les conditions de la libre circulation des personnes, afin que la Suisse puisse reprendre son souffle. Il est primordial que nos concitoyens puissent avoir des conditions d'existence favorables, sans supporter une pression migratoire incontrôlée. La Suisse





doit regagner sa souveraineté dans sa gestion des mouvements démographiques. La Suisse ne peut plus se permettre de laisser l'Union européenne grignoter indéfiniment notre indépendance au moyen de pressions insidieuses et continuelles, émises par les technocrates de Bruxelles. En somme, nous devons reprendre en mains notre destin, sans être sous la tutelle d'une structure européenne qui dysfonctionne gravement.

Le Mouvement Citoyens Genevois ne peut plus accepter ces hausses du nombre de frontaliers, qui ruinent les perspectives d'avenir de nombreux jeunes et moins jeunes, laissés au bord de la route faute de trouver un emploi. Certains patrons ont utilisé la libre circulation des personnes pour faire de la sous-enchère salariale, au détriment de nos résidents. Pourtant, ils ont été favorisés par une baisse de la fiscalité des entreprises, au travers de la nouvelle réforme fiscale et financement de l'AVS (RFFA), qui aurait dû leur permettre d'avoir un sens beaucoup plus civique en engageant davantage de compétences locales.

Il n'est pas acceptable d'avoir 323 000 frontaliers en Suisse, avec 106 000 personnes au chômage en 2018, sans compter les demandeurs d'emploi non répertoriés dans les statistiques. Nous ne comprenons pas pourquoi le Conseil fédéral et le Parlement continuent à mener une politique de l'autruche, en défaveur des personnes les plus exposées de notre population. D'autant plus que la majorité des frontaliers, selon une enquête du canton de Genève, n'ont pas de formation professionnelle et que les postes qu'ils occupent pourraient être attribués à nos habitants.

C'est pourquoi le Mouvement Citoyens Genevois, qui est proche des citoyens, soutiendra pleinement cette initiative, afin de stopper l'afflux des frontaliers, et ce pour redonner un espoir à des milliers de personnes, afin qu'elles puissent envisager d'entrer dans le monde du travail ou de ne pas en être exclues au profit de nouveaux frontaliers.

Vous l'aurez compris, le Mouvement Citoyens Genevois défend prioritairement les résidents de notre pays, avant les intérêts particuliers de quelques personnes qui n'ont que leur profit en tête.

C'est pourquoi j'appelle déjà la population suisse à accepter cette initiative.

Sommaruga Carlo (S, GE): L'initiative de l'UDC, faussement intitulée "pour une immigration modérée", dite "initiative de limitation", vise clairement deux autres objectifs, plutôt que la régulation modérée de l'immigration. C'est, d'une part, la remise en cause, en tant que tel, de l'Accord sur la libre circulation des personnes et, d'autre part, des mesures d'accompagnement qui ont été adoptées avec l'acceptation de l'Accord sur la libre circulation des personnes et à chaque extension du champ d'application, puisque cela a été discuté chaque fois que de nouveaux membres de l'Union européenne rejoignaient cette entité.

Rappelons d'abord que l'Accord sur la libre circulation des personnes fait partie des accords bilatéraux I, c'est-à-dire ce paquet de sept accords qui ont été négociés, signés et mis en vigueur en même temps et qui touchent des domaines aussi sensibles que la levée des obstacles techniques au commerce, les marchés publics, l'agriculture, les transports terrestres, les transports aériens et la recherche. Or ces accords sont juridiquement liés entre eux. Les sept accords prennent fin si l'un d'entre eux est dénoncé. En cas de dénonciation de l'Accord sur la libre circulation des personnes, tous les autres accords des accords bilatéraux I deviendraient caducs dans un délai de six mois. Et probablement que l'Union européenne remettrait aussi en cause notre participation à Schengen/Dublin.

Ce que vise donc l'initiative de l'UDC, c'est mettre un terme à la voie bilatérale dans nos relations avec l'Union européenne. Or, la voie bilatérale a été, et est, un succès économique. En effet, l'entrée en vigueur de la libre circulation des personnes a relancé la croissance économique de notre pays, comme du canton de Genève d'ailleurs. Certes, nous avons rencontré des difficultés d'adaptation, avec une croissance démographique plus rapide qu'attendue, mais ces difficultés ont été progressivement absorbées. Chose remarquable, le taux de chômage n'a pas progressé, malgré la venue importante de travailleuses et de travailleurs en Suisse, et malgré l'augmentation du nombre de frontaliers, notamment à Genève. Et pour cause, ce sont bien des travailleurs et des travailleuses qui peuvent s'installer durablement en Suisse ou travailler en Suisse, c'est-à-dire des personnes qui, à titre indépendant ou salarié, ont un poste de travail.

L'Accord sur la libre circulation des personnes est aussi un succès du partenariat social entre syndicats des salariés et syndicats patronaux. Les mesures d'accompagnement de la libre circulation sont des instruments efficaces, inconnus avant la signature de l'Accord sur la libre circulation des personnes, que l'on peut encore améliorer et qui protègent tant les travailleuses et les travailleurs de notre pays que les petites et moyennes entreprises en Suisse contre la concurrence déloyale d'entreprises venant de l'Union européenne.

En tant qu' élu genevois, je tiens ici à relever l'aspect catastrophique de cette initiative et de la résiliation de l'Accord sur la libre circulation des personnes qu'elle induit, non seulement pour notre pays, mais aussi singulièrement pour le canton de Genève. Ce n'est pas seulement notre économie et le fonctionnement des entreprises essentiellement tournées vers l'exportation qui seraient mis en difficulté par une résiliation de la



libre circulation, mais aussi le dynamisme de nos universités et du pôle d'innovation qu'il y a en Suisse, et particulièrement à Genève. Pour les entreprises, il y aurait la course malsaine qu'elles se livreraient pour obtenir leur propre quota de permis. Les chercheurs rejoindraient plus difficilement l'université et les start-up technologiques qui résident dans notre canton. Mais le tissu associatif aussi viendrait à en pâtir, puisque des personnes venues d'Europe et détentrices de qualifications importantes ne pourraient plus aussi facilement que maintenant enrichir la société civile genevoise, notamment celle tournée vers la Genève internationale. Enfin, je relève l'engagement tripartite de l'Etat de Genève, des syndicats ouvriers et des syndicats patronaux qui a été

AB 2019 N 1583 / BO 2019 N 1583

formidable, dans la mesure où il a permis de mettre en place une application concrète des mesures d'accompagnement sans trop de bureaucratie, ou en tout cas avec une bureaucratie nettement moindre que celle qui prévalait au moment où il y avait le contrôle a priori. D'ailleurs, différents cantons pourraient s'inspirer des mesures qui ont été mises en place à Genève, et cela rendrait beaucoup plus efficace la mise en oeuvre des mesures d'accompagnement chez eux.

J'ajouterai, avant de conclure, que la voie bilatérale avec l'Union européenne est la seule voie praticable et qu'au lieu de la remettre en question, il faut la renforcer dans le respect des droits des travailleurs. La Suisse est au coeur de l'Europe, elle réalise des échanges économiques essentiels avec l'Union européenne et ne peut faire comme si elle existait seule, repliée sur elle-même.

Je dis non à cette initiative et je vous invite à faire de même, dans l'intérêt du pays et du canton de Genève.

Geissbühler Andrea Martina (V, BE): Wir haben nun viel gehört über die Gründe, warum die Schweiz ein begehrtes Einwanderungsland ist. Es kommen Menschen, die hier arbeiten wollen, Leute, die sich ein besseres Leben in der Schweiz erhoffen – und leider kommen auch Menschen, die hier kriminellen Machenschaften nachgehen und unser Land unsicher machen. Als ehemalige Polizistin weiss ich, wovon ich rede: Häusliche Gewalt, Messerstechereien, Massenschlägereien, Vergewaltigungen, Frauenmorde usw. sind an der Tagesordnung – begangen von Menschen, welche in die Schweiz eingewandert sind. 70 Prozent der Gefängnisinsassen sind Ausländer, welche uns pro Tag und Insasse 400 bis 1600 Franken kosten. Im Kanton Bern müssen wir nun für eine halbe Milliarde Franken die Gefängnisse aus- und umbauen. Dies betrifft auch viele andere Kantone. Da in die kleine Schweiz immer mehr Menschen mit anderer Mentalität, Erziehung und Religion einwandern und hier auf engem Raum zusammenleben müssen, sind die Konflikte vorprogrammiert. Wir wollen aber unseren Nachkommen eine sichere Schweiz überlassen, und daher wollen wir keine 10-Millionen-Schweiz, in welcher wir nicht mehr in Sicherheit leben können.

Ich danke Ihnen daher für die Zustimmung zur Volksinitiative.

Campell Duri (BD, GR): Wir haben heute mehrmals von Kontingenten gehört. Es sei richtig, in Zukunft die Zahl der Ausländer hier in der Schweiz mit Kontingenten zu beschränken. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als wir Kontingente hatten – an den grossen Kampf, wer Kontingente erhält und wer nicht. Ich komme aus einer Randregion, wo wir vor allem vom Tourismus und von der Landwirtschaft leben. Ich bin mir bewusst, dass wir erst am Schluss drankommen, wenn es darum geht, Kontingente zu erhalten. Es ist mir klar, dass die Kontingente dorthin gehen, wo es das ganze Jahr Arbeit gibt. Auch die Leute wollen dorthin. Dann bleibt für die Randregionen das grosse Kämpfen, damit sie Leute anstellen dürfen. Hier würden wir mithelfen, die Randregionen noch mehr an den Rand zu drängen.

Wir glauben auch, dass es noch immer so wäre wie vor siebzehn Jahren, wenn wir mit Kontingenten arbeiten würden. In der EU hat die Arbeit auch zugenommen. In der EU gibt es heute auch weniger Arbeitslose als auch schon. Sie glauben, dass wir in der Schweiz einfach so Leute bekommen, wenn wir sie wollen, und sie einfach so zurück in ihre Länder schicken können, wenn sie keine Arbeit mehr haben. Ich bin überzeugt: Diese Zeit ist vorbei.

Wenn ich jetzt alle Ansprachen höre, die in diesem Saal gehalten werden, so staune ich wahnsinnig. Ich komme nicht mehr aus dem Staunen heraus. Was habe ich heute nicht alles an Zahlen und Statistiken gehört! Ich weiss nicht, in welchem Buch all diese Statistiken niedergeschrieben sind, und vor allem weiss ich nicht, welche richtig sind und welche nicht. Also: Bleiben wir bei den Fakten.

Fakt ist, dass wir immer weniger Leute haben, die in die Schweiz kommen wollen, dass wir eine so tiefe Arbeitslosigkeit haben, wie wir sie jetzt schon seit vielen Jahren nicht mehr hatten. Mir kommt es vor wie mit der Polizeistunde. Ich bin in einem kleinen Restaurant aufgewachsen, und in den Neunzigerjahren waren wir froh, wenn hie und da Polizeistunde war und der Polizist kam, um die Leute nach Hause zu schicken. Heute



wären wir froh, wären die Gäste um 11 Uhr noch im Restaurant. Ich hoffe, dass es mit den Mitarbeitern aus der EU nicht auch so ist. Wenn es so weitergeht und wir der Wirtschaft – da freuen wir uns alle – Schub geben, müssen wir uns auch bewusst sein, dass wir für diese Arbeit Leute brauchen, die arbeiten wollen, die Freude haben an der Arbeit.

Darum werde ich diese Initiative bekämpfen, und ich hoffe, dass mir sehr viele Leute folgen werden.

Detting Marcel (V, SZ): Die Initiative "für eine massvolle Zuwanderung" ist für die schweizerische Landwirtschaft überlebenswichtig, denn der Boden ist unsere Grundlage. Eine Million Zuwanderer in dreizehn Jahren erträgt unsere kleine Schweiz auf lange Frist nicht. Innert dreissig Jahren ist die schweizerische Siedlungsfläche um 31 Prozent angewachsen – um 31 Prozent! –, und dies zulasten der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Insgesamt entspricht diese Minderung der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Grösse des Kantons Jura; innert dreissig Jahren haben wir zusätzlich den Kanton Jura vollständig zubetoniert, und es geht munter so weiter, wenn es nach der Mehrheit dieses Rates geht.

Es geht immer zulasten der landwirtschaftlichen Nutzfläche, denn wir müssen sehen, was wir in der Schweiz haben: Wir haben 25 Prozent unproduktive Fläche, vor allem schöne Berge, Geröllhalden, Seen, das ist unproduktiv; 31 Prozent Wald, da bauen Sie nichts, der ist streng geschützt, das ist zum Teil auch gut so; 35 Prozent landwirtschaftliche Nutzfläche; der Rest ist Siedlungsfläche. Diese Siedlungsfläche hat in dreissig Jahren um 30 Prozent zugenommen. Dazu kommt noch der übertriebene Gewässerschutz, der auch hier im Rat beschlossen wurde: 20 000 Hektaren bestes Kulturland, das zusätzlich zerstört wird, gewollt durch die Mehrheit dieses Parlamentes.

Was das Schweizervolk aber auch möchte – Herr Haab hat es vorhin brillant gesagt -: Mit der Ernährungssicherheits-Initiative wurde der Bund verpflichtet, die Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion zu sichern und vor allem das Kulturland zu schonen. Somit müsste der Bundesrat eigentlich für diese Initiative sein. Die Landwirtschaft – Frau Fiala hat es vorhin gesagt – braucht Fachkräfte, Arbeitskräfte, das stimmt, da hat niemand etwas dagegen. Aber wir sagen, wer zu uns kommt; das ist vielleicht der Unterschied zur Mehrheit in diesem Parlament, die das nicht möchte. Was nützen uns Arbeiter, wenn wir in der Landwirtschaft langfristig keinen Boden zur Bewirtschaftung mehr haben? Dann nützen uns die Arbeiter schlicht überhaupt nichts. Wir Bauern denken eben langfristig. Geld können wir nicht essen, Beton schon gar nicht.

Das Rezept der Gegner haben wir gehört. Herr Flach ist zum Glück im Saal, ich habe ihm sehr gut zugehört: Er möchte mehr Gesetze, er möchte mehr Auflagen für die Bürger; das kennen wir bereits von der Zersiedelungs-Initiative her. Die Leute hätten Sie da am liebsten in Betonwüsten, zusammengepfercht in besseren Hasenställen, wie wir das da erlebt haben. Die landwirtschaftlichen Gebäude sollten in die Wohnzone; ausserhalb der Wohngebiete möchte man alles verbieten, die Landwirtschaft sollte da nichts mehr bauen können usw. usf. – das wollen Sie. Ich möchte das nicht, ich will nicht in einer 10-Millionen-Schweiz leben. Doch diese Zahl erreichen wir sogar schon sehr bald.

Ich möchte, dass wir unseren Kindern eine Zukunft geben können, dass sie ein Land vorfinden, welches lebenswert ist, wie jenes, das uns unsere Vorfahren hinterlassen haben. Unterstützen Sie die Initiative "für eine massvolle Zuwanderung"; besten Dank!

Markwalder Christa (RL, BE): Die Initiative der SVP und der Auns ist aus folgenden fünf Gründen abzulehnen: 1. Die Kündigungs-Initiative attackiert den bilateralen Weg und damit das Erfolgsmodell Schweiz frontal. Die Initianten wissen nämlich haargenau, dass die Grundfreiheiten inklusive Personenfreizügigkeit nicht verhandelbar sind und dass die Initiative eine Kündigung der bilateralen Verträge zur

AB 2019 N 1584 / BO 2019 N 1584

Folge hätte. Seit dem Inkrafttreten der Bilateralen I hat sich die Schweiz wirtschaftlich erfolgreich entwickelt – vor allem dank der Personenfreizügigkeit. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 haben Schweizerinnen und Schweizer im Durchschnitt einen zusätzlichen Jahreslohn verdient, d. h., die Dividende der Personenfreizügigkeit geht an alle.

2. Die Kündigungs-Initiative will ein nachweislich ineffizientes System zur Steuerung der Zuwanderung wieder einführen. Mit der Personenfreizügigkeit steuert der Arbeitsmarkt und nicht die Verwaltung die Zuwanderung. Das ist effizient. Denn sonst müsste die Bürokratie entscheiden, was wichtiger ist: eine Ärztin oder ein Erntehelfer, ein IT-Spezialist oder eine Hotelfachangestellte, eine Neurobiologin oder ein Ingenieur. Die Zuwanderung entspricht der wirtschaftlichen Nachfrage nach Fachkräften – und diese fehlen uns vielerorts auch aufgrund der demografischen Entwicklung.

3. Die Kündigungs-Initiative schafft enorme Rechtsunsicherheit für unsere Unternehmen und für die Arbeitsplät-



ze in der Schweiz. Rechts- und Planungssicherheit sind wichtige Werte für die Attraktivität unseres Unternehmensstandorts. Mit dieser Initiative wird die Verlässlichkeit der Schweiz einmal mehr auf die Probe gestellt. Eineinhalb Millionen Arbeitsplätze – ja, hören Sie mir gut zu, geschätzte Kollegen von der SVP – hängen vom Zugang zum EU-Binnenmarkt ab. Diese wollen wir in unserem Land behalten. Wir wollen den Unternehmen, die aufgrund des starken Frankens ohnehin um ihre Margen kämpfen, nicht noch neue Hürden und grössere Unsicherheiten in den Weg legen.

4. Die Kündigungs-Initiative brüskiert unsere Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer. Fast eine halbe Million Auslandschweizerinnen und -schweizer leben und arbeiten in EU-Staaten. Für sie gilt, was wir umgekehrt den EU-Bürgerinnen und -Bürgern gewähren: Niederlassungsfreiheit, wenn sie einen Arbeitsvertrag haben, selbstständig erwerbstätig sind oder genügend finanzielle Mittel für ihr Auskommen haben. Vergessen Sie also bei Ihren politischen Entscheiden die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer nicht – auch sie können wählen.

5. Die Kündigungs-Initiative ist eine demokratiepolitische Zwängerei, da die Stimmbevölkerung der Personenfreizügigkeit bereits mehrmals zugestimmt hat: im Jahr 2000 im Rahmen des Pakets Bilaterale I, im Jahr 2005, als zehn neue EU-Mitgliedstaaten aufgenommen wurden, und im Jahr 2009, als Bulgarien und Rumänien zur EU kamen und die generelle Weiterführung bestätigt wurde.

Im Vorfeld der Abstimmung über die Masseneinwanderungs-Initiative wurde von den Initianten immer behauptet, die Initiative sei nicht gegen den bilateralen Weg gerichtet, man wolle das Personenfreizügigkeitsabkommen nur nachverhandeln. Der Bundesrat hat das auch probiert, allerdings ohne Resultat. Nun soll mir mal jemand erklären, welche Verhandlungsstrategie der Bundesrat bei dieser Initiative anwenden sollte, wenn wir einseitig die Guillotineklausel ausser Kraft setzen möchten.

Die Kündigungs-Initiative will schlicht und einfach den erfolgreichen bilateralen Weg "bodigen". Sagen Sie deshalb aus diesen Gründen und mit Überzeugung Nein zur Kündigungs-Initiative.

Glarner Andreas (V, AG): Geschätzte Kollegin Markwalder, wussten Sie, dass wir letztes Jahr im Gastgewerbe 10 477 arbeitslose Leute und dabei eine Zuwanderung von plus 5002 Leuten in genau diese Branche hatten? Wussten Sie, dass 50 Prozent aller Arbeitslosen Ausländer sind? Wussten Sie, dass vier von fünf Zuwanderern keine Fachkräfte sind?

Markwalder Christa (RL, BE): Das waren bereits drei Fragen, Herr Kollege Glarner! Gerade deshalb haben wir bei der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative den Inländervorrang geschaffen.

Walliser Bruno (V, ZH): Alle souveränen Länder und auch solche, welche allein schon aufgrund ihrer geografischen Lage weit weniger Probleme mit der Einwanderung haben als die Schweiz, kontrollieren die gesamte Einwanderung eigenständig. Es käme ihnen nie in den Sinn, anderen Staaten einen rechtlichen Anspruch auf Einwanderung zu gewähren. Sie verschärfen vor dem Hintergrund der weltpolitischen Entwicklungen ihre Einwanderungsgesetze zurzeit, und dies mit dem Ziel, die Einwanderung strikte nach ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen, im Interesse ihrer Sicherheit und nach den Möglichkeiten des Landes auszurichten. Dazu gehören Länder wie Australien, Neuseeland und Kanada – alles Länder, die einmal grosse Einwanderungsländer waren.

Seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 gibt es eine unkontrollierte und masslose Zuwanderung in die Schweiz. Die negativen Folgen sind einschneidend: Einheimische Arbeitnehmende verlieren zunehmend ihre Arbeitsstelle, namentlich ältere Personen verlieren ihre Stelle und werden durch junge Ausländer ersetzt. Der Wohnraum wird knapper; wir alle kennen die Situation morgens in den Zügen: Diese sind überfüllt, platzen aus allen Nähten.

Doch was bedeuten diese horrenden Zuwanderungszahlen konkret für Versorgung, Infrastruktur und unsere Umwelt? Ich bitte die Klima-Apostel jetzt, gut zuzuhören. 55 000 Einwanderer lösen jährlich – ich wiederhole: jährlich – Folgebedürfnisse aus: eine Siedlungsfläche von der Grösse von 3000 Fussballfeldern; zusätzliche 24 000 Wohnungen; 30 000 Personenwagen mehr auf unseren Strassen, die heute schon alle verstopft sind; und 140 Millionen Personenkilometer mit der Bahn, oder anders gesagt, über 500 000-mal zusätzlich die Strecke Bern-Zürich retour.

Wenn Sie glaubwürdig unsere Umwelt in der Schweiz schützen wollen und wenn Sie keine 10-Millionen-Schweiz wollen, dann müssen Sie die Begrenzungs-Initiative unterstützen.

Merlini Giovanni (RL, TI): Il 54 per cento dei lavoratori immigrati dall'area UE/AELS ha una formazione terziaria, rispetto al 39 per cento degli svizzeri. La libera circolazione ha quindi un ruolo rilevante nel soddisfare la



forte domanda di lavoratori ben formati, agevolando così i cambiamenti strutturali sul mercato del lavoro verso un'economia ad alto valore aggiunto. La rimanente percentuale di lavoratori poco o meno qualificati provenienti sempre dall'UE/AELS copre invece la domanda di manodopera in relazione ad attività ausiliarie o comunque con minori requisiti in tema di qualifiche. In generale la libera circolazione non ha comportato a livello nazionale problemi di inserimento professionale dei residenti, tant'è che il tasso di disoccupazione SECO nel 2018 è ancora diminuito dal 3,2 al 2,6 per cento e quello ILO dal 4,8 al 4,7 per cento.

Non vanno tuttavia trascurati gli aspetti critici che impongono un giudizio sfumato della libera circolazione. Il primo concerne l'effetto di sostituzione del personale residente altamente qualificato esercitato dalla pressione migratoria; il secondo riguarda l'aumento del rischio di disoccupazione sia degli stranieri residenti in Svizzera sia dei cittadini svizzeri poco qualificati. Entrambi i fenomeni sono anch'essi stati documentati da studi scientifici. Sono quindi indispensabili le misure attive per l'integrazione o la reintegrazione professionale attraverso corsi di formazione e di formazione continua nonché i provvedimenti per il reinserimento di disoccupati difficilmente collocabili, in particolare quelli più anziani che hanno esaurito il diritto all'indennità come pure per determinati gruppi di stranieri.

È quindi da salutare favorevolmente il recente pacchetto di sette misure varato dal Consiglio federale per promuovere meglio il potenziale della manodopera già presente nel nostro Paese, in particolare quelle che mirano da una parte a rafforzare la competitività dei lavoratori più anziani e dall'altra a garantire prestazioni transitorie a copertura del fabbisogno vitale fino al pensionamento degli ultrasessantenni che hanno esaurito le indennità di disoccupazione. Sono importanti anche le misure che agevolano l'accesso al mercato del lavoro da parte di coloro che faticano a trovare un impiego e quelle che migliorano l'inserimento professionale degli stranieri residenti.

L'impatto della libera circolazione sul mercato del lavoro è infatti assai differente a seconda delle regioni svizzere esaminate. Quelle di frontiera sono maggiormente toccate dall'inasprimento della concorrenza dei lavoratori provenienti da

AB 2019 N 1585 / BO 2019 N 1585

oltre confine: Romandia e Ticino non solo hanno registrato un saldo netto migratorio maggiore rispetto alla Svizzera tedesca, bensì pure una crescita più forte dell'impiego di frontalieri.

Questa maggiore vulnerabilità ed esposizione delle regioni di confine è seria, anche se non dev'essere drammatizzata. Tra il 2010 e il 2018 il tasso di occupazione delle persone tra i 15 e i 64 anni è infatti potuto crescere comunque in tutte e tre le grandi regioni linguistiche. Ticino e Svizzera romanda presentano però una disoccupazione strutturalmente più elevata, anche se a sud delle Alpi la situazione è leggermente migliorata rispetto al 2013, quando era stato registrato un marcato incremento dei disoccupati. La percentuale di salari bassi – inferiori cioè ai due terzi del salario mediano – sul totale degli attivi in Ticino tra il 2002 e il 2016 è diminuita dell'1,1 per cento per gli attivi domiciliati ed è cresciuta invece del 2,3 per cento per i frontalieri che rappresentano nel mio cantone il 27,8 per cento degli attivi nel 2018, con una crescita del 4,6 per cento dal 2010.

È quindi incontestabile la necessità delle misure accompagnatorie adottate per prevenire gli abusi sul mercato del lavoro, misure che per altro dovrebbero essere sostenute in primo luogo dal partito che ha deciso di lanciare l'iniziativa e che invece le osteggia sistematicamente. Anche le regole per attuare la preferenza indigena nel mercato del lavoro sono entrate in vigore e contribuiscono ad attenuare gli effetti indesiderati della libera circolazione in quei settori in cui il tasso disoccupazione supera l'8 per cento.

È così che si contrastano gli effetti problematici della libera circolazione e non già con una controproducente disdetta della libera circolazione, perché sarebbe come gettare il bimbo con l'acqua sporca. Una simile disdetta nuocerebbe prima di tutto alla nostra economia, impedendole di affrontare il processo di digitalizzazione e l'evoluzione demografica; inoltre destabilizzerebbe irrimediabilmente i nostri rapporti con l'Unione europea, mettendo sciaguratamente a repentaglio la via bilaterale, che è una via di successo, confermata ben tre volte dal popolo svizzero.

Vi invito quindi a raccomandare di respingere questa iniziativa, seguendo la maggioranza.

Wehrli Laurent (RL, VD): Ne nous trompons pas sur le but direct de cette initiative et de ses conséquences majeures en cas d'éventuelle acceptation. En effet, cette initiative ne vise pas à limiter l'immigration en général, mais uniquement à compliquer celle des travailleurs européens. L'abrogation à très court terme – une année – du régime de libre circulation de ces travailleurs en serait la première conséquence, sans parler de l'abrogation des autres accords importants pour la Suisse, qui deviendraient automatiquement caducs.

Or, ces accords ont fait leurs preuves depuis bientôt vingt ans. Rappelons que l'accord attaqué n'est en rien un accord qui autorise la libre circulation de toutes les personnes, mais uniquement de celles qui exercent une



activité professionnelle dans notre pays. Rappelons encore que le peuple suisse a confirmé à trois reprises le bien-fondé de cet accord. Rappelons enfin que, durant toutes ces années, les conditions de travail en Suisse n'ont pas été péjorées, bien au contraire, et qu'il n'y a pas eu de discrimination des travailleurs indigènes. Preuve en est le taux de chômage dans notre pays, qui est parmi les plus bas.

La Suisse retire de nombreux avantages de la libre circulation des travailleurs. Les entreprises trouvent ainsi la main-d'oeuvre dont elles ont besoin pour assurer la production et les services nécessaires à notre pays. Bien sûr, l'immigration doit être maîtrisée. Mais, au risque de me répéter, l'accord bilatéral attaqué par cette initiative fixe précisément le cadre d'une telle maîtrise. Preuve en est encore les résultats de notre économie et les chiffres très clairs de la réalité de l'immigration des travailleurs européens dans notre pays, qui a diminué ces dernières années. D'ailleurs, les associations économiques de tous les secteurs, comme de nombreux autres milieux, sont claires à ce sujet et recommandent le rejet de cette initiative, sachant les défis pour retrouver des employés au cours des prochaines années, qui verront de nombreuses collaboratrices et de nombreux collaborateurs prendre leur retraite.

De plus, une des conséquences directes de cette initiative, si elle devait être acceptée, serait un renforcement de la bureaucratie, dont nous savons toutes et tous qu'elle n'aide en rien au maintien de places de travail.

Face aux inquiétudes légitimes d'une partie de la population en regard de l'augmentation des habitants de notre pays, nous devons apporter les bonnes réponses, soit des solutions pragmatiques en faveur de l'intégration, tout comme l'amélioration des infrastructures de logement et de transport. Pour nos travailleurs âgés, le vrai problème est leur formation continue, sans oublier le surcoût de leur prévoyance vieillesse, pour lesquels nous devons agir.

Cette initiative n'est clairement pas la bonne réponse. Je vous invite donc à recommander le refus de cet autogol à notre prospérité et à la vitalité de notre pays.

Wasserfallen Flavia (S, BE): Am 8. Juni 2016 fand im Nationalrat die Abstimmung darüber statt, ob für die Mieterinnen und Mieter die Möglichkeit geschaffen werden sollte, zu erfahren, wie hoch die Vormiete war. Dies wäre ein absolut zentraler Schritt gegen überhöhte Mieten, weil er die Überprüfung einer übersetzten Miete erst ermöglichte. Die SVP-Fraktion hat einstimmig gegen dieses Anliegen gestimmt.

Am 20. Juni 2019 wurde über die parlamentarische Initiative Feller 17.491, "Zeitgemässe Berechnung der zulässigen Rendite im Mietrecht", abgestimmt. Ausser einer einzigen Stimme hat die ganze SVP-Fraktion dafür gestimmt, dass die Immobilienbranche den Mieterinnen und Mietern noch mehr Geld aus der Tasche ziehen kann und mehr Rendite erzielen darf.

Und geht es nach der SVP, sollen Mieterinnen und Mieter faktisch kein Recht mehr haben, gerichtlich gegen missbräuchliche Mietzinserhöhungen vorzugehen. Hierzu sind verschiedene Vorstösse – unter anderem von Hans Egloff, SVP-Nationalrat und Präsident des Hauseigentümerverbands Schweiz – pendent. Es glaubt hier drin doch niemand ernsthaft, dass sich die SVP plötzlich für die Anliegen der Mieterinnen und Mieter einsetzt, für Familien, die keinen bezahlbaren Wohnraum finden, für ältere Menschen, die nach Jahrzehnten die Kündigung erhalten, weil ein Immobilienkonzern die Liegenschaft sanieren will, damit er eine höhere Rendite erzielen kann?

Steigende Mieten und fehlender bezahlbarer Wohnraum sind in der Tat ein Problem, nicht aber das fehlende Angebot. Der Wohnungsbau übersteigt nämlich die Nachfrage, weshalb hier auch nicht die Zuwanderung als Problem und als Ursache genannt werden kann. Wir haben ein Problem bei der Höhe der Mieten, die trotz Tiefzinslage jährlich gestiegen sind. Wir lösen das Problem der überhöhten Mieten und des fehlenden bezahlbaren Wohnraums, indem wir dafür sorgen, dass sich die Immobilien nicht in der Hand weniger börsenkotierter Unternehmen sammeln, indem wir Boden und Wohnraum preistreibenden Spekulationen entziehen, indem Gemeinden und Städte gemeinnützigen Wohnungsbau vorantreiben, und wir lösen es zuletzt mit einem starken Mietrecht, das es den Betroffenen auch erlaubt, gegen überhöhte Mieten gerichtlich vorzugehen.

Gegen all das wehrt sich die SVP mit Händen und Füßen. Und doch kommen Sie einmal mehr und erzählen uns heute Abend wie in einer nicht enden wollenden Märchenstunde, welche Probleme Ihre sogenannte Kündigungs-Initiative löse. Das ist heuchlerischer Hokusfokus, und darauf werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht hereinfliegen. Denn wenn es um Lohnschutz geht, um den Kampf um bezahlbaren Wohnraum, um Klimaschutz und Landschaftsschutz, dann wissen die Menschen genau, wer sich ernsthaft und mit wirksamen Lösungen für ihre Interessen einsetzt.

Herzog Verena (V, TG): Wir wissen alle: Der rasante technologische Fortschritt fordert unser Bildungssystem heraus. Leider müssen wir uns aber auch in diesem Bereich stattdessen in aufwendiger Weise um die Folgen der verfehlten Zuwanderungspolitik kümmern. Denn die zu hohe Zuwanderung führt nicht nur Erwachsene im



erwerbsfähigen Alter in

AB 2019 N 1586 / BO 2019 N 1586

unser Land – und gefährdet die Arbeitsplätze unserer eigenen Leute –, sondern ebenso Kinder und Jugendliche, die sich noch in der Entwicklung befinden und eine schulische wie berufliche Ausbildung benötigen. Die masslose Zuwanderung als Folge der Personenfreizügigkeit ist auch für unser ursprünglich hervorragendes Bildungssystem eine massive Belastung.

Insbesondere in städtischen Gebieten sind extrem hohe Ausländer- und Fremdsprachigenquoten an Schulen zu beobachten. So waren zum Beispiel in der Stadt Zürich im Jahr 2008 erstmals die deutschsprachigen Kinder gegenüber den fremdsprachigen in der Minderheit – Sie hören richtig. Auf der Primarstufe lag die Fremdsprachigenquote bei 50,7 Prozent, auf der Sekundarstufe C bei 80,4 Prozent. Im Kanton Zürich gibt es unterdessen an mehr als achtzig Schulen Klassen mit weit mehr als 70 Prozent Fremdsprachigen. Das sind keine Märchen, Frau Wasserfallen.

In Basel und Bern sieht es kaum besser aus. Doch auch im ländlich gelegenen Frauenfeld, meiner Heimatstadt, gibt es ein Quartier mit nur noch vereinzelt Schweizer Kindern im Kindergarten. Damit diese wenigen Schweizer Kinder beim Übertritt in die erste Klasse nicht den Anschluss verpassen, haben auch diese Schweizer Kinder Anrecht auf gezielte Förderung. Vor vielen Jahren habe ich mich als Schulbehördenmitglied dafür eingesetzt, der weiteren Abwanderung der letzten Schweizer Familien aus diesem Quartier entgegenzuwirken. Obwohl sehr viel Geld in die Integration und in multikulturelle Projekte fliesst, ist der Schulerfolg vieler fremdsprachiger Kinder mässig bis schlecht. Das Gesamtniveau der Schülerinnen und Schüler wird durch den zu hohen Ausländeranteil nach unten nivelliert. Eine Studie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung hat festgestellt, dass bereits ab einem Migrantenanteil von 20 Prozent an den Schulen deutlich geringere mittlere Leistungen zu beobachten sind.

Nun wird aufgrund der verfehlten Migrationspolitik nach weiteren staatlichen Massnahmen gerufen, wie der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung ab Geburt. Noch diese Woche wird diese Forderung hier in diesem Rat debattiert. Nebst dem weiteren Ausbau besonders personal- und kostenintensiver Schultypen und Förderungsformen wie integrativem Unterricht und Teamteaching, mit Sonderpädagogen und Deutschförderung, alles zulasten des Steuerzahlers, sind die Schulen auch konfrontiert mit den unterschiedlichen Werthaltungen der verschiedenen Zuwanderungskulturen. Die christlichen Werte in der Schule werden je länger, je mehr in den Hintergrund oder am liebsten ganz aus der Schule verbannt.

Die Schule soll sich wieder auf ihre Kernaufgaben und auf das Vermitteln von Wissen und Werten besinnen können, um unsere Kinder und Jugendlichen bestmöglich auf die beruflichen Herausforderungen mit rasanten technologischen Veränderungen vorzubereiten. Darum ist es auch für unser Bildungssystem zentral, dass wir die Zuwanderung eigenständig steuern und kontrollieren können, damit wir das Problem an den Wurzeln packen, anstatt bloss die Symptome zu bekämpfen und dies teuer zu bezahlen. Wer jetzt immer noch nicht handeln will, ist mitverantwortlich für eine weitere Nivellierung unseres ursprünglich ausgezeichneten Bildungssystems. Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz, auch nicht für unsere Kinder und Enkelkinder.

Auch deshalb braucht es ein Ja zur dringenden Begrenzungs-Initiative!

Nordmann Roger (S, VD): Frau Herzog, ich habe eine Frage: Können Sie mir ein Problem in diesem Land nennen, das Ihre Wundermittel-Initiative nicht lösen würde? Gibt es ein Problem, das Ihre Initiative nicht lösen könnte – bei alledem, was sie lösen soll?

Herzog Verena (V, TG): Es gibt sehr viele Probleme, die wir lösen müssen, und da haben wir einen Auftrag als Politiker. Auch Sie hätten diesen Auftrag – gerade Sie, der Sie die schwächeren Schüler auch noch auf ein Niveau bringen möchten. Diese werden aber genau durch die zu grosse Zuwanderung immer noch weiter hinuntergedrückt. Ich glaube, das ist wirklich ein Versagen unserer Politik.

Rochat Fernandez Nicolas (S, VD): Le plus inacceptable dans cette initiative, c'est qu'elle trompe les gens, c'est qu'elle trompe les travailleuses et travailleurs de ce pays qui connaissent la stagnation de leur salaire, la flexibilisation du temps de travail, le stress des cadences, comme c'est le cas par exemple dans la construction ou dans l'industrie.

En affirmant que la libre circulation des personnes est la cause de tous les maux de ce pays, les initiants trompent ainsi la population. Car si l'on rompt l'Accord sur la libre circulation des personnes, l'on stoppe immédiatement les mesures d'accompagnement qui ont été une condition sine qua non pour les socialistes à l'époque de l'acceptation des accords bilatéraux II. De plus, les partisans de cette initiative oublient de dire volontairement que la libre circulation a permis d'abolir le statut inique de saisonnier, statut qui a séparé des



familles entières et qui a traumatisé ces dernières pour plusieurs générations.

Une libre circulation des personnes conditionnée à un contrat de travail avec des mesures d'accompagnement qui garantissent la protection des salaires, et donc des outils contre le risque de dumping social et salarial, a été votée et voulue par le peuple à deux reprises: à la fin des années 1990 et en 2004.

Bien évidemment, le système n'est pas parfait et de loin, et je suis le premier à le dire. Mais concentrons-nous sur les vrais problèmes. Si l'on parle, par exemple, des travailleurs de plus de cinquante ans qui perdent leur emploi – le groupe UDC, le temps d'un débat, s'arroge le monopole du coeur sur cette question –, il faut tout simplement se poser la question suivante: qui a rejeté toutes les propositions socialistes visant, par exemple, à protéger davantage contre les licenciements ces travailleurs quinquagénaires ou à revoir leur taux de cotisation LPP? Ce sont par ailleurs des propositions concrètes, et qui ne visent pas simplement à les mettre au chômage, comme l'a faussement dit notre collègue Amstutz tout à l'heure. Eh bien, qui les a refusées? C'est bien l'UDC.

En fait, dans ce débat, les choses sont assez simples pour les initiants. La cause de tous les maux de notre pays, ce sont les étrangers. Fermons nos frontières et tout sera résolu: les licenciements des quinquagénaires, bien évidemment, la hausse des loyers, l'engorgement sur les routes, etc., et peut-être même le mauvais temps, si l'on suit le raisonnement des initiants. Plus sérieusement, il faut néanmoins avouer que le débat d'aujourd'hui soulève des problématiques fondamentales pour notre cohésion sociale. Mais cette initiative n'est pas du tout la solution, bien au contraire. Elle n'a qu'un but, créer de l'insécurité pour les travailleuses et travailleurs de ce pays.

Discutons des vrais problèmes et recommandons le rejet de cette initiative dite de limitation.

Nidegger Yves (V, GE): La définition de l'Etat en droit international, c'est une souveraineté effective sur un territoire et une population, c'est-à-dire sur une frontière. Il est très logique pour des Etats qui souhaitent devenir les cantons de l'Union européenne que de renoncer à leur souveraineté effective sur leurs frontières. C'est ce que les cantons suisses ont fait en 1848 lorsqu'ils ont créé l'Etat fédéral. Il est évidemment absolument absurde, pour un Etat comme la Suisse, qui déclare souhaiter rester un Etat, souhaiter rester souverain et, donc, contrôler ses frontières et sa population, d'adhérer à la libre circulation des personnes. C'était une erreur politique majeure dont les conséquences sont par ailleurs douloureuses.

Alors, certains adorent la libre circulation et l'immigration, certains en ont peur – peu importe au fond. Si l'on se penche sur la population du pays, il y a des chiffres. C'est absolument sans précédent qu'en dix années seulement de notre histoire confédérale, on passe de 7,5 millions à 8,5 millions d'habitants, sous l'empire évidemment de la libre circulation des personnes. Il s'agit d'une augmentation de 13 pour cent de la population. Si rien n'est fait pour l'endiguer, va suivre une autre augmentation de 13 pour cent de la population, et

AB 2019 N 1587 / BO 2019 N 1587

on sera à 10 millions avant la fin de la prochaine décennie, le phénomène étant en accélération du fait du regroupement familial et des mariages.

Alors, il y a les infrastructures dont tout le monde voit qu'elles ne peuvent pas tenir le choc par rapport à une augmentation si rapide de la population: les trains sont bondés, les routes engorgées, les logements difficiles à trouver – les barres d'immeubles poussent partout, surtout dans mon canton. Si on veut, à un moment donné, ne serait-ce que planifier les infrastructures nécessaires à l'augmentation massive de la population, il faut se donner le temps de souffler. Aujourd'hui, c'est virtuellement impossible; demain, avec une limitation de l'immigration, nous nous donnerons le temps de souffler et le temps de planifier. Que ceux qui aiment encore plus de population construisent pour celle-ci, mais dans la proportion, et pas dans le chaos qui est notre situation aujourd'hui, où nous courons derrière les infrastructures dépassées dans une souffrance de plus en plus dure, également pour nos travailleurs.

Voilà, en termes tout à fait rationnels tout comme en termes juridiques, pourquoi il faut évidemment soutenir et accueillir avec reconnaissance l'existence d'un texte sur lequel nous pouvons nous déterminer, parce qu'il est actuel, juste et pertinent.

Schneider-Schneiter Elisabeth (C, BL): Das neueste SVP-Initiativ-"Chörbli" überquillt von wurmstichigen Argumenten. Die Begrenzungs-Initiative überschreitet einmal mehr jede Grenze, vor allem diejenige der Sachlichkeit. Die Initianten wollen das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU abschaffen. Sie sprechen aber keine Sekunde lang darüber, wie wichtig dieses für die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft ist. Der Begründung entnehmen wir, es sei der Personenfreizügigkeit zu verdanken, dass einheimische Arbeitsplätze gefährdet seien, ältere Leute ihre Stelle verlören, Wohnraum knapper würde, die Mieten und Hauspreise stie-



gen, Züge, Strassen und Schulen unsicherer würden und über die Hälfte der Sozialhilfebezüger Ausländer seien. Da wird so ungefähr alles ins "Chrättli" gelegt, was bei Wutbürgern für einhelliges Kopfnicken sorgt. Die Initianten tun sich sichtlich schwer damit, Äpfel von Birnen zu unterscheiden. Als Bauerntochter kann ich Ihnen da ein bisschen nachhelfen.

1. Wir sprechen über die Personenfreizügigkeit mit der EU, nicht über Asylbewerber oder Flüchtlinge, nicht über Nordafrika oder Eritrea. Ausserdem hat sich die Einwanderung der Arbeitnehmenden aus der EU in den letzten fünf Jahren halbiert.

2. Die Schweiz braucht Arbeitskräfte aus dem Ausland, nicht erst seit der Personenfreizügigkeit mit der EU, sondern schon immer. Und nicht nur Grosskonzerne, sondern vor allem auch Spitäler, Pflegeinstitutionen, KMU wie jene aus dem Baugewerbe, Hotels oder Restaurants würden ohne ausländische Arbeitskräfte gar nicht mehr funktionieren; die Landwirtschaft übrigens auch nicht. Viele Betriebe überleben nur, weil sie Hilfskräfte aus Polen, Rumänien oder Bulgarien engagieren, die ihnen die Tiere versorgen, den Krautstiel ernten und die Güllegrube leer pumpen.

3. Die Schweiz profitiert seit fünfzehn Jahren von Vorteilen der Personenfreizügigkeit mit der EU. Für die Unternehmen hat sich die Suche nach Talenten vereinfacht. Seit 2010 wurden 600 000 Stellen neu geschaffen. Die inländische Erwerbsquote ist seit Anfang des Jahrzehnts sogar gestiegen.

4. Die Schweizer Einkommen sind seit 2002 um durchschnittlich 1,1 Prozent gewachsen. Das Lohngefälle zwischen europäischen Einwanderern und hiesigen Arbeitnehmenden ist bei vergleichbaren Rahmenbedingungen nach wie vor unbedeutend.

5. In der Schweizer Wirtschaft geht in den nächsten zehn Jahren eine Million Menschen in Rente, und nur eine halbe Million Erwerbstätige rückt nach. Damit fehlen etwa 500 000 Personen. Jene Unternehmer, die auch in Zukunft bestehen wollen, werden ihren älteren Schweizer Mitarbeitern Sorge tragen.

Die Volksinitiative "für eine massvolle Zuwanderung" ist anmassend. Natürlich wollen wir die Einwanderung gezielt steuern und kontrollieren. Aber das richtige Mass dafür finden wir nur, wenn wir differenzieren zwischen den verschiedenen Arten von Einwanderern und zwischen den entsprechenden Aufgaben, die sie übernehmen können. Personen aus dem EU-Raum, die bei uns einer Arbeit nachgehen, tragen die Schweizer Wirtschaft entscheidend mit. Ausserdem sind sie massgeblich an der Finanzierung unserer Altersvorsorge beteiligt. Sie sind Teil unseres Wohlstands und darum auch Teil unserer Gesellschaft. Wenn wir die Personenfreizügigkeit mit der EU aufkündigen, kappen wir die für die Schweiz überlebenswichtige Mobilität von Personen, den Austausch von Talenten und von Erfahrungen – und wir schneiden uns den bilateralen Weg selber ab. Wir sägen am Ast, auf welchem wir sitzen.

Empfehlen Sie bitte diese Initiative zur Ablehnung.

Riklin Kathy (C, ZH): Wer zum Wirtschaftsstandort Schweiz steht, steht zu den bilateralen Verträgen. Die Personenfreizügigkeit erlaubt es den Arbeitgebern, rasch, flexibel und ohne administrativen Aufwand Fachkräfte im EU-/Efta-Raum zu rekrutieren. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze. Das Bruttoinlandprodukt der Schweiz würde ohne die Abkommen der Bilateralen I viel tiefer ausfallen als mit den Bilateralen.

Ein Experiment ohne Personenfreizügigkeit spielt zurzeit Grossbritannien durch – mit ungewissem Ende. Es ist bekannt, dass die britische Regierung auch grosse Unterlassungen begangen hat. Im Gegensatz zur Schweiz hatte sie nach der EU-Osterweiterung 2004 die Grenzen ohne Übergangslösung für alle Personen aus den zehn neuen EU-Ländern geöffnet. Daher sind die Polinnen und Polen in grosser Zahl – rund eine Million – nach Grossbritannien eingewandert. Die Polen wurden zu den Prügelknaben der Briten und waren ein Grund für das Ja zum Brexit – das ist eine Tatsache.

In der Schweiz sieht es ganz anders aus: Die SVP-Initiative würde den Bundesrat verpflichten, das Freizügigkeitsabkommen mit der EU einseitig zu kündigen, wenn die Verhandlungen innerhalb der vorgesehenen zwölfmonatigen Frist scheiterten. Solche Fristen sind für unser Land völlig jenseits des Machbaren. Das Freizügigkeitsabkommen und auch die übrigen Abkommen der Bilateralen I würden dann aufgrund der Guillotineklausele bereits sechs Monate nach der Kündigung ausser Kraft treten. Was ein vertragsloser Zustand bedeutet, erfahren wir vielleicht am 31. Oktober nach dem Husarenstück von Boris Johnson.

Der Zugang der Schweizer Wirtschaft zum EU-Binnenmarkt ist absolut zentral. Unser Land profitiert von 500 Millionen Menschen und einem Riesenabsatzmarkt in der ganzen EU. Wir lehnen die Begrenzungs-Initiative daher klar ab. Es steht zu viel auf dem Spiel: Es ist klar, dass die Bilateralen I mit der Personenfreizügigkeit stehen und fallen.

Was die SVP-Kampagnen immer falsch darstellen: Es geht nicht um die Unionsbürgerrichtlinie, es gibt keine Einwanderung in die Sozialwerke. Es geht vielmehr um ein Free Movement of Workers, um Arbeitskräfte, die



in der Schweiz einem Job nachgehen werden. Schauen Sie nur einmal, wer in den Spitälern, im Strassenbau, im Hochbau, in der industriellen Produktion und bei unseren Bauern arbeitet. Ohne ausländische Arbeitskräfte würde in der Schweiz alles stillstehen. Unsere innovative Industrie braucht gutqualifizierte Leute, und die findet sie zum Teil nur im Ausland.

Was mir in der Argumentation gegen diese schädliche SVP-Initiative fehlt, ist der umgekehrte Fall: die Schweizerinnen und Schweizer, die im Ausland sind und ihrerseits von der Personenfreizügigkeit profitieren. Die Statistiken dazu sind leider schlecht. Es sind Hunderttausende Schweizerinnen und Schweizer, die in Deutschland, Frankreich, Italien und in den weiteren 24 EU-Staaten leben. Sie profitieren von der Reziprozität der Personenfreizügigkeit. Die Freizügigkeit ist keine Einbahnstrasse. Gerade unsere Jungen sind glücklich darüber, dass sie in der EU arbeiten dürfen.

Was wäre die Alternative, wenn wir unsere Arbeitskräfte nicht mehr in der EU rekrutieren dürften? Dann müssten wir ausserhalb Europas schauen. Ob diese Leute dann so gut zu integrieren sind wie die Bürgerinnen und Bürger unserer Nachbarländer, bezweifle ich. Letztere passen sich gut in unsere

AB 2019 N 1588 / BO 2019 N 1588

Gesellschaft ein, kommen vor allem aus der nahen Umgebung und sprechen meistens eine unserer Landessprachen.

Zur Personenfreizügigkeit gehört auch die Teilnahme der Schweiz an Schengen/Dublin, dies auch zu unserem grossen Nutzen und für mehr Sicherheit in der Schweiz. Es wäre undenkbar, an Schengen/Dublin teilzunehmen, ohne dass es den freien Grenzübertritt gibt. Diesen brauchen wir. Schengen/Dublin und die Personenfreizügigkeit gehören eigentlich zusammen.

Ich empfehle daher diese Initiative deutlich zur Ablehnung.

Grin Jean-Pierre (V, VD): Cette initiative vise une immigration modérée, mais qui répond aux besoins de notre économie. Les personnes qui veulent s'installer en Suisse doivent subvenir elles-mêmes à leurs besoins, s'intégrer et respecter l'ordre juridique du pays. L'immigration doit être utile à la Suisse. Or, l'arrivée en masse et de manière incontrôlée d'étrangers en provenance de l'Union européenne menace les emplois, surtout des travailleurs plus âgés. Au lieu de professionnels qualifiés, ce sont souvent, avant tout, des travailleurs bon marché et leurs familles qui affluent en Suisse.

La décision du peuple de gérer à nouveau et de manière autonome l'immigration doit enfin être respectée. Nous devons donc veiller d'autant plus à ce que l'immigration ne dépasse pas une mesure tolérable. En particulier, nous devons pouvoir décider nous-mêmes de la qualité, surtout, et du nombre d'immigrés que nous acceptons. La Suisse doit fixer des règles claires pour les étrangers et surtout les imposer rigoureusement. Chaque étranger qui vient chez nous pour travailler doit savoir si et dans quelles conditions il peut séjourner en Suisse. Les étrangers qui tombent à la charge de l'Etat et qui refusent de se conformer aux us et coutumes de notre pays, ou qui manifestent certaines tendances extrémistes, doivent être renvoyés.

Une intervention rigoureuse à ce niveau donne plus de crédit à nos lois, accroît notre sécurité et réduit nos charges sociales. Parallèlement, les étrangers qui font un effort, qui s'intègrent et qui respectent nos règles doivent, eux, être avantagés.

Les entreprises aux activités internationales doivent pouvoir faire venir les meilleurs spécialistes en Suisse pour répondre à la concurrence mondiale. C'est indispensable pour sauvegarder la position de la Suisse comme site d'institutions de recherche leaders au niveau mondial et de fabricants de produits novateurs.

Or, d'une part, l'immigration de spécialistes venant de pays hors de l'Union européenne est limitée et, d'autre part, n'importe quel ressortissant de l'Union européenne peut, grâce à l'Accord sur la libre circulation des personnes, immigrer en Suisse indépendamment de ses qualités professionnelles.

Voulons-nous une Suisse à 10 millions d'habitants en 2030? Je pense que non, donc recommandons l'acceptation de cette initiative.

Cattaneo Rocco (RL, TI): Specialmente in campagna elettorale la libera circolazione delle persone viene dipinta da alcuni ambienti politici come una minaccia alla nostra società e al nostro mercato del lavoro. È vero che questo accordo presenta alcuni effetti collaterali spiacevoli, specialmente in cantoni di frontiera come il mio. Ma questi effetti non si eliminano con l'abolizione dell'accordo, grazie al quale la Svizzera ha finora avuto molti benefici.

In primo luogo, l'Accordo sulla libera circolazione delle persone, insieme agli altri Accordi bilaterali I, ha contribuito ad una crescita generale della nostra economia e del nostro benessere. Lo dimostra il fatto che l'attuale tasso di disoccupazione nel nostro paese è il più basso mai registrato da 18 anni a questa parte.



In secondo luogo, negli ultimi dieci anni si sono creati in Svizzera oltre 600 000 posti di lavoro. Senza il contributo della manodopera proveniente dai paesi europei l'economia elvetica non sarebbe potuta crescere in modo così marcato. E tanti investimenti soprattutto realizzati dalle piccole e medie imprese non avrebbero avuto luogo. Ritornare ad un regime dei contingenti significherebbe azzoppare il dinamismo economico e la creazione di ulteriori posti di lavoro.

In terzo luogo, non dobbiamo scordare che l'Accordo sulla libera circolazione vale pure per i cittadini svizzeri che vivono e lavorano nei paesi dell'Unione europea: parliamo oggi di circa mezzo milione di svizzeri!

In quarto luogo, in vista di una discussione dell'accordo quadro con l'Unione europea, il tema odierno non è per nulla né costruttivo né opportuno.

E poi un'ulteriore considerazione sui numeri che riguardano la cosiddetta immigrazione incontrollata di cui tanto parlano gli autori dell'iniziativa, eccoli: il saldo migratorio svizzero dei cittadini dell'UE/AELS dal 2013 si è dimezzato, passando da 61 000 a 31 000 persone. E nel primo semestre di quest'anno è ulteriormente diminuito.

Come dicevo, la libera circolazione porta con sé anche degli effetti negativi che non vanno trascurati e che vanno combattuti con vari strumenti e in modo mirato. Il collega Merlini prima ha scelto l'espressione "non è sicuramente buttando via il bimbo con l'acqua sporca" che risolviamo il problema. Io scelgo un'altra espressione, tradotta direttamente dallo svizzero tedesco: "non si spara ai passeri con un cannone." Quindi, non è con questo sistema che risolviamo i problemi!

Per combattere queste distorsioni di cui parlavo prima ci sono vari strumenti, come i contratti collettivi di lavoro, i contratti normali di lavoro, l'obbligo di annunciare agli uffici regionali di collocamento i posti vacanti e quindi il principio di dare la preferenza alla manodopera indigena, i controlli ai padroncini, eccetera. Ecco, io dico che tutto ciò, se necessario, come lo è in Ticino, deve essere intensificato. Inoltre dobbiamo occuparci di più di chi è fuori dal mercato del lavoro o è ad alto rischio di perdere il proprio posto di lavoro. Si tratta in particolare delle persone sopra i 50 anni, che rappresentano ormai un terzo dei disoccupati registrati in Svizzera.

A tal proposito ben vengano le sette misure da poco presentate dal Consiglio federale per aiutare queste persone in difficoltà. In generale però occorrerà investire maggiormente nella formazione – questo più a lungo termine –, a tutti i livelli, intensificando sempre più la collaborazione con il mondo della formazione, le piccole e medie aziende e gli uffici regionali di collocamento. Qui c'è ancora molto lavoro da fare. Tutti gli sforzi per il reinserimento nel mondo del lavoro di queste persone vanno assolutamente esauriti.

In conclusione e strategicamente parlando, abolire l'Accordo sulla libera circolazione delle persone non è la soluzione ai problemi della Svizzera. Penso che il nostro dovere sia piuttosto quello di costruire e non distruggere. Siamo qui per cercare di interpretare il futuro e trovare soluzioni durature ai problemi del nostro paese. Uniamo quindi le nostre energie per creare sviluppo economico e sociale con investimenti importanti nella formazione, nel settore della mobilità delle persone e delle merci, nel gestire il grande cambiamento tecnologico in corsa, nella svolta energetica. Allora diamoci da fare! Ma a questa iniziativa io dico no!

Estermann Yvette (V, LU): Es ist interessant, wenn man als Kandidatin auf den verschiedenen Podien ist und zuhört, wie sich andere Kandidaten aus verschiedenen Parteien Sorgen um unsere Umwelt machen, um die Ressourcen, um überfüllte Züge und alle anderen öffentlichen Verkehrsmittel, um überfüllte Strassen. Irgendjemand im Saal – ich glaube, es war Nationalrat Roger Nordmann – hat eine sehr intelligente Frage gestellt: Welche Probleme löst unsere Initiative, die Initiative der SVP, nicht? – Sie löst alle, die mit der Zuwanderung zu tun haben!

Heute leben wir in einer Schweiz mit über 8 Millionen Menschen. Wenn Sie die Strassen und die Infrastrukturen anschauen, müssen Sie feststellen, dass diese für 5 oder 6, vielleicht 7 Millionen Menschen in der Schweiz gemacht wurden. Bald wird die Bevölkerung vielleicht die 10-Millionen-Grenze erreichen. Wollen wir das? Was machen wir dagegen? Da ist die SVP-Initiative zur Stelle und kann dieses Problem ein bisschen mildern.

Schlussendlich hat Nationalrat Kurt Fluri als Kommissionssprecher sehr gut bemerkt, dass wir hier abwägen müssen, dass die Initiative vielleicht andere Lösungen bietet für die Sachen und die Probleme, für die wir heute noch keine Lösung gefunden haben. Das heisst, wir wägen ab. Die

AB 2019 N 1589 / BO 2019 N 1589

Mehrheit hier hat sich entschieden, gegen die SVP-Initiative zu sein. Ich danke der SVP, dass sie immer noch dafür ist.

Lassen Sie mich nur noch feststellen, dass unsere SVP-Initiative wirklich die Lösung der Probleme der Zuwanderung darstellt. Ich hoffe, dass es nicht so weit kommt, dass wir einmal unseren Kindern und Enkelkindern sagen müssen: Ihr könnt nicht mehr bauen, alles ist schon überbaut, alles ist voll, ihr müsst einfach warten





oder das Bestehende abreißen. Eine Generation in einer solchen Lage möchte ich mir in der Schweiz nicht vorstellen.

Also sagen Sie bitte Ja zur Initiative der SVP, und verhindern Sie das Schlimmste.

Bauer Philippe (RL, NE): Tout d'abord, je déclare mes liens d'intérêts: je suis président de la Convention patronale de l'industrie horlogère suisse.

A mon sens, la libre circulation des personnes ne peut pas être déconnectée de la libre circulation des marchandises, de la libre circulation des services et de la libre circulation des capitaux. Dès lors, après avoir entendu passablement de grandes déclarations politiques, j'aimerais vous abreuver de quelques chiffres. Dans l'horlogerie, sur les neuf pays qui assurent un commerce de plus d'un milliard de francs, quatre sont voisins ou proches: le Royaume-Uni, l'Allemagne, la France et l'Italie. Par conséquent, et c'est la première question que je voulais vous poser, si nous n'avons plus ces quatre accords de libre circulation avec les pays précités, où vendrons-nous nos montres? Comment ferons-nous, pour notre industrie horlogère notamment, lorsque nous aurons perdu la moitié de nos marchés?

La deuxième question qui me vient à l'esprit est la suivante. Il y a peu, le commerce que nous entretenions avec nos voisins était, et de loin, supérieur à celui que nous avons avec l'extérieur. Par exemple, le commerce avec le Bade-Wurtemberg se montait à près de 30 milliards de francs, contre 21 milliards avec la Chine; avec l'Alsace, petite région, à 5,4 milliards de francs, contre 5,8 milliards de francs au total pour le commerce avec l'Inde et le Brésil; – à l'intention de nos amis Tessinois – le commerce avec la Lombardie représente 14,5 milliards de francs, contre 9,5 milliards de francs avec le Japon; avec le Tyrol, 3,8 milliards de francs, montant équivalent à celui du commerce avec le Canada. Où pourrions-nous dès lors faire du commerce si nous perdons pas loin de la moitié de nos débouchés commerciaux?

Et, enfin, abordons l'emploi, dont nous avons déjà passablement discuté aujourd'hui. 860 000 emplois dépendent des exportations. Alors certes, certaines places de travail sont utilisées par des travailleurs étrangers; néanmoins, beaucoup sont des places de travail occupées par nos compatriotes. Qui travaillera dès lors dans notre pays si nous n'avons plus de débouchés commerciaux?

Dès lors, je ne peux que vous exhorter à dire oui à la libre circulation des personnes, ce qui signifiera aussi dire oui à la libre circulation des marchandises, des services et des capitaux, qui sont manifestement indispensables à notre économie.

Je vous exhorte aussi à recommander le rejet de cette initiative, qui affaiblira très clairement notre place économique et, de ce fait sera préjudiciable à nos emplois.

Hess Erich (V, BE): Wenn Sie hier in diesem Saal die Bevölkerung ernst nehmen wollten oder ernst genommen hätten, hätten wir schon lange eine Begrenzung der Zuwanderung. Aber nein, Sie setzen den Volksentscheid nicht um. Sie akzeptieren, dass Jahr für Jahr Leute in unser Sozialsystem einwandern, und zwar Leute, die noch nie einen Franken in unser Sozialsystem einbezahlt haben. Diese Leute profitieren anschliessend über Jahrzehnte von der Sozialhilfe.

Wir sehen das konkret an den Zahlen: Die Zuwanderung aus Deutschland war massiv, und wir haben auch aus Deutschland eine massive Zuwanderung ins soziale System. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger aus Deutschland hat sich in zehn Jahren, von 2007 bis 2017, um 122 Prozent erhöht. Es ist ja klar, dass ein Deutscher lieber hier in der Schweiz Sozialhilfe bezieht. Hier, in der Stadt Bern, hat er mit zwei Kindern über 6200 Franken netto steuerfrei. Wie lange muss ein Arbeiter hier in der Schweiz arbeiten, bis er auf 6200 Franken kommt? Er muss aber dann noch alles versteuern. Wenn der Sozialhilfeempfänger, seine Frau oder die Kinder dann zum Zahnarzt gehen, wird das auch noch von der Sozialhilfe bezahlt. Da ist es doch besser, es sich in der Schweiz in der sozialen Hängematte bequem zu machen, als zurück nach Deutschland zu gehen und ein paar Hundert Euro Hartz IV zu empfangen.

Nicht nur die Zuwanderung aus Deutschland in unser Sozialsystem ist ein Problem, nein: In den letzten zehn Jahren kamen über 108 Prozent mehr Sozialhilfebezüger aus Rumänien und über 253 Prozent mehr Sozialhilfeempfänger aus Bulgarien. Bei den EU-Bürgern in der Schweiz gibt es im Durchschnitt 45 Prozent mehr Sozialhilfeempfänger als vor zehn Jahren. Wir können diese Zuwanderung ins soziale System nicht mehr akzeptieren. Wir müssen schauen, dass wir eine qualitativ gute Zuwanderung haben, aber nicht Leute, die es sich einfach hier in der Schweiz bequem machen wollen. Es kann nicht sein, dass durch diese unqualifizierte Zuwanderung die Mieten ins Unermessliche steigen, dass die Leute ihre Mieten nicht mehr bezahlen können und dass indirekt über die Steuern via Sozialhilfe den Sozialhilfeempfängern noch die Miete bezahlt wird.

Ich bitte Sie: Wir müssen hier die Reissleine ziehen und die Zuwanderung zwingend begrenzen. Ich danke für Ihre Unterstützung.



Schläpfer Therese (V, ZH): Schön, dass wir alle die Schweiz lebenswert behalten wollen. Die Entwicklung seit der Einführung der Personenfreizügigkeit zeigt leider ein anderes Bild. Wer die massiven Veränderungen in unserem Land nicht feststellen kann, verweigert sich der Realität. Sie sehen weder die Neubauten noch die Staus auf den Strassen oder die überfüllten Züge und Zugsausfälle.

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit sind die Sozialausgaben sowie die Gesundheitskosten drastisch gestiegen. Kleine Gemeinden wie zum Beispiel unsere Gemeinde Hagenbuch stellt dies oft vor unlösbare Probleme. Als Gemeindepräsidentin und Ressortleiterin Finanzen sehe ich der Entwicklung der Zahlen im Sozialbereich besorgt entgegen. Es ist an uns Politikerinnen und Politikern, unseren Bewohnerinnen und Bewohnern und speziell unserer Jugend Sorge zu tragen und, ja, diese den Zuwanderern gegenüber nicht zu benachteiligen, wie dies zum Beispiel mit den über 55-Jährigen passiert. Ausserdem sind wir alle in diesem Parlament aufgerufen, das Vermögen des Gemeinwesens, unseres Gemeinwesens, sprich die Sozialwerke, zu schützen. Dies ist unser Auftrag.

Dass die Stimmbürger keine Masseneinwanderung wollen, haben sie im Jahr 2014 an der Urne bestätigt. Das Parlament verweigerte die Umsetzung des Volkswillens – eine Respektlosigkeit sondergleichen.

Schon in wirtschaftlich guten Zeiten, wie wir sie jetzt haben, ist ein solches Wachstum eine Belastung. Kommen aber wieder schlechtere Zeiten in Europa auf uns zu, wird unser Land von einer noch grösseren Zuwanderung erfasst werden. Unsere attraktiven Sozialwerke und Gemeindekassen werden ruiniert, und wir können nichts mehr selber steuern. Es gibt schon jetzt kleine ausländische Firmen, welche ihren Kollegen gefälschte Arbeitsverträge ausstellen. Was sehen die Gegner dieser Initiative dann vor?

Was wir heute hier drinnen von diesen Gegnern zu hören bekommen, dreht sich mehrheitlich darum, ob man der SVP an den Karren fahren kann oder nicht. Leider wird in dieser blinden Wut die Problematik der Zuwanderung ausgeblendet. Ich bitte die Gegner, über die Initiative nachzudenken und nicht darüber, ob sie die Ecke, aus welcher sie kommt, diskreditieren können.

Lassen wir uns nicht vom Ausland vorschreiben, was gut ist für unser Land! Stimmen wir für die Initiative, für eine selbstbestimmte, lebenswerte und noch immer weltoffene Schweiz!

Bendahan Samuel (S, VD): S'il y a une chose que j'adore avec mon pays, c'est qu'il ne s'est pas d'abord targué de dire à quel point il haïssait les gens qui étaient autour de lui, mais qu'il s'est plutôt targué de sa capacité à rassembler les gens.

AB 2019 N 1590 / BO 2019 N 1590

Aujourd'hui, pour la énième fois, on se retrouve à discuter et à débattre d'un projet qui vise à attiser la haine de notre peuple, alors que les gens avec qui nous collaborons tous les jours sont ceux qui ont contribué à construire la richesse de notre pays.

La voie bilatérale n'est pas la seule manière de collaborer avec les autres, mais il semble, aujourd'hui, que ce soit la voie que les gens de notre pays ont préférée. Ce que vous proposez, avec cette initiative, c'est de dynamiter cette voie-là; or, finalement, il ne restera qu'un épouvantail et l'isolement. Jamais un pays petit comme la Suisse ne pourra se développer, être un pays d'avenir, sans sa collaboration avec les autres pays. Pensez-vous que c'est avec l'arrogance et la défiance que nous réussirons à convaincre les gens qui sont autour de nous de construire avec nous la richesse de notre pays et de ses habitants? Non, évidemment.

Du point de vue économique, la voie bilatérale apporte beaucoup. C'est vrai, je vous l'accorde, il y a un problème avec la répartition de la richesse acquise grâce aux accords bilatéraux.

Mais j'aimerais quand même dire la chose suivante: s'il y a un problème de répartition des richesses et de la valeur du travail, ce n'est pas de la faute de la gauche. C'est parce que la droite refuse systématiquement les salaires minimaux, qu'elle refuse systématiquement de mettre à égalité les travailleurs du pays et d'aider les personnes qui sont le plus en difficulté. Je trouve difficile d'accepter cette logique de pompiers pyromanes que l'on voit aujourd'hui.

On refuse de protéger les travailleurs les plus faibles, on refuse d'offrir un niveau de vie décent aux personnes, et après on dit que c'est la faute de l'Europe. Non! S'il y a des personnes en difficulté, ce n'est pas de la faute de l'Europe, c'est de la faute de l'UDC.

Büchel Roland Rino (V, SG): Monsieur Bendahan, vous avez dit que la droite refusait systématiquement les salaires minimaux. Pouvez-vous nous dire quel est le salaire des personnes en Suisse et des personnes travaillant dans des pays ayant un salaire minimum, comme l'Allemagne ou d'autres pays de l'Union européenne?

Bendahan Samuel (S, VD): Il se trouve qu'une étude scientifique a été menée dans différents comtés d'Etats des Etats-Unis. Elle démontre quel est l'effet de l'introduction d'un salaire minimum dans certains comtés





lorsque de l'autre côté de la frontière il n'y a pas de salaire minimum. C'est intéressant, parce que les Etats des Etats-Unis se ressemblent beaucoup. La réponse est que l'introduction d'un salaire minimum augmente le pouvoir d'achat et ne fait pas augmenter le chômage. Ce serait la même chose en Suisse.

Imark Christian (V, SO): Die offenen Schengen-Grenzen in Kombination mit dem Freizügigkeitsabkommen und einer Willkommenskultur für Asylbewerber in Europa – das ist eine toxische Mischung. 8 544 500 Personen lebten Ende 2018 in der Schweiz; die Illegalen sind nicht mit eingerechnet. Wir sind also auf dem direkten Weg in eine 10-Millionen-Schweiz. Die Probleme, die dadurch entstehen, sind: weniger Wohlstand für jeden Einzelnen, weniger Platz auf Strassen, weniger Platz im öffentlichen Verkehr, ein massiver Infrastrukturbedarf, neue Strassen, neue Schulen, neue Schienen, komplett neue Wohnbezirke, ein gewaltiger Flächenbedarf im ganzen Land, eine Zersiedelung der Schweiz – und ein höherer CO₂-Ausstoss in allen Bereichen, mehr Umweltprobleme im Inland, steigende Gesundheitskosten, steigende Mietpreise.

Wer jetzt in Sachen Zuwanderung immer noch nicht auf die Bevölkerung hören will und nicht handeln will, ist mitverantwortlich für alle diese Probleme; und er ist auch mitverantwortlich, wenn wir bald eine 10-Millionen-Schweiz haben.

Ich bitte Sie, die Volksinitiative zur Annahme zu empfehlen.

Regazzi Fabio (C, TI): 26 500 esattamente 20 anni fa, 66 300 nel mese di luglio di quest'anno: sto parlando dei frontalieri che giorno dopo giorno giungono dall'Italia – spesso uno per macchina – verso il Ticino. Si tratta di una crescita di oltre il 150 per cento, mai vista prima. Questa crescita, ad esempio nella città di Mendrisio ha portato il numero di lavoratori frontalieri a superare le forze di lavoro indigene. Accompagnato da una crescita molto percepita del traffico pendolare e il conseguente aumento delle ore di colonna che quotidianamente congestionano i principali agglomerati e assi stradali ticinesi, ecco che il fenomeno non passa inosservato e preoccupa più di una minoranza. E diciamo anche subito che per un ticinese non sarà facile non lasciarsi perlomeno tentare da un'iniziativa che parla di "Begrenzung", di limitazione. Sì, perché la paura, senz'altro esagerata, è che senza una limitazione questo trend continui senza freni per i prossimi anni.

Permettetemi di cogliere questi pochi minuti per mettere l'accento su un tema che forse – di fronte alla pericolosa iniziativa di cui stiamo parlando – sembra passare in secondo piano. Per quanto mi riguarda non ho dubbi sulla posizione da adottare sull'iniziativa in discussione: quest'ultima mette in gioco conquiste importanti – mi riferisco agli Accordi bilaterali – che negli ultimi decenni hanno conferito alla nostra nazione benefici riconosciuti e quantificabili in termini di benessere e posti di lavoro.

Accettare la proposta dell'UDC significherebbe mandare all'aria tutto e gettare via il bambino insieme all'acqua sporca. Ma su questo tornerò dopo.

Sarebbe però sbagliato ignorare completamente l'acqua sporca, e mi riferisco a quei problemi collaterali che soprattutto la libera circolazione delle persone causa. In molti documenti, studi e approfondimenti si evidenzia che, considerando la Svizzera nel suo insieme, i danni collaterali sono comunque inferiori rispetto ai benefici. Inoltre, regolarmente e forse comprensibilmente nell'ambito di una concitata campagna di votazione contro un testo come quello dell'iniziativa per la limitazione, si tenta anche di mettere l'accento sui benefici piuttosto che sugli svantaggi.

Considerato e premesso che l'iniziativa oggetto di questo dibattito crea solo perdenti, è comunque da considerare che l'attuale politica europea pone alcune regioni e settori di fronte a problematiche che non vanno ignorate: il mercato del lavoro in Ticino, regione dalla quale provengo e in cui sono attivo con la mia azienda, confina direttamente ad un mercato del lavoro con 10 milioni di potenziali lavoratori. Anche considerando che la Lombardia è la più ricca e generosa regione italiana in termini di salario medio, e che il Ticino è la zona che registra i salari medi più bassi in Svizzera, tra le dure realtà resta una differenza importante: mediamente un lombardo guadagna meno della metà di un ticinese. Questo crea uno squilibrio, un divario, uno scompenso che nessun'altra frontiera svizzera conosce. La pressione sul mercato del lavoro a sud delle Alpi è forte, ciò che porta con sé opportunità per le imprese ma, più che in altre regioni, crea anche perdenti.

Ho letto recentemente in una pubblicazione di Economiesuisse che i Bilaterali aumentano mediamente il reddito di ogni svizzero di 4400 franchi all'anno, un risultato sicuramente possibile e condivisibile, che deve motivarci a contrastare iniziative come quella sulla limitazione. Ma attenzione, perché il popolo è composto da cittadini che vivono in un territorio e in un contesto fortemente differenziato, in Svizzera più che altrove. E di queste differenze dobbiamo tenere conto. Ne deve tenere conto la Confederazione nel trattare la politica europea, nella definizione della politica infrastrutturale o nel mettere a disposizione gli strumenti e le misure di accompagnamento più incisive e meno burocratiche possibile.



Ne devono tenere conto anche i cantoni, nell'ambito del controllo delle misure stesse, nella loro politica di formazione, nella sicurezza, nel dialogo con il territorio. E non da ultimo ne deve tenere conto il partenariato sociale.

Complessivamente tutti approfittano degli accordi bilaterali e della libera circolazione delle persone. Questo ha portato al fatto che finora in quasi tutte le votazioni in cui il popolo è stato chiamato a confermare l'attuale politica europea, lo ha fatto con maggioranze confortevoli. Ma sul lungo termine sarebbe sbagliato sottovalutare il problema: le scelte degli svizzeri non si basano sulle medie e tanto meno sulle statistiche.

AB 2019 N 1591 / BO 2019 N 1591

La storia del nostro paese fornisce molti esempi che ci indicano che se una minoranza – peraltro crescente – non riesce a tenere il passo, arrischiando di bloccare anche le maggioranze, pur se vincenti. Giungere a quel punto significherebbe tornare alla casella zero nella politica europea, con tutte le conseguenze del caso.

Dunque, invito a raccomandare di votare no a questa iniziativa e a non buttare il prezioso bambino con l'acqua sporca. Ma attenzione: pur prezioso che sia, se il bambino trascorre troppo tempo nell'acqua sporca, prima o poi si ammalerà. Questo va evitato assolutamente.

Schwander Pirmin (V, SZ): Ich habe heute Abend mehrmals gehört, die Schweizer Wirtschaft müsse auf das Arbeitskräfteangebot in der EU zurückgreifen können. Ja, dem kann ich zustimmen. Die Frage ist einfach, wie. Trotz Rückgriff auf dieses Arbeitskräftepotenzial höre ich seit 2002 immer öfter vom "Fachkräftemangel". Ich komme fast zum Schluss: Je mehr Personenfreizügigkeit herrscht, desto mehr höre ich in der Wirtschaft "Fachkräftemangel". Wenn ich dann noch bei meinen Leuten in Deutschland bin, dann sagen alle "Fachkräftemangel". Alle gehen in die Schweiz. Dann bin ich ab und zu in Polen. Ich höre überall "Fachkräftemangel". Alle gehen nach Deutschland. Die paar wenigen Male, die ich in Rumänien bin, höre ich "Fachkräftemangel". Alle gehen nach Polen, nach Tschechien oder in die Slowakei.

Ist das ein Zukunftsmodell für die Schweiz oder für Europa generell? Ich glaube kaum. Aus Sicht der Schweiz müsste man sich mal überlegen, wie mit dem Drittstaatenkontingent umzugehen ist, wenn wir schon immer den Fachkräftemangel beklagen.

Ich habe auch gehört, die SVP wolle den bilateralen Weg zerstören. Ja, helfen Sie einmal mit, objektiv und vielleicht auch einmal wissenschaftlich die Vor- und Nachteile aufzuarbeiten und aufzuzeigen? Meines Wissens fällt die Handelsbilanz seit den Bilateralen immer zugunsten der EU aus. Meines Wissens fallen die Auslandsinvestitionen seit 2002 immer zugunsten der EU aus. Meines Wissens fällt die Schaffung von Arbeitsplätzen im Ausland immer zugunsten der EU aus. Die Nachteile sind erwähnt worden, Stichwort Infrastruktur.

Aber es tickt auch die sozialpolitische Zeitbombe. Ein Beispiel, das ich in- und auswendig kenne: Seit 2002 hat die ständige Wohnbevölkerung um 1,4 Millionen zugenommen. In dieser Zeit haben die Kesb-Fälle überproportional zugenommen, sie haben sich nämlich mit Familien aus den EU-Staaten versechsfacht. Wenn diese Entwicklung in den nächsten siebzehn Jahren weitergeht und auf eine ständige Wohnbevölkerung von 10 Millionen hinausläuft, laufen wir auf eine Verzehnfachung der Kesb-Fälle mit Familien aus den EU-Staaten zu – auf eine Verzehnfachung der Kesb-Kosten im Vergleich zu heute. Das nenne ich eine sozialpolitische Zeitbombe, und ich bitte Sie, das zu berücksichtigen.

Die Lösung, mit der diese Zeitbombe nicht mehr tickt: die Begrenzungs-Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Bulliard-Marbach Christine (C, FR): Meine Interessenbindung: Ich bin Präsidentin der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete.

Die Begrenzungs-Initiative stellt einen Frontalangriff auf das Erfolgsmodell Schweiz dar. Die wörtlich verlangte Ausserkraftsetzung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU bedeutet nichts anderes, als den bilateralen Weg, den unser Land seit fast zwei Jahrzehnten erfolgreich beschreitet, ohne Not aufzugeben. Eine Annahme der Initiative löst kein einziges Problem. Hingegen wäre ein Wegfall der Bilateralen I nahezu unvermeidlich. Dadurch würden sich die Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft und den Bildungs- und Forschungsstandort auf einen Schlag massiv verschlechtern. Besonders betroffen wären die Berggebiete, deren wichtigste Wirtschaftssektoren in einem hohen Mass von der Verfügbarkeit ausländischer Arbeitskräfte abhängig sind.

Ich bitte Sie deswegen, die Kündigungs-Initiative der SVP mit Nachdruck abzulehnen.

Folgende Gründe scheinen mir in diesem Zusammenhang besonders wichtig zu sein: Die Zuwanderung ist ein äusserst sensibles Thema. Es gilt, die Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen. Der Bundesrat und das Parlament haben deswegen bereits zahlreiche Massnahmen beschlossen, um den Bedarf an ausländischen Arbeitskräften zu reduzieren. Die 2011 lancierte Fachkräfte-Initiative hat die Erwerbsbeteiligung der



inländischen Bevölkerung, namentlich der Frauen, nachhaltig gesteigert. In der letzten BFI-Botschaft wurden Massnahmen verankert, um die Anzahl Studienabgänger in den Mint-Fächern weiter zu erhöhen. Schliesslich verbessert der Inländervorrang die Chancen inländischer Stellensuchender auf dem Arbeitsmarkt. All diese Massnahmen tragen dazu bei, dass Unternehmen ihren Bedarf an Arbeitskräften vermehrt im Inland decken können.

Die Initiative ist die falsche Antwort auf das falsche Problem. Seit 2013 nahm die Nettozuwanderung aus dem EU-/Efta-Raum in die Schweiz um die Hälfte ab, von 61 000 auf 30 900 Personen. Es wandern derzeit also wesentlich weniger Erwerbstätige in die Schweiz ein als beispielsweise in den Sechziger- und Siebzigerjahren, als es die Personenfreizügigkeit noch gar nicht gab. Die Behauptung, es brauche eine Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens, um eine, wie von der Initiative verlangt, massvolle Zuwanderung zu gewährleisten, ist falsch.

Die Wirtschaft der Berggebiete hängt in einem grossen Mass von Branchen ab, die auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind. Im Baugewerbe stammen rund 30 Prozent der Arbeitskräfte aus dem Ausland, im Tourismus bis zu 40 Prozent. Dazu gehören namentlich die Fachkräfte in der Hotellerie, im Gastgewerbe und in der Seilbahnbranche. Aufgrund der weitverbreiteten befristeten Verträge und der unterdurchschnittlichen Löhne besteht in diesen Sektoren nur ein beschränktes Potenzial an inländischen Arbeitskräften. Dies wird sich auch in Zukunft kaum ändern. Eine Kündigung des Freizügigkeitsabkommens wäre deswegen für die Tourismusbranche verheerend. Der massive bürokratische Mehraufwand bei der Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte würde ihre Wettbewerbsfähigkeit verringern und die Schwierigkeiten, die infolge des ungünstigen Wechselkurses eingetreten sind, weiter verschärfen.

Zusammenfassend: Die Initiative würde den bilateralen Weg beenden und wäre für die Schweiz mit massiven Risiken verbunden. Eine Annahme würde namentlich die wirtschaftlichen Schlüsselsektoren in den Berggebieten gefährden. Wir sind alle aufgefordert, die Initiative klar zur Ablehnung zu empfehlen und ein solches Szenario zu verhindern.

Aeschi Thomas (V, ZG): Frau Bulliard, wir streben auf eine 10-Millionen-Schweiz hin. Wie viele Millionen möchten Sie denn haben: 11, 12, 15 oder 20 Millionen Einwohner?

Bulliard-Marbach Christine (C, FR): Nein, ich möchte, dass unsere Wirtschaft gut arbeiten kann, denn unsere Wirtschaft ist die Essenz unserer Schweiz. Ich bin zufrieden damit, wie es ist, Herr Aeschi.

Page Pierre-André (V, FR): C'est peut-être une banalité, mais il est bien utile de la rappeler: la terre et l'eau sont des biens précieux. Ils nous permettent de vivre et permettent à notre agriculture de nourrir celles et ceux qui habitent notre pays.

Le seul rappel de cette évidence devrait nous conduire à porter une attention toute particulière à notre environnement et à sa protection. Cela dit, il faut ajouter que nos terres ne sont pas extensibles. Chaque mètre carré de construction ou de route est un mètre carré de moins pour notre agriculture, qui doit assurer à notre pays un certain degré d'auto-provisionnement, indispensable à une autonomie nécessaire, surtout si l'on regarde de près les conditions de l'agriculture dans le monde et hors de nos frontières. Et même demain, la disparition de quelques glaciers ne va pas nous offrir des mètres carrés supplémentaires pour y installer des jardins potagers ou de vertes prairies pour nos troupeaux.

Cette limitation n'est pas un geste égoïste, elle n'est pas un repli sur nous, elle est la conséquence d'une analyse quasi mathématique de la surface de notre pays. Nous avons donc le devoir, aujourd'hui, de réfléchir et de prendre des mesures

AB 2019 N 1592 / BO 2019 N 1592

pour que, demain, les générations qui nous suivent disposent toujours d'un équilibre entre les surfaces agricoles nécessaires et les surfaces bâties, elles aussi nécessaires à accueillir celles et ceux dont la vie et l'intégrité corporelle sont vraiment mises en danger dans leur pays.

L'augmentation massive de la population, qui atteindra bientôt dix millions d'habitants, est très inquiétante pour notre pays. La mise en place de taxes supplémentaires ne va pas régler la problématique de l'immigration économique. Reprenons le contrôle de l'immigration dans l'intérêt de la Suisse et de notre qualité de vie. Je ne veux pas que la Suisse devienne le Hong Kong de l'Europe.

Je vous remercie de recommander l'acceptation de cette initiative.

Reimann Maximilian (V, AG): Ich zähle mich beileibe nicht zu jenen Senioren, die dauernd von sich geben, früher sei alles besser gewesen. Ich lasse mir aber ebenso wenig von heutigen Jungen sagen: Vergiss deine



heile Vergangenheit, was zählt, ist heute und ist morgen! Mit dem Stimmzettel sind wir alle gleich, Alt und Jung, und das ist gut so.

Aber ich darf Ihnen sagen: Auf den Stimmzettel zu dieser Volksinitiative wird dereinst eine deutliche Mehrheit meiner Alterskategorie ein Ja schreiben. Warum das? Meine bzw. unsere Antwort ist klar: weil wir dank unserer Lebenserfahrung vergleichen können. Als ich mich gegen Ende meiner Kantonsschulzeit politisch zu interessieren begann, zählte die Schweiz 5,4 Millionen Einwohner, davon eine halbe Million Ausländer, also weniger als zehn Prozent, so, wie es in den meisten europäischen Ländern heute noch der Fall ist.

Heute nähern wir uns nun in raschen Schritten der 9-Millionen-Grenze; zählen wir die Grenzgänger, die Papierlosen, die echten und unechten Flüchtlinge, die Saisonniers usw. hinzu, liegt der Ausländerbestand bereits bei rund einem Drittel. Ich bin alles andere als ausländerfeindlich, das wissen Sie, und ich lasse mich – von wem auch immer – nicht in eine solche Kategorie hineinpressen. Aber ein weiterer rapider Zuwachs der Bevölkerung, hauptverursacht durch die masslose Zuwanderung, erträgt unser Land nicht mehr. Da spreche ich nun wirklich nicht nur im eigenen Namen, sondern ich sage das namens einer klaren Mehrheit meiner Altersgenossinnen und -genossen. Im Verkehr, auf dem Arbeitsmarkt, im Wohnwesen, auch anderswo im täglichen Leben fühlt sich die ältere Generation je länger, je mehr an die Wand gedrückt, überfahren von der quasi schrankenlosen Zuwanderung. Das war früher nicht so. Damit es nicht noch gravierender kommt für die älteren Generationen nach uns, müssen wir die Zuwanderung ohne Verzug wieder eigenständig regeln können.

Ein Ja zu dieser Vorlage schafft die Voraussetzung dazu.

Jans Beat (S, BS): Heute stehe ich vor Ihnen als Vertreter des Kantons Basel-Stadt. In Kleinbasel, wo ich wohne, da nehmen Sie das Velo, und in einer halben Stunde haben Sie dreimal die Landesgrenze überquert. Wenn Sie das "Trämli" nehmen, dann fahren Sie mit dem Achter nach Weil oder mit dem Dreier nach Saint-Louis. Wenn die Leute die Grenze im Siebenminutentakt passieren, heben sie nicht einmal den Kopf von ihrem Bildschirm, denn sie merken nicht, dass sie die Grenze passieren. Die EU ist eine Realität im alltäglichen Leben unseres Kantons. 95 000 Menschen, Grenzgängerinnen und Grenzgänger, passieren täglich die Grenze in Richtung Basel. Wir haben inzwischen einen Warenaustausch zwischen dem Kanton Basel-Stadt und der EU im Wert von 50 Millionen Franken täglich.

Basel ist mit zwei Ländern der EU zusammengewachsen. Die EU-Grenze geht eigentlich mitten durch unsere Stadt, mitten durch unsere Agglomeration. Deshalb vielleicht haben wir gelernt, unsere Nachbarländer als Partner zu verstehen, mit ihnen unsere Region gemeinsam zu entwickeln. Wir betreiben zusammen einen Flugplatz. Wir haben den Oberrheinrat. Viele wissen das vielleicht nicht, aber das ist ein trinationales politisches Gremium, ein Parlament, bestehend aus Exekutiv- und Legislativvertretern aus drei Ländern, die gemeinsam die Entwicklung unserer Region koordinieren.

Diese trinationale Region lebt, sie entwickelt sich. Diese Entwicklung hat von den bilateralen Verträgen profitiert. Ich bin überzeugt, unsere Nachbarn, die Franzosen, die Deutschen, würden das genauso sagen wie die Baslerinnen und Basler. Denn diese stellen fest: Seit wir diese bilateralen Verträge und das Personenfreizügigkeitsabkommen haben, ist die Lebensqualität in unserer Region gestiegen. Die Zahl der Arbeitsplätze ist ebenfalls gestiegen, und zwar um etwa 10 Prozent.

Zurückgegangen ist die Arbeitslosigkeit in unserer Region. Jedes Jahr hat unser Kanton sein Drittstaatenkontingent bereits im Januar aufgebraucht. Stellen Sie sich vor, was es für unsere Region bedeutet, wenn wir mit der EU keine Freizügigkeit mehr haben. Die Katastrophe, die Sie, liebe SVP, herbeireden, hat in Basel schlicht und einfach nicht stattgefunden. Wir, die wir täglich mit den Europäern leben – an der Kasse im "Einkaufslädli" oder im Universitätsspital, wenn uns die Ärztin aus Deutschland pflegt –, erleben täglich, was Personenfreizügigkeit heisst. Die Katastrophe hat bei uns aber nicht Einzug gehalten, im Gegenteil: Wir haben den Weg gemeinsam mit unseren Nachbarn entwickelt.

Mit der Kündigung des Freizügigkeitsabkommens würde der rechtliche Status der Grenzgängerinnen und Grenzgänger – und ich bedaure, dass das der Bundesrat nicht wirklich thematisierte – infrage gestellt. Auch dieser rechtliche Status ist mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen geregelt. Was passiert mit diesen Menschen? Wird nachher ihre Ausbildung überhaupt noch anerkannt sein? Niemand weiss es. Auch das ist im Personenfreizügigkeitsabkommen geregelt.

Das Kündigen dieses bilateralen Abkommens wäre ein Schlag ins Gesicht unserer Nachbarn, mit denen wir uns politisch täglich auseinandersetzen, und dafür gibt es keinen Grund – es gibt keinen Grund! Es würde die Entwicklung unserer Region massiv bremsen und zurückschlagen. Davon bin ich überzeugt, denn Basel-Stadt hat die Masseneinwanderungs-Initiative mit 61 Prozent abgelehnt.

Deshalb bitte ich Sie als Kleinbasler, als Basel-Städter, als Schweizer, als Europäer und als Weltbürger: Empfehlen Sie diese Initiative zur Ablehnung!





Frehner Sebastian (V, BS): Auch ich bin ein Vertreter des Kantons Basel-Stadt, wie Herr Jans. Auch ich schätze das Dreiland sehr. Ich wohne noch näher an der Grenze als Herr Jans, nur etwa ein paar Hundert Meter entfernt, und komme mit dem Handy dann immer auf das deutsche Mobil-Abo und muss wieder umschalten. So nahe komme ich also an Deutschland heran. Ich finde es auch sehr schön bei uns, und ich habe ein ganz gutes Verhältnis zu den Elsässern und zu den Süddeutschen. Trotzdem sehe ich die Welt ganz anders: Erstens sitze ich meist nicht im öffentlichen Verkehr, sondern im Auto – das unterscheidet mich schon mal von Herrn Jans –, und zweitens bin ich für die Begrenzungs-Initiative.

Wir haben jetzt von mehreren Vorrednern gehört, dass eine unbegrenzte Zuwanderung eine 10-Millionen-Schweiz zur Folge hätte. Was mich stört, ist nicht per se, dass mehr Leute in der Schweiz wohnen wollen oder könnten; Singapur beispielsweise ist über fünfzigmal kleiner als die Schweiz, und dort wohnen über 5,5 Millionen Menschen. Das Problem ist, dass wir die Zuwanderung nicht mehr steuern können, dass wir nicht bestimmen können, wie viele Einwohner die Schweiz haben soll. So können wir auch nicht zeitgerecht für die nötigen Infrastrukturen sorgen. Ein Einwanderungsland, das die Zuwanderung nicht steuern kann, ist ein armseliges, hoffnungsloses und dem Untergang geweihtes Land.

Ein Aspekt wurde bisher aus meiner Sicht noch nicht genügend beleuchtet: die Sozialwerke und insbesondere die AHV. Frau Schneider-Schneiter hat zwar, so glaube ich, etwas dazu gesagt. Sie teilt die Meinung des Bundesrates. Er sagt ja, dass die heutige, schrankenlose Zuwanderung aus dem EU-Raum gut sei für die AHV. In den vergangenen Jahren hat der Bundesrat immer wieder behauptet, durch die Zuwanderung könne die AHV gesunden. Kurzfristig stimmt das sicher, langfristig ist genau das Gegenteil der Fall: Seit 2002 gibt es die Personenfreizügigkeit mit der EU, also seit siebzehn Jahren, und in dieser Zeit kamen natürlich vor allem Leute zu uns, die jung waren oder zumindest weit weg vom Pensionsalter.

Von den EU-Zuwanderern, die seit 2002 gekommen sind, hat noch kaum jemand die AHV bezogen. Diese Leute

AB 2019 N 1593 / BO 2019 N 1593

verbessern also den Mix von Aktiven und Rentnern. Das ist natürlich kurzfristig gut, weil das die AHV entlastet. Das Problem ist aber, dass auch EU-Zuzüger nur Menschen sind und auch irgendwann in Pension gehen werden.

Die AHV kann insgesamt sicher als grosse Errungenschaft bezeichnet werden. Man muss aber auch sagen: Sie ist ein Konstrukt, das nicht mehr aufgeht. Weil die Zahl der Pensionierten stetig steigt und die Zahl der Aktiven, die einem Rentner die AHV-Rente bezahlen, stetig abnimmt, ist die AHV ein struktureller Sanierungsfall. Wir müssen ja auch stetig neues Geld einschiessen, damit die erste Säule überlebt. Durch die Staf fließen seit Neuem jährlich rund 2 Milliarden Franken in die AHV. Und nun müssen wir ja unsere erste Säule schon wieder sanieren. Was immer einmal wieder vergessen geht: Der Bund trägt rund 20 Prozent aller AHV-Ausgaben. Je höher also die Ausgaben der AHV sind, desto höher ist auch der Bundesbeitrag.

Das Fazit ist deshalb sehr einfach: Es ist nicht so, wie es Frau Schneider-Schneiter gesagt hat. Die AHV steht nicht gut da, die Zuwanderung ist nicht gut für die AHV. Weil die AHV ein System ist, das sich nicht selber finanzieren kann, ist jeder neue AHV-Versicherte schlecht für das System. Je mehr Leute in die AHV strömen, desto schlechter ist es für die Schweiz. Deshalb ist die unbegrenzte Zuwanderung aus der EU auch schlecht für die AHV.

Quadri Lorenzo (V, TI): La libera circolazione delle persone è un fallimento. In Ticino, che è il mio cantone, essa ha portato ad una vera e propria invasione da sud. I frontalieri, attualmente 66 500 e in continua crescita, sono un terzo della forza lavoro. A questo si aggiungono le migliaia di cosiddetti padroncini e distaccati che mettono in ginocchio artigiani e piccole imprese locali. Come se non bastasse, oggi la maggioranza delle persone che lavora in Ticino non è svizzera. Nel resto del paese le percentuali sono ben diverse. Quindi si può dire che grazie alla politica delle frontiere spalancate i ticinesi sono diventati stranieri in casa propria.

Il numero dei frontalieri in Ticino è aumentato di 2000 unità nel settore terziario in soli tre mesi e ha raggiunto la quota record di 42 000. Quasi due terzi dei frontalieri lavorano nel settore terziario dove non c'è alcun bisogno di importare manodopera – altro che la storiella dei frontalieri che svolgono i lavori che gli svizzeri non vorrebbero più fare. Non c'è più complementarietà, c'è semplicemente sostituzione.

Di pari passo le condizioni sul mercato del lavoro ticinese si sono degradate. Il tasso di disoccupazione ILO del Ticino è da tempo superiore a quello della Lombardia e disoccupazione, sottoccupazione, dumping salariale, working poor, dipendenza dall'assistenza, ecco, tutto questo è diventato il pane quotidiano nel mio cantone; e a questo si aggiungono strade intasate, inquinamento, eccetera.



Davanti al quadro roseo che ho sentito descrivere da certi colleghi nei loro interventi mi chiedo dove vivano questi colleghi – magari sul pianeta Marte ma di sicuro il Ticino non lo conoscono.

Il massiccio aumento dei frontalieri malgrado la messa in vigore della cosiddetta preferenza indigena light dimostra che quest'ultima in realtà è un flop, non serve a nulla, non funziona.

Si potrebbero ancora citare molte cifre percentuali, ad esempio sulla criminalità d'importazione o sull'immigrazione nello Stato sociale. Ma il discorso è chiaro, la libera circolazione è uno sbaglio e questo sbaglio deve venire corretto. Del resto, di recente perfino la SECO ha dichiarato che la libera circolazione non è poi così importante per la Svizzera. Il Ticino, il mio cantone, si sente da tempo abbandonato dalla Berna federale che ha mandato, appunto, il nostro cantone allo sbaraglio per obbedire all'Unione europea.

I contrari a questa iniziativa invocano naturalmente la clausola ghigliottina che potrebbe portare alla disdetta di altri sei accordi bilaterali, sei su 120. Sono però accordi da cui l'Unione europea ci guadagna più della Svizzera e quindi mi sembra piuttosto improbabile che l'Unione europea e i suoi paesi membri siano disposti a buttare all'aria degli accordi da cui ci guadagnano, e non poco.

Personalmente non ho dubbi che i ticinesi in votazione popolare plebisciteranno l'iniziativa di cui stiamo discutendo. Ecco, oggi il populismo climatico va per la maggiore ma naturalmente gli spalancatori di frontiere tacciono sulle conseguenze ambientali dell'immigrazione incontrollata e sognano una Svizzera con 10 milioni di abitanti, in cui gli svizzeri sarebbero in minoranza.

Appoggiamo questa iniziativa, l'immigrazione in Svizzera devono tornare a deciderla i cittadini elvetici in base agli interessi e alle necessità nazionali e dell'economia nazionale e non certo i burocrati di Bruxelles come invece accade ora.

Semadeni Silva (S, GR): Mi domando, vogliamo disciplinare autonomamente l'immigrazione, magari reintroducendo l'inumano statuto dello stagionale e i burocratici contingenti, inimicandoci così tutti i nostri vicini? Vogliamo denunciare unilateralmente l'Accordo sulla libera circolazione con l'UE, accettato dal popolo nel 2000 con il 67,2 per cento dei voti insieme ad altri cinque importanti accordi, che così verrebbero tutti abrogati? Vogliamo sprofondare la Svizzera in una specie di "Brexit elvetica"? A quest'iniziativa dell'UDC dalle conseguenze disastrose io – come tanti altri prima di me – non posso che dire no.

L'immigrazione è la fonte di tutti i mali, vuole farci credere l'UDC. Ma la libera circolazione delle persone non è uno sbaglio, anzi, è positiva e contribuisce a soddisfare la domanda di personale dell'economia svizzera, quindi anche a salvaguardare il nostro benessere. Come potremmo coprire i posti vacanti nel settore ospedaliero, nel turismo, nell'edilizia e in vari altri settori senza gli immigrati?

Anche se dal 2013 il saldo migratorio diminuisce, in alcune regioni, è vero, l'alto numero di frontalieri provoca malcontento. In questi casi bisogna reagire e combattere il dumping salariale con un salario minimo dignitoso – come già hanno fatto i cantoni di Neuchâtel e del Giura –, con contratti collettivi e controlli efficienti. Importante è ovunque l'attuazione delle misure di accompagnamento, ancorate nella legge sui lavoratori distaccati, che secondo l'articolo 15 capoverso 2 resta in vigore solo con l'Accordo bilaterale sulla libera circolazione.

Inoltre da un anno vale l'obbligo di annunciare i posti vacanti nelle categorie professionali in cui il tasso di persone in cerca di impiego raggiunge o supera l'8 per cento, rispettivamente il 5 per cento a partire dal 1° gennaio 2020. Si tratta di una decisione del nostro Parlamento per promuovere la forza lavoro residente. Ed è in preparazione finalmente anche una nuova regola per migliorare la sicurezza sociale dei disoccupati anziani. Applicare tutte le misure in modo efficiente è la vera sfida – non l'Accordo sulla libera circolazione.

Buoni e stabili rapporti con l'UE, che l'iniziativa mette in pericolo, sono fondamentali per il nostro paese. Se consideriamo il caos che è venuto a crearsi in Gran Bretagna a causa della Brexit, dovremmo sapere cosa significa giocare con il fuoco. Già abbastanza complicata si presenta per noi la ratifica dell'accordo istituzionale, di cui abbiamo bisogno per aggiornare i trattati bilaterali, per regolare le divergenze e per concludere nuovi trattati importanti con l'UE, come quello sull'elettricità. Buoni rapporti con l'UE sono necessari anche per affrontare le grandi sfide, come quella del surriscaldamento climatico o del controllo dei giganti multinazionali. La via solitaria oggi non è una prospettiva. La Svizzera non è un'isola, si trova nel cuore dell'Europa. Volenti o nolenti, anche noi siamo europei. Nell'interesse di noi tutti non possiamo che dire no con fermezza a quest'iniziativa antieuropea e controproducente.

Büchel Roland Rino (V, SG): Cara collega Semadeni, lei ha menzionato parecchie volte la Brexit. Ci può spiegare qual è la differenza fra la Brexit – un divorzio – e il rapporto della Svizzera con l'Unione europea?

Semadeni Silva (S, GR): Direi che la differenza sta nel fatto che la Gran Bretagna è membro dell'Unione europea, noi no. Se gli inglesi si staccano dall'Unione europea senza regole sappiamo però che le conseguenze che avranno saranno pesanti, avranno grossi problemi. Lo stesso succedrebbe



AB 2019 N 1594 / BO 2019 N 1594

alla Svizzera se noi dovessimo disdire l'Accordo sulla libera circolazione, perché la clausola ghigliottina, di cui si è parlato varie volte qui, porterebbe anche alla denuncia di altri cinque trattati, che sono importanti per la nostra economia.

Tuena Mauro (V, ZH): Am 9. Februar 2014 haben 50,3 Prozent aller Stimmenden in unserem Land und 17 Kantone in einer denkwürdigen Abstimmung mit einer überdurchschnittlichen Beteiligung von 56,6 Prozent die Volksinitiative "gegen Masseneinwanderung" angenommen. Das war eigentlich eine klare Aussage des obersten Organs unseres Landes – denkt man zumindest. Doch eine Mehrheit der eidgenössischen Räte, also die Mitglieder der Fraktionen der SP, der Grünen, der Grünliberalen, aber auch der FDP/die Liberalen, der CVP und der BDP, wollten im Dezember 2016 nichts mehr von der Volksmeinung wissen. Sie, meine Damen und Herren, Sie haben mit wohl noch nie dagewesener Arroganz den klaren Auftrag der Verfassung nicht umgesetzt. Dabei haben Sie deren Einhaltung einmal in diesem Saal geschworen. Nur die SVP-Fraktion hat den Volkswillen ernst genommen. Die Bestimmung zur eigenständigen Steuerung der Zuwanderung wurde von Ihnen somit zu Makulatur erklärt. Sie müssen sich nicht wundern, wenn so viele Leute, welche eigentlich an unser einzigartiges System der direkten Demokratie glauben, so nicht mehr an die Urnen gehen. Aber genau das wollen Sie ja. Sie wollen hier Ihre Macht ausspielen.

Nicht so die SVP: Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst. Wir hören zu, um von den Menschen zu erfahren, wo ihnen der Schuh drückt. Eine Mehrheit der Stimmenden will keine Schweiz mit 10 Millionen Menschen. Diese Mehrheit macht sich Sorgen um unsere Sozialwerke. Diese drohen mit einer ungesteuerten, masslosen Zuwanderung wie ein Kartenhaus in sich zusammenzubrechen. Auch in den Kriminalstatistiken schlägt sich die ungebremsste Zuwanderung mit einem überdurchschnittlich hohen Ausländeranteil nieder. Manche Polizeistellen verzichten im Auftrag rot-grüner Regierungen in den Städten aus Angst vor den Wahrheiten schon auf die Nennung der Nationalität mutmasslicher Täter. Doch all diese Scheinrezepte rächen sich früher oder später.

Aus diesem Grund und aufgrund der Nichtumsetzung des Verfassungsartikels zur Masseneinwanderung hat die SVP die eidgenössische Volksinitiative "für eine massvolle Zuwanderung" eingereicht. Mit dieser – nehmen Sie das zur Kenntnis! – will die SVP, auch wenn Sie immer bewusst und fälschlicherweise das Gegenteil behaupten, keine Mauer um unser Land erstellen. Nein, wir wollen zusammen mit einer Mehrheit des Schweizervolkes vielmehr eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung. So sind Fachkräfte, welche wir zwingend brauchen, willkommen; jene, welche aber unser Sozialsystem aushöhlen, sind es nicht.

Verträge, und dazu zählen auch die bilateralen Verträge mit der EU, sind nicht in Stein gemeisselt, sie gelten nicht automatisch für tausend Jahre. Ich habe davon in diesen Verträgen auf jeden Fall nichts gelesen. Solche Verträge sind dazu da, neu diskutiert zu werden, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern. Diese haben sich sehr wohl geändert, das wissen Sie ganz genau.

Ich bitte Sie deshalb, mit der SVP die Begrenzungs-Initiative dem Schweizervolk zur Annahme zu empfehlen. Sie sorgen mit Ihrem Ja auch dafür, dass die Infrastruktur unseres Landes wie etwa die öffentlichen Verkehrsmittel, die Strassen, aber auch die Spitäler, Schulhäuser usw. nicht kollabieren.

Müri Felix (V, LU): Es gibt einige eigentlich einfache Fragen, und die lauten: Wie viel Zuwanderung braucht ein Land? Wie viele Einwohner will ein Land? Wie viele Einwohner braucht die Schweiz? Will sie 8, 10, 12 oder 14 Millionen Einwohner? Wie viele Touristen will eine Stadt wie Luzern? Wie viele Besucher will eine Stadt wie Venedig? Soll eine solche Stadt Eintritt verlangen? Die entscheidende Frage ist klar: Wie viele Menschen will man in diesem Land, in diesem Staat haben? Darüber können wir diskutieren, dazu können wir Gesetze machen.

Eines ist einfach sicher: Wir selber sollten entscheiden, wir selber sollten bestimmen. Das macht ein Land wie die USA, das macht ein Land wie Australien, ja, das macht sogar die EU. Die EU hat Kontingente gegenüber Drittstaaten. Jeder bestimmt selbst. Doch nicht so die Schweiz: Uns befiehlt die EU, ob wir 8, 10, 12 oder 14 Millionen Einwohner haben. Die EU bestimmt das. Und es geht noch weiter. Es geht so weit, dass sie sagt: Wenn wir nicht parieren und nicht selber entscheiden, kommt die Guillotineklausel zur Anwendung.

Man muss sich das einmal vorstellen: Seit dem 18. Jahrhundert gibt es die Guillotine. Kopf ab, wenn du nicht spurst! Und jetzt wollen wir das wieder einführen, eine Guillotineklausel, und das im Jahr 2019. Demnach heisst es: Wenn wir diese Zuwanderung nicht zulassen, kommt die Guillotineklausel, ein Entweder-oder, zu Deutsch: Vogel, friss oder stirb.

So weit sind wir. Wir können nicht mehr selber bestimmen. Wir können nicht mehr selber entscheiden. Es ist die EU, die entscheidet. Doch die Bevölkerung sagt Nein zu einer 10-Millionen-Schweiz und auch Nein





zu einer 12-Millionen- oder zu einer 14-Millionen-Schweiz. Die einzige Möglichkeit, um das durchzusetzen, besteht noch darin, diese Initiative der SVP gutzuheissen.

Deshalb braucht es ein klares Ja zur SVP-Initiative, auch wenn wir befürchten müssen, dass es zum Einsatz der Guillotine kommt und dass uns der Kopf abgeschlagen wird.

Genecand Benoît (RL, GE): Je voulais commencer cette intervention par trois remarques préliminaires.

Tout d'abord, j'aimerais dire à Roger Nordmann que cette initiative n'est pas dangereuse. Dans ce pays, il n'est jamais dangereux de poser des questions; la population y répond de manière extrêmement fondée et extrêmement adulte. D'autres pays n'ont pas cette culture et font effectivement des expériences un peu désastreuses, mais ce n'est pas le cas de la Suisse.

Ensuite, sur ce sujet, il y a 30 pour cent de gens qui sont convaincus et qui vont voter oui, 30 pour cent qui vont voter non. Les seuls qui sont intéressants dans la perspective de la votation du début de l'année prochaine, ce sont les 40 pour cent qui ne savent pas encore ce qu'ils vont voter. Ceux-là ne se laisseront pas convaincre par des menaces ou par des arguments un peu légers.

Enfin, Ursula von der Leyen, présidente élue de la Commission européenne, a nommé un vice-président pour protéger notre mode de vie européen. Les gens se sont un peu moqués d'elle. Mais qu'est-ce que la population attend de politiciens sinon de protéger leur mode de vie? Qu'attend la population? Elle n'attend certainement pas des performances en termes de PIB, elle attend une protection du mode de vie. La question qui se pose par rapport à la libre circulation des personnes est: est-ce que, globalement, cela a protégé le mode de vie des gens qui habitent dans notre pays? Je ne parle pas des Suisses, je parle de tous ceux qui habitent dans notre pays.

Que peut-on dire sur la libre circulation des personnes? Ce qu'on peut dire avec certitude, c'est que cela a augmenté la prospérité. Mais cela veut dire quoi concrètement? Cela veut dire que cela a permis au capital investi en Suisse d'obtenir des rendements importants, puisque le capital est rare et que plus vous avez de personnes dans ce pays, plus ce capital sera exploité de manière efficace. Cela a permis aussi aux personnes actives en Suisse, qui sont en bonne santé et bien formées, de trouver un pays qui offre des opportunités pour tout le monde, y compris des opportunités de développement.

Il ne faut pas se voiler la face: pour toutes les personnes qui sont moins bien formées, qui sont affaiblies par la maladie, pour les jeunes qui entrent sur le marché du travail, les mettre en concurrence avec trois pays limitrophes qui parlent la même langue que nous et qui ont 100 millions de collaborateurs, alors que nous n'en avons que 4 millions, cela met ces personnes sous une pression colossale. Vous pourrez mettre en place toutes les mesures d'accompagnement que vous voudrez, cela ne les protégera pas, parce que les mesures d'accompagnement protègent les "insiders", mais ne

AB 2019 N 1595 / BO 2019 N 1595

protègent pas ceux qui n'arrivent pas à entrer dans le marché du travail.

Donc, aujourd'hui, nous avons ce problème, et la difficulté est de savoir si ce problème ira plutôt en s'atténuant ou plutôt en s'aggravant. Malheureusement, la mauvaise nouvelle, c'est que le problème n'ira vraisemblablement pas en s'atténuant.

L'idée de départ des libertés était que toutes les économies allaient converger. C'était le principe de convergence. Or, la réalité dans l'Union européenne, c'est qu'il n'y a pas de convergence: l'Allemagne devient plus riche, la Grèce devient plus pauvre. Et c'est la même réalité entre la Suisse et l'Union européenne: il n'y a pas de convergence. Notre pays reste plus prospère, parce qu'il est mieux organisé, parce qu'il a un gouvernement qui gouverne bien. Mais quelle est la conséquence concrète de cette divergence? C'est que de toute manière l'immigration, une immigration importante, continuera.

Je sais que mes collègues suisses alémaniques sont aujourd'hui un peu apaisés, parce que l'Allemagne se porte bien et qu'il y a moins d'immigration en provenance de ce pays. Mais les collègues tessinois et romands pourront vous dire que ce n'est pas du tout le cas de leur côté. Tant la France, qui est dans une situation compliquée, que l'Italie continuent d'envoyer du monde en Suisse, parce qu'ils ont des tas de gens formés qui veulent venir en Suisse. Donc, on ne verra pas à l'avenir une diminution de la tension, mais cette tension persistera. C'est la première difficulté à laquelle il faudra faire face, que la population vote oui ou non à l'initiative de l'UDC. La deuxième difficulté – et je suis parfois étonné d'entendre certaines personnes, comme ma chère collègue Silva Semadeni, défendre ce système –, c'est que dans tous ces modèles économiques, le sol n'est jamais considéré comme une rareté. Il est toujours considéré comme étant à disposition, sans limite. C'est pour cela qu'on arrive à établir des modèles de croissance, parce qu'on ne considère jamais le sol comme un bien rare. Si on le considérait de la sorte, on verrait que la problématique de la croissance basée sur l'immigration est



un problème pour le pays, à terme. C'est un modèle de développement illustrant un développement qui est extrêmement gourmand en surfaces.

Dernière chose, même pour Economiesuisse et les défenseurs de ce modèle, il faut se rendre compte du fait que l'accès aux ressources est extrêmement facile. Les gens traversent l'Allemagne ou la France pour venir travailler chez nous. Cela a eu une conséquence dans notre pays un peu néfaste, c'est que la productivité n'est pas ce qu'elle devrait être. Parce que les capitalistes n'ont pas besoin de se poser des questions de productivité, d'investir dans du matériel, ils ont des gens qui viennent travailler pour des salaires qui sont extrêmement compétitifs. La "NZZ", en juin 2017 déjà, sous la plume de son éditorialiste Simon Gemperli, disait déjà que la Suisse devait faire un choix de "Produktivität statt Zuwanderung". Ce n'étaient pas là les propos d'extrémistes de l'UDC. Nous avons donc un vrai problème de modèle, et, de toute façon, ce problème persistera.

Que faut-il faire, me direz-vous? Le problème de la proposition de l'UDC, c'est que l'UDC n'a absolument pas décrit comment sortir de ce système. Pour l'instant, on fait des promesses – et les belles promesses rendent les fous joyeux! –, mais on ne sait pas du tout quels dégâts résulteraient d'une dénonciation des accords sectoriels avec l'Union européenne.

De plus, l'UDC fait à mon avis de nouveau, dans cette thématique, un faux procès. Elle parle de l'immigration en provenance de l'Union européenne. Or, cette immigration est le fait de personnes qui viennent travailler en Suisse. Mélanger cela avec l'immigration des réfugiés n'a aucun sens, ce n'est pas le même sujet.

Je conclus par une métaphore. J'ai l'impression que la Suisse est sur une route de montagne comme un camion sans freins. On a, d'un côté, le gouvernement et la majorité qui nous disent de ne pas nous inquiéter et que nous arriverons sains et saufs au bas de la descente en négociant les virages, de l'autre côté, l'UDC qui nous dit qu'il faut braquer le volant immédiatement, mais on ne sait pas si elle veut braquer le volant pour nous freiner sur la route de montagne ou nous envoyer dans le fossé.

Donc, dans ces conditions, je m'abstiendrai sur cette question.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 21.50 Uhr
La séance est levée à 21 h 50*

AB 2019 N 1596 / BO 2019 N 1596



19.026

**Für eine massvolle Zuwanderung
(Begrenzungs-Initiative).
Volksinitiative**

**Pour une immigration modérée
(initiative de limitation).
Initiative populaire**

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.09.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.12.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

Clottu Raymond (V, NE): Quel est le but de l'initiative de limitation? Simplement une gestion raisonnable et autonome de l'immigration, comme un pays souverain doit pouvoir le faire. La Suisse et l'Union européenne sont deux partenaires égaux. C'est bien et bon pour les deux parties. Par contre, il y a une différence majeure entre les deux: l'un de ces partenaires a la libre circulation des personnes pour pilier de sa politique, l'autre a la démocratie directe pour pilier de sa constitution. Il est important qu'en tant que partenaires égaux, avec un mode de fonctionnement différent, chacun respecte le pilier de l'autre.

Notre pays compte actuellement déjà 8,5 millions d'habitants et, faute d'une limitation, une Suisse à 10 millions d'habitants serait très et trop vite une réalité, avec des conséquences désastreuses pour notre territoire qui n'est pas extensible, pour notre environnement et, par là même, pour notre qualité de vie. La croissance démographique et les besoins supplémentaires qui en découleraient exigeraient une augmentation de l'espace habitable de l'ordre de 20 à 30 pour cent. Cela signifierait concrètement le bétonnage des paysages

AB 2019 N 1844 / BO 2019 N 1844

ou, en procédant à des constructions de plus en plus denses, l'émergence de bidonvilles dans nos agglomérations. Et non, Monsieur Béglé, nous ne voulons pas d'un Singapour en Suisse. Où sont donc ceux qui, récemment encore, ont fait de grandes déclarations en faveur de la conservation des surfaces cultivables et du climat? Le besoin en espace habitable n'est pas le seul problème: 1,5 million d'habitants supplémentaires chargerait encore plus nos infrastructures, qui ont déjà atteint, pour certaines, la limite de leurs capacités.

De toute évidence, les partisans de la libre circulation se laissent guider par des intérêts purement commerciaux à court terme et ferment les yeux devant les conséquences de ce phénomène. Or, à moyen et à long terme, comme cela a déjà été évoqué il y a bientôt une semaine et demie par mes collègues, la Suisse risquerait d'y perdre durablement sa prospérité, ce qui aurait pour conséquence de nous envoyer dans le fossé.

Bien sûr que les accords bilatéraux sont importantes pour la Suisse, mais ils le sont également pour l'Union européenne. Mais pas à n'importe quel prix et pas de la manière dont l'Europe agit actuellement envers la Suisse. Des accords bilatéraux, nous en concluons constamment avec d'autres pays, sans que cela soit accompagné d'une reprise systématique de leurs lois. La place économique suisse dispose d'un bon réseau. Ce n'est grâce qu'à notre capacité d'innovation, de réactivité, de précision et aux bonnes relations que nous entretenons avec tous nos partenaires internationaux que nous parvenons à exporter dans le monde entier.

Enfin, je ne peux me retenir de vous citer la fable de Jean de La Fontaine, "La grenouille qui se veut faire aussi grosse que le boeuf":

"Une Grenouille vit un boeuf

Qui lui sembla de belle taille.

Elle qui n'était pas grosse en tout comme un oeuf

Envieuse s'étend, et s'enfle, et se travaille





Pour égaler l'animal en grosseur,
 Disant: Regardez bien, ma soeur;
 Est-ce assez? dites-moi; n'y suis-je point encore?
 Nenni. M'y voici donc? Point du tout. M'y voilà?
 Vous n'en approchez point. La chétive pécore
 S'enfla si bien qu'elle creva."

Le Conseil fédéral et tous les autres groupes ne sont pas plus sages. Ils préfèrent une Suisse à 10 millions d'habitants, prête à exploser, à un contrôle raisonnable ou modéré de notre immigration.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): Le texte de l'initiative est clair et limpide: "la libre circulation des personnes cesse d'être en vigueur dans les douze mois qui suivent l'acceptation" de l'initiative par le peuple et les cantons; "la Suisse règle de manière autonome l'immigration des étrangers"; "aucun nouveau traité international ne sera conclu et aucune autre nouvelle obligation de droit international ne sera contractée qui accorderaient un régime de libre circulation des personnes à des ressortissants étrangers." Pendant une année, le Conseil fédéral pourrait tenter de négocier avec l'Union européenne pour que l'accord actuel sur la libre circulation des personnes cesse d'être applicable et, surtout, pour le modifier. Mais le temps imparti serait d'office trop court et aucun accord ne pourrait être trouvé. Il suffit de se rappeler les difficultés actuelles concernant les discussions sur l'accord-cadre ou toute la problématique que connaît l'Europe avec le Brexit. Il faut laisser du temps au temps, et l'initiative de l'UDC ne nous en laisserait pas. La clause guillotine s'activerait et les accords bilatéraux mourraient de leur belle mort.

Il est bon de rappeler que les accords bilatéraux concernent entre autres la recherche, l'agriculture, les marchés publics, les transports terrestres, le transport aérien ou encore la suppression des obstacles techniques au commerce et, donc, aux exportations. La Suisse ne pourrait conclure de nouveaux accords.

Le texte précise encore que la Suisse réglera "de manière autonome l'immigration des étrangers". La belle affaire! le retour aux contingents des années 1950!

Cette initiative a en tout cas le mérite d'être claire et ses conséquences évidentes. C'est un texte encore plus transparent que celui que le peuple suisse avait accepté de justesse en 2014, dont on subit toujours les conséquences aujourd'hui avec un dossier complexe dont on peine parfois à voir l'issue.

L'UDC, pourtant parti gouvernemental, donc un parti normalement censé contribuer à trouver avec les autres partis des solutions consensuelles pour répondre aux intérêts supérieurs de l'Etat, poursuit au travers de cette initiative son grand rêve, celui d'une Suisse devenue un îlot replié, recroquevillé sur lui-même, seule au milieu du reste du monde, dans ce monde où pullulent de dangereux étrangers qui veulent profiter de nous. Pourtant, notre pays jouit actuellement d'une situation extrêmement favorable et profite de son commerce extérieur, de son tourisme, de ses bonnes relations avec l'étranger.

Il bénéficie de tous les avantages de son ouverture sur le monde – croissance économique, stabilité politique, niveau de vie élevé, situation de paix –, la Suisse étant de fait protégée au milieu de l'Europe et du monde occidental par la puissance économique et militaire déployée par les pays qui nous entourent. La Suisse tire profit de ses relations avec les autres, gagne un franc sur deux à l'étranger et jouit d'une situation tellement stable qu'elle attire les investisseurs étrangers, car l'investissement recherche la stabilité et notre situation actuelle rassure. Il suffit d'imaginer ce qui se passe au Royaume-Uni actuellement pour bien comprendre que la fin des accords bilatéraux, la fin de la libre circulation des personnes, pourrait conduire à des difficultés inimaginables et à une période de troubles et d'instabilité. Voulons-nous d'un Brexit à la sauce helvétique?

Une grande majorité du peuple suisse, échaudée par l'expérience du 9 février 2014, devrait logiquement s'opposer à ce texte et j'ai l'intime conviction que même les plus fins stratèges de l'UDC ne souhaitent pas le succès de leur initiative. Ils recherchent juste ce type de débat pour alimenter la xénophobie latente qui couve dans l'esprit d'une partie du peuple suisse et cela à des fins purement électoralistes.

Il est vrai que nombreuses sont les personnes dans notre pays que les questions migratoires irritent. Certaines se sentent laissées sur le bord de la route et supportent mal cette concurrence de l'étranger, une concurrence ressentie souvent comme une menace. Je pense en particulier aux habitants des régions frontalières et aux personnes près de la retraite, qui ont perdu leur emploi. Il est de notre devoir d'apporter des réponses claires à nos concitoyennes et concitoyens sujets à ces sentiments.

Le Conseil fédéral vient de décider d'aider les personnes en fin de carrière professionnelle qui sont en difficulté par l'introduction d'une rente-pont. En réponse à l'initiative populaire de 2014, notre Parlement a décidé d'offrir aux personnes cherchant un emploi et vivant en Suisse une certaine préséance dans l'accès, par les ORP, aux informations sur les postes de travail à disposition. C'est un pas, mais il faut certainement en faire plus.

Ce que je sais, c'est que dans ma région, le Jura, la question des frontaliers est récurrente et, sur ce sujet, j'ai



l'habitude de répondre aux personnes inquiètes qu'en fait aucune personne frontalière ne vient travailler sur sol suisse sans qu'un patron établi en Suisse ait décidé de l'employer. Pour contrer ce phénomène, il faut des salaires minimums et un renforcement des mesures d'accompagnement à la libre circulation des personnes. Sur ces thèmes, l'UDC ne propose rien.

J'estime qu'il est également de la responsabilité morale des patrons, de celles et ceux qui engagent, d'assumer un rôle déterminant et de clairement privilégier les personnes qui habitent sur le territoire suisse, qu'elles soient suisses ou étrangères.

C'est une initiative pour rien, une initiative dangereuse, une initiative purement électoraliste, et elle mérite la réponse que nous allons lui donner.

Glarner Andreas (V, AG): 8 542 300 Personen lebten per 31. Dezember des letzten Jahres in der Schweiz, davon waren 25,1 Prozent Ausländer – das ist eine Million Menschen mehr als noch 2006. Man erzählt Ihnen, letztes Jahr seien nur 59 338 gekommen; aber das stimmt nicht: Es kamen 140 087. Zwar gehen immer mehr gut integrierte Spanier,

AB 2019 N 1845 / BO 2019 N 1845

Italiener, Portugiesen und Griechen nach Hause, es kommen aber Angehörige ganz anderer Nationen. Das heisst, dass wir nicht nur rund 60 000 Menschen zu integrieren haben, sondern über 140 000. In manchen Schulklassen finden Sie gerade noch ein einziges Schweizer Kind. Deshalb heisst es wohl "Lehrplan 21", weil 21 fremdsprachige Kinder im Schulzimmer sind.

An die links-grünen Klimahysteriker sei die Frage gerichtet: Ist Zuwanderung eigentlich CO₂-frei? Sind es denn nicht die gleichen Gruppierungen, welche auch einer ungehinderten Zuwanderung das Wort reden und fordern, dass jeder Wirtschaftsmigrant bei uns aufgenommen und durch den Sozialstaat verhätschelt wird? Sind sich diese links-grün-alternativen Träumer eigentlich bewusst, dass für diese Zuzüger auch Wohnungen gebaut und Strassen erweitert werden müssen? Dass Lebensmittel, Möbel und Artikel des täglichen Bedarfs produziert und verteilt werden müssen? Dass Abfall eingesammelt werden muss? Dass Infrastrukturen gebaut und betrieben werden müssen? Und ja, dass auch eine florierende Wirtschaft nötig ist, um all diese Wachstumsrealitäten und grünen Utopien bezahlen zu können?

Die verantwortungslose Haltung der sogenannten Wirtschaftsverbände wie Economiesuisse trägt dazu bei, dass unsere Ordnung und unsere Werte zugunsten kurzfristiger Profite geopfert werden. Nur kommen dank der völlig verantwortungslosen Freizügigkeit, der Asylpolitik und dem Familiennachzug eben nicht nur Arbeitskräfte, sondern auch eine grosse Zahl mehrheitlich unterdurchschnittlich begabter, dafür überdurchschnittlich gebärfreudiger Einwanderer, welche sich zum grossen Teil am Honigtopf unseres Sozialsystems laben und unsere Schulen an den Rand des Zusammenbruchs bringen. Und nicht zu vergessen – lassen Sie es mich deutsch und deutlich sagen: Die Gewalt an Frauen ist importiert.

Immer mehr Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich fremd im eigenen Land. Wer in dreizehn Jahren über eine Million mehr Menschen in dieses Land lässt und nun nicht Einhalt gebieten will, der zerstört doch die Werte dieses Landes. Ein ausgebauter Sozialstaat lässt sich nicht mit der Personenfreizügigkeit verbinden; wer das zulässt, zerstört die Werte unseres Landes. Wer dem Islam Vorrang vor unseren christlich-abendländischen Traditionen und Werten gewährt, der zerstört den inneren Frieden unseres Landes. Nun gilt es Einhalt zu gebieten! Wer jetzt nicht handelt, ist mitverantwortlich, wenn wir bald eine 10-Millionen-Schweiz haben!

Nordmann Roger (S, VD): Eine kurze Frage: Herr Kollege Glarner, fasse ich Ihre Ausführungen richtig zusammen, wenn ich sage, es gibt die Klimaerwärmung gar nicht, aber sie ist von den Ausländern verursacht?

Glarner Andreas (V, AG): Nein, aber Sie können doch nicht reklamieren und sagen, wir hätten immer mehr CO₂-Ausstoss, wenn Sie eine Million mehr Menschen in dieses Land reinlassen, die übrigens auch Autos kaufen und benutzen: Das ist der Auswuchs. Die Strassen, die gebaut werden müssen, und der Abfall, der produziert wird, das alles hat einen direkten Einfluss auf das Klima. Ein Afrikaner in Afrika verursacht vermutlich weniger Ausstoss, als wenn er in die Schweiz kommt.

Wermuth Cédric (S, AG): Ich fand, ehrlich gesagt, wir hatten eine sehr interessante Debatte in diesen Tagen. Vor allem habe ich jetzt mit Interesse beobachtet, dass die Initianten – also die SVP – seit Monaten versuchen, sich als Revoluzzer gegen das Wirtschafts-Establishment und die multinationalen Konzerne darzustellen – etwas, was Herr Glarner auch jetzt wieder versucht hat. Das hat eine gewisse Ironie und driftet natürlich auch etwas ins Lächerliche ab. Es war Ihre Politik der letzten zwanzig, dreissig Jahre, genau diese multinationalen



Konzerne auch gegenüber dem lokalen Gewerbe zu bevorzugen. Heute ist es ja auch so, dass all die Spitzenpositionen Ihrer Partei primär mit Multimillionären, Grossindustriellen, Unternehmensberatern, Harvard-Absolventen und Bankern besetzt sind, die genau diese globalistische Schicht von Leuten repräsentieren, die sich eben nicht für die nachhaltige Entwicklung interessiert.

Aber das Schöne war, bei dieser Diskussion und jetzt auch wieder beim Vorredner zu sehen, dass es hier gar nie um eine europapolitische Debatte ging. Das wurde auch schon in der Kommission klar. Es ging auch nie um eine migrationspolitische Debatte. Auch in der Zeit der Kontingente gab es Migration, ja es gab sogar höhere Anteile von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern, als wir das heute mit der Personenfreizügigkeit haben. Es gab immer die Möglichkeit für die Branchen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Das weist auch darauf hin, um was es in dieser Diskussion wirklich geht: Es geht eigentlich um eine innenpolitische Auseinandersetzung, darum, was dieses Land sein soll.

Auf der einen Seite, auf der Seite der Initianten, steht die Konzeption, dass die Schweiz primär ein Arbeitskräftereservoir mit Landesgrenzen für die Unternehmen sein soll, und mit diesen Arbeitskräften kann man dann auch umgehen wie mit Fleisch oder wie mit Broccoli, indem man sie in Kontingenten hin- und herschiebt. In der anderen Konzeption ist aber das, was wir Wirtschaft nennen, in erster Linie dazu da, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, und nicht umgekehrt. Dann ist auch klar, dass man die Menschen und nicht die Unternehmen mit Rechten und Privilegien ausstattet. Genau diese kopernikanische Wende, wie es Paul Rechsteiner einmal richtig gesagt hat, hat die Personenfreizügigkeit mit sich gebracht. Ja, die Personenfreizügigkeit und der Lohnschutz hindern die Unternehmen an der zügellosen Ausbeutung der Menschen. Sie haben verhindert, dass wir einen Tieflohnsektor haben, wie es ihn in Deutschland und in anderen Ländern gibt. Und genau das macht die Stärke des Modells Schweiz aus.

Die Begrenzungs-Initiative, die Sie hier vertreten, begrenzt in keiner Art und Weise die Migration oder die Personenfreizügigkeit in ihrem Ausmass. Das Einzige, was sie begrenzen würde, sind die Zukunftsaussichten meiner Generation. Gerade für die Aargauer wäre es besonders prekär. Der Aargau ist ein Kanton, der auf exzellenten Zugang zu den europäischen Forschungs- und Bildungskreisen angewiesen ist. 20 Prozent, errechnete Swissuniversities, betragen die Verluste von Forschungsgeldern nach der Masseneinwanderungs-Initiative wegen des Ausschlusses von Horizon. Das ist für einen Kanton wie den meinen nicht tragbar. Das würde Institutionen wie die Fachhochschule, wie das PSI im Kern treffen und dieses Land für alle nicht besser, sondern schlechter machen.

Genau das Gleiche trifft bei den Lohnschutzmassnahmen zu, um die es Ihnen ja im Kern geht. Diese würden als Erste fallen, wenn die Personenfreizügigkeit wegfallen würde. Damit, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von rechts, treffen Sie nicht nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie treffen vielmehr insbesondere das Gewerbe in einer Region wie der meinen, das ohne die flankierenden Massnahmen keine Chance mehr hätte, gegen Sozialdumpingfirmen, beispielsweise aus osteuropäischen Staaten, zu konkurrieren. Diese Gewerbler wehren sich darum auch zu Recht mit Händen und Füßen gegen diese Initiative.

Zusammengefasst: Ich bitte Sie im Interesse des Forschungs-, Industrie- und Entwicklungsstandortes, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch des Gewerbes, diese Initiative abzulehnen.

Béglé Claude (C, VD): L'initiative populaire "pour une immigration modérée" vise à ce que l'établissement d'étrangers en Suisse soit réglé de façon autonome, sans référence au principe de la libre circulation des personnes de l'Union européenne, laquelle leur permet de s'établir et de travailler chez nous. Cette initiative prévoit, de surcroît, de négocier avec l'Union européenne la fin de l'accord en vigueur et, en cas d'insuccès, de dénoncer unilatéralement celui-ci.

Il faut reconnaître à l'UDC le mérite d'appeler un chat un chat et d'oser poser, de façon frontale, la question qui fâche. Certes, en cette époque électorale, cela lui permet de ramener au centre du débat politique un thème qui lui est cher mais, en même temps, cela permet à chacun de discuter du fond du problème.

AB 2019 N 1846 / BO 2019 N 1846

Ce fond du problème, quel est-il? Il peut se résumer en deux points: d'une part, les besoins de notre économie en travailleurs qualifiés et, d'autre part, la remise en question de l'acquis des Bilatérales.

Notre économie a de plus en plus besoin de talents, de personnes très compétentes dans leur domaine, car une bonne partie de son succès repose sur l'innovation d'entreprises, grandes ou petites, à la pointe du progrès dans leur domaine spécifique. Or, malgré l'excellence de nos hautes écoles, il nous manque de ces talents dans les quantités nécessaires. En revanche, il se trouve que 54 pour cent des immigrés en provenance de l'Union européenne ont une formation de niveau tertiaire – soit dit en passant, contre 39 pour cent seulement en ce qui concerne les Suisses.





La question peut se poser des emplois moins qualifiés. Jadis, la main-d'oeuvre provenant d'Europe du Sud s'occupait de ces tâches; c'est aujourd'hui partiellement encore le cas. Mais ceux qui le font proviennent de plus en plus des pays du Sud ou de l'Est de la Méditerranée, mais cela est une autre affaire qui n'a rien à avoir avec la libre circulation des personnes de l'Union européenne.

Rappelons que la libre circulation des personnes ne signifie pas pour les ressortissants de l'Union européenne un droit de séjour inconditionnel en Suisse. Au contraire, pour pouvoir s'établir chez nous, il leur faut avoir un contrat de travail valable ou exercer une activité indépendante ou encore pouvoir démontrer qu'ils disposent de moyens suffisants pour subvenir à leurs besoins.

Le solde migratoire a diminué de moitié entre 2013 et 2018 en ce qui concerne les ressortissants de l'Union européenne. D'ailleurs, le pendant de cette immigration est constitué par la population suisse résidant dans les pays de l'Union européenne, à savoir 470 000 de nos concitoyens.

Il est, au passage, ironique de constater que, sans ces nouveaux venus, notre démographie irait en se contractant, que les résidents en provenance de l'Union européenne et de l'AELE contribuent à hauteur de 25,8 pour cent au financement de l'AVS actuelle, alors qu'ils n'en perçoivent pour l'instant que 16 pour cent sous forme de rente.

La libre circulation des personnes – c'est le deuxième thème – est l'une des quatre libertés fondamentales sur lesquelles s'est construite l'Europe communautaire. C'est un principe de base auquel il est peu vraisemblable qu'elle renonce. Or l'accord sur la libre circulation des personnes est l'un des éléments constitutif et indissociable des accords bilatéraux I, incluant aussi des accords sur la suppression des obstacles au commerce, les marchés publics, l'agriculture, le transport terrestre et le transport aérien. Tous ces accords sont liés entre eux par une clause guillotine; il serait insensé de prendre le risque d'en perdre le bénéficiaire.

Certes, l'Union européenne aurait aussi quelque chose à perdre au passage, mais bien moins que nous. Le risque existe que cet îlot de prospérité que constitue la Suisse agace autour d'elle et qu'on ne nous fasse pas beaucoup de cadeaux. Il en va vraiment de notre prospérité. Cela d'autant plus qu'outre les accords bilatéraux I, qui seraient directement touchés par la clause guillotine, l'Union européenne pourrait y ajouter d'autres éléments des accords bilatéraux II: Schengen/Dublin ainsi que les accords à venir, dont celui sur l'électricité. En cas de bras de fer, elle pourrait aller jusqu'à mettre dans la balance des accords qui n'ont rien à voir avec les bilatérales, comme celui relatif au programme de recherche Horizon 2020 ou l'équivalence boursière.

Tout bien pesé, mieux vaut pour la Suisse prendre des dispositions visant à atténuer certains risques liés à la libre circulation des personnes – mesures d'accompagnement, lutte contre le dumping salarial, appui aux travailleurs âgés – que de provoquer de front, pour une question de principe, un partenaire beaucoup plus gros et plus fort que nous.

Il convient donc de recommander le rejet de l'initiative de limitation, de se concentrer, de façon pragmatique, sur la défense de nos emplois ainsi que sur une prospérité qui passe par le fait de rester ouverts et de maintenir de bonnes relations de voisinage avec nos puissants voisins.

Aeschi Thomas (V, ZG): Ich habe Ihnen jetzt aufmerksam zugehört. Am besten haben mir von den Voten der anderen Parteien die Voten der CVP gefallen. Ich zitiere Ruth Humbel, die sagt: "Gemäss dem Sprichwort 'Wo Licht ist, ist auch Schatten' hat auch das Erfolgsmodell Schweiz seine Schattenseiten. Die negativen Folgen von Wirtschaftswachstum und Wohlstand zeigen sich insbesondere bei der Überlastung der Verkehrsinfrastrukturen, den überhöhten Bodenpreisen und Mietzinsen, den Umweltbelastungen sowie den Schwierigkeiten älterer Arbeitsuchender auf dem Arbeitsmarkt." Philipp Matthias Bregy sagt: "Die Probleme können allerdings nicht schöngeredet werden: Die Überlastung der Verkehrssysteme, die Schwierigkeiten im Arbeitsmarkt, gerade für die älteren Mitmenschen, bis hin zur Umweltbelastung – sie bestehen." Geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der CVP, Sie haben das Problem erkannt. Machen Sie das Richtige, und unterstützen Sie die Begrenzungs-Initiative.

Ich gehe weiter zur BDP. Rosmarie Quadranti sagt: "Ausserdem ... ist diese Initiative menschenverachtend. Man will im Grunde ein Kontingentsystem." Ja, sehr schlau, haben Sie das erkannt, Frau Quadranti, wir wollen ein Kontingentsystem, wie das eigentlich alle 180, 190 oder 200 anderen Staaten in Bezug auf die Zuwanderung auch haben: Australien, Kanada, die USA. Was daran genau menschenverachtend sein soll, das verstehe ich nicht ganz. Vielleicht können Sie das dann noch ausführen.

Ich komme zu Herrn Jauslin. Herr Jauslin sagt: "Der Vorwurf, dass damals die Masseneinwanderungs-Initiative nicht gemäss den Initianten umgesetzt wurde, ist tatsächlich nicht ganz von der Hand zu weisen: Das Parlament hat im Gesetzgebungsprozess die Zustimmung des Schweizervolks zu den Bilateralen I höher gewichtet als die buchstabengetreue Umsetzung der Initiative." Ja, Kollege Jauslin von der FDP, es ist doch eine etwas eigenartige Argumentation, dass man ein Abstimmungsergebnis vom 21. Mai 2000 höher gewichtet als eines



vom 9. Februar 2014. Ich bitte Sie, hier die gleichen Regeln anzuwenden wie auch bei anderen Abstimmungen, nämlich dass jüngere Abstimmungen älteren Abstimmungen entsprechend vorgehen.

Frau Markwalder sagt, dass die EU nicht mit sich verhandeln liesse. Die vier Grundfreiheiten seien nicht anstastbar. Frau Markwalder, die EU hat gerade mit der Ukraine, mit Moldawien, mit Georgien, mit der Türkei Abkommen ähnlich dem Rahmenabkommen abgeschlossen, die die drei Grundfreiheiten Warenverkehr, freien Dienstleistungsverkehr und freien Kapitalverkehr beinhalten, aber eben gerade nicht die freie Personenfreizügigkeit, weil man natürlich Angst vor der Zuwanderung von Hunderten Millionen Personen aus der Ukraine oder aus der Türkei in die EU hat. Die EU lässt genau mit sich verhandeln.

Beat Flach von der GLP, der eigentlich in die EU möchte, sagt: "Wir haben nämlich die Rosinen herausgepickt, die für uns wichtig sind." Kollege Flach, schauen Sie sich die Zahlen an! 1,4 Millionen EU-Bürger leben in der Schweiz, und nur 470 000 Schweizer leben in der EU, und davon sind viele Doppelbürger. 330 000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger, insbesondere 176 000 aus Frankreich, 60 000 aus Deutschland und 74 000 aus Italien, arbeiten in der Schweiz. Dagegen arbeiten nur 17 000 Schweizer als Grenzgänger in der EU. Wenn Sie sich die Anzahl Lastwagen, die Camions, die die Schweiz durchqueren, anschauen, dann werden Sie offensichtlich sehen, dass viel mehr EU-Camions die Schweiz durchqueren als Schweizer Camions. Mit anderen Worten: Es ist ein klarer Vorteil für die EU.

Jetzt komme ich zur SP: Samira Marti nennt unsere Initiative eine "Lohndumping-Initiative". Frau Marti, Sie haben gar nichts begriffen. Das Dumping passiert eben gerade, weil die Grenzen offen sind, weil Hunderttausende billige EU-Ausländer in die Schweiz kommen und hier zu Lohndruck führen. Schauen Sie dazu die "Neue Zürcher Zeitung" vom 18. September 2019, Seite 26, an: Die Reallöhne in der Schweiz sind um 0,5 Prozent gesunken und in der EU – in Bulgarien, Ungarn, Polen, Lettland, Tschechien und Rumänien – um bis zu 6 Prozent gestiegen.

Ich komme zu Roger Nordmann: Er spricht von einem "Schweizer Brexit", auch die Bundesrätin hat das bereits

AB 2019 N 1847 / BO 2019 N 1847

erwähnt. Das ist falsch. Das Luftverkehrsabkommen ist bereits heute dynamisch, sehr technisch. Die EU hat deshalb kein Interesse, dieses zu kündigen. Zum Landverkehr: Hier haben wir Zugeständnisse gemacht, "40-Töner" bezahlen maximal 325 Franken für eine Durchquerung der Schweiz; auch hier ist die EU im Vorteil. Zur Landwirtschaft: Hier geht es vor allem um den Käse. Wenn dieses Abkommen dahinfallen würde, wäre das nicht so tragisch. Zum öffentlichen Beschaffungswesen: Hier profitieren vor allem EU-Firmen, weil sie zu höheren Preisen in der Schweiz anbieten können. Zu guter Letzt zum Abkommen über technische Handelshemmnisse: Hier haben wir bei der Medtech-Branche bereits eine Lösung gefunden; es wird eine Zertifizierungsstelle in Berlin geben.

Diese fünf verbleibenden bilateralen Abkommen im Rahmen der Bilateralen I sind mit anderen Worten nicht so kritisch. Wenn sie dahinfallen würden, dann ginge die Welt nicht unter. Hören Sie also auf, das zu überzeichnen.

Haben Sie den Mut, und empfehlen Sie die Begrenzungs-Initiative zur Annahme.

Amadruz Céline (V, GE): Les problèmes que pose l'arrivée de plus d'un million de personnes en une décennie ont déjà été longuement évoqués. Un aspect a pourtant été peu abordé jusqu'ici: celui de la violence à l'égard des femmes.

Le phénomène prend une ampleur inquiétante. Les cas de lésions corporelles, voire pires, ne cessent de défrayer la chronique, ce qui a notamment été dénoncé, sauf erreur, lors de la grève du 14 juin dernier. Malheureusement, le lien entre immigration et violence envers les femmes peine à être reconnu, malgré une étude sans ambiguïté, publiée dernièrement par la Haute Ecole zurichoise des sciences appliquées. Ainsi devons-nous constater que la propension à la violence envers les femmes est trois à quatre fois plus importante chez les jeunes musulmans que chez les protestants ou chez les catholiques.

Selon Eurostat, en 2017, au niveau des violences au sein du couple, la Suisse se classait au troisième rang, avec une fréquence de 0,4 meurtre de femmes pour 100 000 habitants. Seules l'Allemagne et la France font pire avec respectivement 0,55 et 0,5. La France vient de lancer une réflexion sur la question. La recrudescence des crimes d'honneur ou des violences conjugales dans les communautés issues de l'immigration – Maghreb; Proche-Orient; Balkans, Turquie; Orient: Inde, Pakistan, Afghanistan – ne manquera pas d'être évoquée par les associations de défense des femmes, lesquelles déplorent le manque d'études sous l'angle communautaire.

Avec la libre circulation telle que nous la subissons aujourd'hui, nous devons accepter l'arrivée de personnes potentiellement violentes que nous avons toutes les peines à renvoyer, compte tenu des critères très restrictifs permettant une mesure d'éloignement. Même si le thème des violences communautaires reste largement



tabou, il n'en est pas moins important. Dans une Suisse de dix millions d'habitants, nous ne ferions qu'envenimer un problème que le politiquement correct nous empêcherait d'empoigner. Les femmes en paieraient une nouvelle fois le prix.

Siegenthaler Heinz (BD, BE): Nun bin ich etwas konfus: Werden jetzt schon die Lastwagen zu den Einwanderern gezählt, wie ich das vorhin im Votum von Herrn Aeschi gehört habe? Ich sehe das anders. Auch wenn heute ein anderes Thema die politische Agenda dominiert, so ist doch die Beziehung unseres Staates zur EU ein ebenso wichtiges und komplexes Themenfeld. Und dieses komplexe Thema lässt sich ja wunderbar bewirtschaften, aus welchen Gründen auch immer.

Nun haben wir – und darüber bin ich froh – eine Volksabstimmung, bei der dem Volk endlich klarer Wein eingegossen wird. Die Kündigungs-Initiative stellt eine klare Frage an die Stimmbevölkerung: Ja oder nein zur Personenfreizügigkeit? Und damit auch: Ja oder nein zum bilateralen Weg? Danach werden wir ein klares Resultat haben, und diese Bewirtschafterei wird dann hoffentlich ein Ende haben. Alles andere, was hier auch noch aufgezählt und vermischt wurde, ist nur Beilage und hat gar nichts mit der Initiative zu tun. Es ist kein Brexit, da wir ja, zu Recht, nicht EU-Mitglied sind. Es geht weder um die Zuwanderung im Allgemeinen, aus Amerika oder aus Australien, noch um das Rahmenabkommen oder die Flüchtlinge oder um Schengen oder um Afrikaner und Islamisten, wie Herr Glarner uns das hier weismachen wollte. Es geht um die Personenfreizügigkeit mit der EU, also mit Menschen aus EU-Staaten.

Das klare Ziel der Kündigungs-Initiative würde bei einer Annahme auch klare Folgen zeigen: ein aussenpolitischer Rückschritt zurück zum Saisonierstatut, das ernsthaft niemand mehr will, sowie eine Abwendung vom erfolgreichen bilateralen Weg hin zu einer völlig unsicheren Zukunft in der Beziehung zu unseren europäischen Nachbarn. Ich denke, dass diese Initiative sogar das Ziel eines Zuwanderungsrückgangs erreichen könnte, weil der Wegfall der wichtigen Bilateralen I einen so grossen wirtschaftlichen Schaden anrichten würde, dass die Schweiz in vielen Bereichen unattraktiv wäre, eben wie ein unattraktiver Betrieb, bei dem die Kunden wegbleiben und die Mitarbeitenden davonlaufen.

So freue ich mich auf die kommende Volksabstimmung, weil die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes schon mehrmals Ja zum bilateralen Weg gesagt haben und weil sie den wirtschaftlichen Erfolg nicht aufs Spiel setzen wollen. Die Mehrheit will Fortschritt und nicht Rückschritt. Die Leute wissen, dass wir ein geregeltes Verhältnis mit der EU brauchen, wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen. Die Alternativen wären EU-Beitritt oder Isolation – und für beides werden Sie sicher keine Mehrheit finden.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind mutiger, als sie von den Initianten eingeschätzt werden. Sie erkennen die positiven, aber auch die negativen Seiten der Zuwanderung. Sie werden aber nicht auf die Angstmacherei der Initianten hereinfallen, weil sie wissen, dass sich die Welt vorwärtsdreht und es bei auftretenden Problemen gescheiter ist, schwimmen zu lernen, als zu versuchen, sich eine eigene Insel zu bauen – dies getreu nach der Präambel unserer Verfassung, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht. Denn wer sich hinter Grenzen versteckt und aus Angst vor der Zukunft zurück in die gute alte Zeit will, der benutzt seine Freiheit nicht; der ist weder frei noch souverän.

Ich bitte Sie, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Rösti Albert (V, BE): Es braucht hier schon einige Korrekturen und Richtigstellungen. Ich möchte zuerst drei Feststellungen machen, denn es wurden hier in mehreren Voten ganz bewusst Falschinformationen gestreut. Das tun Sie hier immer und immer wieder.

1. Fachkräftemangel: Wenn Sie der Begrenzungs-Initiative zustimmen, haben wir wieder die Möglichkeit, jene Fachkräfte, die die Schweiz braucht, in vollem Umfang und aus jenen Ländern, aus denen wir sie brauchen, zu rekrutieren, nämlich aus den USA und aus Asien. Hier wurden die Kontingente für Menschen aus Drittstaaten nach der Masseneinwanderungs-Initiative bewusst eingeschränkt, Herr Pardini. Die Begrenzungs-Initiative hat nichts, aber auch gar nichts damit zu tun, dass wir keine Fachkräfte erhalten.

2. Abschottung und Ausländerfeindlichkeit – vorhin haben wir den Begriff "Isolation" gehört -: Es ist ein Problem der Schweiz, wenn wir Anreize schaffen, dass Ausländerinnen und Ausländer hierherkommen, keine Stelle finden und in die Sozialhilfe getrieben werden; es ist nicht deren Problem. Wir schaffen die falschen Anreize, wir verschieben das Problem damit sogar auf Ausländer, die bereits hier ansässig sind und die in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden – Sie kennen die Zahlen. Das hat nichts mit Isolation zu tun. Die Schweiz war immer weltoffen, auch vor 2006, als wir die Zuwanderung noch gesteuert haben.

3. Bilaterale oder Steuerung der Zuwanderung: Damit müssen Sie jetzt wirklich einmal aufhören! Sie wissen es ganz genau: Es gibt 120 bilaterale Verträge – ich richte mich hier auch an die Medien, sofern sie da sein sollten, und sonst werden Sie es hier trotzdem hören –, aber man spricht immer von den "Bilateralen". Welches



ist der wichtigste Vertrag? Der Freihandelsvertrag ist nicht gefährdet. Die anderen rund 120 Verträge sind nicht gefährdet. Die Guillotineklausel gilt einzig für sechs Verträge. Diese sechs Verträge sind nun

AB 2019 N 1848 / BO 2019 N 1848

einmal nicht matchentscheidend für die Wirtschaft in diesem Land! Sie sind schlicht nicht matchentscheidend, das wissen Sie haargenau. Die EU wird ein Interesse daran haben, sollte dereinst die Begrenzungs-Initiative angenommen werden, hier einzulenken, und sie wird die Guillotineklausel innerhalb eines Jahres für nichtig erklären. Niemand kann, dank dem Landverkehrsabkommen, so billig durchs Land fahren wie sie. Niemand kann, dank dem Landwirtschaftsabkommen, so viel Käse importieren wie sie.

Und dann noch zur Forschung: Sie wollen sich doch nicht am Mittelmass der EU ausrichten! Ich bitte Sie: Die ETH hat Besseres verdient, sie will sich an den Universitäten in Oxford und London, die zu den ersten zehn Universitäten zählen, und an Amerika ausrichten; sie will sich an der Exzellenz ausrichten. Bei technischen Handelshemmnissen, da haben wir ja jetzt gerade wieder ein Beispiel mit der Medizinaltechnik, weiss sich die Branche zu helfen.

Hören Sie auf, und bringen Sie endlich Lösungen! Ich habe keine einzige Lösung gehört hier vorne, wie Sie die Zuwanderung – eine Million Zuwanderer in dreizehn Jahren – jetzt bremsen wollen. Wenn die Zuwanderung weiter anhält und in den nächsten fünfzehn Jahren gleich viele Leute kommen, haben wir innerhalb dieser Zeitspanne die 10-Millionen-Schweiz. Das ist von der Infrastruktur her nicht verträglich, das erträgt unser Gesundheitssystem nicht, das erträgt unser Sozialsystem nicht. Sie wissen überhaupt nicht, wie dieses Problem dereinst zu lösen ist.

Eine derartige Zuwanderung erträgt vor allem der soziale Frieden in diesem Land nicht. Schon heute haben über 50-Jährige Mühe, eine Stelle zu finden; das anerkennt offenbar auch der Bundesrat und insbesondere die Frau Bundesrätin. Sie anerkennen die Probleme der über 50-Jährigen, wollen die Probleme aber zudecken, mit einer neuen Rente, mit Hunderten von Millionen Franken, mit dem teuersten Abstimmungskampf aller Zeiten. Sie wollen diese Probleme zudecken, gleichzeitig den Frauen dann aber sagen, sie sollen ein Jahr länger arbeiten, und junge, günstige Arbeitskräfte in dieses Land lassen. Herr Pardini, wie wollen Sie das in Einklang miteinander bringen? Wie wollen Sie diese Rente damit in Einklang bringen? (*Interruzione della presidente: Signor Rösti, deve concludere!*) Die Leute wollen Arbeit, unsere älteren Leute wollen Arbeit und nicht eine Rente. Diesen Abstimmungskampf mit Hunderten von Millionen Franken an Steuergeldern in diesem Land zu führen, erachte ich als Skandal, wenn man gleichzeitig das Problem der Zuwanderung von günstigen Arbeitskräften (*Interruzione della presidente: Signor Rösti, deve concludere!*) aus aller Herren Länder nicht lösen will.

Ich bitte Sie, hier vernünftig zu sein und die Begrenzungs-Initiative zur Annahme zu empfehlen; dies auch, Herr Siegenthaler, wegen der Biodiversität. Dass es Ihnen als Bauer (*Interruzione della presidente: Signor Rösti, per piacere, ha superato il suo tempo!*) egal ist, hektarenweise Land zu überbauen, das begreife ich definitiv nicht!

La presidente (Carobbio Guscelli Marina, presidente): Signor Rösti, ha superato ampiamente il suo tempo di parola.

Jans Beat (S, BS): Herr Rösti, Ihre Partei hat die Millionenzuwanderung beklagt, und Sie haben jetzt wiederholt gesagt, wir hätten kein Problem mit Fachkräften, die wir aus dem Ausland brauchen. Was gilt jetzt? Wie viel weniger Zuwanderung werden wir haben, wenn die Begrenzungs-Initiative angenommen ist, und wie viel weniger Grenzgänger und Grenzgängerinnen werden wir haben? Legen Sie sich fest!

Rösti Albert (V, BE): Der Bundesrat hat, als wir die Personenfreizügigkeit angenommen haben, selbst gesagt, wir hätten mit 8000 Zuwanderern zu rechnen. Gekommen ist das Zehnfache! Also wird die Steuerung der Zuwanderung nach dem früheren System – Sie kennen die Statistik – eine deutliche Reduktion bringen. Wir brauchen doch im Baugewerbe und im Gastgewerbe keine Zuwanderer, wenn wir in diesen Bereichen gleichzeitig 8 Prozent Arbeitslose haben. Sie können die Statistik selber anschauen. Fachkräftemangel haben wir vielleicht im Bereich der Ingenieure, im Bereich der Mediziner, des Pflegepersonals. Dort liegen die

**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Dreizehnte Sitzung • 25.09.19 • 09h00 • 19.026
Conseil national • Session d'automne 2019 • Treizième séance • 25.09.19 • 09h00 • 19.026



Zuwanderungszahlen in der Summe etwa bei 10 000, nicht bei 50 000 – voilà!

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.50 Uhr
La séance est levée à 12 h 50*

AB 2019 N 1849 / BO 2019 N 1849



19.026

**Für eine massvolle Zuwanderung
(Begrenzungs-Initiative).
Volksinitiative**

**Pour une immigration modérée
(initiative de limitation).
Initiative populaire**

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.09.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.12.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

Präsident (Brand Heinz, zweiter Vizepräsident): Wir fahren mit der Debatte über die Volksinitiative weiter.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Die eidgenössische Volksinitiative "für eine massvolle Zuwanderung", die sogenannte Begrenzungs-Initiative, verlangt vom Bundesrat, das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU innerhalb von zwölf Monaten einvernehmlich ausser Kraft zu setzen oder, falls innerhalb dieser Frist keine einvernehmliche Lösung erzielt werden kann, es innert weiteren dreissig Tage einseitig zu kündigen.

Der Bundesrat hat am 7. Juni 2019 die Botschaft zur Begrenzungs-Initiative an das Parlament verabschiedet und sein Nein zu dieser Initiative bekräftigt. Er beantragt dem Parlament, die Begrenzungs-Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen und ihr auch keinen direkten Gegenentwurf oder indirekten Gegenvorschlag entgegenzustellen.

Die Initiative hätte aus Sicht des Bundesrates verschiedene schädliche Konsequenzen für die Schweiz. Die Personenfreizügigkeit ist bekanntlich eine der vier Grundfreiheiten des EU-Binnenmarktes. Es steht auch ausser Frage, dass die Freizügigkeit Vor- und Nachteile hat – so wie jeder Vertrag Vor- und Nachteile hat. Aber das Volk hat den Bilateralen I

AB 2019 N 1856 / BO 2019 N 1856

zugestimmt, obwohl es wusste, dass diese Verträge untereinander mit einer Guillotineklausel verbunden sind. Damit habe ich nicht gesagt, dass ich die Guillotineklausel gut finde. Ganz im Gegenteil: Ich wünschte mir, wir hätten diese damals nicht akzeptieren müssen. Aber der Vertrag ist, wie er ist.

Wer sich nun vorstellt, dass die EU bereit sein wird, mit der Schweiz zu verhandeln, damit wir aus der Personenfreizügigkeit aussteigen können, ohne den Rest des bilateralen Weges aufzugeben, verkennt die jüngere Geschichte. Die Erfahrungen rund um die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative haben uns deutlich gezeigt, dass die EU für solche Zugeständnisse gegenüber der Schweiz wenig Verständnis hat. Im Rahmen der Verhandlungen zum Rahmenabkommen ist es der Schweiz bekanntlich nicht gelungen, die Guillotineklausel zu entfernen. Das Klima um den Brexit zeigt uns auch, wie geschlossen die EU in solchen Verhandlungen auftritt, auch gegenüber einem politisch mächtigeren Land als der Schweiz. Das ist die realistische Beurteilung der Ausgangslage. Wenn wir über diese Initiative sprechen, müssen wir ehrlich sein.

Unvorteilhaft ist zudem, dass die Gegenpartei weiss, dass uns die Bundesverfassung im Falle einer Annahme der Begrenzungs-Initiative dazu verpflichten würde, innerhalb eines Jahres das Freizügigkeitsabkommen wegzuverhandeln oder dann eben zu kündigen. Dies würde die Verhandlungsposition der Schweiz schwächen. Es würde mitunter dazu führen, dass man ein schlechtes Ergebnis akzeptieren muss, weil man unter Zeitdruck steht.

Die Zuwanderung im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens, die stark auf den Arbeitsmarkt konzentriert ist, hat in der Vergangenheit massgeblich zur Erhöhung der Erwerbsbevölkerung und zur Entschärfung des Fachkräftemangels beigetragen. Eine Ergänzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials durch ausländische Ar-





beitskräfte wird zudem immer wichtiger, weil die Schweizer Bevölkerung in den kommenden Jahren deutlich altern wird. Die Erwerbsbevölkerung ist rückläufig, nicht nur in der Schweiz, sondern in Europa insgesamt.

In der Debatte haben verschiedene Votanten darauf hingewiesen, dass die Prognose über die Zuwanderung bei der damaligen Abstimmung über die Bilateralen I falsch war. Ja, das ist so. Allerdings umfasste die EU damals 15 Mitgliedstaaten, und die Konjunktur war relativ schwach. Erst ab 2005 folgten die Boomjahre. Dann folgte bekanntlich die Wirtschaftskrise 2008/09, die die umliegenden Staaten härter als die Schweiz getroffen hat. 2011 kam es zur Eurokrise und zum ersten Frankenschock. Seit 2017 haben wir ein gedämpftes Wirtschaftswachstum. Damit bestätigt sich die Binsenwahrheit, wonach die Konjunktur die Nachfrage nach Arbeitskräften steuert, auch jene nach ausländischen Arbeitskräften.

Herr Nationalrat Gregor Rutz hat in seinem Votum gesagt, die Schweiz müsse die Zuwanderung wieder eigenständig steuern. Da habe ich mich gefragt: Was meint man eigentlich mit "eigenständig"? Sind das die Jahre zwischen 1960 und 1974, in denen die Bruttozuwanderung 108 000 Personen pro Jahr betrug? Hinzuzurechnen sind hier noch 205 000 Saisonniers.

Ab 2014 betrug der Ausländeranteil in der Schweiz überdies bereits 20 Prozent. Zurzeit beträgt der Wanderungssaldo etwa 31 200 Personen und ist deutlich tiefer als in den letzten Jahren. Das ist das Niveau bei der Einführung der Personenfreizügigkeit. Wir haben eine rückläufige Zuwanderung.

Aber ich kann mich gut an die Zeiten der Kontingente erinnern. Ich bin ja bekanntlich in einem Gewerbebetrieb aufgewachsen, und wir waren auch auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, im Service, in der Küche. Ja, es war damals schon schwierig, Schweizerinnen und Schweizer für solche Berufe zu gewinnen. Alle Gewerbler im Saal, die diese Zeit erlebt haben, wissen, dass die Zuteilung von Arbeitskräften im Kontingentsystem oft im Windhundverfahren geschah. Die kleinen Betriebe hatten gegenüber den grossen das Nachsehen. Das System war wenig transparent. Als Regierungsrätin habe ich noch – ich bin im Jahr 2000 ins Amt gekommen – erlebt, wie bürokratisch die Zeiten der Kontingente waren.

Einige Votanten haben in der Debatte auch die Frage aufgeworfen, ob wir eine 10-Millionen-Schweiz wollen. Für mich ist das die Logik der Ecopop-Initiative. Es ist eine quantitative Betrachtung. Ich habe es vorher gesagt: Die Demografie zeigt auf, dass die Bevölkerung in der Schweiz zurückgeht, und auch die Bevölkerung in Europa geht zurück.

Die Initiative verpflichtet den Bundesrat, das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU einseitig zu kündigen, wenn die Verhandlungen innerhalb der vorgegebenen zwölfmonatigen Frist scheitern. Damit würde nicht nur das Freizügigkeitsabkommen bereits sechs Monate nach Erhalt der Notifikation über die Kündigung automatisch ausser Kraft treten, sondern aufgrund der bereits genannten Guillotineklausel würde das auch mit den übrigen Abkommen der Bilateralen I geschehen. Ganz konkret würden von einem Moment auf den anderen auch die Abkommen zum Landverkehr, zum Luftverkehr, zur Landwirtschaft, zu den technischen Handelshemmnissen, zur Forschung und zum öffentlichen Beschaffungswesen wegfallen. Damit droht der Schweiz die Gefahr eines vertragslosen Zustands.

Die Schweiz stünde also nach spätestens sechs Monaten ohne diese bilateralen Abkommen da, die für den Zugang der Schweizer Wirtschaft zum EU-Binnenmarkt absolut zentral sind. Dabei geht vergessen, dass die Schweiz mit ihrer Wirtschaft stärker in den Binnenmarkt integriert ist als viele Staaten der Europäischen Union. Wenn man den Export und den Import von Waren und Dienstleistungen sowie die Direktinvestitionen und die Zuwanderung betrachtet, dann ist die Schweiz wirtschaftlich stärker integriert als die meisten EU-Länder. Diese enge Marktverflechtung muss man sich vor Augen halten, wenn man den bilateralen Weg riskiert. Ich glaube, es war Herr Jauslin, der gesagt hat, die Initiative sei ein Frontalangriff auf die wirtschaftlichen Verträge mit der EU, und er hat Recht. Die Leidtragenden wären überdies einmal mehr nicht die grossen Konzerne, die sich schon lange abgesichert und arrangiert haben und auch bereits einen Sitz in der Europäischen Union installieren konnten. Die Leidtragenden wären die standortgebundenen KMU.

Ohne die Bilateralen I ist indirekt auch eine Reihe von weiteren Abkommen zwischen der Schweiz und der EU gefährdet, z. B. die Teilnahme der Schweiz an Schengen/Dublin. Diese beiden Abkommen sind zwar Teil der Bilateralen II und daher nicht formell mit der Personenfreizügigkeit verknüpft. Die Personenfreizügigkeit ist aber die Grundlage für die Assoziierung der Schweiz an den Schengen-Besitzstand. Es bestünde daher die Gefahr, dass die EU auch das Schengen-Abkommen infrage stellt; fällt Schengen, dann fällt auch Dublin. Ich rufe nochmals in Erinnerung, dass wir mit Dublin jährlich etwa 270 Millionen Franken einsparen, weil wir Drittgesuche, Asylgesuche an den zuständigen Erstaufnahmestaat überweisen können.

Es besteht kein Zweifel: Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit würde den bilateralen Weg als Ganzes bedrohen. Es wäre sozusagen ein "Schweizer Brexit". Ich weiss, dass Sie diesen Vergleich nicht so gerne hören, Herr Nationalrat Aeschi hat das heute Morgen auch wieder gesagt. Ich habe mir das auch noch einmal überlegt, aber angesichts der Tatsache, dass die Schweiz wirtschaftlich stärker mit der EU verflochten ist als



manche EU-Länder, und angesichts des Umstandes, dass eine Kündigung des Freizügigkeitsabkommens den Wegfall der Bilateralen I zur Folge hätte, scheint mir das doch vergleichbar.

Dann muss man eines sehen: Die Verhandlungsbedingungen für die Schweiz wären bei einer Annahme der Initiative wahrscheinlich einschneidender und schwieriger als jene, die das UK mit der EU angetroffen hat. Bei einem EU-Mitglied wie Grossbritannien sieht der Vertrag von Lissabon vor, dass bei einem Austritt die Modalitäten über diesen Austritt zwischen dem besagten Staat und dem Europäischen Rat innerhalb von zwei Jahren verhandelt werden müssen. Der Europäische Rat kann die Frist im Einvernehmen mit dem betroffenen Staat verlängern. Das ist ja bekanntlich beim Vereinigten Königreich passiert. Das Freizügigkeitsabkommen hingegen enthält keine solche Verhandlungspflicht.

Mit Annahme der Begrenzungs-Initiative würde sich die Schweiz eine einseitige Verhandlungspflicht auferlegen,

AB 2019 N 1857 / BO 2019 N 1857

welche die EU nicht bindet. Die zeitlichen Vorgaben der Begrenzungs-Initiative sind klar: eine zwölfmonatige Verhandlungs- bzw. eine dreissigtägige Kündigungsfrist. Eine Verlängerung wäre nur möglich, wenn die Bundesverfassung erneut geändert würde. Gerne rufe ich in Erinnerung, was auch in der Botschaft zu lesen ist, dass nämlich nicht nur die Personenfreizügigkeit mit den EU-Staaten, sondern auch jene mit den Efta-Staaten betroffen wäre.

Der Bundesrat steht zur Personenfreizügigkeit und zum bilateralen Weg. Er will aber auch nur so viel Zuwanderung wie nötig. Der Bundesrat hat auch stets anerkannt, dass die Personenfreizügigkeit mit Herausforderungen verbunden ist. Herr Aeschi hat heute Morgen gesagt: Wo Licht ist, ist auch Schatten. Das ist so. Die Herausforderungen sind dabei nicht in allen Landesteilen die gleichen und gleich ausgeprägt. So hat die Personenfreizügigkeit für die einzelnen Regionen der Schweiz unterschiedliche Auswirkungen.

En Suisse romande, le solde migratoire des ressortissants de l'Union européenne est plus élevé que la moyenne suisse. Ce constat peut aussi être fait pour la main-d'oeuvre frontalière. Pour ce qui est de la population active, la part de ressortissants de pays bénéficiant de la libre circulation des personnes est aussi plus élevée qu'en Suisse alémanique. Reste que le constat est sans appel: la libre circulation des personnes et l'ensemble des accords bilatéraux ont bien eu un effet dynamisant sur l'ensemble de l'économie.

Pour jauger la situation actuelle, il faut se souvenir du marasme du début des années 1990 et des perspectives que les accords bilatéraux ont ouvertes. Mais il est évident que cette ouverture peut aussi avoir des conséquences moins désirables sur la structure du marché du travail. Pour cette raison, cette dynamique a été accompagnée – et le sera à l'avenir, – et, avec mon collègue conseiller fédéral Alain Berset, nous avons présenté un certain nombre de mesures dans le courant du mois de mai dernier. L'objectif de ces mesures est de soutenir la main-d'oeuvre indigène afin de faire face aux besoins de l'économie suisse. Il s'agira aussi de faciliter l'accès à des formations et offrir un encadrement adapté aux personnes d'un certain âge sur le marché du travail. La création d'une prestation transitoire en fin de carrière est également prévue pour les chômeurs en fin de droit de plus de 60 ans.

In Ticino abbiamo constatato gli stessi sviluppi come nella Svizzera romanda. Bisogna riconoscere che l'impatto dell'apertura del mercato del lavoro è stato addirittura più forte. La vicinanza di grandi agglomerazioni come Milano, Como e Varese e la crisi economica in Italia hanno aumentato la pressione. Siamo anche consapevoli che la presenza di manodopera frontaliere è particolarmente forte in Ticino. Ricordo che questa manodopera rappresenta il 27,5 per cento degli occupati. Anche l'evoluzione dei salari è stata fortemente influenzata da questa apertura. Negare la pressione sui salari sarebbe irresponsabile.

Di fronte a questa realtà il Consiglio federale e l'Assemblea federale hanno adottato diverse misure di accompagnamento alla libera circolazione delle persone. La collaborazione tra le parti sociali, i sindacati, i datori di lavoro, i cantoni e la Confederazione è fondamentale. Tutti questi attori condividono la responsabilità di correggere le imperfezioni nel sistema. Anche l'importanza dei contratti normali di lavoro è stata riconosciuta. I meccanismi di controllo previsti nelle nostre leggi devono essere utilizzati con il rigore necessario. I cantoni hanno inoltre la possibilità di emanare, laddove necessario, contratti normali di lavoro. Qui le parti sociali ticinesi svolgono un ruolo importante che va sostenuto.

Come capo del Dipartimento federale di giustizia e polizia sono convinta della necessità di affrontare queste sfide con determinazione. Il 15 maggio 2019, con il mio collega consigliere federale Berset, abbiamo presentato una serie di misure supplementari per garantire che le imprese svizzere reclutino, per quanto possibile, in Svizzera la manodopera di cui hanno bisogno.

La libera circolazione delle persone serve per reclutare manodopera anche all'estero senza lungaggini burocratiche. Ma deve generare soltanto l'immigrazione necessaria.



Die Personenfreizügigkeit hat gewichtige Vorteile für die Schweiz. Sie hat aber auch verschiedene Auswirkungen auf die verschiedenen Landesteile. Dort, wo Handlungsbedarf besteht, soll den Herausforderungen gezielt mit Massnahmen begegnet werden. Der Bundesrat hat die Personenfreizügigkeit von Anfang an – also bereits bei den Bilateralen I – mit Massnahmen flankiert, die er in den letzten Jahren gezielt ergänzt hat. Die flankierenden Massnahmen dienen dem Schutz der Arbeit und der Lohnbedingungen für die inländischen und ausländischen Arbeitnehmer. Sie sollen aber auch faire Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen und das Gewerbe gewährleisten. Der Bundesrat steht weiterhin klar dafür ein, das heutige Niveau des Lohnschutzes zu garantieren.

Nach der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative hat das Parlament die Stellenmeldepflicht für Branchen mit einer über dem Durchschnitt liegenden Arbeitslosigkeit eingeführt. Davon profitieren arbeitslose inländische Arbeitnehmende. Der Gesetzgeber hat im Rahmen der Umsetzung der Stellenmeldepflicht zudem die Möglichkeit vorgesehen, dass die Kantone bei erheblichen Problemen, insbesondere bei solchen, die durch Grenzgängerinnen und Grenzgänger verursacht werden, beim Bundesrat weitere Massnahmen beantragen können. Die Einführung der Stellenmeldepflicht und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt werden selbstverständlich, insbesondere in den Grenzregionen, genau beobachtet werden.

Mitte Mai hat der Bundesrat zudem weitere Massnahmen beschlossen, um das inländische Arbeitskräftepotenzial zu fördern. Mit diesen Massnahmen wollen wir besser begleiten, besser vorbereiten und besser integrieren. Die Chancen insbesondere der älteren Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt sollen insgesamt verbessert werden. Und wir wollen Härtefälle gezielt abfedern. Konkret geht es um Massnahmen zur Aus- und Weiterbildung, zur Verbesserung der Wiedereingliederung von schwer vermittelbaren Arbeitslosen und Ausgesteuerten. Hier liegt der Fokus auf den älteren Arbeitnehmenden. Zudem geht es um die gezielte Heranführung von Ausländergruppen an die Ausbildung und den Arbeitsmarkt. Und es geht auch um eine Überbrückungsleistung für ausgesteuerte ältere Arbeitnehmende in finanziell bescheidenen Verhältnissen, die ansonsten in die Sozialhilfe gedrängt würden.

Diese Massnahmen wurden von den Sozialpartnern auf eine sehr konstruktive Art entwickelt. Die Sozialpartnerschaft ist ein wesentlicher Bestandteil des Erfolgsmodells Schweiz. Auf diese Weise konnten wir bisher sicherstellen, dass die Arbeitnehmenden in der Schweiz durch die Personenfreizügigkeit nicht verdrängt, sondern ergänzt werden. Das soll auch so bleiben. Insbesondere für Regionen, in denen eine hohe Zuwanderung und ein grosser Anteil von Grenzgängerbeschäftigung zu verzeichnen sind, sind solche Massnahmen wichtig. Der Bundesrat ist überzeugt, dass die Personenfreizügigkeit trotz gewisser Herausforderungen insgesamt der Schweiz dient und den Wohlstand fördert.

Est-ce bien le moment de remettre en question les relations stables avec nos voisins, alors que le Secrétariat d'Etat à l'économie s'inquiète de l'évolution économique de ces prochains mois, alors que les incertitudes sur la stabilité globale de l'économie se multiplient? La réponse est clairement non.

L'accettazione dell'iniziativa significherebbe senza dubbio una minaccia per la via bilaterale nel suo complesso e per l'occupazione e il benessere nel nostro paese a lungo termine. Abbandonando la via bilaterale si correbbe il rischio di una Brexit svizzera. Fare questo salto verso l'ignoto sarebbe semplicemente irresponsabile. Die Initiative gefährdet unseren Wohlstand, setzt Arbeitsplätze in der Schweiz aufs Spiel und stellt die stabile Beziehung zu unserem wichtigsten Handelspartner grundlegend infrage. Der Bundesrat beantragt deshalb die Ablehnung der Begrenzungs-Initiative. Er bekennt sich damit nicht nur zur Personenfreizügigkeit, sondern fällt auch den Grundsatzentscheid, den bilateralen Weg weiterzuführen.

Aeschi Thomas (V, ZG): Frau Bundesrätin Keller-Sutter, in zehn, zwölf Jahren haben wir eine 10-Millionen-Schweiz, weitere zehn Jahre später eine 11-Millionen-Schweiz. Wie viele Millionen wollen Sie in der Schweiz haben?

AB 2019 N 1858 / BO 2019 N 1858

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Herr Nationalrat Aeschi, ich habe es vorher schon gesagt: Dieses Argument ist etwas der Ecopop-Initiative entnommen; es ist eine quantitative Frage. Ich kann Ihnen aber nicht sagen, wie sich die Konjunktur in den nächsten zehn Jahren entwickeln wird. Wir wissen, dass in den nächsten zehn Jahren eine Million Arbeitnehmende in der Schweiz in den Ruhestand gehen werden und nur 500 000 nachkommen. Wir wissen auch, dass die Bevölkerung in der Europäischen Union schrumpft – auch wegen der Demografie. Das bedeutet, dass es eher einen Kampf um die Menschen, die arbeiten, und um qualifizierte Personen, die in einem dieser Länder tätig sind, geben wird.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung: Herr Röstli hat heute Nachmittag noch gesagt, wir könnten auch Leute aus den USA, aus Asien rekrutieren. Ich könnte Ihnen die Gegenfrage stellen: Wie viele wollen Sie? Im Moment



– ich habe es gesagt – beträgt der Wanderungssaldo 31 200 Personen, weiter sind noch 8500 Personen in Drittstaatenkontingenten. Wenn Sie diese Leute kommen lassen, dann ersetzen Sie einfach die Deutschen, Österreicher, Italiener, Franzosen und Portugiesen durch die Asiaten und Amerikaner. Sie haben dann nicht weniger Leute. Sie müssen die Arbeit, die getan werden muss, immer noch machen. Sie haben dann aber vielleicht Leute aus einem Raum, der kulturell und sprachlich der Schweiz weniger nah ist als beispielsweise Deutschland, Frankreich, Österreich oder Italien. Man muss auch bedenken, dass man die Beziehung mit diesen Ländern – unseren Nachbarstaaten – damit kappen würde.

Matter Thomas (V, ZH): Frau Bundesrätin, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann habe ich etwas Haarsträubendes gehört von Ihnen, nämlich dass der Brexit des Vereinigten Königreichs weniger schlimm sein soll als die Kündigung der Personenfreizügigkeit.

Sind Sie sich bewusst, dass das Vereinigte Königreich am 1. November ohne irgendein Freihandelsabkommen dasteht? Wie können Sie um Himmels willen den Brexit mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit auch nur ansatzweise vergleichen?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich danke Ihnen, Herr Nationalrat Matter, für diese Frage; sie gibt mir die Gelegenheit, das richtigzustellen.

Ich habe gesagt, dass die Verhandlungsbedingungen für die Schweiz schwieriger wären, weil wir eine einseitige Verhandlungspflicht hätten, denn im Freizügigkeitsabkommen ist bezüglich Kündigung nichts geregelt. Das heisst also, die Schweiz würde zur Bittstellerin, müsste mit der EU Verhandlungen führen, müsste diese bitten, diese Verhandlungen überhaupt zu führen, ansonsten ein Jahr später dann die Freizügigkeit gekündigt würde. Der Lissabonner Vertrag hingegen sieht eben vor, dass es, wenn Mitglieder der Europäischen Union ausscheiden, eine zweijährige, gegenseitige Verhandlungspflicht gibt. Das heisst: Die EU war verpflichtet, mit dem UK zu verhandeln; das habe ich gesagt. Die Verhandlungsbedingungen sind schwieriger für die Schweiz, als sie es für das UK sind.

Natürlich hätten wir den Freihandelsvertrag. Aber wenn Sie dort einmal schauen, was das beinhaltet, dann ist das zwar nicht nichts; es ist gut. Wir haben 120 Verträge, wobei etwa 20 Hauptverträge sind, und dann haben wir viele Verträge, die einfach den Austausch, das Zusammenleben usw. regeln. Aber das Niveau ist natürlich wesentlich tiefer. Der Marktzugang kann nicht mit jenem aufgrund des bilateralen Abkommens verglichen werden.

Riklin Kathy (C, ZH): Frau Bundesrätin, nur damit es klar ist: Für mich ist die Personenfreizügigkeit, die eigentlich "Arbeitskräftefreizügigkeit" heissen sollte, eine sehr gute Sache. Wir haben in der Schweiz aber ein Problem mit Talenten. In Zürich frisst Google 80 Prozent unserer Drittstaatenkontingente weg. Überlegen Sie sich auch, ein System einzuführen, wie es die USA mit dem H1B-Visum haben, damit wir gezielt Talente für befristete Zeit in die Schweiz holen können?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Frau Nationalrätin, diese Überlegungen sind gerechtfertigt. Man müsste sich ja auch etwas überlegen, wenn jetzt beispielsweise die Personenfreizügigkeit wegfallen würde. Aber ich möchte auch daran erinnern, dass die Masseneinwanderungs-Initiative angenommen wurde und dass unter diesem Regime die Zuwanderung gedrosselt werden soll. Wir haben deshalb versucht und sind weiter daran zu versuchen, das inländische Arbeitskräftepotenzial zu fördern. Ich habe auch gesagt, dass wir nur so viel Zuwanderung wollen wie nötig. Dann ist es eben nicht ganz einfach, diese Kontingente zu erhöhen. Die Wirtschaft würde sich teils dafür interessieren. Aber wir müssen hier auch etwas berücksichtigen, welche Rahmenbedingungen es im Moment gibt.

Glarner Andreas (V, AG): Frau Bundesrätin, halten Sie es nicht für komplett absurd, was wir im Moment tun, nämlich, dass nur jeder fünfte Zuwanderer als Fachkraft kommt, ein guter Teil der Zuwanderer Sozialhilfe erhält und Sie sich dann als die Erfinderin der Überbrückungsrente feiern lassen, womit wir also die verdrängten Schweizer nachher auch noch bezahlen müssen, damit diese ihr Auskommen haben?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich möchte betonen, dass 50 Prozent der Personen, die über die EU-/Efta-Schiene in die Schweiz kommen – das ist eine Zuwanderung in den Arbeitsmarkt und nicht in die Sozialhilfe –, einen tertiären Bildungsabschluss haben.

Sie haben aber Recht, dass nicht alle diese Personen Fachkräfte sind. Das hat eben auch damit zu tun, dass die Hilfskräfte früher aus der Region Balkan, Südosteuropa, sage ich jetzt einmal, rekrutiert werden konnten. Dieses Reservoir steht nicht mehr zur Verfügung, diese Region ist heute Teil der EU-28.



Vielleicht noch etwas zur Sozialhilfe: Das Freizügigkeitsabkommen berechtigt nicht zur Sozialhilfe. Wer arbeitslos wird und Sozialhilfe bezieht, dem kann der Aufenthaltsstatus in der Schweiz entzogen werden. Das ist Sache der Kantone. Bei fortgesetzter Sozialhilfeabhängigkeit kann die Aufenthaltsbewilligung oder sogar eine Niederlassungsbewilligung entzogen werden. Die Sozialhilfequote lag bei Schweizerinnen und Schweizern 2017 bei 2,3 Prozent, jene der Staatsangehörigen der EU-/Efta-Staaten bei 3 Prozent, und nur 1 Prozent der Erwerbstätigen, die im Rahmen der Personenfreizügigkeit zugewandert sind, erhielt zusätzlich zu ihrem Teil- oder Vollzeiterwerbseinkommen Sozialhilfe. Das heisst, die Sozialhilfe mag bei gewissen Ausländerinnen und Ausländern ein Problem sein, aber das Problem ist nicht bei Leuten aus den EU-/Efta-Staaten zu suchen.

Rutz Gregor (V, ZH): Geschätzte Frau Bundesrätin, Sie haben mich mit meiner Aussage zitiert, dass wir die Zuwanderung wieder eigenständig steuern sollen. Das ist nicht eine Erkenntnis von mir, sondern das ist ein Verfassungsauftrag. Ich habe mit dieser Aussage auch Bezug auf die Studie des Amtes für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich genommen, welche zum Ergebnis kam, dass vier von fünf Zuwanderern nicht aus einem Mangelberuf kommen, dass sie also von der Wirtschaft eigentlich nicht benötigt würden.

Meine Frage ist: Wie wollen Sie mit dem Konzept der Personenfreizügigkeit, das ja beinhaltet, dass jeder kommen kann, der Lust hat, und nicht, dass die Wirtschaft das Recht hat, diejenigen Leute zu rekrutieren, die sie braucht, die Zuwanderung so steuern können, wie wir das eigentlich können müssten?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Schauen Sie, Herr Nationalrat Rutz, ich glaube nicht an die Planwirtschaft. Ich denke, wenn man jetzt über die Steuerung der Zuwanderung spricht, muss man wirklich ehrlich sein und sagen: Es ist die Wirtschaft, und es ist die Konjunktur, die nachfragen – es ist ja nicht der Bund! Es ist nicht der Bundesrat, der Einladungen an Arbeitskräfte verschickt. Wenn es so ist, dass nicht alle Leute in Mangelberufen tätig sind – Sie sagten vier von fünf, glaube ich –, dann hat das natürlich auch etwas mit der Nachfrage zu tun und damit, dass es einfach auch

AB 2019 N 1859 / BO 2019 N 1859

Berufe gibt, die Schweizerinnen und Schweizer nicht gerne ausüben. Wir sehen das ja bei der Stellenmeldepflicht. Das muss man halt auch einmal zur Kenntnis nehmen. Es kommt nicht, wer Lust hat, sondern es kommt, wer eine Arbeit hat. Man muss einen Arbeitsplatz haben; man kann sich nicht einfach in der Schweiz aufhalten und nichts tun und allenfalls sogar noch Leistungen beziehen.

Martullo-Blocher Magdalena (V, GR): Frau Bundesrätin, ich möchte von Ihnen einmal klipp und klar wissen: Setzen die unter der Personenfreizügigkeit Zugewanderten die schwächsten Inländer, zum Beispiel ältere Personen, unter Druck? Sicher haben Sie auch die Seco-Studie gesehen, die zeigt, dass in der Westschweiz und im Tessin die Löhne massiv tiefer sind. Im Tessin sind sie sogar um 8 Prozent tiefer.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Frau Nationalrätin Martullo, ich beantworte Ihnen die Frage auch gerne klipp und klar – ich hoffe, meine Antwort ist klipp und klar.

Es gibt ja verschiedene Studien bezüglich der Auswirkung der Personenfreizügigkeit auf den Arbeitsmarkt. Was relativ klar ist, ist, dass eher die besseren Einkommen etwas unter Druck geraten sind. Diese sind etwas abgesunken, weil natürlich viele qualifizierte Leute gekommen sind und die Personenfreizügigkeit ein wettbewerbsorientiertes Modell ist.

Ich habe vorhin auf Französisch und Italienisch über die Romandie und das Tessin gesprochen und darauf hingewiesen, dass die Löhne dort tiefer sind und dass der Druck auf dem Arbeitsmarkt in den Grenzregionen tatsächlich stärker sein kann. Deshalb haben diese Regionen auch andere Massnahmen getroffen, beispielsweise das Tessin mit den Normalarbeitsverträgen, die jetzt auch noch einfacher verlängert werden können usw. Aber das ist natürlich nichts Neues.

Erinnern wir uns an die Initiative über den Mindestlohn, über die wir abgestimmt haben, 4000 Franken Mindestlohn. Da haben Sie und ich wahrscheinlich argumentiert – ich nehme an, Sie haben gleich argumentiert wie ich –, dass die Lohnkosten, die Lebenskosten nicht überall in der Schweiz gleich sind und dass es eben auch Lohnunterschiede gibt. Sie haben die Lohnunterschiede auch zwischen Appenzell Innerrhoden und Genf. Es ist aber nicht zu verneinen, dass in den Grenzregionen ein gewisser Druck entstehen kann.

Egger Mike (V, SG): Geschätzte Frau Bundesrätin, meine Frage lautet: Müssen wir alle Forderungen der EU akzeptieren? Die Rede ist ja vom Waffenrecht, von der Kohäsionsmilliarde, vom Rahmenvertrag und neuerdings jetzt auch noch von der Zuwanderung; wir dürften ja nicht selber steuern, wenn es nach der EU ginge. Hat der Bundesrat hier eine klare Strategie, wann er die rote Linie zieht?



Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Nein, wir müssen nicht alle Forderungen der EU akzeptieren, und beim Waffenrecht hat sich das Volk ja mit einer Zweidrittelmehrheit dafür entschieden, die Änderungen vorzunehmen und damit bei Schengen/Dublin zu bleiben. Beim Rahmenvertrag haben wir gesagt, dass wir mit dem Ergebnis nicht oder noch nicht zufrieden sind. Wir werden dann sehen, wie das herauskommt. Das Parlament wird Stellung nehmen können, das Volk wird Stellung nehmen können. Sie haben mich auf Ihrer Seite, wenn es darum geht, selbstbewusst aufzutreten. Aber hier geht es eigentlich auch um die Frage: Will man mit der Personenfreizügigkeit, die man wahrscheinlich kündigen müsste, letztlich den ganzen bilateralen Weg aufs Spiel setzen? Sie kommen ja aus dem gleichen Kanton wie ich. Zwei Drittel der Exporte unseres Kantons gehen in die EU. Ich glaube, das muss man schon auch sehen. Das ist das, was ich vorhin gesagt habe: Eine Kündigung der Freizügigkeit würde natürlich auch das Verhältnis zu unseren unmittelbaren Nachbarn arg strapazieren.

Nicolet Jacques (V, VD): Madame la conseillère fédérale, pensez-vous sincèrement et rationnellement que, en cas de résiliation de l'Accord sur la libre circulation des personnes, l'Union européenne prendra le risque d'activer la clause guillotine et de faire capoter les autres accords bilatéraux, qui sont tous en sa faveur?

Keller-Sutter Karin, conseillère fédérale: Je n'arrive pas à faire des prévisions, Monsieur Nicolet, mais tout le paquet des Bilatérales I est lié par la clause guillotine. Le peuple a dit oui; il savait qu'il y avait cette clause. J'ai dit auparavant que je n'étais pas une fan de cette clause, mais elle est là. La question est de savoir si on prend le risque que l'Union européenne active cette clause – enfin, elle ne doit même pas l'activer, puisque le processus est automatique. Si, au bout de douze mois, on n'arrive pas à avoir une solution avec l'Union européenne sur la libre circulation des personnes, l'accord sur la libre circulation sera dénoncé trente jours après, et ensuite il y a un processus automatique, que l'Union européenne ne devra même pas activer mais qui fera tomber les autres traités compris dans le paquet des Bilatérales I.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Frau Bundesrätin, die SVP-Fraktion hat jetzt hier mehrmals moniert, dass vor allem im Tiefstlohnsegment Schweizerinnen und Schweizer verdrängt würden. Könnten Sie mir als Justizministerin sagen, welches Gesetz die der SVP nahestehenden Branchen wie Gastronomie, Baugewerbe oder auch Landwirtschaft zwingt, Leute aus der EU anzustellen und nicht all diese Schweizerinnen und Schweizer anzustellen, welche hier verdrängt werden? Könnten Sie mir als Justizministerin sagen, welches Gesetz das diesen SVP-nahen Branchen aufzwingt?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich vermute jetzt einmal, die Frage ist rhetorisch. Es gibt kein solches Gesetz.

Salzmann Werner (V, BE): Frau Bundesrätin, Sie haben jetzt mehrmals gesagt, wir würden das Verhältnis mit der EU aufs Spiel setzen. Beim Waffenrecht haben wir angeblich Schengen gefährdet. Ich frage Sie jetzt: Ist es in diesem Land nicht mehr möglich, über die Inhalte einer Vorlage zu sprechen? Werden immer diese Argumente in den Vordergrund geschoben? Hat der Bundesrat resigniert, über die Inhalte zu sprechen, die den Menschen in der Schweiz Sorge bereiten?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Nein, Herr Nationalrat Salzmann, sprechen wir über die Inhalte! Ich glaube, ich habe auch über die Inhalte gesprochen und über den Wert der bilateralen Verträge, die eben unserer Exportwirtschaft den Marktzugang gewähren. Wir sind nicht Teil des Binnenmarktes, aber wir haben Zugang zum Binnenmarkt.

Sie sind frei, Herr Salzmann. Sie sind ein freier Bürger, so wie ich auch eine freie Bürgerin bin. Wir werden dann voraussichtlich nächstes Jahr darüber abstimmen, und unsere Abstimmungszettel werden vielleicht nicht ganz gleich aussehen. Aber wir haben die Möglichkeit, uns inhaltlich auseinanderzusetzen. Wir tun das sehr gerne. Aber man muss auch sehen, dass wir dieses Vertragswerk haben. Ich habe es gesagt: Wir haben diese Guillotine. Man ist das damals eingegangen und kann das jetzt kritisieren. Es ist einfach so. Mit dieser Konsequenz muss man auch leben, aber auch im Wissen, dass die Freizügigkeit nicht die schädlichen Auswirkungen hatte, wie sie jetzt beschrieben werden.

Köppel Roger (V, ZH): Frau Bundesrätin, wie kommen Sie darauf, zu behaupten, dass mit einer möglichen Revision oder dem Wegfallen des Personenfreizügigkeitsabkommens zwei Drittel des schweizerischen Exportes in die EU gefährdet wären? Sie wissen doch hoffentlich ganz genau, dass der schweizerische Export in die Europäische Union durch das Freihandelsabkommen von 1972 konsolidiert ist, das nicht Teil der Bilateralen I ist. Ich frage mich da einfach, ob Sie überhaupt die Verträge kennen, über die Sie hier sprechen. (*Unruhe*)



Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich danke Ihnen, Herr Nationalrat Köppel. Ich habe mich jetzt gefragt, ob Sie mir zugehört haben. (*Teilweiser Beifall*) Ich habe nämlich gegenüber meinem Kantonskollegen, Nationalrat Mike Egger, gesagt, er

AB 2019 N 1860 / BO 2019 N 1860

komme ja aus dem gleichen Kanton wie ich und er wisse, dass im Kanton St. Gallen zwei Drittel der Exporte in die EU gehen. Das habe ich gesagt. Ich weiss selbstverständlich auch, dass es sonst 50 Prozent sind. Ich muss es noch einmal sagen: Der Freihandelsvertrag von 1972 beinhaltet keine Rechtsharmonisierung. Die Rechtsharmonisierung ist das, was Zugang zum Binnenmarkt gibt. Die Schwelle ist dort tiefer. Es gibt ja einen Bericht zu einem Postulat einer Ständerätin, die mir nicht ganz unbekannt war, (*Heiterkeit*) der eine gute Auslegeordnung zu diesem Thema darstellt. Wissen Sie, Herr Köppel: Ich behaupte auch nicht, man könnte dies nicht ersetzen. Man kann immer alles. Man kann mit allem immer leben. Die Frage ist einfach, was allenfalls für den Wohlstand, für die Arbeitsplätze vorteilhafter ist und was im Gesamten vorteilhafter ist. Wenn das Volk Ja sagen würde, muss man selbstverständlich auch andere Pläne in Betracht ziehen.

Dettling Marcel (V, SZ): Frau Bundesrätin, Sie haben da die Haltung vertreten, dass weiterhin masslos ins Land eingewandert werden darf. Ich möchte von Ihnen wissen: Wie halten Sie es bei sich zu Hause? Bestimmen nicht auch Sie, wer in Ihr Haus kommen darf und wer nicht, so wie es die Initiative möchte?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Herr Nationalrat Dettling, das mache ich selbstverständlich, ich lasse nicht jeden rein. (*Heiterkeit*) Aber wir wollen ja auch nicht einfach alle reinlassen, sondern wir wollen die reinlassen, die etwas leisten, die bereit sind, etwas beizutragen, die arbeiten wollen. Ich habe es gesagt, die Freizügigkeit ist Zuwanderung zum Arbeitsmarkt und nicht irgendwie zu Sozialleistungen. Wir sind also da einer Meinung. Schauen Sie, es ist vielleicht etwas eine Illusion zu glauben, dass man das wahnsinnig viel besser steuern kann, wenn man Kontingente hat. Wenn wir ehrlich sind – ich habe es vorhin gesagt –, es ist die Konjunktur, die determinierend ist. Wir haben hier einfach ein Reservoir: Es gibt die 28 EU-Staaten, in welchen man Arbeitskräfte rekrutieren kann, und ansonsten gibt es die Kontingente der Drittstaaten. Wenn man ein anderes System hätte, käme man wahrscheinlich zu einem ähnlichen Zahlenergebnis. Das zeigen ja die Zahlen der vergangenen Jahre, ich habe sie zitiert; sie waren ja in den Sechziger- und Siebzigerjahren sogar höher.

Rösti Albert (V, BE): Geschätzte Frau Bundesrätin, Herr Rutz hat Ihnen ja vorhin gesagt, dass nach der Zürcher Studie vier von fünf Zuwanderern nicht in eine Branche mit Fachkräftebedarf einwandern. Das heisst, dass wir, wenn wir nichts tun, damit rechnen müssen, in zehn, vielleicht fünfzehn Jahren die 10-Millionen-Schweiz zu haben. Wenn es in diese Richtung gehen sollte – Sie haben auf die vorangegangenen Fragen nicht geantwortet -: Hat der Bundesrat ein Instrument, um dagegen anzutreten? Wir haben mit der Initiative eine Lösung. Sagen Sie einfach, das ist in Kauf zu nehmen, ich akzeptiere eine 10-Millionen-Schweiz in zehn Jahren?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich habe in der Kommission einmal gesagt, ich sei nicht Mike Shiva. Ich kann keine Prognosen über die Zukunft machen und darüber, wie die Schweiz in einigen Jahren aussehen wird. Aber es gibt gewisse Elemente – ich habe sie vorhin aufgeführt –, die beachtet werden müssen, beispielsweise die demografische Entwicklung in der Schweiz. Das Arbeitskräftepotenzial wird schrumpfen. Es wird auch in der Europäischen Union schrumpfen. Sie wissen, dass es Erdteile gibt, in denen das Bevölkerungswachstum sehr gross sein wird, namentlich noch in Asien, namentlich auch in Afrika.

Ich glaube einfach nicht, dass diese Initiative eine Lösung ist. Ich habe es vorhin ausgeführt: Die Wirtschaft wird immer Arbeitskräfte brauchen. Sie können jetzt schon planwirtschaftlich sagen: Für uns sind 20 000 Zugewanderte pro Jahr erträglich oder 30 000 oder 40 000 – Sie haben ja auch keine Zahl genannt. Aber was machen Sie, wenn die Wirtschaft gut läuft, aber die Arbeitskräfte nicht vorhanden sind? Was machen Sie, wenn man die Aufträge nicht ausführen und die Arbeiten nicht erledigen kann? Diese Situation ist dann auch relativ schwierig.

Ich habe Ihnen gesagt: Wenn Sie die Asiaten und die Amerikaner holen, die Sie heute erwähnt haben, statt die Deutschen und die Österreicher, kommen auch Leute! Wenn die Nachfrage gross ist, erreichen Sie auch irgendwann diese 10-Millionen-Grenze.

Nussbaumer Eric (S, BL): Frau Bundesrätin, in diesem Saal werden ein Freihandelsabkommen und gemeinsame Rechtsvorschriften eines Binnenmarktes immer wieder durcheinandergebracht. Können Sie der Ratsrechten in kurzen Worten erklären, was der Unterschied zwischen einem Freihandelsabkommen und grenz-



überschreitenden Regeln in einem Binnenmarkt ist?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Die Bereiche, die auf Rechtsharmonisierung beruhen, Herr Nationalrat Nussbaur – ich habe das vorhin in Kürze angetönt –, wären von einem Freihandelsabkommen, auch einem neuen, umfassenden Freihandelsabkommen, nicht abgedeckt. Dazu gehören beispielsweise die Mutual Recognition Agreements (MRA), bei denen man diese gegenseitige Konformität hätte: das Agrarabkommen, die Zollsicherheit, auch das Land- und das Luftverkehrsabkommen. Land- und Luftverkehrsabkommen sind keine Domänen von Freihandelsabkommen, und natürlich auch die Personenfreizügigkeit nicht. Das haben wir auch heute Morgen gehört. Es gibt wenige Bereiche, die in einem umfassenden Freihandelsabkommen abgedeckt werden könnten: Zölle, Ursprungsregeln – also die klassischen Domänen. Wir hätten zwar dann ein Abkommen, immer vorausgesetzt, dass die Gegenseite damit auch einverstanden wäre. Man müsste ja dann sagen, dass das Abkommen von 1972 neu verhandelt werden soll. Man müsste sich auch bewusst sein, dass es dann Gegenforderungen geben könnte, beispielsweise grössere Öffnungen im Agrarmarkt, wenn man ein solches Abkommen tatsächlich aushandeln wollte.

Was natürlich auch noch ist – dies ein letzter Gedanke –, was ich jetzt nicht angesprochen habe: Es würde sich Rechtsunsicherheit ergeben, wenn diese Initiative tatsächlich angenommen würde. Es käme dann diese Phase, wo wegen der Guillotineklausele die übrigen sechs bilateralen Verträge wegfallen würden. Man müsste dann wahrscheinlich versuchen, mit der EU irgendein Übergangsabkommen auszuhandeln. Aber in dieser Zeit weiss man dann nicht genau, was passiert.

Ich meine, wir haben noch andere Fragen, die etwas kritisch sind. Wir haben Initiativen, die hängig sind. Ich denke beispielsweise an die Konzernverantwortungs-Initiative, die auch Rechtsfragen in den Raum stellt, die nicht unbedingt zur Stabilität der Rechtssicherheit in der Schweiz beitragen. Oder es gibt neue Entwicklungen im Steuerbereich in der OECD. Das ist das Problem, dass man am Schluss nicht genau weiss, was passiert. Und wenn man nicht mehr weiss, was passiert, investiert man nicht. Das ist die Ausgangslage.

Hess Erich (V, BE): Sehr geehrte Frau Bundesrätin, Sie haben behauptet, es gebe keine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme; es kämen alle nur zum Arbeiten. Können Sie mir erklären, weshalb in den letzten zehn Jahren schon allein die Sozialhilfequote der Deutschen hier in der Schweiz um über 122 Prozent angestiegen ist und diejenige der Staatsangehörigen anderer Länder der Europäischen Union noch viel mehr?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Herr Nationalrat Hess, ich versuche, Ihnen die Frage zu beantworten. Ich weiss nicht, woher Sie diese Zahl haben. Deshalb kann ich Ihnen auch keine präzise Antwort geben. Ich habe Ihnen vorhin gesagt: Die Sozialhilfequote bei Schweizerinnen und Schweizern beträgt 2,3 Prozent, bei EU-/Efta-Angehörigen 3 Prozent. Bei jenen EU-/Efta-Angehörigen, die Vollzeit oder Teilzeit arbeiten, ist es 1 Prozent, die zum Erwerbseinkommen hinzu Sozialhilfe bekommen. Die Kantone können die Aufenthaltsbewilligung – ich weiss, wovon ich spreche; ich war selber Regierungsrätin – bei fortgesetzter Sozialhilfeabhängigkeit widerrufen. Das ist ein Vollzugsproblem. Meine Vorgängerin, Frau

AB 2019 N 1861 / BO 2019 N 1861

Bundesrätin Sommaruga, hat den Vollzug des Freizügigkeitsabkommens in dieser Hinsicht noch verbessert und die Bestimmungen zum Sozialhilfebezug noch verschärft. Das Freizügigkeitsabkommen per se gibt keinen Anspruch auf Sozialhilfe.

Tuena Mauro (V, ZH): Frau Bundesrätin, Sie wissen, dass das Schweizervolk mehrheitlich und auch eine Mehrheit der Stände die Masseneinwanderungs-Initiative angenommen haben, und Sie wissen natürlich auch, dass die Räte hier in Bern diese Initiative null und nichts umgesetzt haben. Sie haben vorhin gesagt, Sie seien nicht Mike Shiva, Sie wüssten nicht, ob wir nächstens eine 10-Millionen-Schweiz hätten. Sämtliche Studien (*Zwischenruf des Präsidenten: Kommen Sie zur Frage!*) belegen das, Frau Bundesrätin. Warum erklären Sie heute, dreieinhalb Wochen vor den Wahlen, der Bevölkerung nicht, was Fakt ist?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Herr Nationalrat Tuena, ich erkläre gerne, was Fakt ist: Wir hatten 2018 eine Zuwanderung von 31 200 Personen. Das ist Fakt. Das heisst, dass die Zuwanderung in den letzten Jahren gesunken ist. Wir sind auf dem Niveau, das wir bei der Einführung der Personenfreizügigkeit hatten. Wenn Sie sagen, von der Masseneinwanderungs-Initiative sei null und nichts umgesetzt worden, dann stimmt das nicht. Es ist nicht null und nichts umgesetzt worden, aber sie ist nicht vollständig umgesetzt worden, das ist richtig. Es war damals nicht wirklich klar, ob das Volk mit der Annahme der Initiative den bilateralen Weg beenden wollte. Es war immer davon die Rede, auch im Abstimmungskampf, dass man die Zuwanderung



senken wolle. Die Personenfreizügigkeit war noch nicht so im Fokus.

Das Parlament hat einen Weg gesucht. Zugegebenermassen ist die Initiative nicht vollständig umgesetzt worden, da gebe ich Ihnen Recht. Aber wir versuchen jetzt, das inländische Arbeitskräftepotenzial noch stärker zu fördern und hier auch noch einen Beitrag zu leisten. Mit dieser neuen Initiative kann das Volk jetzt nochmals entscheiden. Die Frage ist auch klarer gestellt, indem sie auch die Personenfreizügigkeit betrifft.

Steinemann Barbara (V, ZH): Geschätzte Frau Bundesrätin, die Wirtschaft holt Arbeitskräfte, aber jede zugezogene Person generiert Kosten für die Allgemeinheit – Infrastruktur, Schulunterricht, Sozialleistungen, und später kommen vor allem AHV-Leistungen auf uns zu. Ist oder war der Bundesrat jemals interessiert an einer Ermittlung der Kosten, die die Allgemeinheit aus diesem Zuwanderungswachstum zu tragen hat?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Frau Nationalrätin Steinemann, die Kosten sind bekannt. In verschiedenen Bereichen kann man diese anschauen. In gewissen Bereichen wie der Sozialhilfe sind sie, ich habe es gesagt, nicht auffällig. Sie sind auch bei der IV und in solchen Bereichen – ich spreche jetzt immer von EU/Efta – nicht auffällig.

Aber ich muss Ihnen Folgendes sagen, wenn Sie jetzt die Infrastruktur und alle anderen Themen ansprechen: Wissen Sie, auch wenn Sie eine Zuwanderung über Kontingente haben, ist es so, dass diese Leute auch den ÖV benutzen, auch irgendwo in einer Wohnung leben und auch CO2 produzieren. Man kann jetzt nicht einfach sagen, die Leute, die aus den EU-/Efta-Staaten in den Arbeitsmarkt kommen, schädigen die Schweiz, aber diejenigen, die über die Kontingente kommen, schädigen die Schweiz nicht. Die Auswirkungen wären wahrscheinlich gleich. Oder wir können hier sagen, mindestens bei den EU-/Efta-Angehörigen haben wir eine Chance, dass wir auch Leute haben, die wir besser integrieren können, weil sie uns auch kulturell näherstehen, wenn wir die grossen Gruppen anschauen, die in die Schweiz kommen, also die Deutschen, die Italiener und so weiter.

Schwander Pirmin (V, SZ): Frau Bundesrätin, in den letzten zehn bis vierzehn Jahren wurden in der Schweiz in Vollzeitäquivalenten etwa 550 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, davon 67 Prozent in der öffentlichen Verwaltung, bei der öffentlichen Hand. Ist das eine gesunde Entwicklung?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Sehr geehrter Herr Nationalrat Schwander, ich kann es kurz machen: Nein, ich finde das keine gesunde Entwicklung, vor allem dort, wo es die Verwaltung per se betrifft. Ich kenne diese Statistiken: Eine Wachstumsbranche ist das Bildungswesen, das auch eher staatlich ist, aber auch das Gesundheitswesen, die Pflege der älteren Menschen, wo wir natürlich in einer demografischen Entwicklung sind. Ich hätte auch lieber Industriebetriebe oder Dienstleistungsbetriebe und nicht "nur" diese Branchen. Diese Branchen sind in der Regel auch hochqualifiziert, aber Sie haben Recht: Sie sind auch tendenziell staatsnah.

Zuberbühler David (V, AR): Frau Bundesrätin, Artikel 18 des Freizügigkeitsabkommens regelt die Revision. Es steht hier wörtlich: "Wünscht eine Vertragspartei eine Revision dieses Abkommens, so unterbreitet sie dem Gemischten Ausschuss hierzu einen Vorschlag." Hat der Bundesrat nach Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative jemals dem Gemischten Ausschuss einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich war damals noch nicht im Amt als Bundesrätin, aber ich weiss, dass Herr Staatssekretär Gattiker damals versucht hat, Verhandlungen zu führen. Die Europäische Union ist ja gar nicht auf Verhandlungen eingetreten, und bei diesem Artikel, den Sie hier anführen – ich muss ihn aus dem Kopf und auswendig zitieren, Sie haben ihn wahrscheinlich vor sich –, geht es wohl um die schwerwiegende Störung des Arbeitsmarktes. Eine schwerwiegende Störung des Arbeitsmarktes liegt natürlich nicht vor, wenn man eine derart tiefe Arbeitslosigkeit hat. Der Bundesrat hat damals schon versucht, mit der EU in Verhandlungen einzutreten, selbstverständlich hat er das versucht. Ich kann Ihnen nicht präzise sagen, ob dies gestützt auf Artikel 18 war. Aber ich kann Ihnen sagen, dass die EU damals nicht auf Verhandlungen eingetreten ist, also solche abgelehnt hat.

Frehner Sebastian (V, BS): Frau Bundesrätin, Sie sagen ja, dass es nicht so eine Rolle spiele, ob man Einwanderung über Kontingente steuere oder ob man Personenfreizügigkeit habe. Dabei zeigen Statistiken, dass die Wertschöpfung pro Kopf vor Einführung der Personenfreizügigkeit höher war als nach deren Einführung. Bedeutet das nicht, dass die Qualität der Zuzügerinnen und Zuzüger früher höher war als heute?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Herr Nationalrat Frehner, ich würde das verneinen, und zwar gestützt auf den neuesten Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU vom 1. Juli 2019. Hier wird



erstens dargelegt, dass 50 Prozent der EU-/Efta-Zuwanderer einen tertiären Abschluss haben, und zweitens, dass die Erwerbsquote gar noch höher ist als bei Schweizerinnen und Schweizern. Das heisst also, dass sie, wenn sie zuwandern, tatsächlich erwerbstätig sind.

Piller Carrard Valérie (S, FR), pour la commission: Au terme de cette discussion nourrie, permettez-moi, en guise de conclusion, de revenir sur les éléments essentiels du débat.

Parmi les qualificatifs très forts utilisés contre cette initiative, il y a notamment eu: "initiative isolationniste", "Brexit à la Suisse", "Swixit", "clause guillotine", "marché européen fermé", "contingents", "régime de saisonniers", "baraquements", "climat xénophobe", "cette initiative est un piège", et j'en passe. Il est à relever que la majorité des intervenants, tout comme la majorité de votre commission ainsi que les organisations patronales et syndicales, sont opposées à ce texte.

Nous sommes face à une initiative populaire qui veut limiter l'immigration en provenance de l'Union européenne, mais cette volonté est contraire à l'Accord sur la libre circulation des personnes que la Suisse applique depuis 17 ans, depuis que nous avons aboli les contingents d'immigrants en 2002.

AB 2019 N 1862 / BO 2019 N 1862

Si notre pays a décidé de laisser circuler librement les travailleurs européens, c'est qu'il a compris tout l'intérêt qu'il a à accorder cette liberté. La libre circulation des personnes dynamise notre économie, en nous fournissant les spécialistes et les travailleurs dont nous manquons et en rajeunissant la main-d'oeuvre disponible, ce qui, soit dit en passant, donne aussi un coup de fouet à nos assurances sociales.

Il est aussi important de relever et de rappeler que la libre circulation des personnes est régie par des conditions bien définies qui empêchent les Européens de débarquer en masse, comme bon leur semble. L'Accord sur la libre circulation des personnes n'accorde pas de droit de séjour inconditionnel. En effet, les intéressés doivent soit disposer d'un contrat de travail valable, soit exercer une activité indépendante ou encore, en l'absence d'activité lucrative, être en mesure de prouver qu'ils disposent de moyens financiers suffisants.

Les initiants prétendent que la Suisse peut réguler son immigration de manière autonome. Pour la majorité de la commission, c'est une pure illusion.

La majorité de la commission recommande de balayer ce texte, considérant qu'il revient à se tirer une balle dans le pied. Elle refuse de tirer un trait sur 17 années d'expériences concluantes avec l'Union européenne, et sur la possibilité offerte aux Suisses et aux Suissesses d'aller s'établir et de travailler ailleurs dans l'Union européenne.

Les initiants estiment qu'avec environ 30 000 nouveaux arrivants par année, l'immigration est excessive. Ce n'est pas du tout l'avis de la majorité de la commission.

La commission, par 17 voix contre 8, a décidé de recommander le rejet de l'initiative qui vous est soumise aujourd'hui. Pour défendre l'économie et préserver les emplois, je vous invite à en faire de même.

Fluri Kurt (RL, SO), für die Kommission: Ich äussere mich ganz kurz zu einigen Behauptungen, die im Rahmen dieser Diskussion vorgebracht worden sind. Ein Teil der Diskussion wurde ja am 21. September 2016 geführt, dann am 16. Dezember 2016 bei der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative. An sich gehört dieses Thema nicht zur vorliegenden Initiative, aber es sind einige Behauptungen geäussert worden, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Sie werden sicher im Sinn einer Legendenbildung weiterhin aufrechterhalten, aber wenn man das Gegenargument nicht aufführt, dann erweckt man den Eindruck, man gebe den Verfechtern dieser Argumente Recht.

Es wird immer wieder behauptet – wie bereits vor drei Jahren –, wir hätten mit der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative die Verfassung gebrochen. Ich darf Sie einfach daran erinnern, dass es eine Verfassungsbestimmung gibt, die uns verpflichtet, das Völkerrecht zu beachten. Ich darf Sie daran erinnern, dass das Bundesgericht an das Völkerrecht gebunden ist und dass wir bereits damals darauf aufmerksam gemacht haben, dass eigentlich Ihre jetzige Begrenzungs- oder Kündigungs-Initiative Ihre einzig korrekte Initiative ist. Sie verlangt nämlich eine Kündigung. Die früheren Initiativen, die Masseneinwanderungs-Initiative und andere, verlangten keine Kündigung, sondern einen Bruch der Verträge. Das konnten und wollten wir uns nicht leisten, und das wollen wir uns hoffentlich auch inskünftig nicht leisten.

Dann hat Herr Thomas Aeschi auch die alte Auffassung wiederholt, dass jüngere Volksabstimmungen den älteren vorgingen. Das ist eben nicht so. Im Bundesstaatsrecht ist es so, dass aufgrund von Volksabstimmungen sich widersprechende Verfassungsbestimmungen harmonisierend ausgelegt werden müssen. Mit einer jüngeren Volksabstimmung und einer Änderung der Verfassung können Sie nicht bisheriges Verfassungsrecht aushebeln. Das mag im Zivilrecht so sein, vielleicht in anderen Rechtsbereichen, aber im Verfassungsrecht ist



es eben nicht so.

Dann wurde behauptet, die EU müsse beschliessen, die Guillotine zu betätigen, wenn sie dies wollte. Das ist eben nicht so. Gemäss Artikel 25 Absätze 3 und 4 des Freizügigkeitsabkommens ist die Guillotine eine automatische Folge der Kündigung eines der sieben Abkommen. Dazu braucht es keinen Beschluss. Es bräuchte im Gegenteil einen Beschluss, wenn sich die Guillotine nicht selbst auslösen sollte. Dann müsste man einen neuen Beschluss fassen.

Dann hat Herr Rutz auf diese Studie des Amtes für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich verwiesen. Sie ist uns an der Sitzung vom 15. August 2019 ausgeteilt worden, anstelle einer Anhörung. Dieser Bericht kommt aufgrund der Zahlen, wie sie von Herrn Rutz genannt worden sind, nicht zum Schluss, das Freizügigkeitsabkommen sei negativ für unsere Volkswirtschaft. Die Studie kommt im Gegenteil unter Ziffer 2.2.3 auf Seite 4 zum Schluss, dass empirische Studien bestätigen würden, dass für die Schweiz weder eine Verdrängung noch ein Lohndruck auf Arbeitskräfte mit niedriger Qualifikation im Zuge des Freizügigkeitsabkommens festgestellt werden könne. Diese Studie verschweigt die aus der Zuwanderung folgenden Schwierigkeiten nicht, aber sie zieht keine negative Bilanz des Freizügigkeitsabkommens.

Dann darf ich noch einmal die Fundstellen für die Zahlen, die Frau Bundesrätin Keller-Sutter genannt hat, zitieren. Die Sozialhilfequote finden Sie in der Botschaft des Bundesrates auf Seite 5042 unter der Ziffer 2.3.4. Dort verweist das Bundesamt für Statistik auf die Zahlen von 2016. Genau dieselben Zahlen, nämlich eine Sozialhilfequote von 2,3 Prozent bei Schweizerinnen und Schweizern und von 3 Prozent für EU-/Efta-Angehörige, finden Sie auch in der Statistik des Bundesamtes für Statistik für das Jahr 2017. Ebenso finden Sie in der Botschaft, auf Seite 5038 unter der Ziffer 2.3.2, die Zahl der Zuwanderer mit Bildungsabschluss auf Tertiärstufe, nämlich 54 Prozent, im Gegensatz zu den 39 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer mit Bildungsabschluss auf Tertiärstufe.

Herr Röstli schliesslich, der letzte Sprecher, hat behauptet, die Bilateralen I seien nicht matchentscheidend. Das mag für ihn zutreffen. Aber sämtliche angehörte Organisationen der Arbeitgeberschaft, der Arbeitnehmerschaft, auch der Kantone, sind offensichtlich nicht dieser Meinung. Ich wiederhole hier, was ich bereits Frau Estermann am ersten Tag unserer Debatte gesagt habe: Jeder Vertrag hat Vor- und Nachteile; es geht um eine Interessenabwägung. Aber offenbar ist man in diesen Verbänden der Meinung, dass das Prinzip, dass die Einwanderung der Wirtschaftsentwicklung folge, richtig sei.

In diesem Sinne und auch nach Anhörung all dieser Organisationen ist Ihre SPK mit 16 zu 8 Stimmen zum Schluss gekommen, diese Initiative sei abzulehnen. Übrigens hat unsere Aussenpolitische Kommission dieselbe Meinung, der Entscheid fiel mit 17 zu 8 Stimmen.

Deswegen bitte ich Sie, sich ebenfalls der Mehrheit der Kommission anzuschliessen.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

**Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungs-Initiative)"
 Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une immigration modérée (initiative de limitation)"**

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Nationalrat • Herbstsession 2019 • Vierzehnte Sitzung • 25.09.19 • 15h00 • 19.026
Conseil national • Session d'automne 2019 • Quatorzième séance • 25.09.19 • 15h00 • 19.026



AB 2019 N 1863 / BO 2019 N 1863

Antrag der Minderheit

(Pantani, Brand, Buffat, Chiesa, Glarner, Reimann Lukas, Rutz Gregor, Steinemann)
... die Initiative anzunehmen.

Art. 2*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Pantani, Brand, Buffat, Chiesa, Glarner, Reimann Lukas, Rutz Gregor, Steinemann)
... d'accepter l'initiative.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.026/19555)

Für den Antrag der Mehrheit ... 123 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 63 Stimmen

(3 Enthaltungen)

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Considerando che l'entrata in materia è obbligatoria, la votazione sul complesso non avrà luogo.





19.026

**Für eine massvolle Zuwanderung
(Begrenzungs-Initiative).
Volksinitiative**

**Pour une immigration modérée
(initiative de limitation).
Initiative populaire**

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.09.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.12.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Fässler Daniel (M, AI), für die Kommission: Die SPK Ihres Rates hat für dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 24. Oktober dieses Jahres den Vizepräsidenten und designierten Präsidenten Filippo Lombardi als Berichterstatter bestimmt. Wegen der Ergebnisse der Ständeratswahlen im Kanton Tessin war unter anderem für dieses Geschäft ein neuer Berichterstatter zu bestimmen – letztlich wurde ich mit dieser Aufgabe beauftragt.

Zur Initiative: Am 31. August 2018 wurde bei der Bundeskanzlei die Volksinitiative "für eine massvolle Zuwanderung", kurz Begrenzungs-Initiative, eingereicht. Mit dieser wird verlangt, die Bundesverfassung mit einem neuen Artikel 121b zu ergänzen. Die Schweiz soll die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig regeln. Weder neue völkerrechtliche Verträge noch andere neue völkerrechtliche Verpflichtungen dürften eingegangen werden, wenn damit ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewährt würde. Bestehende völkerrechtliche Verträge und andere völkerrechtliche Verpflichtungen dürften nicht im Widerspruch zu den neu in der Bundesverfassung verankerten Grundsätzen stehen.

Die Initiative verlangt weiter, in Artikel 197 der Bundesverfassung die Übergangsbestimmungen zu ergänzen. Darin würde festgeschrieben, dass die Schweiz auf dem Verhandlungsweg anzustreben hätte, dass das Abkommen über die Freizügigkeit vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits innerhalb von zwölf Monaten nach Annahme von Artikel 121b durch Volk und Stände ausser Kraft wäre. Für den Fall, dass dies nicht gelingen würde, hätte der Bundesrat das Personenfreizügigkeitsabkommen innert weiteren 30 Tagen einseitig zu kündigen.

Mit Verfügung vom 25. September 2018 hat die Bundeskanzlei festgestellt, dass die Initiative mit 116 139 gültigen Unterschriften zustande gekommen ist. Der Bundesrat hat am 7. Juni 2019 die Botschaft zur Initiative an das Parlament verabschiedet und den eidgenössischen Räten beantragt, die Volksinitiative "für eine massvolle Zuwanderung" – die Begrenzungs-Initiative – Volk und Ständen zur Abstimmung zu unterbreiten, mit der Empfehlung, die Volksinitiative abzulehnen.

Die Initiative hat die Form eines ausgearbeiteten Entwurfs. Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament dazu weder einen direkten Gegenentwurf noch einen indirekten Gegenvorschlag. Auch der Nationalrat als Erstrat hat sowohl auf einen direkten Gegenentwurf als auch auf einen indirekten Gegenvorschlag verzichtet. Aus der Mitte der Staatspolitischen Kommission des Ständerates ist ebenfalls kein entsprechender Antrag gestellt worden. Der Nationalrat hat die Initiative an zwei Sitzungstagen beraten. Nach einer insgesamt rund acht Stunden dauernden Debatte hat die grosse Kammer am 25. September 2019 mit 123 zu 63 Stimmen bei 3 Enthaltungen entschieden, die Begrenzungs-Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen.

Die Kommission Ihres Rates hat die Initiative an ihrer Sitzung vom 24. Oktober 2019 beraten. Für den Bundesrat nahmen Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter, zwei Vertreter des SEM sowie ein Vertreter des SECO





teil. Die Kommission nahm vom Argumentarium des Initiativkomitees sowie von den Beratungen in der SPK-N und in der APK-N Kenntnis. Sie konnte sich damit auch über die von der SPK-N durchgeführte Anhörung des Initiativkomitees sowie über die Anhörungen von Vertretungen der Konferenz der Kantonsregierungen, des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, von Economiesuisse, des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes und des Schweizerischen Gewerbeverbandes ins Bild setzen.

Das Initiativkomitee hat die Initiative in seinem Argumentarium vom 16. Januar 2018 zusammengefasst wie folgt begründet: Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 liege die Nettozuwanderung in unser Land bei zwischen 60 000 und 80 000 Personen pro Jahr. Die negativen Folgen dieser Entwicklung seien täglich zu spüren. Die Konkurrenz um den Arbeitsplatz steige; namentlich ältere Leute würden den Arbeitsplatz verlieren und durch junge Ausländer ersetzt. Der Wohnraum werde knapper und die Mieten und Hauspreise teurer, die Landschaft verstärkter zusehends, und die Infrastrukturen würden aus allen Nähten platzen. Fast die Hälfte der Sozialhilfebezügler seien Ausländer; die Kosten für Sozialausgaben würden die Gemeinden zusehends überfordern. Seit der Abstimmung von 2014 über die Masseneinwanderungs-Initiative werde vonseiten der Initianten und der SVP eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung verlangt. Da sich Bundesrat und Parlament mit Verweis auf das Personenfreizügigkeitsabkommen geweigert hätten, die 2014 von Volk und Ständen angenommene Masseneinwanderungs-Initiative umzusetzen, dränge sich diese neue Initiative auf, mit der die Personenfreizügigkeit beendet werde.

Der Bundesrat werde deshalb mit der Initiative beauftragt, über Verhandlungen mit der EU dafür zu sorgen, dass das Freizügigkeitsabkommen spätestens zwölf Monate nach Annahme der Initiative ausser Kraft gesetzt sei. Wenn dies nicht möglich sei, so sei das Abkommen innert einer weiteren Frist von 30 Tagen zu kündigen. Dabei wäre eine Kündigung der übrigen Verträge im Rahmen der Bilateralen I in Kauf zu nehmen.

In der Anhörung vor der SPK des Nationalrates führte das Initiativkomitee gemäss der Kommissionsberichterstattung zusammengefasst zusätzlich Folgendes aus: Die langfristig schädliche Wirkung einer unbeschränkten Zuwanderung sei grösser als der Schaden aus dem Verlust der Bilateralen I. Im Übrigen sei es falsch zu behaupten, bei einer Annahme der Initiative würde ein Problem bei der Rekrutierung von Fachkräften entstehen. Wie vor 2007 werde auch nach Annahme dieser Initiative immer die Möglichkeit bestehen, das benötigte ausländische Personal zu rekrutieren.

Die konstante Nettoeinwanderung, welche seit Einführung des Freizügigkeitsabkommens inzwischen 1,1 Millionen Personen ausmache, stellt aus Sicht der Initianten für unser Land eine enorme Belastung dar. Der Ausländeranteil liege mit 25 Prozent weitaus höher als in allen umliegenden Ländern. Allein aufgrund des Freizügigkeitsabkommens seien rund 750 000 Personen aus der EU zugewandert. Dies führe

AB 2019 S 1096 / BO 2019 E 1096

zu einer schweren Belastung unserer Infrastruktur, der Wohnungssituation und der Bildungseinrichtungen. Diese Zuwanderung habe auch Auswirkungen auf den Energiebereich, auf den Arbeitsmarkt und die Sozialwerke. Aus all diesen Gründen sei die Initiative – das ist die Meinung des Initiativkomitees – zur Annahme zu empfehlen.

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat die Ablehnung der Initiative durch den Bundesrat vor der Kommission zusammengefasst wie folgt begründet:

Bereits bei der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative habe sich die EU geweigert, auf Verhandlungen mit der Schweiz einzutreten. Es sei daher zu beachten, dass die mit der Initiative subsidiär geforderte einseitige Kündigung des Freizügigkeitsabkommens wegen der Guillotineklausel auch die übrigen Abkommen der Bilateralen I automatisch ausser Kraft setzen würde. Damit drohe der Schweiz die reale Gefahr, innert kurzer Zeit ohne die für den Zugang der Schweiz zum EU-Binnenmarkt zentralen Verträge dazustehen. Bereits ein isolierter Wegfall der Personenfreizügigkeit wäre mit beträchtlichen Kosten verbunden. So weise das Freizügigkeitsabkommen gemäss Studien, die 2015 im Auftrag des SECO erstellt worden seien, den grössten wirtschaftlichen Effekt aller sieben Bilateralen Abkommen auf. Die Freizügigkeit stärke die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze; denn die Personenfreizügigkeit erlaube es den Arbeitgebern, rasch, flexibel und ohne administrativen Aufwand Fachkräfte aus dem EU/EFTA-Raum zu rekrutieren. Dies sei auch aufgrund des demografischen Wandels wichtig. Aus diesen und vielen weiteren Gründen, welche Ihnen die Frau Bundesrätin noch selber darlegen wird, sei nach Auffassung des Bundesrates die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Ihre vorberatende Kommission führte über die Begrenzungs-Initiative eine verhältnismässig kurze Diskussion und würdigte dabei die Argumente des Initiativkomitees und des Bundesrates. Befürworter der Volksinitiative erklärten, in der Migrationsfrage eine Strategie des Bundesrates zu vermissen; stattdessen werde Angstmacherei betrieben. Mit der Initiative würde die Zuwanderung nicht komplett gestoppt, aber erreicht, dass die



Schweiz sie selbst steuern könnte. In der Hauptsache gehe es darum, die Verbindung von Freihandel und Personenfreizügigkeit aufzulösen.

Gegner der Initiative verwiesen darauf, dass der Wanderungssaldo mit der EU zwischen 2013 und 2018 von rund 61 000 Personen auf rund 31 000 Personen zurückgegangen sei. Bemerkenswert sei, dass die von der Initiative nicht betroffene Zuwanderung aus Drittstaaten ausserhalb der EU im Jahr 2018 bereits 43,6 Prozent ausgemacht habe. Die Initiative ziele daher auf die falsche Zuwanderung.

Mit den Bilateralen Verträgen sei es gelungen, mit dem europäischen Umfeld in ein geregeltes Verhältnis zu treten, das auf ein sozial flankierendes Marktmodell setze. Diese Errungenschaft dürfe nicht leichtfertig preisgegeben werden. Die Abstimmung über die Begrenzungs-Initiative sei daher eine Schlüsselabstimmung der kommenden Jahre.

Nach geführter Diskussion kam Ihre Kommission mit 11 zu 2 Stimmen zum Schluss, Ihnen die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und sich damit dem Antrag des Bundesrates und dem Beschluss des Nationalrates anzuschliessen. Die Minderheit beantragt Ihnen, Volk und Ständen die Annahme der Initiative zu empfehlen.

Minder Thomas (V, SH): 2018 lebten in der Schweiz 8 544 527 Personen. Letztes Jahr sind 170 000 Personen eingewandert und 130 000 ausgewandert, also netto 40 000 zugewandert. Der Ausländeranteil betrug 2018 in der Schweiz 25,1 Prozent. Kein Nachbarstaat beherbergt so viele Ausländer wie wir: In Österreich sind es 19 Prozent, in Deutschland 16 Prozent, in Frankreich 12 Prozent und in Italien 10 Prozent. 1970 hatte die Schweiz eine Million Ausländer, heute sind es zwei Millionen.

Die grosse Frage, die wir uns heute alle stellen sollten, wenn wir über Migration und diese Volksinitiative sprechen, lautet: Wie viele Bürger und Bürgerinnen wollen wir überhaupt in unserem Land? Ich stelle diese Frage ganz konkret: Wollen wir drei Millionen Ausländer? Ist das das erstrebenswerte quantitative Ziel der Schweiz? Und falls ja: Was, wenn wir dieses Ziel erreicht haben? Es wäre interessant, hier in diesem Rat eine Umfrage durchzuführen und die Zahlen zur Frage, wer von uns wie viele ausländische Bürger und Bürgerinnen in diesem Land wünscht, zu publizieren. Ich weiss, damit steche ich in ein Wespennest. Viele wollen sich à tout prix nicht zu dieser unangenehmen Frage äussern, auch nach den Wahlen nicht. Sie haben schlicht nicht den Mut, diese Frage quantitativ, in Zahlen und nicht in Worten zu beantworten.

Für mich jedenfalls beherbergt die Schweiz genug Bewohner. Die negativen Auswirkungen der viel zu intensiven Zuwanderung und Migration sind längst erreicht. Die negativen Elemente sind offensichtlich – ich komme später noch darauf zu sprechen. Weil das Volk das auch so sieht, hat es damals die Masseneinwanderungs-Initiative angenommen. Ich vermisse seit Langem eine nachhaltige Strategie des Bundesrates zur Migrationsfrage. Die Absenz einer solchen Strategie ist der Grund, warum 2014 die Masseneinwanderungs-Initiative angenommen wurde. Die Migrationsstrategie wird heute dem Zuwanderer selbst überlassen.

Als wir mit der Aussenpolitischen Kommission kürzlich die pazifische Region bereisten, wurde uns bewusst, dass man in anderen Ländern, namentlich in Australien und Neuseeland, über eine klare Migrationsstrategie verfügt. Die Strategie umfasst die gewollte wie auch die ungewollte Migration. Obwohl Australien sehr viel mehr Fläche pro Einwohner als die Schweiz zu bieten hat, verfügt der Kontinent über eine klare Migrationsstrategie. Bei Treffen mit Politikern auf allen drei Ebenen hiess es jeweils jedes Mal: "We manage the next generation." Jene Führungspersonen haben erkannt, dass dieses Thema der Weitsichtigkeit der Regierung bedarf und die Zuwanderung nicht einfach dem Einwanderer selbst überlassen werden darf. In der kleinen Schweiz jedoch überlässt der Staat die Migrationsstrategie diversen anderen Akteuren: dem Ausland, der EU, der Wirtschaft, den NGO, der UNO. Und weil eine Strategie fehlt, sind es eben Volksinitiativen, die uns die Richtung auferlegen.

Gerade ein erfolgreiches Land wie die Schweiz – mit hohem Lohnniveau und guten Sozialleistungen – müsste erst recht eine nachhaltige Migrationsstrategie haben. Jährlich Drittstaatenkontingente festzulegen und bei diesen sogar noch nachzugeben, wenn die Wirtschaft schreit, ist wahrlich keine Strategie. Die Schweiz bedarf einer Migrationsstrategie, allein schon weil wir ein sehr kleines Land sind, in welchem die bebaubare Fläche limitiert ist. Gebirge, Gewässer, Wald, intensive Infrastruktur und unsere eigene Raumplanung schränken die bebaubaren Flächen logischerweise ein. Wahrlich paradox: Australien, ein riesiges Land, hat eine klare Migrationsstrategie, die Schweiz hat keine.

Noch immer glauben einige, die Personenfreizügigkeit mit der EU sei ein nachhaltiges Modell. Warum wohl ist Grossbritannien aus diesem Club ausgestiegen? Weil die freie Zirkulation von Personen für ein solch entwickeltes und attraktives Land früher oder später mehr negative als positive Effekte zeigt; so simpel und einfach ist das.

Wenn ich sehe, was in Dänemark abgeht: Da hat die Regierung kürzlich 28 Ghettovierteil definiert. Da wäre ich nicht überrascht, wenn es auch dort bald knallen und einen Exit aus der EU geben würde. Das dänische Gesetz



geht sogar so weit, dass Sozialwohnungen abgerissen werden, um die Ghattobewohner umzusiedeln – dies, um Parallelgesellschaften zu vermeiden. Länder, welche eine Migration nicht nachhaltig und vorausschauend managen, schlagen sich früher oder später mit gewaltigen Problemen herum.

Und die Schweiz – was haben wir für ein Ausländer- und Zuwanderungskonzept? Keines. Dass die Masseneinwanderungs-Initiative nicht umgesetzt ist und dadurch die Bundesverfassung verletzt wird, wissen wir alle. Die RAV-Meldepflicht mit ihrer 8-Prozent-Hürde ist ein Witz und ein Affront gegenüber allen Arbeitslosen. Dieses Bürokratiemonster ist keine Bremse der ungewollten Zuwanderung. Wir haben bewiesenermassen schon Beispiele von x tausend arbeitslosen Portugiesen in der Schweiz, gerade in der Bau- und Gastrobranche. Aber dieselben Branchen dürfen noch immer weitere ausländische Arbeitskräfte holen und tun dies weiterhin.

AB 2019 S 1097 / BO 2019 E 1097

Die blanken Zahlen sprechen für sich. Im Oktober 2019 hatte die Schweiz gemäss SECO eine Arbeitslosenquote von 2,2 Prozent. Die Schweizer – also Personen schweizerischer Nationalität – wiesen eine solche von 1,6 Prozent auf, Ausländer eine von 3,8 Prozent. Also sind mehr als doppelt so viele Ausländer wie Schweizer arbeitslos. Mit anderen Worten: Mit der Personenfreizügigkeit importieren wir die Arbeitslosigkeit geradezu; die Zahlen sprechen für sich. Hier nenne ich Ihnen noch ein paar weitere Zahlen zu arbeitslosen Ausländern. EU-28: 3,3 Prozent, Europa (Nicht-EU-Ausländer): 4,7 Prozent, Asiaten: 4,2 Prozent, Afrikaner: 7,8 Prozent. Wohlverstanden gelten alle Zahlen für eine nach wie vor sehr robuste und gut laufende Wirtschaft. Mir graut schon jetzt davor, wo alsdann diese Arbeitszahlen stehen werden, wenn es einmal zu einem konjunkturellen Einbruch kommt.

In Sachen fehlende Migrationsstrategie passt gut ins Bild, dass der Bundesrat letztes Jahr gar den UNO-Migrationspakt unterschreiben wollte. Das Parlament hat den Bundesrat zu Recht zurückgepfiffen. Es hat gespürt, dass das zu viel wäre, umso mehr, als immer mehr Soft Law zu Hard Law wird und nebst der europäischen eine weltweite Migration oder Personenfreizügigkeit droht. Beim Thema Migration ist die äusserst optimistische Haltung des Bundesrates ohnehin eigenartig.

Wären die Befürworter der europäischen Personenfreizügigkeit wirklich ehrlich und wäre die Personenfreizügigkeit wirklich der Sauerstoff für eine erfolgreiche Schweiz – wie es immer behauptet wird –, so müssten diese Politiker längst die weltweite Personenfreizügigkeit propagieren. Dem ist aber nicht so. Die weltweite Personenfreizügigkeit wird nicht einmal von der Wirtschaft propagiert.

Einige glauben also noch immer, die Personenfreizügigkeit sei das Mittel schlechthin, um die Wirtschaft zu fördern und Wachstum zu generieren. Australien, das ich vorhin als Paradebeispiel einer restriktiven Migrationspolitik erwähnt habe, weist seit 1993 ein Wachstum von 2,5 Prozent aus, und zwar ununterbrochen, jedes Jahr. Das Beispiel Australien zeigt exemplarisch, dass man sehr wohl ein nachhaltiges Wachstum haben kann, ohne gleich die Personenfreizügigkeit zu propagieren.

Die negativen Elemente einer unkontrollierten Einwanderung sind omnipräsent und nehmen stark zu: Zersiedelung, Kampf um Arbeitsplätze, Kampf um hohe Löhne, Arbeitslosigkeit von Über-50-Jährigen, Jugendarbeitslosigkeit, Explosion der Infrastrukturkosten, Kriminalität, grenzüberschreitende Kriminalität, Dichtestress, Verdrängung der einheimischen Arbeitskräfte, Pendlerströme, überfüllte Züge, Trams und Busse, verstopfte Strassen, leidende Transportunternehmen, Verlust von Werten und Traditionen, hoher Ausländeranteil, Parallelgesellschaften, Explosion der Sozialhilfe- und Unterstützungskosten, hohe Boden- und Immobilienpreise, trotz Tiefzinsen steigende Mieten und vieles mehr.

Das WEF von Herrn Schwab erarbeitet jedes Jahr eine weltweite Gefahrenkarte, und dies seit sechzehn Jahren. Und was steht dort zuoberst? Was ist aus der Sicht des WEF die grösste Gefahr weltweit? Die Migration! Die Migration hat uns in den letzten Jahren beschäftigt, sie beschäftigt uns heute, sie wird uns auch morgen und übermorgen beschäftigen. Sie wird uns Politiker wie das Klima und die Umweltprobleme dauernd beschäftigen. Wir und insbesondere der Bundesrat wären deswegen gut beraten, uns subito einer Migrationsstrategie für die Schweiz zu widmen.

Ich finde es schlimm, wenn ein souveräner Staat nicht einmal mehr seine eigene Zuwanderung steuern und kontrollieren will und nicht einmal mehr die Anzahl Ausländer in seinem eigenen Land bestimmen darf. Auf der ganzen Welt gibt es – nebst der EU-Personenfreizügigkeit – kein anderes Konstrukt, kein anderes Land, welches die Personenfreizügigkeit mit dem Handel, mit dem Freihandel verknüpft. Und darüber sprechen wir heute. Das Volk hat dieser Fehlkonstruktion der Guillotineklauseel zugestimmt. Das war ein grosser Fehler, den es mit dieser Initiative zu korrigieren gilt. Ich kenne kein einziges Land, welches ein Freihandelsabkommen gleichzeitig an eine Personenfreizügigkeit gekoppelt hat. Diese Verknüpfung ist wirklich ein Fehlkonstrukt der gröberen Sorte.

Mit der Begrenzungs-Initiative wird dieses Fehlkonstrukt, diese Guillotineklauseel, endlich geköpft. Wäre diese



Verknüpfung wirklich das Ei des Kolumbus, so würden wir bei Abkommen mit anderen Ländern diese Verknüpfung kopieren. Dem ist aber nicht so. Bei keinem der unterzeichneten und anstehenden Freihandelsabkommen ist das ein Thema. Nie würde es uns in den Sinn kommen, bei einem Freihandelsabkommen mit China oder Indonesien nach einer Personenfreizügigkeit zu fragen.

Seit Jahren wächst die Schweizer Bevölkerung aufgrund der Zuwanderung um jährlich 35 000 bis 40 000 Personen. Dies entspricht der Grösse einer Stadt wie Schaffhausen, Thun, La Chaux-de-Fonds oder Freiburg. Vor ein paar Jahren waren es noch mehr. In den Spitzenjahren hat sich die Bevölkerung der Schweiz um 70 000 bis 80 000 Personen pro Jahr vergrössert. Das wäre die Bevölkerung des ganzen Kantons Schaffhausen oder des Kantons Jura – wohlverstanden: in nur einem einzigen Jahr, und das Jahr für Jahr.

Da muss man wahrlich kein Prophet sein, um zu erkennen, dass eine derart starke Zuwanderung unser Land früher oder später vor gewaltige Probleme stellt. Allerspätestens bei einem allfälligen Konjunkturunbruch und/oder höheren Zinsen knallt es ganz gewaltig! In Spanien und anderen Ländern glaubte man auch, der Beton wachse in den Himmel. Wachstum – gleich, welches Wachstum, ob jenes der Bevölkerung oder jenes der Wirtschaft – hat seine Grenzen und seine negativen Auswirkungen. Wir kennen die negativen Auswirkungen von Wachstum, doch wir verdrängen sie: hohe Arbeitslosigkeit, teure Immobilien und Mieten, allfällige höhere Zinsen, gekoppelt an eine Wirtschafts- oder Immobilienkrise – gute Nacht, das ist ein ganz gefährlicher Gift-Cocktail.

Ich erinnere an dieser Stelle an all die Zahlen, welche insbesondere unsere Wirtschaftskapitäne nicht gerne hören, weil ihnen der Zustand der Sozialpolitik in diesem Land egal ist: Die totalen jährlichen Sozialhilfekosten belaufen sich auf sage und schreibe 8285 Millionen Franken pro Jahr; 350 000 Leute in diesem Land beanspruchen Sozialhilfe, 615 000 sind Working-Poor.

Zu glauben, das Wachstum in der Schweiz korreliere mit der Zuwanderung, ist eine der grössten Fehlanalysen, welche viele Politiker und Politikerinnen machen. Natürlich hat die Zuwanderung auch positive Aspekte. Ich möchte die Zuwanderung keineswegs komplett stoppen, sondern einfach die Möglichkeit haben, sie selbst zu steuern, wie es in der Bundesverfassung festgehalten ist. Es verlassen bekanntlich auch Schweizer und Ausländer die Schweiz. Wir können sehr wohl die Schweizer Bevölkerung bei 8,5 Millionen Menschen stabilisieren. Für mich jedenfalls ist es eine reine Frage der Zeit, bis das Parlament oder eben eher das Volk die negativen Auswirkungen der Zuwanderung, die negativen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit, die negativen Auswirkungen der Verknüpfung der ersten Bilateralen Verträge erkennt und sie korrigiert.

Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die EU – man hört das ja jetzt vor allem bei dieser Initiative – bei einem Ja zu dieser Volksinitiative einen so guten Handelspartner wie die Schweiz komplett isolieren würde. Die Schweiz ist ein zu guter Kunde der EU, um vor eine verschlossene Tür gestellt zu werden. Die Schweiz ist für die EU zentral; ich denke nicht nur an das Verkehrsabkommen. Natürlich gäbe es einen Knall und unzufriedene EU-Politiker, das erleben wir derzeit auch beim Brexit. Aber selbst mit England spricht und verhandelt die EU noch.

Ich jedenfalls stimme der Begrenzungs-Initiative zu. Ich will die unsägliche Verknüpfung bei den Bilateralen I endlich auftrennen, und ich will die Zuwanderung in unser Land wieder eigenständig und selbstständig steuern, so, wie es übrigens in der Bundesverfassung steht.

Müller Damian (RL, LU): Natürlich dürfen wir uns in den eigenen Fuss schiessen. Wir können auch den Ast, auf dem wir sitzen, absägen oder uns ins eigene Fleisch schneiden. Genau das tun wir, wenn wir der Volksinitiative "für eine massvolle Zuwanderung" zustimmen.

Mein Vorredner hat oftmals Australien als Beispiel erwähnt. Australien haben wir uns im Verlauf einer Reise mit der Aussenpolitischen Kommission genauer angesehen. Wenn wir in der Schweiz eine Nulltoleranzpolitik gegenüber Boatpeople

AB 2019 S 1098 / BO 2019 E 1098

fahren könnten, wie die Australier das machen, dann wäre das ja einfach. Die Australier haben aber gleichzeitig auch gesagt, dass sie eine Einwanderungshaft eingeführt haben oder, als Beispiel, ein Internierungslagerszenario im In- und Ausland. Das sind die Fakten, wenn wir über Australien sprechen.

Was aber nun unter diesem harmlosen Titel daherkommt, ist wohl die wirtschaftsfeindlichste Initiative, die dieser Rat je zu behandeln hatte. Dagegen sind Vorstösse wie zur Reichumssteuer oder zum Vaterschaftsurlaub Nasenwasser. Bei dieser Initiative geht es nämlich um weit mehr als nur darum, die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig zu regeln, wie es in Artikel 121b Absatz 1 der Initiative so unschuldig heisst. Es geht nämlich nicht etwa um Flüchtlinge oder Asylsuchende, es geht auch nicht um Sans-Papiers aus ganz fremden und fernen Kulturen, es geht auch nicht nur darum, ein paar europäische Bürgerinnen und



Bürger mehr oder weniger in die Schweiz zu lassen – Menschen, die immerhin aus dem gleichen Kulturkreis stammen. Denn die Initiative verlangt nicht nur, dass das Abkommen mit der Europäischen Union über den freien Personenverkehr, das am 21. Juni 1999 unterzeichnet wurde und am 1. Juni 2002 in Kraft getreten ist, innerhalb eines Jahres wegverhandelt wird, ansonsten es innerhalb eines weiteren Monats zu kündigen ist. Was die Initiative nicht sagt, ist Folgendes: dass bei einer Kündigung der Personenfreizügigkeit sämtliche sieben Verträge der Bilateralen I hinfällig würden, also auch das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen, das Abkommen über die Landwirtschaft, dasjenige über den Landverkehr, dasjenige über den Luftverkehr, dasjenige über die Forschung und jenes über die technischen Handelshemmnisse.

Als jüngstes Beispiel erwähne ich die Firma Wernli aus dem aargauischen Rothrist, ein Unternehmen der aufstrebenden Medtech-Branche. In fünf Monaten tritt in der EU die neue Medizinalprodukteverordnung in Kraft. Für die Schweizer Firmen ist diese Verordnung ein ernsthaftes Problem, eben wegen des Abkommens über technische Handelshemmnisse.

Doch Beispiele wie diese kümmern die Initianten anscheinend nicht: Hemmungslos behaupten sie immer wieder, die Abkommen brächten eh nichts. Natürlich können wir sagen, dass es ja noch viele andere Länder auf der Welt gibt, mit denen wir Handel treiben können. Das stimmt. Aber es schleckt keine Geiss weg, dass es auch in absehbarer Zukunft die Länder Europas sind, welche einen Hauptteil unserer Kunden ausmachen werden: Weit über die Hälfte unserer Exporte geht genau in diese Länder der EU, und über 60 Prozent unserer importierten Güter kommen von dort. Besonders eng verflochten sind unsere Grenzregionen mit anderen Grenzregionen der jeweiligen Länder: das Tessin mit der Lombardei, die Ostschweiz mit Baden-Württemberg und Bayern, Basel mit dem Elsass. Aber auch unsere aufstrebende Wirtschaftsregion, die Innerschweiz, profitiert vom guten und eminent wichtigen Verhältnis zur EU und ihren Mitgliedsländern, sei es über die direkten Handelsbeziehungen, sei es als Zulieferer von Grossfirmen, die vom internationalen Handel leben.

Die Begrenzungs-Initiative, die korrekterweise "Kündigungs-Initiative" heissen müsste, ist also nicht einfach ein Versuch, die Einwanderung zu begrenzen: Sie wäre ein tiefgreifender Einschnitt in den Wirtschaftsverkehr zwischen einer kleinen, aber hochentwickelten Volkswirtschaft und einem Markt von 500 Millionen Menschen. Aber es ginge noch über das rein Wirtschaftliche hinaus: Betroffen wären insbesondere Forschung und Entwicklung, und das wiederum hätte erhebliche Konsequenzen für die Innovationsfähigkeit unseres Landes. Wir würden also eine zentrale Tugend, die unser Land wohlhabend und zufrieden gemacht hat, aufgeben – man würde besser sagen: wegwerfen –, nämlich die Tugend, besser sein zu wollen als die anderen. Wie wir alle wissen, ist der Kampf um die Spitzenposition bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit enorm hart. Ich meine, wir sollten uns da nicht freiwillig und ohne Not selber schwächen. Wir sollten uns eben nicht ins eigene Bein schiessen. Wir würden uns nicht nur eines wesentlichen Elementes unseres Wohlstandes berauben, sondern wir würden uns zur Lachnummer Europas machen, denn da würde die Konkurrenz nur allzu gerne etwas von unseren Marktanteilen übernehmen. So einfach wollen wir es also der Konkurrenz dann doch nicht machen! In diesem Sinne bitte ich Sie, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Rechsteiner Paul (S, SG): Die neue SVP-Initiative will es der Schweiz per Verfassung verbieten, mit anderen Ländern völkerrechtlich die Personenfreizügigkeit zu vereinbaren. Damit stellt sich die Initiative diametral gegen einen wichtigen Grundsatz der ersten Bundesverfassung von 1848, also der ersten Verfassung der Schweiz überhaupt. Unsere Verfassung von 1848 hielt in Artikel 52 wörtlich fest: "Gegen die auswärtigen Staaten besteht Freizügigkeit, unter Vorbehalt des Gegenrechts." Was wir heute via Bilaterale Verträge mit der EU vereinbart haben, ist also nichts anderes als das, was als grosse Errungenschaft schon in unserer ersten Bundesverfassung stand: die Personenfreizügigkeit als bürgerliche Freiheit der modernen Schweiz.

Die Personenfreizügigkeit hat bei gewissen Parteien und in manchen Medien keinen guten Ruf. Die Frage ist aber, was denn die Alternative zu diesem Freiheitsrecht ist. Die Initiativen aus Kreisen der SVP preisen als Alternative das Kontingentsystem. Was aber sind die Folgen des Kontingentsystems? Die Schweiz konnte mit der Kontingentierung von den Sechziger- bis zu den Neunzigerjahren des letzten Jahrhunderts reichlich Erfahrungen sammeln. Worin bestanden diese Erfahrungen? Im Gegensatz zu einer oft kolportierten Legende waren die Jahre mit der grössten Immigration in die Schweiz die Jahre unter dem Kontingentsystem – nicht etwa die Jahre mit der Personenfreizügigkeit –, nämlich die Sechzigerjahre des letzten Jahrhunderts. Auch im internationalen Vergleich verhält es sich nicht anders: Nimmt man das Jahr 2000, also das Jahr des Volksentscheids für die Bilateralen und für die Personenfreizügigkeit, als Stichdatum, dann sieht man, dass die Einwanderung in Neuseeland und Australien seither weit höher war als jene in die Schweiz. Dies war so, obschon es sich bei Australien und Neuseeland um Länder mit Kontingenten handelt.

Effektiv ist die Immigration immer abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung, ob im System der Personenfreizügigkeit oder in jenem der Kontingentierung. Ganz verschieden aber sind die Auswirkungen der beiden



Systeme mit Blick auf die Wirtschaft und auf die arbeitenden Menschen. Mit Blick auf diese Interessen ist die sozial flankierte Personenfreizügigkeit, wie wir sie mit der Volksabstimmung im Jahr 2000 beschlossen haben, ein Erfolgsmodell für die Wirtschaft, und zwar deshalb, weil die Steuerung nun marktmässig durch die Wirtschaft selber anstatt durch die Bürokratie der Fremdenpolizei erfolgt.

Aber auch für die arbeitenden Menschen ist das neue System unter dem Strich positiv. Dank den flankierenden Massnahmen mit Lohnkontrollen, der Stärkung von Gesamtarbeitsverträgen und Mindestlöhnen sind die Löhne in den heiklen Bereichen, insbesondere bei den Tieflohnen, in der Schweiz, im Gegensatz zu einem negativen europäischen Trend, gestiegen. Das Kontingentsystem führte demgegenüber in den heiklen Branchen zu einer eigentlichen Tieflohnpolitik, wobei das auch menschenrechtlich fragwürdige Saisonierstatut eine besonders unrühmliche Rolle spielte.

Demgegenüber haben sich die Löhne und die Arbeitsbedingungen mit den flankierenden Massnahmen positiv entwickelt. Mit den Massnahmen zum Schutz der Löhne und der Arbeitsbedingungen hat die Schweiz die Fehler vermieden, die beispielsweise im Vereinigten Königreich zu einer ausserordentlich schwierigen Lage geführt haben. Die britischen Regierungen glaubten, auf flankierende soziale Massnahmen verzichten zu können. Das Resultat sieht man heute.

Zur sozialen Flankierung gehört, dass man auf neue Probleme auch wieder neue Antworten findet. Wenn etwa die Suva zunehmend Mühe hat, die Normen der Arbeitssicherheit auch gegenüber Entsendefirmen durchzusetzen, dann muss das wirksam korrigiert werden. Entsendefirmen dürfen gegenüber Firmen in der Schweiz keine ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteile haben.

Das grösste Problem auf dem Schweizer Arbeitsmarkt besteht heute bei den älteren Arbeitnehmenden. Es war der

AB 2019 S 1099 / BO 2019 E 1099

Ständerat, der dieses Problem vor einigen Jahren mit den jährlichen Konferenzen zum Thema aufgenommen hat.

Wo Probleme bestehen, müssen diese angegangen werden. Erste Schritte in diesem Problemkomplex sind eingeleitet, z. B. durch die neue Meldepflicht oder durch die beschlossene, aber noch nicht in Kraft stehende Bestimmung, dass jemand, der ab 58 Jahren die Stelle verliert, wenigstens in der Pensionskasse bleiben kann, damit er den Rentenanspruch nicht verliert. Für jene, die ab 60 Jahren trotz aller Bemühungen nichts mehr finden, muss aber eine würdige Lösung bis zum Rentenalter gefunden werden. Das ist die sogenannte Übergangsleistung, wie sie von den Sozialpartnern, dem Bundesrat und der vorberatenden Kommission des Ständerates beantragt wird und über die wir am kommenden Donnerstag beraten werden.

Die Kündigung der Bilateralen Verträge und das Verbot der Personenfreizügigkeit ist keine brauchbare Antwort auf die Probleme der Älteren auf dem Arbeitsmarkt. Es geht darum, die Probleme zu lösen, statt sie politisch zu bewirtschaften. Die Bilateralen Verträge müssen im Interesse der Wirtschaft und der Arbeitsplätze erhalten und weiterentwickelt werden. Von der Wirtschaft muss umgekehrt die Bereitschaft erwartet werden, die sozialen Massnahmen mitzutragen. Das ist das schweizerische Erfolgsmodell.

Würth Benedikt (M, SG): Wir haben es vorhin gehört: Die Geschichte der Schweiz ist unweigerlich und direkt verknüpft mit der Migrationsgeschichte, und zwar nicht nur unter dem Aspekt der Zuwanderung, sondern auch unter dem Aspekt der Auswanderung. Der Arbeitsmarkt ist der relevante Treiber der Migration. Die Frage, die sich hier stellt – Zuwanderung eigenständig regeln oder Freizügigkeit? –, muss beantwortet werden.

Was ist die Lösung für eine eigenständige Regelung? Es ist die Lösung, wie wir sie gekannt haben, es ist die Kontingentierung. Diese Kontingentierung – Ständerat Rechsteiner hat auch darauf hingewiesen – hat in verschiedener Hinsicht nachteilige Folgen gehabt, in sozialpolitischer Hinsicht, aber auch in puncto Migration selbst. In den Sechzigerjahren hatten wir, gemessen am Anteil der ständigen Wohnbevölkerung, eine Zuwanderung von 2,5 Prozent, also höhere Raten als unter dem Regime der Freizügigkeit.

Vor diesem Hintergrund muss man das Fazit ziehen, dass dieses System bei allen Schwächen, die jedes System hat, im Grundsatz eine positive Wirkung erzielt hat. Es hat insbesondere auch darum eine positive Wirkung erzielt, weil es direkt mit dem Paket der Bilateralen Verträge verknüpft ist. Die schweizerische Migrationspolitik fusst auf den Pfeilern Wohlstand, Sicherheit und Solidarität, und das Freizügigkeitsabkommen gehört zu den unabdingbaren Voraussetzungen für diese Migrationspolitik. Es ist eine wirtschaftsfreundliche Steuerung, es ist eine bedarfsgerechte Steuerung. Natürlich ist es aber klar, dass wir das inländische Arbeitskräftepotenzial bestmöglich ausschöpfen müssen.

Aus Sicht der Kantone kann ich sagen: Die KdK hat an der Plenarversammlung vom 27. September 2019 eine klare Position bezogen; sie empfiehlt die Initiative zur Ablehnung. Mehr als die Hälfte der Kantone hat



eine Grenze zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Es ist klar, dass das Freizügigkeitsabkommen für die Kantone von grosser Bedeutung ist. Wenn ich die Situation in meinem Kanton, in meiner Grenzregion, der Bodenseeregion, anschau, dann stelle ich fest, dass am Rhein, hüben wie drüben, die Probleme bei den Unternehmen dieselben sind. Die Unternehmerinnen und Unternehmer beginnen die Gespräche nicht zuerst mit den Steuern, sondern mit der Fachkräfteproblematik. Wir sind zum einen dringend und zwingend darauf angewiesen, dass wir mit der Freizügigkeit weiterhin den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt haben. Zum andern ist wichtig, dass wir bei den Drittstaaten eine gezielte, kontingentierte Zuwanderung hochqualifizierter und von der Wirtschaft nachgefragter Arbeitskräfte haben können. Dieses duale Zulassungssystem hat sich insgesamt bewährt.

Was wären mit Blick auf ein mögliches Kontingentsystem die Folgen für die Kantone? Der administrative Aufwand wäre wiederum enorm. Die Wirtschaft ist heute viel dynamischer, als sie es in den Sechzigerjahren oder auch in den Neunzigerjahren war. Sie können sich vorstellen, dass ein Kontingentsystem in der heutigen Zeit einen erheblichen finanziellen und administrativen Mehraufwand aufseiten der Verwaltung mit sich bringen würde.

Zum Schluss muss ich aus Sicht einer Grenzregion auch darauf hinweisen, dass das Freizügigkeitsabkommen letztlich auch mit dem Schengen-Abkommen verknüpft ist. Was bedeutet es – zu Ende gedacht –, wenn wir auch hier weitere Probleme bekommen? Wir hätten in der justiziellen Zusammenarbeit, der Sicherheitszusammenarbeit nicht mehr den gleichen Zugang, den wir heute haben – diese Diskussion haben wir ja auch in Zusammenhang mit der Abstimmung über das Waffenrecht hinlänglich geführt. Wir hätten damit auch ein Problem im Bereich der Sicherheit. Es geht also nicht nur um die sechs oder sieben Bilateralen Verträge im engeren Sinne, sondern auch um die Folgewirkungen, die damit verbunden sind.

Grenzregionen sind dank der verstärkten Zusammenarbeit in vielen Bereichen mittlerweile integrierte Lebensräume geworden. Die gesellschaftliche Lebensrealität vieler Menschen in diesen Regionen spielt sich auf beiden Seiten der Grenze ab. Die Begrenzungs-Initiative verkennt diese Realität und schafft unnötige Hürden für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Schlussendlich auch noch ein Hinweis auf die besondere Stellung des Fürstentums Liechtenstein aus Sicht des Kantons St. Gallen: Ich bin dem Bundesrat dankbar, dass er auch den Kontext zum EFTA-Staat Liechtenstein in seiner Botschaft erläutert hat. Im Rahmenvertrag vom 3. Dezember 2008 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein wird in Artikel 6 die Gewährung der Personenfreizügigkeit festgehalten. Die Annahme dieser Initiative hätte somit auch weitreichende negative Auswirkungen auf die Regelungen der Schweiz mit dem Fürstentum Liechtenstein.

Aus Sicht meines Kantons kann ich dies nicht befürworten. Unsere Entwicklung ist gerade im Rheintal dergestalt, dass dank den Bilateralen Verträgen und dank der Freizügigkeit in den letzten Jahren auf beiden Seiten des Rheins eine sehr erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung stattgefunden hat. Das dürfen wir nicht gefährden. Ein Ja zur Begrenzungs-Initiative würde aber eine Gefährdung dieser Entwicklung darstellen.

Chiesa Marco (V, TI): La prassi vuole che i nuovi eletti durante la prima sessione del Consiglio degli Stati non prendano parola, ma il tema della libera circolazione e dei suoi effetti sulla popolazione del canton Ticino non può aspettare. Il momento è ora ed alcune riflessioni devono essere pur portate alla vostra attenzione. Mi riferisco in particolare alle condizioni in cui versa il mercato del lavoro a sud delle Alpi, alle difficoltà che quotidianamente incontrano i residenti e alla pressione sui salari a seguito del diffuso dumping salariale.

Dall'entrata in vigore della libera circolazione i lavoratori frontalieri del settore terziario sono nientemeno che raddoppiati. Oggi sono circa 70 000 le persone che varcano ogni giorno il confine fra la Svizzera e l'Italia. Qualcuno ha provato a dipingere di rosa questa evoluzione parlando di dinamicità economica, ma subito ha dovuto buttare la tela perché in una decina d'anni il rischio di povertà è nettamente aumentato. I sottoccupati sono raddoppiati toccando quota 20 000, il numero delle persone in assistenza è esploso e l'effetto di sostituzione non è più contestato da alcun partito, mentre i contratti normali sono già 17 che è di gran lunga il record svizzero.

In Ticino le misure di accompagnamento, nella migliore delle ipotesi, fanno il solletico. Per questo i miei concittadini, consci dell'impossibilità di fermare un'emorragia con un cerotto, non hanno mai sostenuto questo accordo bilaterale e hanno chiesto a gran voce la reintroduzione di contingenti, tetti massimi e la preferenza indigena. "Prima i nostri" non è un grido di battaglia partitico, è un'esigenza della popolazione che ha subito e sta ancora subendo il furto del proprio futuro. Conosco padri di famiglia disperati perché temono ogni giorno di essere lasciati a casa, magari sostituiti da giovani leve



italiane, o perché alle prese con dei figli formatissimi che non trovano un primo posto di lavoro. Guardate che non sto caricaturizzando la situazione ticinese a sostegno della mia tesi, ossia quella della necessità di disdire un accordo che mette in ginocchio la nostra popolazione. E il fatto che oggi sieda qui al Consiglio degli Stati piuttosto che al Consiglio nazionale mi sembra già sufficientemente indicativo della mia buona fede.

Il Ticino vuole infatti restare una parte della Svizzera e non diventare una protesi della Repubblica italiana. Per questo motivo, quale rappresentante del mio cantone sosterrò, con grande convinzione, la disdetta dell'accordo sulla libera circolazione delle persone.

Levrat Christian (S, FR): Merci de me donner la parole, Monsieur le président. Ainsi, on donne la garantie que toutes les langues officielles seront représentées dans ce débat.

Je n'ai pas besoin de reprendre l'ensemble des arguments exposés par mes préopinants. Cette initiative de dénonciation de l'Accord sur la libre circulation des personnes conduirait à la fin des Bilatérales comme nous les connaissons. Les initiants les plus optimistes – et dans la phase la plus constructive – estiment que l'accord de libre-échange de 1972 devrait nous permettre de combler les lacunes qui résulteraient de la dénonciation des Bilatérales. Ce n'est pour moi pas une solutions satisfaisante. Il est illusoire de vouloir régler avec un instrument commercial nos relations de voisinage, ou, pour le dire de manière plus imagée, je crois que les problèmes que nous avons avec le Bade-Wurtemberg, la Lombardie ou la région Rhône-Alpes ne sont pas forcément identiques aux difficultés que nous avons avec la Malaisie, le Mexique ou l'Australie.

La question la plus importante, et celle qui explique ma prise de parole, porte sur la représentation politique et institutionnelle de ce vote. La première réflexion, c'est que nous serions assez malavisés de prendre à la légère le scrutin populaire qui nous attend. Les initiants feront le procès de la libre circulation. Ils mettront en avant, comme en 2014, l'insuffisance de nos infrastructures, notamment en matière de transports publics. Ils invoqueront le "souci économique", en particulier le souci des salariés les plus âgés face à la pression migratoire. Ils agiteront – on a pu en entendre un exemple – les craintes répandues d'une surpopulation ou d'une Suisse de 10 millions d'habitants.

Notre réponse, ce doit être d'abord de reconstituer un front pro-européen cohérent, un front qui a souffert au cours des dernières années, un front qu'il s'agit maintenant de reconstruire, et ce de manière efficace. Ce front est basé sur une alliance de l'économie et des organisations de salariés. Il est basé sur un développement parallèle de l'intégration européenne de notre pays et des droits sociaux des travailleurs et des travailleuses, des salariés de notre économie.

Il s'agit ensuite de faire valoir les aspects positifs de la libre circulation des personnes. 700 000 Suisses vivent à l'étranger, 700 000 Suisses qui, pour une part d'entre eux au moins, bénéficient de la libre circulation des personnes.

Il s'agit pour nous enfin de raviver le lien entre politique européenne et progrès sociaux. C'est la raison pour laquelle cette affaire est liée avec celle qui concerne les prestations transitoires pour les chômeurs âgés que nous serons amenés à traiter ce jeudi 12 décembre.

Cette initiative constitue, pour nous surtout, non pas tellement une menace mais surtout une opportunité, une opportunité fantastique de remettre en marche le moteur européen de notre pays. C'est l'occasion de confirmer l'option bilatérale. A sept reprises, la population, dans les vingt dernières années, s'est prononcée en faveur du développement des Bilatérales. C'est la possibilité de dissiper les doutes nés en février 2014. Je fais partie de ceux qui ont mené cette campagne en 2014, j'en garde un souvenir extrêmement vif. Je crois que nous avons laissé à cette occasion s'installer dans la population un certain nombre de doutes quant à notre volonté de traiter l'ensemble des conséquences de la libre circulation, des doutes qu'il convient maintenant de dissiper et qu'il convient de dissiper avec des mesures concrètes, notamment dans le domaine social. C'est aussi l'occasion de poser un socle pour le développement de nos rapports avec l'Union européenne.

En fait, tout bien pesé, je crois que cette initiative est pour nous une chance: elle va marquer une étape importante dans le développement de nos relations avec l'Union européenne. Si certains ont pu dire, à raison, que nous sommes au moment "Swixit", le moment où la Suisse doit décider ou non de rompre ses relations avec l'Union européenne, nous sommes aussi au moment où nous avons l'opportunité d'effacer un certain nombre des erreurs du passé. Nous avons l'opportunité de reconstruire une alliance qui a été efficace à sept reprises; nous avons la possibilité de fermer la parenthèse de 2014.

Pour ce faire, il faut que nous ayons le courage, l'audace, la volonté de fixer quelques mesures importantes pour les travailleurs âgés – nous le ferons jeudi –, de parler aussi des avantages de la libre circulation des personnes, et d'aborder, sur le plan des infrastructures, les questions ouvertes qui doivent être traitées. A ces conditions-là, alors non seulement nous gagnerons le vote sur cette initiative, mais nous le gagnerons avec un écart suffisant, qui devrait ensuite nous permettre, notamment dans le cadre de l'accord institutionnel



avec l'Union européenne, d'avancer vers une solution avec plus d'énergie que ce que nous avons fait jusqu'à présent.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Die eidgenössische Volksinitiative "für eine massvolle Zuwanderung", die sogenannte Begrenzungs-Initiative, verlangt vom Bundesrat, das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU innerhalb von zwölf Monaten einvernehmlich ausser Kraft zu setzen oder, falls keine einvernehmliche Lösung gefunden werden kann, es innert weiterer 30 Tage einseitig zu kündigen.

Der Kommissionssprecher hat es gesagt: Der Bundesrat hat am 7. Juni 2019 die Botschaft zur Begrenzungs-Initiative an das Parlament verabschiedet und sein Nein zu dieser Initiative bekräftigt. Er beantragt dem Parlament, die Begrenzungs-Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen und ihr auch keinen direkten Gegenentwurf oder indirekten Gegenvorschlag entgegenzustellen. Aus Sicht des Bundesrates hätte die Annahme dieser Initiative verschiedene schädliche Konsequenzen für die Schweiz.

Die Personenfreizügigkeit ist eine der vier Grundfreiheiten des EU-Binnenmarktes, so, wie wir auch unsere staatstragenden Prinzipien haben, wie beispielsweise den Föderalismus oder die direkte Demokratie. Es steht auch ausser Frage, dass die Freizügigkeit Vor- und Nachteile hat, so, wie jeder Vertrag Vor- und Nachteile hat. Aber das Volk hat den Bilateralen I zugestimmt. Diese Bilateralen I, Herr Ständerat Minder, sind kein Freihandelsvertrag, sondern gehen darüber hinaus. Im Unterschied zu einem Freihandelsvertrag geht es nicht nur um technische Handelshemmnisse, sondern es geht auch um Rechtsharmonisierung.

Ich habe es gesagt: Das Volk hat den Bilateralen I zugestimmt, dies, obwohl die Bilateralen I untereinander mit einer Guillotineklausel verbunden sind. Damit habe ich kein Plädoyer für die Guillotineklausel abgegeben, ganz im Gegenteil; Herr Ständerat Minder, ich bin da bei Ihnen. Ich wünschte mir, wir hätten das damals nicht akzeptieren müssen. Aber der Vertrag ist so, wie er ist. Deshalb ist es auch nicht so, dass man sagen kann, die Schweiz sei ein guter Kunde der EU. Wir sind der viertbeste Kunde, aber wenn wir die Freizügigkeit kündigen, kommt eben diese Guillotineklausel zur Anwendung, und zwar automatisch; man muss gar nichts mehr dazu beitragen.

Wer sich vorstellt, dass die EU bereit sein wird, mit der Schweiz einen Ausstieg aus der Personenfreizügigkeit zu verhandeln, ohne den Rest des bilateralen Wegs aufzugeben, verkennt die jüngere Geschichte. Die Erfahrungen rund um die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative haben uns deutlich gezeigt, dass die EU für solche Zugeständnisse gegenüber der Schweiz wenig Verständnis zeigt. Auch beim Rahmenabkommen ist es ja nicht gelungen, die Guillotine zu entfernen, und das Klima um den Brexit zeigt uns ebenfalls, wie geschlossen die EU in solchen Verhandlungen auftritt. Das ist jetzt keine Unterwerfung, sondern einfach eine realistische Beurteilung der Ausgangslage. Wenn

AB 2019 S 1101 / BO 2019 E 1101

wir über diese Initiative sprechen, müssen wir hier auch realistisch sein.

Unvorteilhaft ist zudem, dass die Gegenpartei weiss, dass uns die Bundesverfassung im Falle einer Annahme der Begrenzungs-Initiative dazu verpflichten würde, innerhalb eines Jahres das Freizügigkeitsabkommen einvernehmlich ausser Kraft zu setzen oder dann zu kündigen. Das würde die Verhandlungsposition der Schweiz schwächen, weil die andere Partei, die EU, eben weiss, dass wir den Druck haben, innerhalb von zwölf Monaten hier eine Lösung zu finden – und vielleicht auch den Druck hätten, eine schlechte Lösung zu akzeptieren, damit nicht die Guillotineklausel zur Anwendung kommt.

Die Zuwanderung im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens ist stark auf den Arbeitsmarkt konzentriert. Sie hat in der Vergangenheit massgeblich zur Erhöhung der Erwerbsbevölkerung und zur Entschärfung des Fachkräftemangels beigetragen. Eine Ergänzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials durch ausländische Arbeitskräfte wird immer wichtiger, weil die Schweizer Bevölkerung in den kommenden Jahren deutlich altern wird: Es sind etwa 800 000 bis eine Million Menschen, die in den nächsten zehn Jahren in Rente gehen werden.

Das Freizügigkeitsabkommen begünstigt die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt und nicht in das Sozialwesen. Herr Ständerat Minder hat die Kosten der Sozialhilfe erwähnt. Ich möchte hier erwähnen, dass die Sozialhilfequote bei Schweizerinnen und Schweizern bei 2,3 Prozent und bei EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern bei 3 Prozent liegt – also unwesentlich höher.

Wenn jetzt in der Debatte gesagt wurde, die Schweiz müsse die Zuwanderung wieder eigenständig steuern, dann frage ich mich, was wir mit "eigenständig" meinen. Sprechen wir von den Jahren zwischen 1960 und 1974, in denen die Bruttozuwanderung 108 000 Menschen pro Jahr betrug? Dazu kamen noch 205 000 Saisoniers. Ab 1994 betrug der Ausländeranteil in der Schweiz bereits 20 Prozent.

Ich kann mich gut an diese Zeiten erinnern. Ich bin ja bekanntlich in einem Gewerbebetrieb aufgewachsen. Wir



waren in einem Restaurant auch auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen – in der Küche, im Service. Das ist heute nicht anders. Es ist immer noch so, dass sich viele Schweizerinnen und Schweizer nicht um diese Arbeitsplätze reissen. Ich habe oft erlebt, dass diese Kontingente oder eben diese Gesuche im "Windhund-Verfahren" erteilt wurden und dass die grossen Betriebe gegenüber den Gewerbebetrieben die Nase vorn hatten. Hinzu kam die Bürokratie, die ich als Regierungsrätin noch erlebt habe. Ich bin im Jahr 2000 gewählt worden, als das Kontingentsystem noch in Kraft war.

Fazit zu diesen genannten Zahlen ist: Es ist nicht der Staat, der hier die Zuwanderung steuert, sondern die Konjunktur. Die Konjunktur führt dazu, dass es mehr Menschen braucht, die in der Schweiz arbeiten. Es ist also nicht eine staatliche Nachfrage, sondern es ist eine Frage der Wirtschaft, welche Arbeitskräfte sie braucht. Es ist auch nicht so, dass die Schweiz keine Strategie hätte. Die Schweiz hat die Strategie, dass sie sagt: Wenn man Personen aus dem Ausland rekrutieren will, dann steht den Arbeitgebern ein Reservoir von 500 Millionen Personen aus der Europäischen Union zur Verfügung. Dazu haben wir noch Drittstaatenkontingente. Eine weitere Säule der Ausländerpolitik, wenn man so will, ist das Asylwesen. Dieses ist hier nicht betroffen. Aber dort geht es darum, den Menschen, die internationalen Schutz brauchen, diesen zu gewähren.

Ich habe es gesagt: Die Initiative verpflichtet den Bundesrat, das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU einseitig zu kündigen, wenn die Verhandlungen innerhalb der vorgegebenen zwölfmonatigen Frist scheitern. Damit würde nicht nur das Freizügigkeitsabkommen bereits sechs Monate nach Erhalt der Notifikation über die Kündigung automatisch ausser Kraft treten, sondern aufgrund der sogenannten Guillotineklausel auch die übrigen Abkommen. Herr Ständerat Müller hat sie erwähnt: Es geht um Landverkehr, Luftverkehr, Landwirtschaft, technische Handelshemmnisse, Forschung und öffentliches Beschaffungswesen. Ich bin dankbar, dass Herr Ständerat Würth als Mit-Sankt-Galler erwähnt hat, dass bezüglich der Freizügigkeit selbstverständlich auch das Zusatzprotokoll, das mit dem Fürstentum Liechtenstein abgeschlossen wurde, tangiert wäre.

Damit würde der Schweiz ein vertragsloser Zustand drohen. Die Schweiz stünde nach spätestens sechs Monaten ohne diese Bilateralen Abkommen da, die für den Zugang der Schweizer Wirtschaft zum EU-Binnenmarkt absolut zentral sind. Dabei geht oft vergessen, dass die Schweiz mit ihrer Wirtschaft stärker in den Binnenmarkt integriert ist als andere europäische Staaten. Das ist eigentlich noch erstaunlich. Wenn man den Export und den Import von Waren und Dienstleistungen sowie die Direktinvestitionen und auch die Zuwanderung betrachtet, dann sieht man, dass die Schweiz wirtschaftlich stärker integriert ist als die meisten anderen europäischen Staaten. Diese enge Marktverflechtung muss man sich vor Augen halten, wenn man den bilateralen Weg riskiert. Von diesem Risiko wären ohnehin vor allem die Gewerbebetriebe und die KMU betroffen. Denn, wie Sie wissen, die grossen Konzerne haben längst vorgesorgt, auch in anderer Hinsicht, und haben ihre Sitze auch im europäischen Ausland.

Bei einem Wegfall der Bilateralen I ist indirekt auch eine Reihe von weiteren Abkommen mit der EU gefährdet, zum Beispiel auch die Teilnahme an Schengen/Dublin. Die beiden Abkommen sind zwar Teil der Bilateralen II und daher nicht formell verknüpft mit der Personenfreizügigkeit; aber aus Sicht der EU stellt die Personenfreizügigkeit eine Grundlage für die Assoziierung an Schengen/Dublin dar. Schengen ist ja eine Ausgleichsmassnahme zur Personenfreizügigkeit. Sie kennen den Bericht des Bundesrates. Wir haben diesen bei der Abstimmung über die EU-Waffenrichtlinie mannigfach mit Ihnen diskutiert: Ein Wegfall von Schengen/Dublin würde volkswirtschaftlich bis zu 11 Milliarden Franken kosten.

Es besteht kein Zweifel: Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit würde den bilateralen Weg als Ganzes bedrohen. Für die Schweiz wären die Bedingungen bei einer Auflösung der Personenfreizügigkeit, also bei einer Annahme der Initiative, schwieriger als die Bedingungen, die Grossbritannien beim Austritt aus der Europäischen Union angetroffen hat. Bei einem EU-Mitglied wie Grossbritannien sieht nämlich der Lissabonner Vertrag vor, dass die Modalitäten über diesen Austritt zwischen dem besagten Staat und dem Europäischen Rat verhandelt werden müssen. Der Europäische Rat kann die Frist im Einvernehmen mit dem betroffenen Staat verlängern. Das ist bekanntlich bei Grossbritannien passiert. Das Freizügigkeitsabkommen hingegen enthält keine solche Verhandlungspflicht. Mit Annahme der Begrenzungs-Initiative würde sich die Schweiz hier eine einseitige Verhandlungspflicht auferlegen, welche die EU in keiner Art und Weise bindet.

Die zeitlichen Vorgaben der Begrenzungs-Initiative sind, ich habe es mehrfach erwähnt, klar: zwölf Monate Verhandlungsfrist, 30 Tage Kündigungsfrist. Eine Verlängerung wäre – ich habe mir auch überlegt, was in einer solchen Situation passieren würde – nur möglich, wenn man die Bundesverfassung wiederum ändern würde.

Der Bundesrat steht zur Personenfreizügigkeit und zum bilateralen Weg. Er will aber auch nur so viel Zuwanderung wie nötig. Der Bundesrat hat auch stets anerkannt, dass die Personenfreizügigkeit mit Herausforderungen verbunden ist. Die Herausforderungen sind dabei nicht in allen Landesteilen die gleichen. So hat die Personenfreizügigkeit für die einzelnen Regionen der Schweiz unterschiedliche Auswirkungen.



En Suisse romande, le solde migratoire de ressortissants de l'Union européenne est plus élevé qu'en moyenne suisse. Ce constat peut aussi être fait pour la main-d'oeuvre frontalière. Pour ce qui est de la population active, la part des ressortissants des pays bénéficiant de la libre circulation des personnes est aussi plus élevée qu'en Suisse alémanique. Reste que le constat est sans appel. La libre circulation des personnes et l'ensemble des accords ont bien eu un effet dynamisant sur l'ensemble de l'économie.

Pour juger la situation actuelle, il faut se souvenir du marasme qui régnait au début des années 1990 et des perspectives que les accords bilatéraux ont ouvertes. Mais il est évident que cette ouverture peut aussi avoir des conséquences moins désirables sur la structure du marché du travail. Pour

AB 2019 S 1102 / BO 2019 E 1102

cette raison, cette dynamique a été accompagnée et le sera à l'avenir. Mon collègue, le conseiller fédéral Alain Berset, et moi avons présenté un certain nombre de mesures dans le courant du mois de mai dernier. L'objectif de ces mesures est d'encourager la main-d'oeuvre indigène pour faire face aux besoins de l'économie suisse. Il s'agira aussi de faciliter l'accès à des formations et un encadrement adapté aux personnes d'un certain âge sur le marché du travail. La création d'une prestation transitoire en fin de carrière est également prévue pour les chômeurs en fin de droits de plus de 60 ans.

In Ticino abbiamo costatato gli stessi sviluppi come nella Svizzera romanda. Bisogna riconoscere che l'impatto dell'apertura del mercato del lavoro è stato addirittura più forte. La vicinanza di grandi agglomerazioni come Milano, Como e Varese nonché la crisi economica in Italia hanno aumentato la pressione. Siamo anche consapevoli che la presenza di manodopera frontaliere è particolarmente forte in Ticino; ricordo che essa rappresenta il 27,5 per cento degli occupati. Anche l'evoluzione dei salari è stata fortemente influenzata da questa apertura – sono d'accordo con quanto affermato dal consigliere agli Stati Chiesa.

Di fronte a questa realtà, il Consiglio federale e l'Assemblea federale hanno adottato diverse misure di accompagnamento alla libera circolazione delle persone. La collaborazione tra le parti sociali, i sindacati, i datori di lavoro, i cantoni e la Confederazione è fondamentale. Tutti questi attori si condividono la responsabilità di correggere le imperfezioni del sistema. Anche l'importanza dei contratti normali di lavoro è stata riconosciuta. I meccanismi di controllo previsti nelle nostre leggi devono essere utilizzati con il rigore necessario. I cantoni hanno inoltre la possibilità di emanare, laddove necessario, contratti normali di lavoro. Qui le parti sociali ticinesi svolgono un ruolo importante che va sostenuto. Il consigliere agli Stati Chiesa ha parlato dei 17 contratti normali in Ticino e questo dimostra la necessità di certe misure.

Come capo del Dipartimento federale di giustizia e polizia sono convinta della necessità di affrontare queste sfide con determinazione. Il 15 maggio 2019, con il mio collega, il consigliere federale Alain Berset, abbiamo presentato una serie di misure supplementari per fare sì che le imprese svizzere reclutino per quanto possibile in Svizzera la manodopera di cui hanno bisogno. La libera circolazione delle persone serve per reclutare manodopera anche all'estero senza lungaggini burocratiche ma deve generare soltanto l'immigrazione necessaria. Die Personenfreizügigkeit hat gewichtige Vorteile für die Schweiz. Gleichzeitig sind – wir haben es gehört – die Vorbehalte aus dem Tessin und teilweise auch aus der Romandie nachvollziehbar. Dort, wo Handlungsbedarf besteht, soll den Herausforderungen gezielt mit Massnahmen begegnet werden. Der Bundesrat hat die Personenfreizügigkeit von Anfang an, also bereits mit der Einführung der Bilateralen I, mit Massnahmen flankiert, die er in den letzten Jahren gezielt ergänzt hat.

Die flankierenden Massnahmen dienen dem Schutz der Arbeits- und Lohnbedingungen für die inländischen und ausländischen Arbeitnehmenden. Sie sollen aber auch faire Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen und das Gewerbe garantieren. Der Bundesrat steht weiterhin klar dafür ein, das heutige Niveau des Lohnschutzes zu garantieren. Nach der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative hat das Parlament die Stellenmeldepflicht für Branchen mit einer über dem Durchschnitt liegenden Arbeitslosigkeit eingeführt. Mitte Mai – ich habe es erwähnt – hat der Bundesrat zudem weitere Massnahmen beschlossen, um das inländische Arbeitskräftepotenzial zu fördern. Mit diesen Massnahmen wollen wir besser begleiten, besser vorbereiten und besser integrieren. Die Chancen insbesondere der älteren Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt sollen insgesamt verbessert werden, und wir wollen auch, dass die Menschen im Arbeitsmarkt integriert bleiben und Härtefälle abgefedert werden.

Diese Massnahmen wurden auf eine sehr konstruktive Art mit den Sozialpartnern entwickelt, und die Sozialpartnerschaft ist ein wesentlicher Bestandteil des Erfolgsmodells Schweiz. Auf diese Weise konnten wir bisher sicherstellen, dass die Personenfreizügigkeit die einheimischen Arbeitnehmenden nicht verdrängt, sondern ergänzt. Das soll auch so bleiben. Insbesondere für Regionen, in denen eine hohe Zuwanderung und ein grosser Anteil von Grenzgängerbeschäftigung zu verzeichnen sind, sind diese Massnahmen besonders wichtig.

Die Initiative gefährdet aus Sicht des Bundesrates unseren Wohlstand, setzt Arbeitsplätze in der Schweiz aufs



Spiel und stellt die stabile Beziehung zu unserem wichtigsten Handelspartner infrage. Der Bundesrat beantragt deshalb die Ablehnung der Begrenzungs-Initiative. Er bekennt sich damit nicht nur zur Personenfreizügigkeit, sondern fällt auch den Grundsatzentscheid, den bilateralen Weg weiterzuführen.

Fässler Daniel (M, AI), für die Kommission: Ich möchte nur noch einen Punkt ausführen, auf den ich in der Kommissionsberichterstattung nicht hingewiesen habe – dies auch zuhanden der Kollegen Minder und Chiesa. Die Mehrheit der Kommission anerkennt selbstverständlich, dass die Freizügigkeit auch ihre negativen Aspekte hat, für die Gesellschaft und die Wirtschaft. Aber das Freizügigkeitsabkommen war der Preis, um die anderen Bilateralen Verträge zu bekommen, und es ist der Preis, um die Bilateralen Verträge zu erhalten. Das wollte ich noch ausführen.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

**Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungs-Initiative)"
 Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une immigration modérée (initiative de limitation)"**

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Minder, Föhn)

... die Initiative anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Minder, Föhn)

... d'accepter l'initiative.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 38 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 4 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Da Eintreten obligatorisch ist, wird gemäss Artikel 74 Absatz 4 des Parlamentsgesetzes keine Gesamtabstimmung durchgeführt. – Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmung.

AB 2019 S 1103 / BO 2019 E 1103





19.026

**Für eine massvolle Zuwanderung
 (Begrenzungs-Initiative).
 Volksinitiative**

**Pour une immigration modérée
 (initiative de limitation).
 Initiative populaire**

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.09.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.12.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Rösti Albert (V, BE): Machen Sie doch der Schweiz ein Weihnachtsgeschenk, indem Sie hier Ihre Meinung noch ändern und Ja zur Begrenzungs-Initiative sagen. Sie sagen damit nichts anderes als Ja zur Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative, für die 2014 eine Mehrheit der Bevölkerung votiert hat. Sie korrigieren damit den Verfassungsbruch hier im Parlament und ermöglichen, dass die Zuwanderung mit Inländervorrang, Kontingenten und Höchstzahlen endlich beschränkt werden kann.

Hören Sie mir jetzt bitte zu: Wer hier Nein sagt, der befürwortet, dass weiterhin jährlich netto 40 000 bis 80 000 Personen in die Schweiz einwandern – jährlich ein- bis zweimal die Stadt Thun. Wer nicht weiss, was das für die Infrastruktur heisst, soll einen Ausflug auf das Stockhorn machen – es hat nicht so viel Schnee, es geht über Weihnachten/Neujahr – und soll sich die Fläche der Stadt Thun von oben anschauen. Man sieht dann die Infrastruktur, die jährlich gebaut werden muss. Die Leute schlafen nicht unter der Brücke, es braucht auch Eisenbahn und Autobahn. Sie können das dort auf einen Blick sehen. Tun Sie das! Denn wenn die Infrastruktur nicht gebaut wird, riskieren Sie mit einem Nein den Verkehrskollaps in den nächsten Jahren, den Verkehrskollaps auf der Autobahn und den Verkehrskollaps auf der Schiene. Glauben Sie wirklich, SBB-Chef Andreas Meyer sei schuld, dass die SBB je länger, je mehr Probleme haben? Nein, es ist die Anzahl der Leute, es ist die Anzahl der Zugfahrten, es ist der Kollaps, der am Entstehen ist. Geben Sie hier Gegensteuer!

Aber das Wichtigste ist: Setzen Sie ein Zeichen für die Arbeiterinnen und Arbeiter in diesem Land, gegen Lohndruck und gegen drohende Arbeitslosigkeit. Es ist lächerlich, hier im Abstimmungskampf zu sagen, man wolle die drohende Arbeitslosigkeit von Über-50-Jährigen mit einer Überbrückungsrente beseitigen. Damit bestätigen Sie und der Bundesrat, dass die Zuwanderung ein Problem ist.

Ganz abschliessend: Wenn Sie wirklich für die Werte dieses Landes, für die grünen Werte, einstehen wollen, dann stimmen Sie hier zu. Denn der grösste Biodiversitätsverlust ist auf die Zubetonierung dieses Landes zurückzuführen.

Ich bitte Sie, der Initiative zuzustimmen, damit die Werte in diesem Land, der schönen Schweiz, erhalten bleiben. *(Teilweiser Beifall)*

**Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungs-Initiative)"
 Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une immigration modérée (initiative de limitation)"**



**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Nationalrat • Wintersession 2019 • Dreizehnte Sitzung • 20.12.19 • 08h00 • 19.026
Conseil national • Session d'hiver 2019 • Treizième séance • 20.12.19 • 08h00 • 19.026

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 19.026/19952)

Für Annahme des Entwurfes ... 142 Stimmen

Dagegen ... 53 Stimmen

(2 Enthaltungen)



19.026

**Für eine massvolle Zuwanderung
(Begrenzungs-Initiative).
Volksinitiative**

**Pour une immigration modérée
(initiative de limitation).
Initiative populaire**

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.09.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.19 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.12.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungs-Initiative)"
Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une immigration modérée (initiative de limitation)"**

Abstimmung – Vote
 (namentlich – nominatif; 19.026/3346)
 Für Annahme des Entwurfes ... 37 Stimmen
 Dagegen ... 5 Stimmen
 (2 Enthaltungen)

Geschäft / Objet:

19.026-1 Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative). Volksinitiative: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»
 Pour une immigration modérée (initiative de limitation). Initiative populaire: Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une immigration modérée (initiative de limitation)»

Gegenstand / Objet du vote:

Votazione sull'articolo 2:

Abstimmung vom / Vote du: 25.09.2019 17:13:00

Addor	-	V	VS	Eymann	+	RL	BS	Kälin	+	G	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG
Aebi Andreas	-	V	BE	Fehlmann Rielle	+	S	GE	Keller Peter	-	V	NW	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Feller	0	RL	VD	Keller-Inhelder	-	V	SG	Riklin Kathy	+	C	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Feri Yvonne	+	S	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Rime	-	V	FR
Amadruz	-	V	GE	Fiala	+	RL	ZH	Knecht	-	V	AG	Ritter	+	C	SG
Ammann	+	C	SG	Flach	+	GL	AG	Köppel	-	V	ZH	Rochat Fernandez	+	S	VD
Amstutz	-	V	BE	Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kutter	+	C	ZH	Roduit	+	C	VS
Arnold	-	V	UR	Fluri	+	RL	SO	Landolt	+	BD	GL	Romano	+	C	TI
Arslan	+	G	BS	Frehner	-	V	BS	Lohr	+	C	TG	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Frei	+	GL	ZH	Lüscher	+	RL	GE	Ruppen	-	V	VS
Barazzone	+	C	GE	Fridez	+	S	JU	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Barriole	+	S	ZH	Friedl	+	S	SG	Marchand-Balet	+	C	VS	Rytz Regula	+	G	BE
Bauer	+	RL	NE	Geissbühler	-	V	BE	Markwalder	+	RL	BE	Salzmann	-	V	BE
Bäumle	+	GL	ZH	Genecand	=	RL	GE	Marra	+	S	VD	Sauter	+	RL	ZH
Béglé	+	C	VD	Giezendanner	-	V	AG	Marti Min Li	+	S	ZH	Schenker Silvia	+	S	BS
Bendahan	+	S	VD	Girod	+	G	ZH	Marti Samira	+	S	BL	Schilliger	+	RL	LU
Bertschy	+	GL	BE	Glanzmann	+	C	LU	Martullo	-	V	GR	Schläpfer	-	V	ZH
Bigler	+	RL	ZH	Glarner	-	V	AG	Masshardt	+	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schneider Schüttel	+	S	FR
Borloz	+	RL	VD	Glauser	-	V	VD	Mazzone	+	G	GE	Schneider-Schneiter	+	C	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Gmür Alois	+	C	SZ	Merlini	+	RL	TI	Schwander	-	V	SZ
Brand	-	V	GR	Gmür-Schönenberger	+	C	LU	Meyer Mattea	+	S	ZH	Seiler Graf	+	S	ZH
Bregy	+	C	VS	Golay	-	V	GE	Molina	+	S	ZH	Semadeni	+	S	GR
Brélaz	+	G	VD	Gössi	+	RL	SZ	Moret	0	RL	VD	Siegenthaler	+	BD	BE
Brunner Hansjörg	+	RL	TG	Graf Maya	+	G	BL	Moser	0	GL	ZH	Solberger	-	V	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Müller Leo	+	C	LU	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Buffat	-	V	VD	Grin	-	V	VD	Müller Thomas	0	V	SG	Stamm	-	V	AG
Bühler	0	V	BE	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Walter	+	RL	SG	Steinemann	-	V	ZH
Bulliard	+	C	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller-Altermatt	+	C	SO	Streff	+	C	BE
Burgherr	-	V	AG	Grüter	-	V	LU	Munz	+	S	SH	Thorens Goumaz	+	G	VD
Burkart	+	RL	AG	Gschwind	+	C	JU	Mün	-	V	LU	Töngi	+	G	LU
Campell	+	BD	GR	Gugger	+	C	ZH	Naef	+	S	ZH	Tornare	+	S	GE
Candinas	+	C	GR	Guhl	+	BD	AG	Nantermod	+	RL	VS	Trede	0	G	BE
Carobbio Guscetti	P	S	TI	Guțjahr	=	V	TG	Nicolet	-	V	VD	Tuena	-	V	ZH
Cattaneo	+	RL	TI	Gysi	+	S	SG	Nidegger	0	V	GE	Vitali	0	RL	LU
Chevalley	+	GL	VD	Haab	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Vogler	+	C	OW
Chiesa	-	V	TI	Hadorn	+	S	SO	Nussbaumer	+	S	BL	Vogt	-	V	ZH
Clottu	-	V	NE	Hardegger	+	S	ZH	Paganini	+	C	SG	von Siebenthal	-	V	BE
Crottaz	+	S	VD	Hausamann	-	V	TG	Page	-	V	FR	Walliser	-	V	ZH
de Buman	+	C	FR	Heer	-	V	ZH	Pantani	-	V	TI	Walti Beat	+	RL	ZH
de Courten	-	V	BL	Heim	0	S	SO	Pardini	+	S	BE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de la Reussille	+	G	NE	Herzog	-	V	TG	Pezzatti	+	RL	ZG	Wasserfallen Flavia	+	S	BE
Derder	+	RL	VD	Hess Erich	-	V	BE	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Wehrli	+	RL	VD
Detting	-	V	SZ	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pieren	-	V	BE	Weibel	+	GL	ZH
Dobler	+	RL	SG	Hiltbold	+	RL	GE	Piller Carrard	+	S	FR	Wermuth	+	S	AG
Egger Mike	-	V	SG	Humbel	+	C	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wobmann	-	V	SO
Egger Thomas	+	C	VS	Hurter Thomas	=	V	SH	Quadranti	+	BD	ZH	Wüthrich	+	S	BE
Egloff	-	V	ZH	Imark	-	V	SO	Quadri	-	V	TI	Zanetti Claudio	-	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG	Jans	+	S	BS	Regazzi	+	C	TI	Zuberbühler	-	V	AR
Estermann	-	V	LU	Jauslin	+	RL	AG	Reimann Lukas	-	V	SG				

Fraktion / Groupe / Gruppo	G	S	V	GL	RL	C	BD	Tot.
+ Ja / oui / si	11	40		7	29	29	7	123
- Nein / non / no			63					63
= Enth. / abst. / ast.			2		1			3
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4								0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	1	3	1	3			9
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes		1						1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposta della maggioranza (raccomandazione di respingere l'iniziativa popolare)
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposta della minoranza Pantani (raccomandazione di accogliere l'iniziativa popolare)

Geschäft / Objet:

19.026-1 Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative). Volksinitiative: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»
 Pour une immigration modérée (initiative de limitation). Initiative populaire: Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une immigration modérée (initiative de limitation)»

Gegenstand / Objet du vote:

Vote final

Abstimmung vom / Vote du: 20.12.2019 09:06:46

Addor	-	V	VS	Feri Yvonne	+	S	AG	Landolt	+	M-	GL	Roduit	+	M-	VS
Aebi Andreas	-	V	BE	Fiala	E	RL	ZH	Locher Benguerel	+	CEB	GR	Romano	+	CEB	TI
Aebischer Matthias	+	S	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Lohr	+	M-	TG	Rösti	-	CEB	BE
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Fivaz Fabien	+	G	NE	Lüscher	+	CEB	GE	Roth Franziska	+	S	SO
Amadruz	-	V	GE	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Roth Pasquier	+	M-	FR
Andrey	+	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	+	S	VD	Rüegger	-	CEB	OW
Arslan	+	G	BS	Fridez	+	S	JU	Maitre	+	M-	GE	Ruppen	-	V	VS
Atici	+	S	BS	Friedl Claudia	+	S	SG	Marchesi	-	CEB	TI	Rutz Gregor	-	V	ZH
Badertscher	+	G	BE	Friedli Esther	-	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Ryser	+	G	SG
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Funciello	+	S	BE	Marra	+	S	VD	Ryz Regula	+	G	BE
Barrile	+	S	ZH	Gafner	-	V	BE	Marti Min Li	+	S	ZH	Sauter	+	RL	ZH
Baumann	+	G	BE	Gallati	-	V	AG	Marti Samira	+	S	BL	Schaffner	+	GL	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Geissbühler	-	V	BE	Martullo	-	V	GR	Schläpfer	-	V	ZH
Bellaïche	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Masshardt	+	S	BE	Schlatter	+	G	ZH
Bendahan	+	S	VD	Giezendanner	-	V	AG	Matter Michel	+	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Matter Thomas	-	V	ZH	Schneider Meret	+	G	ZH
Binder	+	M-	AG	Glanzmann	+	M-	LU	Mettler	+	GL	BE	Schneider Schüttel	+	S	FR
Bircher	-	CEB	AG	Glärner	-	CEB	AG	Meyer Mattea	+	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-	BL
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Michaud Gigon	0	G	VD	Schwander	-	CEB	SZ
Borloz	+	RL	VD	Gmür Alois	+	M-	SZ	Molina	+	S	ZH	Seiler Graf	+	S	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Gössi	+	CEB	SZ	Moret Isabelle	P	RL	VD	Siegenthaler	+	M-	BE
Bregy	+	M-	VS	Graf-Litscher	+	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Silberschmidt	+	CEB	ZH
Brélaz	+	CEB	VD	Gredig	+	GL	ZH	Müller Leo	+	M-	LU	Sollberger	-	V	BL
Brenzikofer	+	G	BL	Grin	-	V	VD	Müller-Altermatt	+	CEB	SO	Stadler	+	M-	UR
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Munz	+	CEB	SH	Steinemann	-	CEB	ZH
Büchel Roland	-	V	SG	Grüter	-	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Storni	+	S	TI
Buffat	-	V	VD	Gschwind	+	M-	JU	Nicolet	-	V	VD	Streff	+	M-	BE
Bulliard	+	M-	FR	Gugger	+	CEB	ZH	Nidegger	-	V	GE	Strupler	-	CEB	TG
Burgherr	-	CEB	AG	Guggisberg	-	CEB	BE	Nordmann	+	S	VD	Studer	+	M-	AG
Candinas	+	M-	GR	Gutjahr	=	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Suter	+	CEB	AG
Cattaneo	+	CEB	TI	Gysi Barbara	+	S	SG	Paganini	+	M-	SG	Töngi	+	G	LU
Chevalley	+	GL	VD	Gysin Greta	+	G	TI	Page	-	CEB	FR	Trede	+	G	BE
Christ	+	GL	BS	Haab	-	V	ZH	Pasquier	+	G	GE	Tuena	-	V	ZH
Clivaz Christophe	+	G	VS	Heer	-	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-	ZG	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Heimgartner	-	V	AG	Pieren	-	CEB	BE	Vitali	+	RL	LU
Crottaz	+	S	VD	Herzog Verena	-	V	TG	Piller Carrard	+	S	FR	Vogt	-	V	ZH
Dandrès	+	S	GE	Hess Erich	-	V	BE	Pointet	+	GL	VD	von Siebenthal	-	V	BE
de Courten	-	V	BL	Hess Lorenz	+	M-	BE	Porchet	+	G	VD	Walder	+	G	GE
de la Reussille	+	G	NE	Humbel	+	CEB	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	-	V	ZH
de Montmolin	+	RL	GE	Hurni	+	CEB	NE	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	=	V	SH	Prezioso	+	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Detting	-	V	SZ	Imark	-	V	SO	Pult	+	S	GR	Wasserfallen Flavia	+	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	+	S	BS	Python	+	G	VD	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	+	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Quadri	-	V	TI	Weichelt	+	G	ZG
Egger Mike	-	V	SG	Kälin	+	G	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-	AI	Wermuth	+	S	AG
Estermann	-	V	LU	Kamerzin	+	M-	VS	Regazzi	+	CEB	TI	Wettstein	+	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	-	CEB	NW	Reimann Lukas	-	CEB	SG	Widmer Céline	+	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggin	+	G	GE	Reynard	+	S	VS	Wismer Priska	+	M-	LU
Fehlmann Rielle	+	S	GE	Köppel	-	V	ZH	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	-	CEB	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-	ZH	Ritter	+	M-	SG	Zuberbühler	-	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+ Ja / oui / si		39	16		27	31	29	142
- Nein / non / no				53				53
= Enth. / abst. / ast.				2				2
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					1			1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto							1	1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Adopter le projet

Bedeutung Nein / Signification du non: Rejeter le projet



STÄNDERAT

Abstimmungsprotokoll

CONSEIL DES ETATS

Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.026 Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative). Volksinitiative
 Pour une immigration modérée (initiative de limitation). Initiative populaire
 Per un'immigrazione moderata (Iniziativa per la limitazione)

Gegenstand / Objet du vote: Schlussabstimmung

Abstimmung vom / Vote du: 20.12.2019 08:27:55

Bauer	Philippe	+	NE
Baume-Schneider	Elisabeth	+	JU
Bischof	Pirmin	+	SO
Burkart	Thierry	+	AG
Carobbio Guscetti	Marina	+	TI
Caroni	Andrea	+	AR
Chiesa	Marco	-	TI
Dittli	Josef	+	UR
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	+	OW
Fässler	Daniel	+	AI
Français	Olivier	+	VD
Gapany	Johanna	+	FR
Germann	Hannes	=	SH
Gmür-Schönenberger	Andrea	+	LU
Graf	Maya	+	BL
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Hefti	Thomas	+	GL
Hegglin	Peter	+	ZG
Herzog	Eva	+	BS
Jositsch	Daniel	+	ZH
Juillard	Charles	+	JU
Knecht	Hansjörg	-	AG

Kuprecht	Alex	-	SZ
Levrat	Christian	+	FR
Maret	Marianne	+	VS
Mazzone	Lisa	+	GE
Michel	Matthias	+	ZG
Minder	Thomas	-	SH
Müller	Damian	+	LU
Noser	Ruedi	0	ZH
Rechsteiner	Paul	+	SG
Reichmuth	Othmar	+	SZ
Rieder	Beat	+	VS
Salzmann	Werner	-	BE
Schmid	Martin	+	GR
Sommaruga	Carlo	+	GE
Stark	Jakob	=	TG
Stöckli	Hans	P	BE
Thorens Goumaz	Adèle	+	VD
Vara	Céline	+	NE
Wicki	Hans	+	NW
Würth	Benedikt	+	SG
Zanetti	Roberto	+	SO
Z'graggen	Heidi	+	UR
Zopfi	Mathias	+	GL

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	37
- Nein / non / no	5
= Enth. / abst. / ast.	2
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Annahme des Bundesbeschlusses

Bedeutung Nein / Signification du non:

Ablehnung



Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

vom 20. Dezember 2019

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung¹,
nach Prüfung der am 31. August 2018² eingereichten Volksinitiative
«Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 7. Juni 2019³,
beschliesst:*

Art. 1

¹ Die Volksinitiative vom 31. August 2018 «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» ist gültig und wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

² Sie lautet:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 121b Zuwanderung ohne Personenfreizügigkeit

¹ Die Schweiz regelt die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.

² Es dürfen keine neuen völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen und keine anderen neuen völkerrechtlichen Verpflichtungen eingegangen werden, welche ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewähren.

³ Bestehende völkerrechtliche Verträge und andere völkerrechtliche Verpflichtungen dürfen nicht im Widerspruch zu den Absätzen 1 und 2 angepasst oder erweitert werden.

1 SR 101
2 BBl 2018 5785
3 BBl 2019 5027

Art. 197 Ziff. 12⁴

12. Übergangsbestimmung zu Art. 121b (Zuwanderung ohne Personenfreizügigkeit)

¹ Auf dem Verhandlungsweg ist anzustreben, dass das Abkommen vom 21. Juni 1999⁵ zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit innerhalb von zwölf Monaten nach Annahme von Artikel 121b durch Volk und Stände ausser Kraft ist.

² Gelingt dies nicht, so kündigt der Bundesrat das Abkommen nach Absatz 1 innert weiteren 30 Tagen.

Art. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen.

Nationalrat, 20. Dezember 2019

Die Präsidentin: Isabelle Moret

Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Ständerat, 20. Dezember 2019

Der Präsident: Hans Stöckli

Die Sekretärin: Martina Buol

⁴ Die endgültige Ziffer dieser Übergangsbestimmung wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt.

⁵ SR 0.142.112.681



Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Pour une immigration modérée (initiative de limitation)»

du 20 décembre 2019

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'art. 139, al. 5, de la Constitution¹,

vu l'initiative populaire «Pour une immigration modérée (initiative de limitation)»
 déposée le 31 août 2018²,

vu le message du Conseil fédéral du 7 juin 2019³,

arrête:

Art. 1

¹ L'initiative populaire du 31 août 2018 «Pour une immigration modérée (initiative de limitation)» est valable et sera soumise au vote du peuple et des cantons.

² Elle a la teneur suivante:

La Constitution est modifiée comme suit:

Art. 121b Immigration sans libre circulation des personnes

¹ La Suisse règle de manière autonome l'immigration des étrangers.

² Aucun nouveau traité international ne sera conclu et aucune autre nouvelle obligation de droit international ne sera contractée qui accorderaient un régime de libre circulation des personnes à des ressortissants étrangers.

³ Les traités internationaux et les autres obligations de droit international existants ne pourront pas être modifiés ni étendus de manière contraire aux al. 1 et 2.

¹ RS 101

² FF 2018 5837

³ FF 2019 4807

Art. 197, ch. 12⁴

12. Disposition transitoire ad art. 121b

(Immigration sans libre circulation des personnes)

¹ Des négociations seront menées afin que l'Accord du 21 juin 1999 entre la Confédération suisse, d'une part, et la Communauté européenne et ses États membres, d'autre part, sur la libre circulation des personnes⁵ cesse d'être en vigueur dans les douze mois qui suivent l'acceptation de l'art. 121b par le peuple et les cantons.

² Si cet objectif n'est pas atteint, le Conseil fédéral dénonce l'accord visé à l'al. 1 dans un délai supplémentaire de 30 jours.

Art. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative.

Conseil national, 20 décembre 2019

La présidente: Isabelle Moret

Le secrétaire: Pierre-Hervé Freléchoz

Conseil des États, 20 décembre 2019

Le président: Hans Stöckli

La secrétaire: Martina Buol

⁴ Le numéro définitif de la présente disposition transitoire sera fixé par la Chancellerie fédérale après le scrutin.

⁵ RS 0.142.112.681



Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per un'immigrazione moderata (Iniziativa per la limitazione)»

del 20 dicembre 2019

L'Assemblea federale della Confederazione Svizzera,
 visto l'articolo 139 capoverso 5 della Costituzione federale¹;
 esaminata l'iniziativa popolare «Per un'immigrazione moderata (Iniziativa per
 la limitazione)», depositata il 31 agosto 2018²;
 visto il messaggio del Consiglio federale del 7 giugno 2019³,
decreta:

Art. 1

¹ L'iniziativa popolare del 31 agosto 2018 «Per un'immigrazione moderata (Iniziativa per la limitazione)» è valida ed è sottoposta al voto del Popolo e dei Cantoni.

² L'iniziativa ha il tenore seguente:

La Costituzione federale è modificata come segue:

Art. 121b Immigrazione senza libera circolazione delle persone

¹ La Svizzera disciplina autonomamente l'immigrazione degli stranieri.

² Non possono essere conclusi nuovi trattati internazionali o assunti altri nuovi obblighi internazionali che accordino una libera circolazione delle persone a cittadini stranieri.

³ I trattati internazionali e gli altri obblighi internazionali in vigore non possono essere adeguati o estesi in modo tale da contraddire ai capoversi 1 e 2.

1 RS 101
 2 FF 2018 4885
 3 FF 2019 4177

Art. 197 n. 12⁴

*12. Disposizione transitoria dell'art. 121b
(Immigrazione senza libera circolazione delle persone)*

¹ Occorre condurre negoziati affinché l'Accordo del 21 giugno 1999⁵ tra la Confederazione Svizzera, da una parte, e la Comunità europea ed i suoi Stati membri, dall'altra, sulla libera circolazione delle persone cessi di essere in vigore entro dodici mesi dall'accettazione dell'articolo 121b da parte del Popolo e dei Cantoni.

² Se tale obiettivo non è raggiunto, nei 30 giorni successivi il Consiglio federale denuncia l'Accordo di cui al capoverso 1.

Art. 2

L'Assemblea federale raccomanda al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa.

Consiglio nazionale, 20 dicembre 2019

Consiglio degli Stati, 20 dicembre 2019

La presidente: Isabelle Moret

Il presidente: Hans Stöckli

Il segretario: Pierre-Hervé Freléchoz

La segretaria: Martina Buol

⁴ Il numero definitivo della presente disposizione transitoria sarà stabilito dalla Cancelleria federale dopo la votazione popolare.

⁵ RS **0.142.112.681**



Argumente | Arguments | Argomenti

Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.

Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.

I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.

Zum ausführlichen Argumentarium, klicken Sie [hier](#)

ARGUMENTARIUM

Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

JJA+
zur
**massvollen
Zuwanderung**

Komitee der Volksinitiative

«für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

PC-Konto: 31-572732-0

www.begrenzungsinitiative.ch

info@begrenzungsinitiative.ch

Stand am 15. Juli 2020

Begrenzungs-Initiative am 27. September

JJA+ zur **massvollen**
Zuwanderung

Kurzargumentarium
«Begrenzungs-Initiative»

Zu viel ist zu viel – wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz!

Die Schweiz will eigenständig Verträge mit anderen Staaten abschliessen, die jeweils beiden Seiten nützen. Die Schweiz braucht auch ausländische Arbeitskräfte – aber als souveräner Staat bestimmen wir selber, wer in unser Land kommt! Das sieht die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer so: Wir wollen Herr im eigenen Land sein. Wir haben 2010 die Ausschaffungs-Initiative und 2014 die Masseneinwanderungs-Initiative angenommen. Beide Verfassungsaufträge werden wegen der Personenfreizügigkeit mit der EU leider nicht umgesetzt. Die Folge: Unser Land muss jedes Jahr Zehntausende EU-Ausländer aufnehmen und kann kriminelle EU-Ausländer nicht ausschaffen. In den letzten 13 Jahre kamen eine Million Menschen zusätzlich in die Schweiz. Diese Masslosigkeit schadet!



Nur Nachteile: Die angeblichen Vorteile der Personenfreizügigkeit halten keiner Realitätsprüfung stand

Trotz des Corona-Virus und geschlossener Grenzen ging die Zuwanderung in unser Land auch während der Corona-Krise unvermindert weiter. Insgesamt betrug die Nettozuwanderung im ersten Quartal 2020 18'386 Personen. Die Hauptursache dafür ist die Personenfreizügigkeit: Mit 12'167 Personen kommen zwei Drittel der Zuwanderer aus den EU- und EFTA-Staaten. Noch nie hat die Nettozuwanderung aus der EU im Vergleich zu einem Vorjahresquartal derart stark zugenommen. Ohne das Mitte März 2020 aufgrund der Covid-19-Pandemie eingeführte strikte Grenzregime wäre diese Zahl noch höher gewesen. Künftig muss sich die Schweiz auf eine Zuwanderungswelle gefasst machen. Aufgrund der aktuellen Wirtschaftskrise und der massiven Arbeitslosigkeit in den EU-Staaten wird sich ein Grossteil der Menschen dort aufmachen, um in der Schweiz um jeden Preis und zu jedem Lohn Arbeit oder einen Platz in unserem Sozialsystem zu finden. Zum Schutz der Menschen in der Schweiz vor Arbeitslosigkeit und Armut müssen wir deshalb jetzt dringend die Zuwanderung begrenzen.

Das bringt uns Schweizerinnen und Schweizern ein Ja zur Begrenzungs-Initiative:

- 1. Dann ersetzen billige EU-Ausländer nicht mehr Schweizer Arbeitnehmende**
- 2. Dann können wir endlich unser Kulturland und unsere Natur schützen**
- 3. Dann gibt es weniger Staus**
- 4. Dann wird Wohnen wieder günstiger**
- 5. Dann können Schweizer Kinder in der Schule wieder etwas lernen**
- 6. Dann kommen endlich nicht noch mehr schlecht Qualifizierte**
- 7. Dann können Schweizer Firmen die nötigen Hochqualifizierten rekrutieren**
- 8. Dann schützen wir die Sozialwerke vor der Plünderung durch EU-Ausländer**
- 9. Dann ist die Schweiz vor allem für Frauen wieder sicherer**
- 10. Dann sind wir Schweizer nicht mehr fremd im eigenen Land**
- 11. Dann bestimmen wir Schweizer endlich selbst, wer in unser Land kommt**
- 12. Dann muss der Bundesrat endlich den Volkswillen umsetzen**
- 13. Dann wird das Loch in der AHV-Kasse nicht noch grösser**
- 14. Dann profitieren nicht nur die Grosskonzerne von der Zuwanderung**
- 15. Dann haben wir Schweizer wieder etwas vom hart erarbeiteten Wohlstand**





1. Dann ersetzen billige EU-Ausländer nicht mehr Schweizer Arbeitnehmende

Denn die EU-Ausländer sind in ihrer Mehrheit schlicht günstige Arbeiter und verdienen im Durchschnitt weniger als wir Schweizer und Schweizerinnen. Besonders in der Westschweiz und im Tessin bestehen krasse Lohnunterschiede. Geben wir diesem Druck nicht nach und akzeptieren stagnierende oder gar sinkende Löhne, dann werden wir durch billige EU-Ausländer ersetzt. Darunter leiden vor allem ältere Schweizer Arbeitnehmende. Inzwischen werden bereits 46-jährige Schweizer und Schweizerinnen zunehmend in die Sozialhilfe abgeschoben!



Lassen Sie Ihre Haustüre sperrangelweit offen, damit jeder hereinkommen kann?

2. Dann können wir endlich unser Kulturland und unsere Natur schützen

Die masslose Zuwanderung schadet unserem Land und unserer Umwelt. Unsere Infrastruktur stösst an Grenzen. Die eine Million Zuwanderer, die in den letzten 13 Jahren in die Schweiz kamen, lösen folgende Bedürfnisse aus: eine Fläche von 57'000 Fussballfeldern, 454'000 neue Wohnungen und 541'000 zusätzliche Personenwagen. Sie fahren im Jahr 11 Milliarden Strassenkilometer, verbrauchen 2 Milliarden Kilowattstunden Strom, 59 Milliarden Liter Trinkwasser, um nur einige Beispiele dieser immensen Belastung zu nennen. Da können wir noch lange ehrgeizige Klimaziele verabschieden – die masslose Zuwanderung macht alle Bemühungen zunichte.

Begrenzungs-Initiative am 27. September



3. Dann gibt es weniger Staus

Wer eine Million mehr Ausländer in nur 13 Jahren ins Land lässt, muss ihnen auch die Infrastruktur für das alltägliche Leben bereitstellen. Das ist beim Strassen- und Schienennetz nur ungenügend passiert. Das rasante Bevölkerungswachstum hat sich stark auf die Verkehrssituation ausgewirkt. Sowohl Strasse als auch Schiene stossen an ihre Kapazitätsgrenzen. 2018 wurden allein auf den Nationalstrassen 25'366 Staustunden gemessen. Im Vergleich mit 2007 ist dies mehr als eine Verdoppelung. Trotz Milliardeninvestitionen stehen die Verkehrsinfrastrukturen vor dem Kollaps. Wegen der Zuwanderung explodieren nicht nur die Staustunden, auch der Schienenverkehr nimmt jedes Jahr massiv zu. Überfüllte, verschmutzte und unpünktliche Züge sowie Zugausfälle sind die Folge einer mit dem raschen Wachstum am Limit laufenden Bahn sowie der Dauerbaustellen im Schienennetz. Geht die masslose Zuwanderung so weiter, dann sind die Prognosen düster.



4. Dann wird Wohnen wieder günstiger

Die Zunahme der Bevölkerung um eine Million in 13 Jahren wächst. Als Folge sind die Wohnkosten massiv angestiegen. Zwi- tum in der Schweiz nur noch gestiegen, wobei die Immobilienpreise Löhne. Eine Wohnung, die 2006 beispielsweise für 500'000 Franken zu knapp 720'000 Franken. Durch die horrenden Preise werden viele Schweizerin- gezwungen, lange Pendlerstrecken in Kauf zu nehmen, in der Hoffnung, erschwing- finden. Doch auch auf dem Land sind die Mieten und mehr noch die Kosten für den Kauf aufgrund der grossen Nachfrage mittlerweile explodiert. Der Exodus von teuren in günstigere zu einer Fülle von weiteren Problemen, so unter anderem zu einer Verlagerung der Verkehrsprobleme, zu mehr Zügen, zu Mangel an Schulraum und einer masslosen Überbauung von wertvollem Kulturland.



führt dazu, dass die Nachfrage nach Wohnraum in der Schweiz zwischen 2006 und 2016 sind die Preise für Wohneigen- viel stärker zunahmen als die haben war, kostete 2016 nen und Schweizer lichen Wohnraum zu von Eigentum Regionen führt Staus, überfüllten

MIETEN

5. Dann können Schweizer Kinder in der Schule wieder etwas lernen

Die masslose Zuwanderung strapaziert die Integrationsfähigkeit unseres Landes und unserer Gesellschaft. Darunter leiden die Schwächsten: Unsere Kinder und Jugendlichen. Durch die Personenfreizügigkeit kommen vor allem schlecht Qualifizierte in die Schweiz, um hier zu bleiben. Ihre Kinder sind schlechter gebildet und drücken deshalb das Bildungsniveau. Insbesondere in städtischen Gebieten beträgt der Anteil an fremdsprachigen Kindern in den Klassen oft über 50%. Eine Studie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung hat festgestellt, dass bereits ab einem Migrantenanteil von 20% deutlich geringere Leistungen an den Schulen zu beobachten sind. Die Folgen sehen wir bereits bei den neusten Pisa-Studien: Die Kinder können weniger gut rechnen und lesen. Zudem nehmen teure sonderpädagogische Massnahmen zu. Im Unterricht müssen immer mehr sprachliche, soziale, kulturelle oder familiäre Probleme gelöst werden, statt dass den Kindern Wissen und Fähigkeiten vermittelt werden. Die Qualität unserer öffentlichen Schulen leidet.



6. Dann kommen endlich nicht noch mehr schlecht Qualifizierte

Die Befürworter der Personenfreizügigkeit, allen voran der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, sagen, die Personenfreizügigkeit sei wichtig, um den Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften in der Schweiz zu beheben. Das Gegenteil ist der Fall: Auch nach 13 Jahren Personenfreizügigkeit ist der Mangel nicht behoben. Der Grund: Nur jeder fünfte EU-Zuwanderer arbeitet in einem Beruf, in dem in der Schweiz Mangel herrscht. Alle anderen verdrängen vor allem unsere eigenen Arbeitskräfte. Dies belegen die offiziellen Zahlen des Bundes und eine Studie des Kantons Zürich.

7. Dann können Schweizer Firmen die nötigen Hochqualifizierten rekrutieren

Die Schweizer Wirtschaft braucht hochqualifizierte Arbeitskräfte aus der ganzen Welt. Es ist aber ein Märchen, dass diese durch die EU-Personenfreizügigkeit in die Schweiz kommen. Wahr ist: Auch ohne Personenfreizügigkeit können Schweizer Firmen jederzeit und aus der ganzen Welt die nötigen Arbeitskräfte rekrutieren. Zudem: Ohne Personen-freizügigkeit können wir Schweizerinnen und Schweizer die Zuwanderung so steuern, dass sie unserem Land und unserer Gesellschaft endlich mehr Nutzen als Schaden bringt.



*Wo ist der Kühlschrank am vollsten? In Italien? In Frankreich? In Deutschland?
Nein: in der Schweiz!*

8. Dann schützen wir die Sozialwerke vor der Plünderung durch EU-Ausländer

EU-Ausländer sind fast zweimal häufiger erwerbslos als Schweizer und sie ziehen mehr Geld aus der Arbeitslosenkasse, als sie einbezahlt haben. Bei Angehörigen mancher EU-Staaten ist das Missverhältnis von Leistung und Bezug besonders ausgeprägt: Portugiesen beziehen 49% mehr Leistungen, Osteuropäer 44% mehr. Die Anzahl der Taggeldbezüger für EU-Ausländer in der Schweiz ist zwischen 2007 und 2018 um mehr als 82% gestiegen. Zum Erhalt unserer Sozialwerke und nicht zuletzt zum Erhalt des sozialen Friedens in unserem Land müssen wir die Zuwanderung endlich wieder selber und nach den Bedürfnissen unseres Landes steuern.

9. Dann ist die Schweiz vor allem für Frauen wieder sicherer

Die Kriminalstatistik 2019 spricht eine eindeutige Sprache: Es wurden 432'000 Straftaten gegen das Strafgesetzbuch, 75'757 gegen das Betäubungsmittelgesetz sowie 37'024 gegen das Ausländergesetz erfasst. Sowohl laut der Kriminalstatistik des Bundes, als auch laut der Verurteilten-Statistik, sind vor allem ausländische Männer gewalttätig. Migrantinnen und Migranten sind – gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung von rund 25% – vor allem bei schweren Gewalt- und Sexual-Delikten als Täter massiv übervertreten. Dies gilt auch für die häusliche Gewalt, die für viele Frauen tödlich endet.



*Personenfreizügigkeit verhindert
Ausschaffung von kriminellen EU-Ausländern
Detlef K., Vergewaltiger*

10. Dann sind wir Schweizer nicht mehr fremd im eigenen Land

Die masslose Zuwanderung gefährdet auch unsere schweizerische Identität. Uns einigt das Bekenntnis zum politischen Sonderfall mit den staatstragenden Säulen Unabhängigkeit, Föderalismus, direkte Demokratie, bewaffnete Neutralität sowie Selbstbestimmung. Hinzu kommen Werte und Tugenden wie ein hohes Mass an Eigenverantwortung, das Streben nach Qualität, die Widerstandsfähigkeit aber auch ein ausgeprägter Gemeinschaftssinn, der Stärkere und Schwächere verbindet.

Durch die masslose Zuwanderung werden unsere Werte immer mehr durch importierte Wertvorstellungen verdrängt. Bereits ist vielerorts die traditionelle dörfliche Kultur verarmt. Auch am Arbeitsplatz findet ein Wertewandel statt. Chefs aus dem Ausland bringen eine neue Führungskultur mit und stellen bevorzugt eigene Landsleute ein. Nur mit einer massvollen und kontrollierten Einwanderung können wir unsere Traditionen, unsere Kultur und damit unsere Identität für uns und unsere Nachkommen erhalten.

11. Dann bestimmen wir Schweizer endlich selbst, wer in unser Land kommt

Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2007 haben 450 Millionen Menschen in den EU-Staaten einen Rechtsanspruch auf Einwanderung in unser Land. Das heisst, sie und nicht wir Schweizerinnen und Schweizer bestimmen, ob sie in unser Land kommen. Mit gravierenden Folgen: Allein in den letzten 13 Jahren kamen eine Million Menschen. Heute zählen wir 8,6 Millionen Einwohner und wegen der Personenfreizügigkeit kommen jedes Jahr Zehntausende zusätzliche dazu. Schon bald leben wir in einer 10-Millionen-Schweiz. Die Rechnung für diese Masslosigkeit bezahlen wir Schweizer Arbeitnehmende und Steuerzahlende.



12. Dann muss der Bundesrat endlich den Volkswillen umsetzen

2014 haben Volk und Stände die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Gemäss dem neuen Verfassungsartikel 121a muss die Schweiz die Zuwanderung eigenständig steuern. Um dies zu erreichen, hätte der Bundesrat das bestehende Personenfreizügigkeitsabkommen neu verhandeln müssen. Die EU weigerte sich drei Jahre lang, dies zu tun. Der Bundesrat liess sich dies gefallen und die EU konnte so auftreten, weil sie wusste, dass es bei Nichteinigung keine Kündigung der Personenfreizügigkeit geben würde. Das ist mit der Begrenzungs-Initiative nun anders: Sie fordert Neuverhandlungen innerhalb eines Jahres. Und nur dann, wenn nicht verhandelt wird, erfolgt die Kündigung.



13. Dann wird das Loch in der AHV-Kasse nicht noch grösser

Dass die EU-Ausländer dabei helfen würden, die AHV zu finanzieren, ist ebenfalls ein Märchen. Langfristig führt die Personenfreizügigkeit die AHV in ein Kostendesaster. Selbst der Bundesrat warnt in der neusten Botschaft zur AHV vor einer Trendumkehr: Bislang habe die Zuwanderung die zu tiefe Geburtenrate ausgeglichen und so zur Finanzierung der Altersvorsorge beigetragen. «Sobald diese Personen, die derzeit noch im Erwerbsalter sind, das Rentenalter erreichen, wird sich der Trend jedoch ändern.» Hinzu kommt, dass viele Zuwanderer im Gegensatz zu Schweizerinnen und Schweizern über AHV-Beitragslücken verfügen und im Alter auf Ergänzungsleistungen (EL) angewiesen sein werden. Heute beziehen schon mehr als doppelt so viele Ausländer EL als Schweizerinnen und Schweizer. Wenn dann die Million Zuwanderer der letzten 13 Jahre in Pension geht oder eine IV-Rente erhält, wird diese Quote wohl nochmals stark ansteigen. Die Rechnung zahlt am Ende der Schweizer Steuerzahler.

14. Dann profitieren nicht nur die Grosskonzerne von der Zuwanderung

Economiesuisse versprach bei den Abstimmungen über die Personenfreizügigkeit oder andere bilaterale Verträge schon mehrfach «Bäume voller saftiger roter Äpfel». Wir erinnern uns an die entsprechenden Abstimmungsplakate. In Realität profitieren vor allem die Grosskonzerne. Sie und ihre meist ausländischen Manager haben nicht das Wohl des Schweizervolkes im Sinne. Sie wollen ihren Unternehmen die Möglichkeit verschaffen, noch schneller mehr Billig-Ausländer in die Schweiz zu holen, um so teurere Schweizer Arbeitskräfte zu ersetzen. Das ist Gewinnmaximierung einiger Grossunternehmen auf dem Buckel des Schweizer Sozialstaates und der gesamten Gesellschaft.

15. Dann haben wir Schweizer wieder etwas vom hart erarbeiteten Wohlstand

Es ist auch entscheidend, wer in die Schweiz kommt um zu bleiben. Leider werden vor allem schlecht qualifizierte EU-Ausländer aus Südeuropa in der Schweiz sesshaft. Man kann also im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit von einem Massenansässigkeits-Problem sprechen: Jeder schlecht qualifizierte Ausländer, der in der Schweiz bleibt, ohne hier viel zum wirtschaftlichen Wachstum und Erfolg beizutragen, bremst die Wohlstandsentwicklung des gesamten Landes und damit jedes einzelnen Schweizer und jeder einzelnen Schweizerin. Zwar setzt die Schweizer Wirtschaft von Jahr zu Jahr mehr um, aber der erwirtschaftete Wohlstand muss wegen der unkontrollierten Zuwanderung auf immer mehr Köpfe verteilt werden. Für die breite Bevölkerung bedeutet die Personenfreizügigkeit daher nicht mehr Wohlstand, sondern vor allem eine Mehrbelastung.



Am 27. September 2020

Zu viel ist zu viel – wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz!

Tatsache ist: Die Schweiz ist ein kleines Land! Tatsache ist auch: In ein kleines Land können sich nicht immer mehr Menschen hineinzwängen!

Doch genau das passiert seit 2007: Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU haben wir unsere Grenzen für über 450 Millionen Menschen aus der EU geöffnet ohne das wir kontrollieren können, wie viele in die Schweiz kommen würden. In den letzten 13 Jahren sind deshalb bereits 1 Millionen Menschen oder jährlich zusätzlich fast 75'000 in unser Land gekommen. Und jedes Jahr kommen im Durchschnitt nochmals 50'000 Menschen – so viel wie in der Stadt Biel leben – allein aus der EU dazu! Kein Wunder platzt unser kleines Land aus allen Nähten! Das können wir mit einem JA zur Begrenzungs-Initiative stoppen.

Mit einem JA...

1. Ersetzen billige EU-Ausländer nicht mehr Schweizer Arbeitnehmende

Denn heute sind die meisten EU-Ausländer günstige Arbeiter, die Schweizer Arbeitnehmende verdrängen, wenn diese keine stagnierenden oder gar sinkenden Löhne akzeptieren.

2. Wird die Schweiz nicht weiter zubetoniert

Denn wegen dieser Million neuer Einwanderer musste in den letzten 13 Jahren eine Fläche von 57'000 Fussballfeldern für neue Wohnungen, Schulen und Strassen zubetoniert werden.

3. Versinken wir nicht weiter im Stau, in verstopften Zügen

Die Zuwanderung von einer Million Menschen in nur 13 Jahren ist zu viel für unsere Infrastrukturen – sie sind trotz Milliardeninvestitionen vor dem Kollaps: Seit 2007 sind 541'000 zusätzliche Personenwagen auf unseren Strassen unterwegs. 1 Million Zuwanderer bedeuten aber auch 454'000 neue Wohnungen.

4. Wird Wohnen wieder günstiger

Denn durch die massive Zuwanderung steigt die Nachfrage nach Wohnungen so massiv, dass viele Schweizerinnen und Schweizer die steigenden Mieten nicht mehr zahlen können und deshalb dazu gezwungen werden, lange Pendlerstrecken in Kauf zu nehmen.

5. Können Schweizer Kinder in der Schule wieder etwas lernen

Denn weil heute in vielen Klassen 50 % und mehr Kinder fremdsprachig sind und viele von ihnen zudem aus bildungsfernen Familien kommen, leidet die Bildung unserer Kinder. Eine Studie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung zeigt: Bereits ab einem Migrantanteil von 20% sind die Leistungen an den Schulen deutlich geringer.

6. Kommen endlich nicht noch mehr schlecht Qualifizierte

Denn die Personenfreizügigkeit bringt vor allem schlecht Qualifizierte in die Schweiz: 80% der EU-Ausländer sind billige Hilfsarbeiter.

7. Können Schweizer Firmen die nötigen Hochqualifizierten rekrutieren

Ohne Personenfreizügigkeit können Schweizer Firmen gezielter hochqualifizierte Arbeitskräfte aus der ganzen Welt gemäss deren fachlichen Kenntnissen rekrutieren, dies ohne sich vom Kriterium der Personenfreizügigkeit irre leiten zu lassen.

8. Schützen wir die Sozialwerke vor der Plünderung durch EU-Ausländer

Denn heute sind schon 6 von 10 Sozialhilfeempfängern Ausländer. EU-Ausländer sind häufiger erwerbslos als Schweizer, beziehen öfter Ergänzungsleistungen und mehr Geld aus der Arbeitslosenkasse als sie einbezahlt haben. Zudem vergrössern sie langfristig das Loch in der AHV-Kasse.

9. Können sich ältere Menschen, Frauen und Männer wieder sicherer fühlen

Denn viele Gewalt und Straftaten, wie z.B. Vergewaltigungen werden vor allem von Ausländern verübt.

10. Sind wir Schweizer nicht mehr fremd im eigenen Land

Denn unsere Schweizer Werte werden aufgrund der masslosen Zuwanderung immer mehr durch importierte Wertvorstellungen verdrängt.

11. Bestimmen wir Schweizer endlich wieder selber, wer in unser Land kommt

Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer will selber bestimmen, wer in unser Land kommt. Das zeigt das Ja zur Ausschaffungsinitiative in den Jahren 2010 und 2014 zur Masseneinwanderungsinitiative. Beide Verfassungsaufträge wurden wegen der Personen-freizügigkeit mit der EU nicht umgesetzt. Das können wir am 27. September 2020 korrigieren.

Pour consulter l'argumentaire complet cliquer sur le [lien](#)

ARGUMENTAIRE

Initiative populaire « Pour une immigration modérée (Initiative de limitation) »

OUP 
à une immigration
modérée

Comité d'initiative

« pour une immigration modérée (initiative de limitation) »

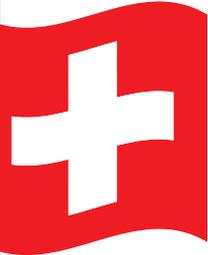
CCP: 31-572732-0

www.initiative-de-limitation.ch

info@initiative-de-limitation.ch

Etat au 15 juillet 2020

L'initiative de limitation du 27 septembre

OUP  **à une
immigration
modérée**

**Argumentaire bref
«Initiative de limitation»**

Trop c'est trop – nous ne voulons pas d'une Suisse à 10 millions d'habitants !

La Suisse veut conclure souverainement avec d'autres Etats des accords qui bénéficient aux deux parties. Elle a besoin de main-d'œuvre étrangère, mais, en tant qu'Etat souverain, elle veut décider elle-même qui elle souhaite accueillir ! C'est ainsi que la majorité des Suissesses et des Suisses voient les choses et c'est pour cela qu'ils ont accepté en 2010 l'initiative pour le renvoi des étrangers criminels et en 2014 l'initiative contre l'immigration de masse. Or, ces deux dispositions constitutionnelles ne sont malheureusement pas appliquées sous le prétexte de l'accord de libre circulation des personnes conclu avec l'UE. Conséquence: la Suisse doit accueillir chaque année des dizaines de milliers d'étrangers de l'UE et ne peut pas expulser les criminels originaires de l'UE. Durant les 13 années écoulées, un million d'étrangers ont afflué en Suisse. Cette démesure est nuisible pour notre pays.



Que des désavantages: les avantages supposés de la libre circulation des personnes n'ont absolument pas eu lieu dans la réalité

Malgré le coronavirus et la fermeture des frontières, l'immigration a continué d'affluer sans interruption dans notre pays. Durant le premier trimestre 2020, 18'386 personnes ont immigré dans notre pays (après déduction des départs !). La première cause de cette migration est la libre circulation des personnes : avec 12'167 personnes, ce sont deux tiers des migrants qui sont venus depuis des Etats EU/AELE. Nous n'avions encore jamais connu une telle augmentation de l'immigration en comparaison avec un semestre de l'année précédente ! Sans les restrictions imposées aux frontières à la mi-mars en raison de la pandémie, ce chiffre serait encore plus haut. La Suisse va bientôt devoir faire face à une véritable vague d'immigration. En raison de la crise économique actuelle et du chômage massif dans les Etats de l'UE, de nombreuses personnes vont venir trouver un travail ou une allocation sociale en Suisse à n'importe quel prix et pour n'importe quel salaire. Pour protéger les résidents de notre pays du chômage et de la pauvreté, nous devons impérativement et rapidement reprendre le contrôle sur l'immigration.

Voici ce que nous apporte, à nous autres Suissesses et Suisses, un oui à l'initiative de limitation :

1. Dire oui, c'est empêcher qu'une main-d'œuvre bon marché importée de l'UE évince de plus en plus de salariés suisses
2. Dire oui, c'est protéger nos terres cultivables et notre nature
3. Dire oui, c'est réduire le nombre de bouchons sur les routes
4. Dire oui, c'est retrouver des logements abordables
5. Dire oui, c'est permettre aux enfants suisses de recevoir une bonne formation à l'école
6. Dire oui, c'est stopper l'affluence de travailleurs mal qualifiés
7. Dire oui, c'est permettre aux entreprises suisses de recruter des professionnels hautement qualifiés
8. Dire oui, c'est protéger nos institutions sociales contre le pillage par les étrangers de l'UE
9. Dire oui, c'est rendre la Suisse plus sûre, notamment pour les femmes
10. Dire oui, c'est éviter que les Suisses se sentent étrangers dans leur propre pays
11. Voter oui, c'est décider nous-mêmes qui nous voulons accepter dans notre pays
12. Dire oui, c'est obliger le Conseil fédéral à respecter enfin la volonté du peuple
13. Dire oui, c'est éviter que le déficit de l'AVS s'agrandisse
14. Dire oui, c'est empêcher que seuls les grands groupes industriels profitent de l'immigration
15. Dire oui, c'est veiller à ce que nous autres Suisses profitons de la prospérité acquise grâce à notre travail

OUI⁺ à une immigration modérée

1. Dire oui, c'est empêcher qu'une main-d'œuvre bon marché importée de l'UE évince de plus en plus de salariés suisses

La grande majorité des étrangers UE constituant tout simplement une main-d'œuvre bon marché, ces personnes gagnent moins que les Suisses. Les différences salariales sont particulièrement frappantes en Suisse romande et au Tessin. Si les travailleurs suisses ne cèdent pas à cette pression en acceptant des salaires stagnants, voire en baisse, ils sont remplacés par une main-d'œuvre bon marché importée de l'UE. Les travailleurs suisses âgés sont les premières victimes de cette situation. Aujourd'hui, même des Suissesses et des Suisses de 46 ans sont poussés dans l'aide sociale !



*Qui laisse la porte de son logement
grande ouverte pour que chacun
puisse y entrer?*

2. Dire oui, c'est protéger nos terres cultivables et notre nature

Cette immigration démesurée nuit à notre pays et à notre environnement. Nos infrastructures atteignent leurs limites. Le million de migrants qui sont venus en Suisse durant les 13 dernières années nécessite les besoins suivants : une surface équivalente à 57'000 terrains de foot, 454'000 nouveaux logements et 541'000 nouvelles voitures. Ils conduisent chaque année 11 milliards de kilomètres sur les routes, consomment 2 milliards de kWh d'électricité et 59 milliards de litres d'eau, pour ne citer que quelques exemples de cette charge gigantesque. Nous avons beau adopter d'ambitieux objectifs climatiques – l'immigration démesurée annihile tous nos efforts.

L'initiative de limitation du 27 septembre

OUI⁺ à une immigration modérée

3. Dire oui, c'est réduire le nombre de bouchons sur les routes

Admettre l'installation d'un million d'étrangers en 13 ans, c'est aussi devoir leur offrir les infrastructures dont ils ont besoin dans leur vie quotidienne. Telle n'a pas été le cas pour le réseau routier et ferroviaire. La croissance explosive de la population s'est répercutée sur le trafic. Tant la route que le rail atteignent les limites de leurs capacités. 25'366 heures d'attente dans les bouchons ont été enregistrées en 2018 sur les seules routes nationales, soit plus que le double qu'en 2007. Malgré des investissements par milliards de francs, les infrastructures de transport sont au bord de l'effondrement. Mais l'immigration de masse ne provoque pas seulement l'explosion du nombre d'heures d'attente dans les bouchons. Elle charge aussi les transports ferroviaires. Des trains bondés, sales et en retard ainsi que des suppressions de correspondances sont le résultat d'un fonctionnement constant à la limite de la capacité et de la multiplication des chantiers permanents sur le réseau ferroviaire. Les pronostics sont sombres si cette immigration démesurée se poursuit.



4. Dire oui, c'est retrouver des logements abordables

L'augmentation de la population d'un million d'habitants en 13 ans de la demande de logements en Suisse. Par conséquent, les coûts du Entre 2006 et 2016, les prix des propriétés immobilières n'ont cessé de progresser coup plus rapidement que les salaires. Exemple: un appartement qui coûtait 500'000 vendait en 2016 pour près de 720'000 francs. Ces prix exorbitants forcent de nombreux navette sur des grandes distances entre leurs lieux de domicile et de travail dans l'espoir de trouver abordable. Mais la forte demande a aussi fait exploser les loyers et les prix immobiliers à la campagne. Cet exode vers des régions plus abordables en termes immobiliers provoque une foule de problèmes supplémentaires comme des des bouchons sur les routes et des trains bondés, un manque de place dans les écoles et un bétonnage massif de précieuses terres cultivables.

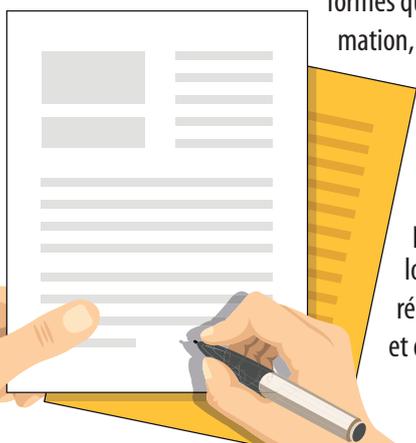
OUP⁺ à une immigration modérée

LOYERS

a provoqué une forte hausse logement ont augmenté. en Suisse, même beau-francs en 2006 se Suisses à faire la un logement des régions chères surcharges de trafic,

5. Dire oui, c'est permettre aux enfants suisses de recevoir une bonne formation à l'école

Cette immigration sollicite excessivement la capacité d'intégration de notre pays et de notre société. Les éléments les plus vulnérables de notre société, les enfants et les adolescents, en sont les principales victimes. La libre circulation des personnes amène de nombreux étrangers peu formés qui cherchent à s'établir durablement. Leurs enfants n'ont souvent pas non plus reçu une bonne formation, si bien qu'ils abaissent le niveau de l'enseignement. Dans les régions urbaines surtout, la proportion d'enfants et d'adolescents de langue étrangère dans les classes dépasse souvent 50%. Selon une étude réalisée par l'institut Max-Planck de recherche pédagogique, on observe une nette baisse des performances scolaires déjà à partir d'une proportion de migrants de 20%. Les conséquences sont illustrées par les dernières enquêtes Pisa: les enfants de Suisse savent moins bien calculer et lire. De plus, les onéreuses mesures pédagogiques spéciales se multiplient, tout comme les postes de psychologues et de travailleurs sociaux scolaires. Les enseignants doivent consacrer de plus en plus de temps à régler des problèmes linguistiques, sociaux, culturels ou familiaux au lieu d'enseigner des connaissances et des compétences. La qualité de nos écoles publiques souffre.



6. Dire oui, c'est stopper l'affluence de travailleurs mal qualifiés

Les partisans de la libre circulation des personnes, en particulier l'association économique faîtière «economiesuisse», prétendent que la libre circulation permet de combattre la pénurie de professionnels qualifiés en Suisse. C'est le contraire qui est vrai: cette pénurie existe toujours malgré 13 années de libre circulation des personnes. Rien d'étonnant à cela quand on sait que seul un immigrant UE sur cinq a de sérieuses qualifications professionnelles. Tous les autres évincent nos propres salariés. Ce constat est confirmé par les chiffres officiels de la Confédération et une étude du canton de Zurich.

7. Dire oui, c'est permettre aux entreprises suisses de recruter des professionnels hautement qualifiés

L'économie suisse a besoin de professionnels hautement qualifiés venant du monde entier. L'allégation selon laquelle ces professionnels viennent en Suisse grâce à la libre circulation des personnes avec l'UE est une pure légende. La vérité est que, même sans libre circulation des personnes, les entreprises suisses peuvent à tout moment recruter dans le monde entier la main-d'œuvre dont elles ont besoin. Qui plus est, sans la libre circulation des personnes nous autres, Suissesses et Suisses, nous pouvons à nouveau gérer l'immigration de manière à ce qu'elle soit enfin utile à notre pays et à notre société au lieu de leur nuire.



Qui a le frigo le mieux garni? L'Italie? La France? L'Allemagne? Non. La Suisse!

8. Dire oui, c'est protéger nos institutions sociales contre le pillage par les étrangers de l'UE

Les étrangers originaires de l'UE sont presque deux fois plus souvent au chômage que les Suisses et tirent beaucoup plus d'argent des caisses de l'assurance-chômage qu'ils n'en versent. Ce déséquilibre entre cotisations versées et prestations touchées est particulièrement marqué chez les ressortissants de certains Etats UE: les prestations touchées par les Portugais dépassent de 49% leurs cotisations; chez les Européens de l'Est, cette différence est de 44%. Le nombre de versements journaliers offerts à des Européens en Suisse a augmenté de 82% entre 2007 et 2018. Pour sauvegarder nos institutions sociales et finalement aussi pour protéger la paix sociale en Suisse, nous devons enfin gérer l'immigration nous-mêmes selon les besoins réels de notre pays.

9. Dire oui, c'est rendre la Suisse plus sûre, notamment pour les femmes

Les résultats de la statistique criminelle 2019 sont parfaitement clairs: 432'000 violations du Code pénal, 75'757 violations de la loi sur les stupéfiants et 37'024 violations de la loi sur les étrangers. Aussi bien la statistique criminelle de la Confédération que la statistique des condamnations confirme que les actes de violence sont principalement commis par des hommes étrangers. Compte tenu de leur part d'environ 25% à la population, les migrants sont largement surreprésentés notamment parmi les auteurs de crimes violents et sexuels. Tel est également le cas pour les violences domestiques qui ont souvent une issue mortelle pour beaucoup de femmes.



La libre circulation des personnes empêche
l'expulsion de criminels européens

Detlef K., Voleur

10. Dire oui, c'est éviter que les Suisses se sentent étrangers dans leur propre pays

Cette immigration démesurée menace également l'identité de la Suisse. Les Suissesses et les Suisses sont unis par leur attachement au cas particulier suisse qui se matérialise dans les piliers de l'Etat que sont l'indépendance, le fédéralisme, la démocratie directe, la neutralité armée et l'autodétermination. A cela s'ajoutent des valeurs et des vertus comme une forte responsabilité individuelle, le souci de la qualité, l'endurance ainsi qu'un sens marqué de la communauté qui unit les forts aux faibles. Or, l'immigration démesurée que subit notre pays tend à remplacer nos propres valeurs par des valeurs importées. La culture traditionnelle des villages s'appauvrit en maints endroits. Un changement de valeur est aussi perceptible à la place de travail. Des chefs venus de l'étranger apportent une nouvelle culture de direction et engagent de préférence des compatriotes qui la partagent. Seule une immigration modérée et contrôlée nous permet de sauvegarder nos traditions, notre culture et, partant, notre identité pour nous et pour nos descendants.

11. Voter oui, c'est décider nous-mêmes qui nous voulons accepter dans notre pays

Depuis l'introduction de la libre circulation des personnes en 2007, les quelques 450 millions de ressortissants des Etats membres de l'UE ont le droit d'immigrer dans notre pays. En clair: la décision d'immigrer en Suisse appartient aux seuls immigrants en provenance de l'UE. Les Suisses n'ont rien à dire. Les conséquences de cette situation sont graves: durant les seules 13 années écoulées, un million de personnes ont afflué en Suisse. Notre pays compte aujourd'hui 8,6 millions d'habitants et chaque année plusieurs dizaines de milliers s'y ajoutent par la grâce de la libre circulation des personnes. Bientôt la Suisse comptera 10 millions d'habitants. La facture de cette démesure doit être réglée par nous autres, salariés et contribuables suisses.



12. Dire oui, c'est obliger le Conseil fédéral à respecter enfin la volonté du peuple

En 2014, le peuple et les cantons ont approuvé l'initiative contre l'immigration de masse. Selon ce nouvel article constitutionnel 121a, la Suisse doit gérer de manière autonome l'immigration sur son territoire. Pour atteindre cet objectif, le Conseil fédéral aurait dû renégocier l'accord de libre circulation des personnes. L'UE a refusé trois années durant d'entrer en matière. Le Conseil fédéral s'est incliné et si l'UE a pu agir de la sorte, c'est parce qu'elle savait très bien que son refus n'entraînerait pas la résiliation de l'accord de libre circulation. Cela ne sera plus possible avec l'initiative de limitation, car celle-ci exige des nouvelles négociations en l'espace d'un an. Une résiliation de l'accord n'interviendra que s'il n'y a pas de négociation.

13. Dire oui, c'est éviter que le déficit de l'AVS s'agrandisse

L'allégation selon laquelle les ressortissants UE contribuent à sauvegarder l'AVS est une autre légende. A long terme, la libre circulation des personnes est un désastre pour l'AVS. Même le Conseil fédéral avertit dans son dernier message sur l'AVS contre une inversion de la tendance: jusqu'ici, relève-t-il, l'immigration a compensé le faible taux de natalité et contribué ainsi au financement de la prévoyance vieillesse, mais, conclut-il, lorsque ces immigrants, qui sont actuellement en âge de travailler, auront atteint l'âge de la retraite, la tendance s'inversera. De plus, de nombreux étrangers présentent, contrairement aux Suisses, des lacunes dans leurs cotisations AVS, si bien qu'ils pourront réclamer des prestations complémentaires (PC). Aujourd'hui déjà, les étrangers profitent deux fois plus souvent des PC que les Suisses. Lorsque le million d'étrangers afflués ces 13 dernières années arrivera au seuil de la retraite, cette disproportion s'aggravera encore. Comme de coutume, la facture devra être payée par les contribuables suisses.

14. Dire oui, c'est empêcher que seuls les grands groupes industriels profitent de l'immigration

L'association «economiesuisse» n'a cessé de multiplier les belles promesses – «des arbres chargés de juteuses pommes rouges» – avant les votations sur la libre circulation des personnes et d'autres accords bilatéraux. Ces entreprises et leurs chefs – généralement des étrangers – ne songent en réalité guère aux intérêts de la population suisse. La seule chose qui les intéresse, c'est de pouvoir recruter un maximum de main-d'œuvre bon marché à l'étranger pour remplacer les salariés suisses plus chers. La réalité est que ces milieux cherchent à maximiser leurs profits sur le dos de l'Etat social suisse et de la toute la société.

15. Dire oui, c'est veiller à ce que nous autres Suisses profitons de la prospérité acquise grâce à notre travail

Il est également important de savoir qui vient en Suisse dans l'intention d'y rester. Malheureusement, ce sont principalement des ressortissants du sud de l'UE, souvent peu formés, qui cherchent à s'installer durablement. On peut donc parler d'un véritable «syndrome de sédentarité de masse» en rapport la libre circulation des personnes: tout étranger peu qualifié qui séjourne en Suisse sans contribuer de manière significative à la croissance économique et au succès du pays freine la croissance de la prospérité au détriment de l'ensemble du pays et de chaque Suisse et de chaque Suisse. L'économie suisse augmente certes d'année en année son chiffre d'affaires, mais la prospérité ainsi générée doit être partagée entre un nombre croissant d'habitants à cause d'une immigration incontrôlée. Pour la majorité de la population, la libre circulation des personnes ne signifie donc pas plus de prospérité, mais au contraire plus de contraintes et de nuisances.



du 27 septembre

Trop c'est trop: nous ne voulons pas d'une Suisse à 10 millions d'habitants!

Le fait est que la Suisse est un petit pays. Et l'on ne peut pas laisser le monde entier dans un petit pays !

C'est pourtant exactement ce qui se passe depuis 2007 : depuis l'introduction complète de la libre circulation des personnes avec l'UE, nous avons ouvert nos frontières aux 450 millions d'habitants de l'UE sans pouvoir contrôler combien nous en voulons en Suisse. Durant les 13 dernières années, un million de personnes sont ainsi venues dans notre pays, soit 75'000 chaque année. Et chaque année, ce sont en moyenne 50'000 personnes qui viennent en plus de la seule Union européenne – l'équivalent d'une ville comme Bienne ! Ce n'est pas étonnant que la Suisse soit totalement débordée ! Nous pouvons mettre un terme à cette situation avec un OUI à l'initiative de limitation.

En cas de OUI...

1. La main-d'œuvre bon marché de l'UE n'évincera plus les travailleurs suisses

Les immigrants de l'UE étant en majorité une main-d'œuvre bon marché, ils évincent les travailleurs suisses si ceux-ci n'acceptent pas des salaires stagnants, voire en baisse.

2. Nous pourrions enfin protéger nos terres cultivables et notre nature

Le million de personnes immigrées ces 13 dernières années a provoqué le bétonnage d'une surface équivalent à 57'000 terrains de football (logements et infrastructures).

3. Nous ne croupons plus dans les bouchons et les trains bondés

L'arrivée d'un million de personnes en seulement 13 ans est trop grande pour nos infrastructures - elles sont complètement débordées malgré des milliards d'investissements : depuis 2007, 541'000 nouvelles voitures circulent sur nos routes. Un million d'immigrants, cela signifie aussi 454'000 nouveaux logements.

4. Le prix du logement baissera

L'immigration démesurée provoque une augmentation de la demande de logements et une hausse massive des loyers et prix immobiliers. Ces coûts exorbitants forcent de nombreux Suisses à franchir tous les jours de longues distances entre le domicile et le travail.

5. L'école pourra à nouveau former sérieusement les enfants

De nombreuses classes d'école sont composées de plus de 50% d'enfants de langue étrangère, souvent originaires de familles sans instruction. L'enseignement en souffre. Selon une étude de l'institut Max-Planck de recherche pédagogique, les performances scolaires baissent déjà sensiblement avec une proportion de migrants de 20%.

6. L'afflux d'immigrants peu formés diminuera

La libre circulation des personnes nous apporte surtout des immigrants mal formés. 80% des immigrants UE constituent une main-d'œuvre bon marché sans qualification particulière.

7. Les entreprises suisses pourront recruter du personnel hautement qualifié

Sans libre circulation des personnes, les entreprises suisses peuvent recruter dans le monde entier les spécialistes qualifiées dont elles ont réellement besoin sans se laisser tromper par les critères de la libre circulation des personnes.

8. Nous protégeons les institutions sociales contre le pillage par les étrangers

Aujourd'hui déjà, 6 bénéficiaires de l'aide sociale sur 10 sont des étrangers. Les ressortissants UE sont plus souvent au chômage et reçoivent plus de prestations complémentaires que les Suisses. Ils touchent plus de la caisse de chômage qu'ils y versent. A long terme ils accroissent le découvert de l'AVS.

9. La Suisse sera plus sûre, notamment pour les femmes

Le nombre de migrants parmi les auteurs de crimes violents et sexuels ainsi que de violences domestiques est totalement disproportionné.

10. Nous autres Suisses, nous ne serons plus étrangers dans notre propre pays

Nos valeurs suisses sont de plus en plus effacées par des valeurs et idées apportées par le flot d'immigrants que subit la Suisse.

11. Les Suisses pourront enfin décider à nouveau qui peut venir dans notre pays

La majorité des Suissesses et des Suisses veut que l'on puisse décider nous-mêmes qui peut venir s'installer dans notre pays. C'est ce qu'a démontré le OUI à l'initiative pour le renvoi de 2020 et l'initiative contre l'immigration de masse de 2014. A cause de l'accord de libre circulation des personnes, ces deux devoirs constitutionnels n'ont pas pu être mis en œuvre. Nous pouvons corriger cela le 27 septembre 2020.

Iniziativa per la limitazione

il 27 settembre:

Sf  a un'immigrazione
moderata

Argomentario breve
«Iniziativa per la limitazione»

Quando è troppo, è troppo – non vogliamo una Svizzera di 10 milioni d'abitanti!

La Svizzera vuole stipulare autonomamente accordi con altri Stati, che siano utili a entrambe le parti. La Svizzera ha bisogno anche di manodopera straniera – ma, come Stato sovrano, decidiamo noi stessi chi viene nel nostro paese!

La maggior parte delle Svizzere e degli Svizzeri la vede così: vogliamo essere padroni nel nostro paese. Abbiamo accettato nel 2010 l'iniziativa per l'espulsione e nel 2014 l'iniziativa contro l'immigrazione di massa. Ma purtroppo, a causa della libera circolazione delle persone con l'UE, ambedue non vengono attuate. Conseguenza: il nostro paese deve ogni anno accogliere decine di migliaia di stranieri provenienti dall'UE e non può espellere gli stranieri UE che si rivelano criminali. Negli ultimi 13 anni, un ulteriore milione di stranieri è arrivato in Svizzera. Questo eccesso è nocivo!



Solo svantaggi: i presunti vantaggi della libera circolazione delle persone non reggono alla prova della realtà dei fatti.

Nonostante il coronavirus e la chiusura delle frontiere, l'immigrazione nel nostro paese è continuata senza sosta anche durante la crisi del Covid-19. In totale, l'immigrazione netta nel primo trimestre 2020 è ammontata a 18'386 persone. La causa principale di ciò è la libera circolazione delle persone: Con 12'617 persone, due terzi degli immigranti arrivano dagli Stati UE e AELS. Mai finora, l'immigrazione netta dall'UE era aumentata così tanto rispetto a un trimestre dell'anno precedente. Senza il severo regime alle frontiere introdotto a metà marzo per la pandemia di Covid-19, questa cifra sarebbe ancora più alta. In futuro, la Svizzera deve prepararsi a un'ondata migratoria. A causa dell'attuale crisi economica e dell'enorme disoccupazione negli Stati UE, una gran parte della gente di lì si farà avanti per immigrare in Svizzera per trovarvi a ogni costo e a qualsiasi salario un lavoro o un posto nel nostro sistema sociale. Per proteggere la gente in Svizzera dalla disoccupazione e dalla miseria, dobbiamo perciò urgentemente limitare l'immigrazione.

Ecco cosa porta a noi Svizzere e Svizzeri un Sì all'iniziativa per la limitazione:

- 1. La manodopera straniera UE a buon mercato non sostituirà più i lavoratori svizzeri**
- 2. Potremo finalmente proteggere le nostre aree coltivate e la nostra natura**
- 3. Ci saranno meno code**
- 4. Abitare sarà di nuovo meno costoso**
- 5. I bambini svizzeri potranno di nuovo imparare qualcosa a scuola**
- 6. Finalmente non arriverà ancor più manodopera non qualificata**
- 7. Le aziende svizzere potranno reclutare la necessaria manodopera altamente qualificata**
- 8. Proteggeremo le istituzioni sociali dal saccheggio da parte di stranieri UE**
- 9. La Svizzera sarà più sicura, soprattutto per le donne**
- 10. Noi Svizzeri non saremo più stranieri nel nostro paese**
- 11. Potremo finalmente decidere noi Svizzeri chi viene nel nostro paese**
- 12. Il Consiglio federale dovrà finalmente applicare la volontà del popolo**
- 13. Il buco nella cassa dell'AVS non aumenterà ancora di più**
- 14. Dell'immigrazione non beneficeranno solo i grandi gruppi industriali**
- 15. A noi Svizzeri resterà di nuovo qualcosa del nostro benessere duramente conquistato**





1. La manodopera straniera UE a buon mercato non sostituirà più i lavoratori svizzeri

Perché la maggior parte degli stranieri UE è costituita da lavoratori a buon mercato e questi guadagnano in media meno degli Svizzeri. Specialmente nella Svizzera romanda e in Ticino, ci sono enormi differenze salariali. Se non cediamo a questa pressione accettando salari stagnanti o addirittura in diminuzione, veniamo sostituiti con stranieri UE a buon mercato. Di questo soffrono soprattutto i lavoratori svizzeri più anziani. Ormai sempre più spesso, Svizzere e Svizzeri vengono spinti nell'assistenza sociale già a 46 anni!



Lasciate spalancata la porta della vostra casa, affinché chiunque possa entrarvi?

2. Potremo finalmente proteggere le nostre aree coltivate e la nostra natura

L'immigrazione esagerata nuoce al nostro territorio e al nostro ambiente. Le nostre infrastrutture sono al limite. Il milione di immigranti venuti in Svizzera negli ultimi 13 anni, comporta le seguenti necessità: una superficie pari a 57'000 campi di calcio, 454'000 nuovi alloggi e 541'000 vetture supplementari. Essi percorrono annualmente 11 miliardi di chilometri stradali, consumano 2 miliardi di chilowattore di corrente elettrica, 59 miliardi di litri d'acqua potabile, per menzionare solo alcuni esempi di questo immenso onere. Abbiamo un bel fissarci ambiziosi traguardi climatici – l'immigrazione esagerata annulla tutti i nostri sforzi.

Iniziativa per la limitazione **il 27 settembre:**



3. Ci saranno meno code

Chi permette di entrare nel paese un milione di stranieri supplementari in 13 anni, deve anche mettere loro a disposizione le infrastrutture necessarie alla vita quotidiana. Per ciò che riguarda le reti stradale e ferroviaria, ciò è stato fatto in misura insufficiente. Il rapidissimo aumento della popolazione ha influito fortemente sulla situazione del traffico. Sia la strada che la ferrovia sono ai limiti delle loro capacità. Nel 2018, sono state misurate solo sulle strade nazionali 25'366 ore di colonna. In confronto al 2007, sono più del doppio. Nonostante investimenti miliardari, le infrastrutture del traffico sono sull'orlo del collasso. A causa dell'immigrazione, non solo esplodono le ore di colonna, ma anche il traffico ferroviario aumenta enormemente ogni anno. Treni sovraffollati, sporchi e in ritardo, quando non annullati, sono la conseguenza di una ferrovia che non riesce a star dietro alla veloce crescita della popolazione, cui si aggiungono pure i cantieri permanenti sulla rete ferroviaria. Se l'immigrazione prosegue così, le previsioni sono alquanto cupe.



4. Abitare sarà di nuovo meno costoso

L'aumento della popolazione di un milione in 13 anni ha fatto conseguenza, i prezzi dell'alloggio sono enormemente aumentati. Negli alloggi di proprietà in Svizzera sono solo cresciuti, il che ha fatto sì che in Svizzera crescesse la richiesta di alloggi. Di bili crescessero molto più dei salari. Per esempio, un appartamento che nel 2006 nel 2016 costava quasi 720'000 franchi. A causa dei prezzi esorbitanti, molte Svizzere obbligati a prendere in considerazione lunghi spostamenti quali pendolari, nella speranza di trovare un alloggio a prezzo abbordabile. Ma anche in periferia gli affitti, e ancora di più i costi per l'acquisto di una proprietà, porta una miriade di altri problemi, fra gli altri l'aumento dei problemi di traffico, più attese in colonna, treni sovraffollati, mancanza di spazi scolastici e un'esagerata cementificazione di preziosi terreni coltivabili.



AFFITTI

5. I bambini svizzeri potranno di nuovo imparare qualcosa a scuola

L'esagerata immigrazione sta mettendo alla prova la capacità d'integrazione del nostro paese e della nostra società. A soffrirne sono i più deboli: i nostri bambini e i nostri giovani. Con la libera circolazione delle persone arrivano in Svizzera per rimanervi, soprattutto persone poco qualificate. I loro figli sono meno istruiti e spingono perciò verso il basso il livello di formazione. Specialmente nei territori urbani, la quota di allievi di lingua straniera nelle classi scolastiche supera spesso il 50%. Uno studio dell'istituto di ricerca pedagogica Max Planck ha stabilito che, già a partire da una quota di migranti del 20%, si riscontrano risultati sensibilmente inferiori nelle scuole. Le conseguenze le vediamo già negli ultimi studi PISA: i bambini calcolano e leggono meno bene. Inoltre, stanno aumentando le costose misure pedagogiche straordinarie. Nell'insegnamento si devono risolvere sempre più problemi linguistici, sociali, culturali o familiari, invece di trasmettere ai bambini conoscenze e competenze. La qualità delle nostre scuole pubbliche ne soffre.



6. Finalmente non arriverà ancor più manodopera non qualificata

I sostenitori della libera circolazione delle persone, in testa a tutti l'associazione economica mantello Economiesuisse, dicono che la libera circolazione delle persone sarebbe importante per rimediare alla mancanza in Svizzera di manodopera altamente qualificata. È vero il contrario: anche dopo 13 anni di libera circolazione delle persone, il problema di questa mancanza non è ancora risolto. Motivo: solo un quinto degli immigranti UE lavora in una professione nella quale la Svizzera è carente. Tutti gli altri soppiantano soprattutto le nostre proprie forze lavorative. Ciò è indicato dalle cifre ufficiali della Confederazione e da uno studio del canton Zurigo.

7. Le aziende svizzere potranno reclutare la necessaria manodopera altamente qualificata

L'economia svizzera necessita di manodopera altamente qualificata da tutto il mondo. Ma è una favola, che questa arrivi in Svizzera tramite la libera circolazione delle persone con l'UE. In realtà, anche senza la libera circolazione delle persone, le aziende svizzere possono reclutare, in qualunque momento e in tutto il mondo, la manodopera necessaria. Inoltre, senza libera circolazione delle persone, noi Svizzere e Svizzeri possiamo gestire l'immigrazione in modo che finalmente porti più vantaggi che danni al nostro paese e alla nostra società.



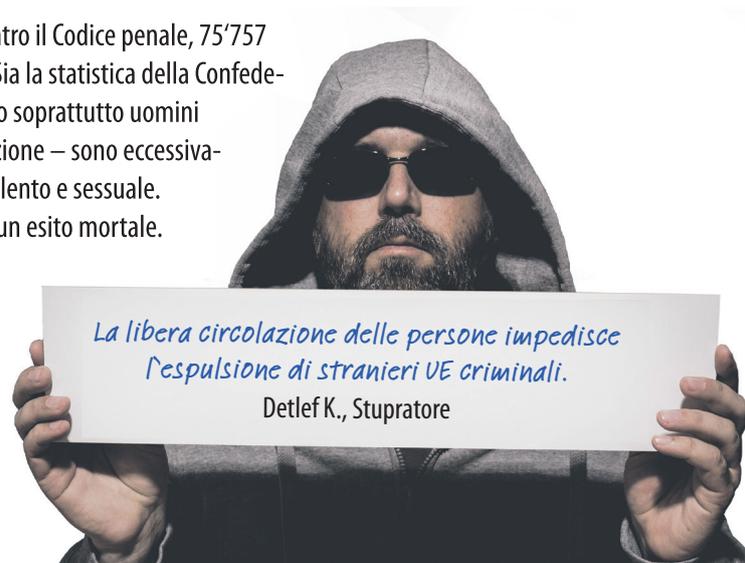
*Dove il frigorifero è più fornito?
In Italia? In Francia? In Germania?
No: in Svizzera!*

8. Proteggeremo le istituzioni sociali dal saccheggio da parte di stranieri UE

Gli stranieri UE sono quasi due volte più spesso disoccupati degli Svizzeri e attingono dalla cassa-disoccupazione più di quanto vi hanno versato. Fra gli appartenenti ad alcuni Stati UE, la differenza fra prestazioni e premi pagati è particolarmente marcata: i Portoghesi percepiscono il 49% in più di prestazioni, gli Europei dell'est il 44% in più. Il numero di beneficiari stranieri UE in Svizzera fra il 2007 e il 2018, è aumentato di oltre l'82%. Per mantenere le nostre istituzioni sociali e, non da ultimo, per mantenere la pace sociale nel nostro paese, dobbiamo finalmente gestire di nuovo l'immigrazione autonomamente e a seconda delle necessità del nostro paese.

9. La Svizzera sarà più sicura, soprattutto per le donne

La statistica criminale del 2019 parla chiaro: ci sono stati 432'000 reati contro il Codice penale, 75'757 contro la legge sugli stupefacenti e 37'024 contro la legge sugli stranieri. Sia la statistica della Confederazione, sia la statistica delle condanne, indicano che a essere violenti sono soprattutto uomini stranieri. Le e i migranti – considerata la loro quota del 25% della popolazione – sono eccessivamente sovra rappresentati quali autori di reati, soprattutto di carattere violento e sessuale. Ciò vale anche per la violenza domestica che, per molte donne, ha spesso un esito mortale.



*La libera circolazione delle persone impedisce
l'espulsione di stranieri UE criminali.*

Detlef K., Stupratore

10. Noi Svizzeri non saremo più stranieri nel nostro paese

L'immigrazione esagerata mette in pericolo anche la nostra identità svizzera. Noi siamo uniti dal riconoscimento del concetto politico di "Sonderfall" (caso particolare), con le sue colonne portanti indipendenza, federalismo, democrazia diretta, neutralità armata e autodeterminazione. A questi si aggiungono valori e virtù come un elevato livello di responsabilità individuale, il perseguimento della qualità, resilienza ma anche un marcato senso sociale, che legano il più forte al più debole. Con l'immigrazione esagerata, i nostri valori vengono sempre più esclusi e sostituiti da altri, importati. Già adesso, in molti posti, la locale cultura tradizionale è impoverita. Anche sul posto di lavoro sta avendo luogo un cambiamento dei valori. Dirigenti dall'estero portano con loro una nuova cultura gestionale e preferiscono assumere i propri compatrioti. Solo con un'immigrazione moderata e controllata potremo conservare per noi e per i nostri discendenti le nostre tradizioni, la nostra cultura e quindi la nostra identità.

11. Potremo finalmente decidere noi Svizzeri chi viene nel nostro paese

Dall'introduzione della libera circolazione delle persone nel 2007, 450 milioni di persone provenienti dagli Stati UE hanno il diritto d'immigrare nel nostro paese. Ciò significa che loro, e non noi Svizzere e Svizzeri, decidono se venire nel nostro paese. Con gravi conseguenze: solo negli ultimi 13 anni è entrato un milione di persone. Oggi contiamo 8,6 milioni d'abitanti e, a causa della libera circolazione delle persone, ogni anno se ne aggiungono ulteriori decine di migliaia. Presto vivremo in una Svizzera di 10 milioni d'abitanti. La fattura di questo eccesso la paghiamo noi lavoratori e contribuenti svizzeri.

12. Il Consiglio federale dovrà finalmente applicare la volontà del popolo

Nel 2014, popolo e cantoni hanno approvato l'iniziativa contro l'immigrazione di massa. Secondo il nuovo articolo costituzionale 121a, la Svizzera deve gestire autonomamente l'immigrazione. Per farlo, il Consiglio federale avrebbe dovuto rinegoziare l'accordo di libera circolazione delle persone. L'UE s'è rifiutata di farlo per tre anni. Il Consiglio federale ha tollerato questo e l'UE ha potuto comportarsi così perché sapeva che, in caso di disaccordo, non ci sarebbe comunque stata una disdetta della libera circolazione delle persone. Ma adesso, con l'iniziativa per la limitazione, è diverso: questa esige nuovi negoziati entro un anno. E solo allora, se non si sarà negoziato, seguirà la disdetta.





13. Il buco nella cassa dell'AVS non aumenterà ancora di più

Che gli stranieri UE aiuterebbero a finanziare l'AVS, è altrettanto una favola. A lungo termine, la libera circolazione delle persone porterà l'AVS al disastro finanziario. Perfino lo stesso Consiglio federale mette in guardia nel suo ultimo messaggio sull'AVS contro un cambio di tendenza: finora, l'immigrazione ha compensato la bassa natalità, contribuendo così a finanziare la previdenza-vecchiaia. «Tuttavia, non appena queste persone, che al momento sono ancora attive professionalmente, raggiungeranno l'età di pensionamento, la tendenza cambierà.» A ciò si aggiunge poi il fatto che molti immigranti, diversamente dalle Svizzere e dagli Svizzeri, hanno delle lacune nei versamenti dei premi AVS, e all'età di pensionamento dipenderanno perciò dalle rendite complementari. Già oggi, gli stranieri a beneficio delle rendite complementari sono più del doppio delle Svizzere e degli Svizzeri. Quando poi il milione d'immigranti degli ultimi 13 anni andrà in pensione o riceverà una rendita AI, questa quota aumenterà sensibilmente di nuovo. Alla fine, la fattura la pagheranno i contribuenti svizzeri.

14. Dell'immigrazione non beneficeranno solo i grandi gruppi industriali

Economiesuisse aveva promesso più volte, in occasione delle votazioni sulla libera circolazione delle persone o sugli altri accordi bilaterali "Alberi pieni di succose mele rosse". Ci ricordiamo tutti i relativi manifesti. In realtà, ne traggono beneficio soprattutto i grandi gruppi industriali. Loro e i loro manager perlopiù stranieri non hanno in mente il benessere del popolo svizzero. Vogliono solo dare alle loro aziende la possibilità di portare ancora più in fretta in Svizzera ulteriori stranieri a buon mercato, per sostituire la più costosa manodopera svizzera. È la massimizzazione del profitto di alcune grandi aziende a spese dello Stato sociale svizzero e dell'intera società.

15. A noi Svizzeri resterà di nuovo qualcosa del nostro benessere duramente conquistato

È anche determinante chi viene in Svizzera per rimanerci. Purtroppo, s'inseguono in Svizzera perlopiù stranieri UE poco qualificati provenienti dal sud dell'Europa. Con riferimento alla libera circolazione delle persone si può perciò parlare di un problema di insediamento di massa: ogni straniero scarsamente qualificato che rimane in Svizzera, senza contribuire molto alla sua crescita economica e al suo successo, frena lo sviluppo del benessere dell'intero paese e, di conseguenza, di ogni singolo Svizzero e di ogni singola Svizzera. È vero che l'economia svizzera realizza ogni anno di più, ma il benessere da essa creato deve – a causa dell'incontrollata immigrazione – essere suddiviso su sempre più persone. Per la grande fascia della popolazione la libera circolazione delle persone non significa perciò più benessere, bensì soprattutto un aggravio supplementare.



Il 27 settembre 2020

Quando è troppo, è troppo – non vogliamo una Svizzera di 10 milioni d'abitanti!

È un dato di fatto: la Svizzera è un paese piccolo! Ed è pure un dato di fatto, che in un piccolo paese non si può stipare sempre più gente!

Invece è proprio quanto sta succedendo dal 2007: dall'introduzione della libera circolazione delle persone con l'UE, abbiamo aperto le nostre frontiere a oltre 450 milioni di persone provenienti dall'UE, senza che potessimo controllare quante di loro sarebbero venute in Svizzera. Negli ultimi 13 anni è perciò già arrivato nel nostro paese un milione di persone, ossia annualmente quasi 75'000 immigranti supplementari. E ogni anno si aggiungono mediamente ulteriori 50'000 persone – l'equivalente degli abitanti della città di Bienne – dalla sola UE! Non sorprende quindi che il nostro piccolo paese stia letteralmente esplodendo. Possiamo fermare tutto questo con un Sì all'iniziativa per la limitazione.

Con un Sì...

1. Gli stranieri UE a buon mercato non sostituiranno più i lavoratori svizzeri

Poiché oggi, la maggior parte degli stranieri UE è costituita da lavoratori a buon mercato, che estromettono i lavoratori svizzeri, se non accettano dei salari stagnanti o addirittura ridotti.

2. La Svizzera non sarà ulteriormente cementificata

Perché, a causa di questo milione di persone immigrate negli ultimi 13 anni, si è dovuta cementificare un'area pari a 57'000 campi di calcio per nuovi alloggi, scuole e strade.

3. Non continueremo a congestionarci in colonne o in treni sovraffollati

L'immigrazione di un milione di persone in 13 anni è troppa per le nostre infrastrutture che, nonostante investimenti miliardari, sono sull'orlo del collasso: dal 2007, circolano sulle nostre strade 541'000 supplementari. Ma un milione di immigranti significa anche 454'000 nuovi alloggi.

4. Abitare sarà di nuovo meno costoso

Perché con l'esagerata immigrazione, la richiesta di alloggi aumenta così tanto, che molte Svizzere e molti Svizzeri non possono più pagare i crescenti affitti e sono obbligati a prendere in considerazione lunghi spostamenti quali pendolari.

5. I bambini svizzeri potranno di nuovo imparare qualcosa a scuola

Poiché oggi, in molte classi scolastiche, il 50% e oltre degli allievi è di lingua straniera e molti di loro provengono inoltre da famiglie senza formazione, ne soffre la formazione dei nostri bambini. Uno studio dell'istituto di ricerca pedagogica Max Planck ha stabilito che, già a partire da una quota di migranti del 20%, si riscontrano risultati sensibilmente inferiori nelle scuole.

6. Finalmente non arriverà più altra manodopera poco qualificata

Perché la libera circolazione delle persone porta soprattutto gente poco qualificata: l'80% degli stranieri UE è manovalanza a basso costo.

7. Le aziende svizzere potranno reclutare la necessaria manodopera altamente qualificata

Senza la libera circolazione delle persone potranno reclutare in tutto il mondo la manodopera altamente qualificata, secondo le sue competenze specifiche, senza lasciarsi abbindolare dal criterio della libera circolazione delle persone.

8. Proteggeremo le istituzioni sociali dal saccheggio da parte di stranieri UE

Perché già oggi, 6 su 10 beneficiari di aiuto sociale sono stranieri. Gli stranieri UE sono più spesso disoccupati degli Svizzeri, percepiscono più spesso rendite complementari e attingono alla cassa disoccupazione più denaro di quanto ve ne abbiano immesso. Oltre a ciò, a lungo termine ingrandiscono il buco nella cassa AVS.

9. Le persone anziane, donne e uomini potranno di nuovo sentirsi al sicuro

Perché molti reati violenti, come per esempio gli stupri, sono perpetrati soprattutto da stranieri.

10. Noi Svizzeri non saremo più stranieri nel nostro paese

Perché i nostri valori svizzeri, a causa dell'esagerata immigrazione, vengono viepiù sostituiti da altri importati e a noi estranei.

11. Decideremo finalmente noi chi viene nel nostro paese

La maggioranza delle Svizzere e degli Svizzeri vuole decidere da sola chi può venire nel nostro paese. Lo dimostra il Sì popolare all'iniziativa per l'espulsione nel 2010 e all'iniziativa contro l'immigrazione di massa nel 2014. Entrambi questi mandati costituzionali non sono stati attuati a causa della libera circolazione delle persone con l'UE. Tutto ciò potremo correggerlo il 27 settembre 2020.



Argumentarium gegen die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

1. Politische Ausgangslage

Die «Initiative für eine massvolle Zuwanderung» verfolgt das Ziel, die Zuwanderung für die Schweiz eigenständig zu regeln und dazu namentlich die Personenfreizügigkeit mit den Ländern der Europäischen Union und der Europäischen Freihandelszone (EFTA) neu zu verhandeln bzw. bei fehlendem Resultat zu kündigen. Vergleichbare Vereinbarungen sollen verfassungsrechtlich verboten werden. Eine Annahme würde das Ende der bilateralen Abkommen mit der EU bedeuten, aber auch die EFTA-Mitgliedschaft der Schweiz müsste neu ausgehandelt werden.

Die Beurteilung der Initiative ist im **Kontext verschiedener aktueller Fragestellungen** zu sehen und hängt direkt oder indirekt mit folgenden Geschäften zusammen:

Mit dem **Paket zur Förderung des Inländerpotentials und zugunsten älterer Arbeitnehmender**, das am 15. Mai 2019 verabschiedet worden ist, will der Bundesrat einerseits die Personenfreizügigkeit stärken und andererseits die Sozialpartner hinter seine Stossrichtung bringen. Es umfasst sieben Massnahmen:

1. Integrationsvorlehre (INVOL) verlängern und für Personen aus EU/EFTA- und Drittstaaten ausserhalb des Asylbereichs öffnen (Pilotprogramm)
2. Nachhaltigen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt für schwer vermittelbare Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene mit finanziellen Zuschüssen sicherstellen
3. Kostenlose Standortbestimmung, Potentialanalyse und Laufbahnberatung für Erwachsene über 40 Jahre
4. Berufsabschluss für Erwachsene: Anrechnung von Bildungsleistungen
5. Zusätzliche Arbeitsmarktintegrationsmassnahmen für schwer vermittelbare Stellensuchende (Impulsprogramm)
6. Erleichterter Zugang für ausgesteuerte Personen über 60 Jahren zu Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen (Art. 59d AVIG) und
7. Überbrückungsleistung für ausgesteuerte Arbeitslose (Vorlage 19.051)

Bis auf die **Überbrückungsleistung** können die Vorschläge des Bundesrates vorbehaltlos unterstützt werden unter der Bedingung, dass den Arbeitgebenden weder neue Kosten noch neue Pflichten auferlegt werden. Bei der Überbrückungsleistung sind Massnahmen zur Verhinderung von Fehlanreizen zu fordern.

Im Kontext der Begrenzungsinitiative ist auch das **Institutionelle Rahmenabkommen (InstA)** zu beurteilen. Ziel des Bundesrates ist ein weitgehender Zugang zum EU-Binnenmarkt sowie Kooperationen mit der EU in ausgewählten Interessenbereichen unter Bewahrung grösstmöglicher politischer Eigenständigkeit. Der bilaterale Weg hat sich bislang als europapolitischer Ansatz für die Schweiz bewährt. Aus wirtschaftspolitischen Überlegungen sind in der Vergangenheit die bilateralen Verträge mit der EU stets unterstützungswürdig gewesen und sind es auch weiterhin. Mit dem InstA soll der bilaterale Weg bzw. der EU-Binnenmarktzugang konsolidiert werden, zukunftsfähig gemacht und weiterentwickelt werden.

Das Komitee «Kündigungsinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN» unterstützt deshalb ein institutionelles Abkommen mit der EU zur Sicherung der Weiterentwicklung der bilateralen Verträge mit der EU. Dadurch kann die Rechts- und Planungssicherheit für Unternehmen erhöht sowie der Marktzugang zur EU gesichert werden. Das Komitee teilt die Haltung des Bundesrates und hat Vorbehalte gegenüber der im Dezember 2018 publizierten Version.

Denkbar ist, bei den flankierenden Massnahmen (FlaM) gewisse Zugeständnisse in Richtung Lockerungen zu machen, wie z.B. eine Verkürzung der Meldezeit von heute 8 Tagen. Der Lohnschutz darf allerdings nicht in Frage gestellt werden. Zusätzliche und einschränkende FlaM sind abzulehnen. Sowohl eine teilweise wie auch eine integrale Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie ist ebenfalls abzulehnen, da diese für EU-Bürger in der Schweiz neue Sozialhilfeansprüche begründen, ihre unter Umständen notwendige Ausschaffung erschweren und ihnen rascher eine Daueraufenthaltsbewilligung verschaffen würde. Letztlich ist der Abschluss des InstA eine Frage der Abwägung zwischen Kosten und Nutzen.

2. Die Initiative

Die Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» ist am 31. August 2018 mit 116'139 gültigen Unterschriften in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs zustande gekommen. Sie verlangt eine eigenständige Regelung der Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern in die Schweiz ohne Personenfreizügigkeit. Sie verlangt vom Bundesrat, das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU zu kündigen, falls es der Schweiz nicht gelingt, das Abkommen innert Jahresfrist auf dem Verhandlungsweg ausser Kraft zu setzen.

Initiativtext

Der Wortlaut der Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» lautet.

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 121b Zuwanderung ohne Personenfreizügigkeit

¹ Die Schweiz regelt die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.

² Es dürfen keine neuen völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen und keine anderen neuen völkerrechtlichen Verpflichtungen eingegangen werden, welche ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewähren.

³ Bestehende völkerrechtliche Verträge und andere völkerrechtliche Verpflichtungen dürfen nicht im Widerspruch zu den Absätzen 1 und 2 angepasst oder erweitert werden.

Übergangsbestimmungen zu Art. 121 b (Zuwanderung ohne Personenfreizügigkeit)

¹ Auf dem Verhandlungsweg ist anzustreben, dass das Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit innerhalb von zwölf Monaten nach Annahme von Art. 121b durch Volk und Stände ausser Kraft ist.

² **Gelingt dies nicht, kündigt der Bundesrat das Abkommen nach Absatz 1 innert weiteren 30 Tagen.**

Der Bundesrat und das Eidgenössische Parlament beantragen die Begrenzungsinitiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung.

Der Bundesrat anerkennt jedoch, dass die Zuwanderung auch mit Herausforderungen verbunden ist, weshalb er am 15. Mai 2019 eine Reihe von Massnahmen beschlossen hat, um inländische Arbeitskräfte gezielt zu unterstützen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Personenfreizügigkeit die inländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch künftig nicht verdrängt, sondern ergänzt. Im Rahmen des Massnahmenpakets ist auch die Einführung einer Überbrückungsleistung (19.051) im Sinne einer sozialen Abfederung für

27. SEPT. 2020



ZUR BEGRENZUNGS-INITIATIVE

ausgesteuerte ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in finanziell bescheidenen Verhältnissen vorgesehen. Derzeit ist die Vorlage in Beratung.

3. Die Initianten und ihre Argumente für die Kündigung der Personenfreizügigkeit

Die Initianten der Begrenzungsinitiative stammen aus dem Umfeld der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und von der Aktion für eine unabhängige Schweiz (AUNS). Aus ihrer Sicht spricht für die Annahme der Begrenzungsinitiative, dass die Umsetzung der vom Souverän am 9. Februar 2014 angenommenen Masseneinwanderungsinitiative MEI nicht im Sinne der Initianten erfolgt sei. Sowohl die Initianten der MEI als auch die Initianten der Begrenzungsinitiative fordern eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung durch die Schweiz.

Gemäss den Befürwortern der Begrenzungsinitiative gebe es seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 eine unkontrollierte und masslose Zuwanderung in die Schweiz. Pro Jahr würden netto 60'000 bis 80'000 Personen in die Schweiz einwandern, Tendenz derzeit sinkend.

Die Initianten wollen mit der Initiative das «Problem der unbegrenzten Einwanderung» endlich lösen. Die unkontrollierte Einwanderung und ihre schmerzhaften Folgen für die Schweiz gingen ungebremst weiter. Die negativen Folgen dieser Entwicklung seien täglich zu spüren. Die Konkurrenz um den Arbeitsplatz steige, namentlich ältere Leute würden den Arbeitsplatz verlieren und durch junge Ausländer ersetzt, der Wohnraum werde knapper, die Mieten und Hauspreise teurer, die Landschaft verstädterte zusehends und die Infrastrukturen wie Strassen, Züge, Schulen usw. würden aus allen Nähten platzen. Die kulturellen Herausforderungen in Schulen und am Arbeitsmarkt seien vielerorts kaum zu bewältigen. Fast die Hälfte aller Sozialhilfebezüger seien Ausländer und die Kosten für Sozialausgaben würden die Gemeinden zusehends überfordern.

Die Initianten fordern deshalb eine eigenständige Regelung der Zuwanderung. Mit dem Verweis auf die Weigerung der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative durch Bundesrat und Parlament, dränge sich die Begrenzungsinitiative auf, mit welcher die Personenfreizügigkeit beendet werde. Mit der Initiative sei die Einräumung eines vertraglichen Rechtsanspruches auf Personenfreizügigkeit für Ausländer ausgeschlossen. In der Bundesverfassung solle verankert werden, dass keine neuen völkerrechtlichen Verträge oder Verpflichtungen abgeschlossen werden dürfen, welche ausländischen Staatsangehörigen einen Rechtsanspruch einräumen auf Aufenthalt, Ausübung einer Erwerbstätigkeit oder Erbringung von Dienstleistungen im Hoheitsgebiet der Schweiz oder auf Einräumung der gleichen Lebens-, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen wie für Inländer.

Auch die Corona-Krise machen sich die Initiantinnen und Initianten zu eigen. Mit Verweis auf die drohende Massenarbeitslosigkeit kritisieren sie Bundesrat und Parlament, die die Grenzen wieder öffnen und die Personenfreizügigkeit mit der EU wieder installieren wollen. Für alle Arbeitslosen sei dies ein Schlag ins Gesicht. Bundesrat und Parlament hätten die Pflicht, zuerst für die eigene Bevölkerung zu schauen, statt umgehend wieder die EU-Masseneinwanderung in Gang zu setzen.



ZUR BEGRENZUNGS-INITIATIVE

Mit der Initiative wird der Bundesrat zudem beauftragt, auf dem Verhandlungsweg das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU spätestens 12 Monate nach Annahme der Initiative ausser Kraft zu setzen. Ist dies nicht möglich, ist das Personenfreizügigkeitsabkommen innert 30 Tagen zu kündigen. Die Zuwanderung soll gemäss Initianten wieder auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft und der Bevölkerung ausgerichtet werden. Für hochqualifizierte Fachkräfte (z.B. Ärzte, Ingenieure, Chemiker, Informatiker) ist die Zuwanderung weiterhin möglich. Das gleiche gilt für Personen, die Stellen besetzen, welche mangels qualifizierter Inländer nicht besetzt werden können. Verliert ein Ausländer die Stelle, dann hat er die Schweiz auch wieder zu verlassen.

4. Die Gegner der Initiative und Schlüsselbotschaften

4.1 Stand der Parolenfassung

Gegen die Initiative engagieren sich BDP, CVP, EVP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP. Ebenfalls dagegen sind die Dachverbände der Wirtschaft, der Schweizerischer Gewerbeverband sgv, economiesuisse und Schweizerischer Arbeitgeberverband SAV ebenso wie die Gewerkschaften und weitere Organisationen, die in der «Europapolitischen Allianz stark+vernetzt» (www.europapolitik.ch) organisiert sind.

4.2 Keybotschaften

Die Masseneinwanderungsinitiative ist am 9. Februar 2014 vor allem auch deshalb angenommen worden, weil über 55-jährige Arbeitnehmende ihr infolge Angst vor Jobverlust zugestimmt haben. Diese Ängste müssen ernst genommen werden. Die Begrenzungsinitiative schützt weder den Arbeitsmarkt noch Arbeitsplätze. Im Gegenteil: Sie ist eine Bedrohung für den Wohlstand. Wohlstand kann nur mit Offenheit bewahrt und vermehrt werden. Arbeitnehmende 20 bis 50: Bei ihnen stehen argumentativ die Chancen und Möglichkeiten einer offenen Schweiz im Vordergrund. Dank Kooperation mit den EU – Staaten wird Wohlstand generiert.

Wohlstand durch Offenheit

1. Der internationale Handel schafft Wachstum und somit mehr Arbeitsplätze. Die Schaffung von Arbeitsplätzen führt zu Arbeitsplatzsicherheit.

Key-Botschaft: Der internationale Handel schafft Arbeitsplatzsicherheit.

2. Die Personenfreizügigkeit ist für die Wirtschaft und für die Sicherung der Arbeitsplätze von zentraler Bedeutung. Sie ermöglicht den Unternehmen, flexibel und unbürokratisch auf einen Fachkräftepool in der EU zurückzugreifen.

Key-Botschaft: Ein offener Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Fachkräftepool für die KMU.

3. Im Zuge der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative wird die Ausschöpfung des Inländerpotentials zu einem wichtigen Ziel der Schweizer Arbeitsmarktpolitik. Stellensuchende werden dank eines umfassenden Pakets zur Förderung der Inländer unterstützt. Aus- und Weiterbildung sind der Schlüssel für Chancen und Jobsicherheit.

Key-Botschaft: Ausschöpfung des Inländerpotentials heisst fokussieren auf Aus- und Weiterbildung zwecks optimaler Wahrung und Förderung der eigenen Arbeitsmarkt-Chancen.

5. Argumente gegen die Initiative

5.1 Wohlstand durch Offenheit - bilateraler Weg als Erfolgsrezept

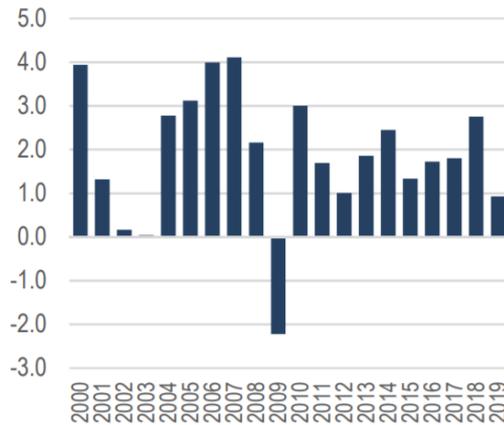
Die Schweiz verdient jeden zweiten Franken im Verkehr mit dem Ausland. In Europa ist es ihr gelungen, einen eigenständigen Weg zu gehen und mit der EU speziell auf Schweizer Bedürfnisse zugeschnittene Verträge (Bilaterale I) abzuschliessen. Die Schweiz braucht als kleines Land mitten in Europa gute und geregelte Beziehungen zur EU. Dank den bilateralen Verträgen ist die Schweizer Wirtschaft stark gewachsen. Die Abkommen haben in den vergangenen Jahren mehr Wohlstand gebracht. Da das Personenfreizügigkeitsabkommen mit den anderen sechs Verträgen der Bilateralen I (technische Handelshemmnisse, Landwirtschaftsabkommen, Landverkehrsabkommen, Luftverkehrsabkommen, öffentliches Beschaffungswesen und Forschungsabkommen) verknüpft ist, würde eine Annahme der Kündigungsinitiative zur Auflösung des ganzen Vertragspakets führen, woraus sich für Unternehmen in der Schweiz Nachteile beim Marktzugang zur EU ergeben können. Aus wirtschaftlicher Sicht ignoriert die Initiative ganz besonders die stark gewachsene Bedeutung grenzüberschreitender Wertschöpfungsketten. Schweizer KMU spielen eine wichtige Rolle als Zulieferer. Mit dem Wegfall der Bilateralen I verlieren die Schweizer Unternehmen aber generell den direkten Zugang zum EU-Binnenmarkt und büssen auf diese Weise stark an Konkurrenzfähigkeit ein. Bereits heute sind die Margen in vielen Sektoren knapp. Der Wegfall der Bilateralen I hätte gravierende Folgen auf die Arbeitsplätze in der Schweiz, besonders bei exportorientierten KMU.

Die Öffnung des Schweizer Arbeitsmarktes gegenüber den Staaten der EU und der EFTA hat der Wirtschaft in der Schweiz in den vergangenen Jahren ein überdurchschnittliches Wachstum ermöglicht. Dies hält der 2019 veröffentlichte Bericht des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) fest. Die inländische Wirtschaft wurde kräftig angekurbelt. Gemäss dem 16. Observatoriumsbericht des SECO «Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf Arbeitsmarkt und Sozialversicherungen» vom 29. Juni 2020 zeigt eine Analyse der Erwerbs-, Arbeitslosen- und Erwerbslosenquote, dass die Erwerbsquote für Schweizer/innen wie auch für EU-Staatsangehörige in den Jahren 2010 bis 2019 stetig zunahm und sich die Erwerbslosen- und Arbeitslosenquoten auf unterschiedlichen Niveaus parallel zum Konjunkturverlauf entwickelten. Arbeitskräftepotential von in- und ausländischen Personen konnte über die letzten Jahre in allen drei Sprachregionen zunehmend besser genutzt werden. Es gibt keine Hinweise darauf, dass Einheimische von der Zuwanderung aus dem Arbeitsmarkt gedrängt würden. Die Arbeitslosenquote ist in den letzten 10 Jahren kontinuierlich gesunken, währenddem das reale BIP-Wachstum leicht zugenommen hat.

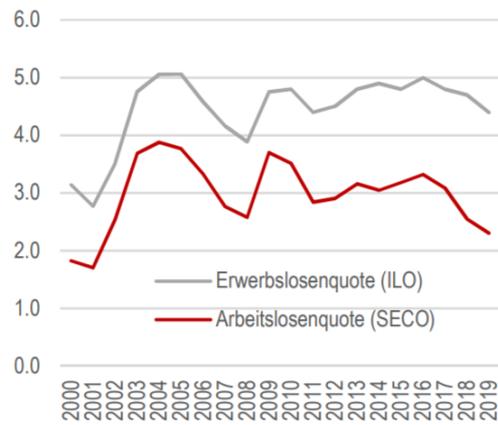


ZUR BEGRENZUNGS-INITIATIVE

BIP-Wachstum, real (in %)

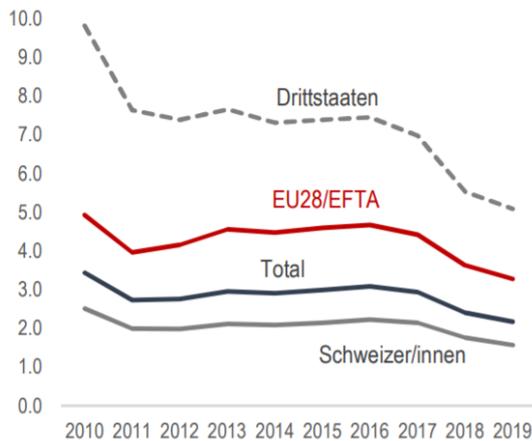


Arbeitslosigkeit (in %)



Entwicklung der Arbeitslosenquote, 2010-2019

Quelle : SECO, Basis SAKE



Beschäftigungswachstum, vollzeitäquivalent (in %)

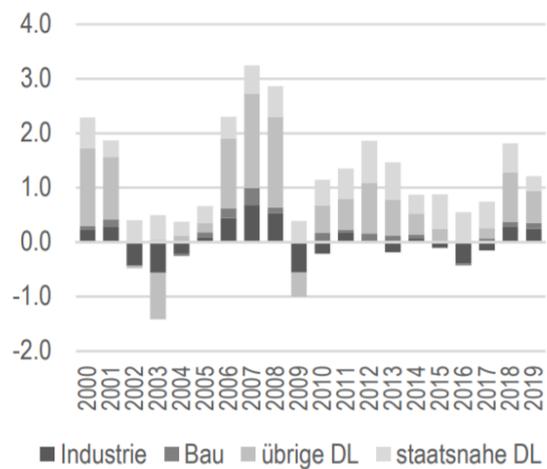
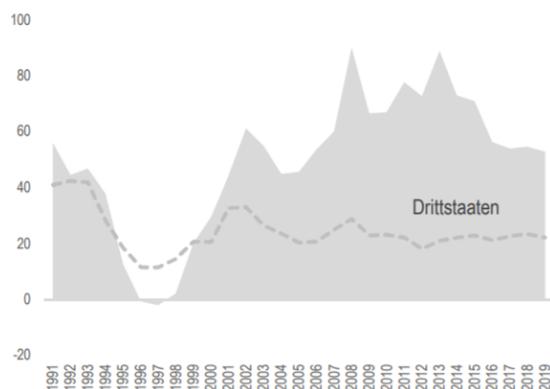
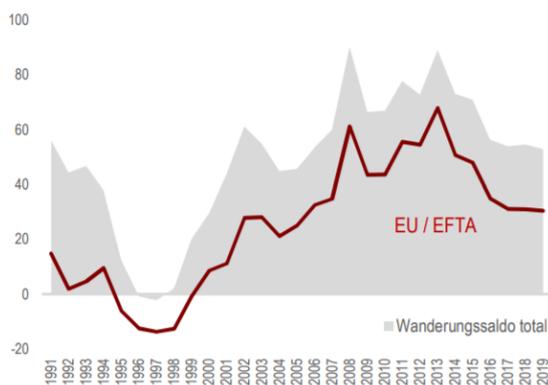


Abb. 2.2: Entwicklung des Wanderungssaldo gegenüber der EU/EFTA und Drittstaaten, 1991-2019

Ständige und nicht ständige Wohnbevölkerung, in 1000

Quelle: ZEMIS



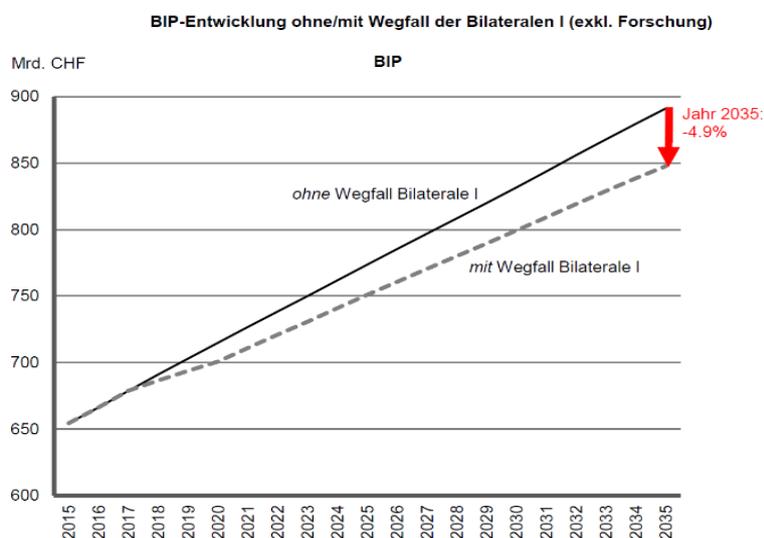
Die Arbeitslosenquote ist trotz der Zuwanderung gesunken

(Quelle: 16. Observatoriumsbericht 2020 des SECO, Seite 17 ff.)

Der Verlauf der Konjunktur hat einen Einfluss auf die Zuwanderung aus den Staaten der EU und der EFTA. Während der angespannten Arbeitsmarktlage haben sich die Wanderungsüberschüsse nach 2013 klar reduziert. 2013 wanderten netto 68 000 Personen aus dem EU28/EFTA-Raum in die Schweiz. 2018 betrug der Wanderungssaldo gegenüber der EU28/EFTA noch rund 31 200, mehr als 50% weniger, 2019 betrug er noch 30'700. Die Zuwanderung aus den Drittstaaten ist gemäss Observationsbericht viel weniger von der Konjunktur abhängig und entsprechend stabiler.

Die Personenfreizügigkeit hat zur Entspannung des Fachkräftemangels beigetragen. Für die Schweiz hat – bedingt durch die Personenfreizügigkeit – weder eine Verdrängung noch ein Lohndruck auf Arbeitskräfte mit niedriger Qualifikation stattgefunden. Die flankierenden Massnahmen FlaM haben Wirkung gezeigt. Aufgrund der guten konjunkturellen Lage ist die Anzahl Stellensuchender seit Jahren auf tiefem Niveau stabil oder gar rückläufig. Die Nominallöhne sind tendenziell steigend.

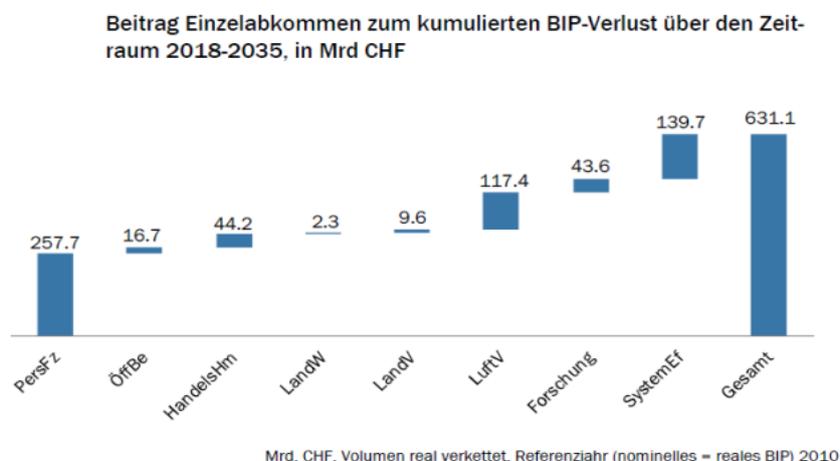
Würde hingegen das Freizügigkeitsabkommen (FZA) wegfallen wären die Folgen gravierend. Der Wegfall der Bilateralen I führt zu einer erheblichen Schwächung der Schweizer Wirtschaft und zu spürbaren Einkommenseinbussen bei der heimischen Bevölkerung. Eine Annahme der Begrenzungsinitiative hätte eine rückläufige Produktivität, einen Wohlstandsverlust und damit wohl auch eine höhere Arbeitslosigkeit zur Folge. Modellrechnungen der Auswirkungen des Wegfalls der Bilateralen I zeigen einen relativ grossen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität in der Schweiz von -4.9 BIP% bis ins Jahr 2035. Damit verbunden sind relativ grosse Einkommensverluste in der Schweiz im Umfang von rund CHF 1'900 pro Kopf im Jahr 2035. Durch die Verlagerung von Produktionsstandorten würde die Schweiz geschwächt und die EU würde profitieren. Aus einer rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise liegen die Bilateralen I stärker im Interesse der Schweiz als in jenem der EU.



(Quelle: Ecoplanstudie 2015, Seite 5)

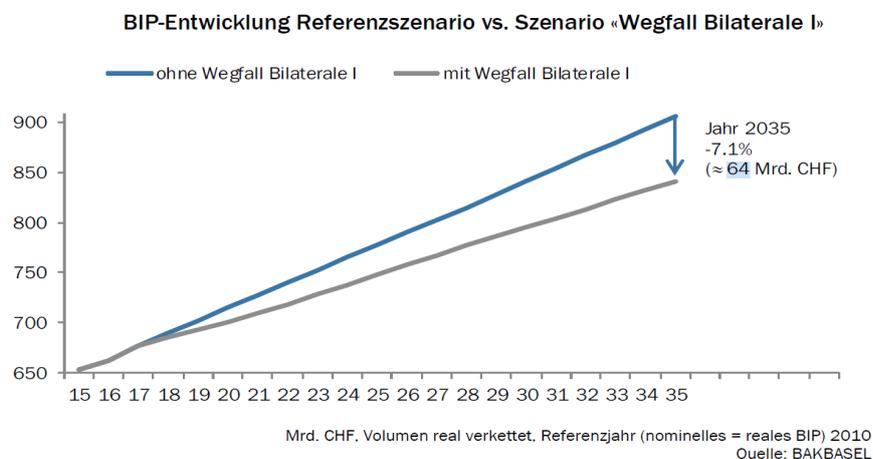
ZUR BEGRENZUNGS-INITIATIVE

Eine weitere Studie («Die mittel- und langfristigen Auswirkungen eines Wegfalls der Bilateralen I auf die Schweizerische Volkswirtschaft» - Studie im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft, SECO November 2015) schätzt gar das BIP der Schweiz ohne Bilaterale I im Jahr 2035 um 7.1 Prozent oder CHF 64 Milliarden tiefer als mit Beibehaltung der Bilateralen I. Betrachtet man die Effekte über den Gesamtzeitraum von 2018 bis 2035, so beträgt der kumulierte Verlust gemäss dieser Studie rund CHF 630 Milliarden. Dieser Betrag setzt sich gemäss der erwähnten Studie aus den errechneten Verlusten in den einzelnen bilateralen Verträgen zusammen.



(Quelle: BAKBASEL)

Obwohl sich mit dem Wegfall der Bilateralen I auch das Bevölkerungswachstum reduziert, liegt auch die pro Kopf gerechnete Leistung deutlich tiefer. Der Verlust an gesamtwirtschaftlicher Wohlfahrt im Jahr 2035 beläuft sich pro Kopf auf rund CHF 3'400. Kumuliert für die Jahre 2018-2035 werden pro Kopf rund CHF 36'000 weniger erwirtschaftet.

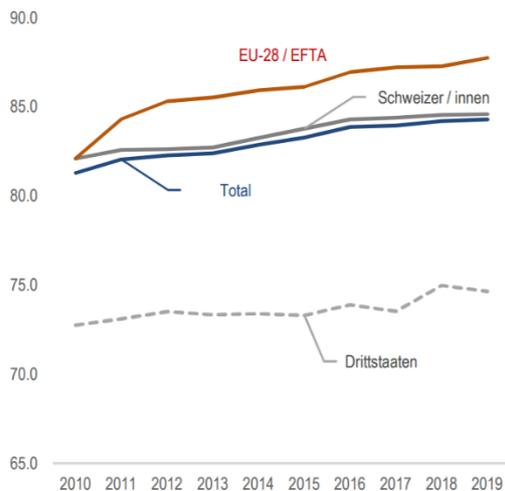


(Quelle: Bericht: Die mittel- und langfristigen Auswirkungen eines Wegfalls der Bilateralen I auf die Schweizerische Volkswirtschaft, Seite 21)

Gleichzeitig ist die Erwerbsquote seit 2010 kontinuierlich gestiegen. Auch die vier wichtigsten Herkunftsländer der EU Deutschland, Frankreich, Italien und Portugal weisen mit 87 bis 90% hohe Erwerbsquoten auf. Damit ist das Argument widerlegt, dass Ausländerinnen und Ausländer nur von den hohen Sozialleistungen profitieren würden.

Abb. 3.1: Entwicklung der Erwerbsquote, 2010-2019

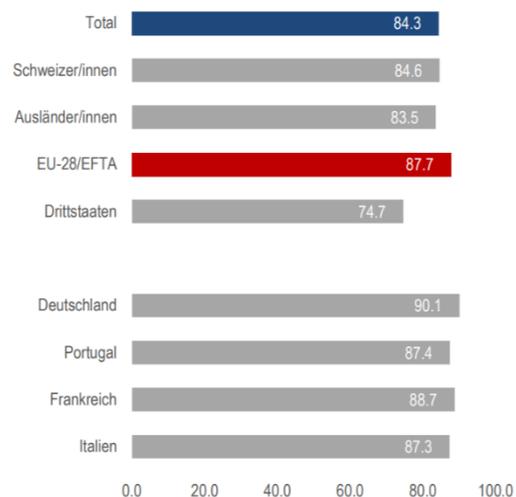
15-64jährige, ständige Wohnbevölkerung
Quelle : SAKE



(Quelle: 16. Observatoriumsbericht 2020, Seite 27)

Abb. 3.2: Erwerbsquote nach Nationalität, 2019

15-64-jährige, ständige Wohnbevölkerung
Quelle : SAKE



Insgesamt hat die Schweiz in den vergangenen Jahren seit voller Personenfreizügigkeit profitiert. Drei Trends werden den Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren beeinflussen:

1. Bis ca. 2030 werden mehr Arbeitskräfte den Arbeitsmarkt verlassen als neu dazukommen. Die Babyboomer werden pensioniert. Der Bedarf an Arbeitskräften wird in den kommenden Jahren nicht sinken. Die Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung wird dazu führen, dass der Mangel an Fachkräften steigen wird. Der gleiche Prozess wird auch in den EU/EFTA Staaten stattfinden, was zur Folge haben wird, dass der Fachkräftemangel in der Schweiz noch grösser wird. Daran ändert auch die Corona-Krise nichts. Zwar ist aufgrund des Lockdowns zwischen März und Mai 2020 mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Am grundsätzlichen Bedarf von Fachkräften ändert sich aber nicht viel. Im Gegenteil: In der Corona-Krise im Frühjahr 2020 sind Ärzte und medizinisches Fachpersonal stark gefordert gewesen. Es kam gar zu Notaufrufen, weil die Einsatzkräfte in den Spitälern an die Grenze der Leistungsfähigkeit kamen. Gerade die Corona-Krise hat im Gesundheitswesen gezeigt, wie wichtig Fachkräfte aus dem Ausland sind.

2. Seit 1. Juli 2018 gilt für die Umsetzung der MEI die Stellenmeldepflicht. Die Arbeitgeber werden in ihrer Freiheit eingeschränkt sein, Personal zu rekrutieren. Sie berücksichtigen künftig die Vorschläge der regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV. Im Zuge der Umsetzung der MEI wird die Ausschöpfung des Inländerpotentials zu einem wichtigen Ziel der Schweizer Arbeitsmarktpolitik.
3. Bedingt durch die Fachkräfteknappheit wird auch die Bedeutung von älteren und vor allem erfahrenen Arbeitskräften (u.a. 50plus) zunehmen.

5.2 Der internationale Handel schafft Arbeitsplatzsicherheit

Die internationale Vernetzung ist ein ganz zentraler Faktor im wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz. Jeden zweiten Franken verdient die Schweizer Wirtschaft im Ausland. Der internationale Handel schafft Wachstum und sichert die Arbeitsplätze in der Schweiz. Die Schaffung von Arbeitsplätzen führt zu Arbeitsplatzsicherheit. Die Schweiz hat weder viele Bodenschätze noch ist sie Standort für günstige Massenproduktion. Wissen, Erfindergeist und Innovation haben das Land nach dem Zweiten Weltkrieg gross gemacht.

Seit 2010 wurden rund 600'000 neue Stellen geschaffen. Dieses Stellenwachstum hat zu keiner Verschlechterung der Arbeitsbedingungen oder zur Diskriminierung einheimischer Arbeitskräfte geführt. Die durch die Personenfreizügigkeit bedingte Zuwanderung von Arbeitskräften aus der EU zog keine erhöhte Arbeitslosigkeit unter Schweizer Arbeitnehmenden nach sich. Im Gegenteil, die Erwerbsquote sowohl von inländischen wie von ausländischen Arbeitnehmenden hat zugenommen. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 haben sich auch die Löhne positiv entwickelt. Der durchschnittliche Reallohn hat in den vergangenen 17 Jahren durchschnittlich um 0,7 Prozent pro Jahr zugenommen. Zum Schutz der Erwerbstätigen vor missbräuchlichen Unterschreitungen der Schweizer Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden am 1. Juni 2004 die flankierenden Massnahmen (FlaM) eingeführt. Sie gewährleisten neben dem Lohnschutz gleiche Wettbewerbsbedingungen für inländische und ausländische Unternehmen. Ein Kontrollsystem stellt sicher, dass die FlaM auch wirklich durchgesetzt werden können.

Gerade für junge Leute sind Auslandsaufenthalte wichtig für die weitere Karriere. Dies gilt sowohl für die weiteren Möglichkeiten in Beruf aber auch in der Forschung und Ausbildung. Offene Grenzen ermöglichen Chancen für Arbeitnehmende in der Schweiz auf Jobs und Arbeitsmarkterfahrung in den EU-Staaten. Dazu gehört auch die Möglichkeit zur Teilnahme an Forschungsprojekten und am grenzüberschreitenden Austausch von Bildungsinstitutionen. Die Begrenzungsinitiative gefährdet die grundlegenden und unverzichtbaren Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Positionierung der Schweizer Akteure in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation in Europa. Ihre Annahme würde die Attraktivität der Schweizer Hochschulen als Arbeitgeberinnen und damit die Mobilität des akademischen Personals sowie der Studierenden einschränken.

Aber auch Schweizerinnen und Schweizer im Ausland profitieren von der Personenfreizügigkeit. Fast 800'000 Schweizerinnen und Schweizer wohnen im Ausland, über 60% davon in europäischen Ländern, allen voran Frankreich, Deutschland und Italien. Rund 500'000 Schweizerinnen und Schweizer arbeiten und leben in der EU und profitieren von der Personenfreizügigkeit. Eine Kündigung des Freizügigkeitsabkommens würde diese Personen direkt treffen, weil der garantierte Zugang zum Arbeitsmarkt wegfallen würde.

Die Corona-Krise hat gezeigt, welche Folgen geschlossene oder teilweise geschlossene Grenzen für den Schweizer Arbeitsmarkt haben können. Grenzüberschreitende Reisen sind für verschiedene Branchen und Unternehmen überlebensnotwendig, um den Verkauf und die Abnahme von Produkten sicherzustellen. Viele Firmen in der Schweiz haben trotz allem gut gefüllte Auftragsbücher und können weiterhin produzieren. Allerdings liegt das Problem darin, dass die Unternehmen wegen der Reise-Restriktionen die Maschinen und Produkte nicht aus dem Land kriegen. Im Gewerbe gibt es Branchen, die bis zu 80% ihrer Produkte ins Ausland exportieren. Wenn seitens der ausländischen Kunden keine Abnahme der Produkte erfolgen kann, kann auch nicht exportiert werden. Dies kann Arbeitsplätze in der Schweiz gefährden.

5.3 Ausschöpfung des Inländerpotentials und Sicherheit für Arbeitskräfte im Alter von 50plus

Die **Ausschöpfung des Inländerpotentials** heisst fokussieren auf Aus- und Weiterbildung und somit die optimale Wahrung und Förderung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die **Bedeutung von älteren Arbeitskräften** für die Schweizer Wirtschaft ist gross und wird noch zunehmen. Das beweist die hohe Arbeitspartizipation von "50plus" im Arbeitsmarkt. Ihre Erfahrungen sind für den Wissens- und Werkplatz Schweiz von hohem Wert. Die Alterung der Bevölkerung führt zu einem wachsenden Seniorenmarkt. Um diese Kundengruppe anzusprechen, sind ältere und erfahrenere Mitarbeitende zunehmend gesucht.

Ältere Arbeitnehmende und Stellensuchende werden dank eines umfassenden Pakets zur Förderung der Inländer unterstützt. Gegen die Annahme der Begrenzungsinitiative spricht das Massnahmenpaket zur Förderung des Inländerpotentials. Ältere Stellensuchende sollen durch verschiedene Massnahmen fit für die Ausübung des Jobs im Alter gemacht werden. Mit dem umfangreichen Paket zur Förderung des Inländerpotentials und zugunsten älterer Arbeitnehmender hat die Politik bereits Massnahmen getroffen.

Stellenmeldepflicht als wirksame Antwort auf die Zuwanderungsinitiative: Seit dem 1. Juli 2018 greift die Stellenmeldepflicht. Sie ist die Antwort auf die Zuwanderungsinitiative, die am 9. Februar 2014 von den Stimmberechtigten angenommen worden ist. Seit dem 1. Januar 2020 müssen offene Stellen in Berufen mit einer Arbeitslosigkeit von 5 % oder höher zuerst dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) gemeldet werden, bevor die personalsuchende Firma frühestens fünf Tage später die offene Stelle ausschreiben und besetzen darf. So soll beim RAV gemeldeten Stellensuchenden zu einem Informationsvorsprung verholfen werden. Der am 1. November 2019 erstmals publizierte Monitoringbericht des SECO hält fest, dass die Anzahl gemeldeter Stellen unmittelbar nach Inkrafttreten der Stellenmeldepflicht markant zugenommen hat und sich

– von saisonalen Einflüssen abgesehen – auf hohem Niveau stabilisiert hat. Der seit 2020 gültige Schwellenwert von 5% Arbeitslosigkeit wird ein Meldevolumen von rund 200'000 Stellen generieren. Die Ausschöpfung des Inländerpotentials wird zu einem wichtigen Ziel der Arbeitsmarktpolitik. Das nützt vor allem den Stellensuchenden »50plus«.

Abfederung für ältere Arbeitslose: Um die Lage der älteren Arbeitnehmenden abzufedern, will der Bundesrat mit gezielten Massnahmen (z.B. kostenlose Standortbestimmung, Potentialanalyse für über 40-jährige etc.) die Integration in den Arbeitsmarkt fördern. Das Parlament berät derzeit eine Vorlage zur Überbrückungsrente. Mit dem Bundesgesetz über Überbrückungsleistung (ÜL) will er die Situation von älteren, ausgesteuerten Arbeitslosen verbessern. Nach dem Erlöschen des Anspruchs auf Taggelder der Arbeitslosenversicherung soll eine ausgesteuerte Person ab 60 Jahren ÜL beziehen können. Ziel ist, die Zeit zwischen Aussteuerung und Pensionierung überbrücken zu können. Dabei gelten für Bezugsberechtigte gewisse Voraussetzungen. Damit die Überbrückungsleistung nicht zu einer Entlassungsrente wird, sind die potentiellen Fehlanreize gering zu halten. Der Kreis der bezugsberechtigten Personen ist enger zu fassen. Das Alter der Leistungsbezügerinnen und Leistungsbezüger soll auf 62 Jahre erhöht werden. ÜL beziehende Personen sind darüber hinaus zu verpflichten, sich auch weiterhin aktiv um eine Arbeitsstelle zu bemühen. Sie müssen beim RAV weiterhin angemeldet bleiben. Der Beschluss des Ständerates der Wintersession 2019, die Überbrückungsleistung ab Alter 60 nur bis zur Frühpensionierung auszurichten, bis der Vorbezug einer Altersrente möglich ist, ist als valable Alternative unterstützungswürdig.

5.4 Ein offener Arbeitsmarkt ist wichtiger Fachkräftepool für die KMU

Wichtiger Fachkräftepool für die Wirtschaft: Dank dem Freizügigkeitsabkommen sind Schweizer Unternehmen in der Lage, Fachkräfte, die im Inland nicht gefunden werden, in den EU/EFTA-Staaten zu rekrutieren. Die Personenfreizügigkeit ist für die Wirtschaft und für die Sicherung der Arbeitsplätze von zentraler Bedeutung ist. Sie ermöglicht den Unternehmen, flexibel und unbürokratisch auf einen Fachkräftepool in der EU zuzugreifen. Können infolge fehlender Personenfreizügigkeit bestimmte Branchen ihren Fachkräftebedarf aus den EU/EFTA-Länder nicht mehr decken, gefährdet das in diesen Branchen auch Arbeitsplätze von Inländern, wie z.B. in der Tourismus- und Gastronomiebranche.

Bis ca. 2030 werden mehr Arbeitskräfte den Arbeitsmarkt verlassen als neu dazukommen. Die Babyboomer werden pensioniert. Der Mangel an Fachkräften wird insbesondere bei Berufen mit Anforderung einer tertiären Schulbildung am stärksten zunehmen. Wegen zukünftigem Fachkräftemangel wird der europäische Fachkräftepool noch wichtiger. Im eigenen Interesse investieren die Arbeitgeber in die Ausbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Verursacht durch die Corona-Krise sind derzeit rund 37% der Arbeitnehmenden (ca. 1,9 Mio. Personen) in der Schweiz in Kurzarbeit und beziehen Kurzarbeitsentschädigung. Die Anzahl der neuen Gesuche flacht seit Mai

ab, was darauf schliessen lässt, dass jene Firmen, die besonders stark von der Corona-Krise und dem Lockdown betroffen sind, ihre Ansprüche angemeldet haben. Kurzarbeit ist vorübergehende Reduzierung oder vollständige Einstellung der Arbeit in einem Betrieb, wobei die arbeitsrechtliche Vertragsbeziehung aufrecht erhalten bleibt. Als Kurzarbeit gelten insbesondere auch Arbeitsausfälle, die auf behördliche Massnahmen oder andere, vom Arbeitgeber nicht zu beeinflussende Umstände zurückzuführen sind. Ziel ist der Erhalt der Arbeitsplätze. Mit der Erweiterung der Bezugsberechtigten auf Arbeitnehmende auf Abruf, Lernende uam. sollen zudem auch Lehrstellen oder Stellen im Arbeitsverleih gesichert werden. Mit der Ausrichtung von Erwerbsersatzentschädigung erhalten auch Inhaberinnen und Inhaber von Einzelfirmen, die direkt oder indirekt von der behördlichen Schliessung betroffen sind, eine Entschädigung. Ein Verlust von Arbeitsplätzen, verursacht durch die Corona-Krise, wird unvermeidbar sein. Allerdings wird kann der Kurzarbeitsentschädigung, der Ausweitung der Bezugsberechtigten und der Ausrichtung von Erwerbsersatzunterstützung die grösste Not gelindert werden können, was dazu führen dürfte, dass der Druck auf den Schweizer Arbeitsmarkt nicht unendlich gross werden wird.

5.5 Zuwanderung aus den EU-Ländern stützt Sozialwerke

Gegner der Personenfreizügigkeit führen das Argument ins Feld, dass Zuwanderer aus der EU die Sozialwerke belasten. Die Personenfreizügigkeit zwischen der EU und der Schweiz gilt nicht bedingungslos. Der freie Personenverkehr umfasst das Recht, in die Schweiz einzureisen, sich dort aufzuhalten, Zugang zu einer Beschäftigung zu suchen oder sich als Selbstständigerwerbenden niederzulassen.

Die Erwerbstätigkeit von mehr als drei Monaten untersteht der Bewilligungspflicht. Aufenthaltsbewilligungen werden ausgestellt, wenn ein Arbeitsvertrag vorliegt. Die Gültigkeitsdauer der Aufenthaltsbewilligungen richtet sich nach der Dauer des Arbeitsverhältnisses. Wer seinen Job verliert, hat eine Karenzfrist von einem halben Jahr, eine neue Tätigkeit zu finden. Das Freizügigkeitsabkommen gewährt auch Nichterwerbstätigen aus den EU-28/EFTA-Staaten (z.B. Rentnerinnen und Rentnern, Studierende uam.) ein Aufenthaltsrecht. Um in den Genuss dieses Aufenthaltsrechts zu kommen, müssen Nichterwerbstätige über genügend finanzielle Mittel und über einen Krankenversicherungsschutz verfügen. Eine voraussetzungslose Masseneinwanderung gibt es da-mit nicht. Arbeitslosengelder können in der Schweiz bezogen werden, wer innerhalb der letzten zwei Jahre während mindestens 12 Monaten gearbeitet und in die ALV einbezahlt hat. Gemäss dem 16. Observatoriumsbericht sind Ausländer/innen aus dem EU28/EFTA-Raum bei der ALV mit einem Anteil von 25 % an der Finanzierung gegenüber einem Bezugsanteil von 31,1 % Nettobezüger.

Auf das Umlageergebnis der 1. Säule wirkt sich die Zuwanderung hingegen positiv aus. Die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge stellen die Hauptfinanzierungsquelle der ersten Säule (AHV/IV/E0/EL) dar. 2019 deckten gemäss 16. Observatoriumsbericht Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge 64 % der Ausgaben dieses Systems. Der Rest wird hauptsächlich von der öffentlichen Hand mittels Steuern finanziert. Die AHV-

**ZUR BEGRENZUNGS-INITIATIVE**

Einkommensstatistik erlaubt eine genaue Nachverfolgung der Entwicklung des beitragspflichtigen Wirtschafts-substrats im entsprechenden Zeitraum. Das Wachstum der Lohnsummen hat sich in engem Zusammenhang mit den Konjunkturzyklen entwickelt. Während den Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs war das Wachstum der beitragspflichtigen Lohnsumme der ausländischen Versicherten deutlich höher als dasjenige der Lohnsumme der schweizerischen Versicherten. Mit der dynamischeren Entwicklung der Lohnsumme der ausländischen Staatsangehörigen hat sich auch ihr Anteil an der Finanzierung der 1. Säule erhöht. Der Anteil der schweizerischen Staatsangehörigen ist innert 10 Jahren (2006-2017) von 73,6 % auf 68,4 % gesunken. Dem gegenüber erhöhte sich der Anteil der EU28/EFTA-Staatsangehörigen von 20,5 % auf 26,5 %. Gleichzeitig beanspruchen Bürgerinnen und Bürger aus EU- und EFTA-Länder nur rund 15,8 % dieser Leistungen.

Die Sozialhilfequote von Staatsangehörigen der EU lag 2017 mit 3,0 % leicht unter dem Durchschnitt von 3,3 % aber über dem Wert von Schweizer/innen mit 2,3 %.

Die Sozialhilfequote von Staatsangehörigen der EU lag 2017 mit 3,0 % leicht unter dem Durchschnitt von 3,3 % aber über dem Wert von Schweizer/innen mit 2,3 %.

5.6 Flankierende Massnahmen (FlaM) tragen zum Lohnschutz bei

Argumente der Befürworter der Begrenzungsinitiative, die Zuwanderung würde allgemein die Löhne drücken, greifen nicht. Mit der Einführung der Personenfreizügigkeit wurden am 1. Juni 2004 zum Schutz der Erwerbstätigen vor missbräuchlichen Unterschreitungen der Schweizer Lohn- und Arbeitsbedingungen flankierende Massnahmen eingeführt. Sie sollen überdies gleiche Wettbewerbsbedingungen für inländische und ausländische Unternehmen gewährleisten und umfassen verschiedene Regelungen:

Mit dem Bundesgesetz über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Entsendegesetz) werden ausländische Arbeitgebende, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Schweiz entsenden, zur Einhaltung der schweizerischen minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen verpflichtet. Bei wiederholter missbräuchlicher Lohnunterbietung können Bestimmungen eines Gesamtarbeitsvertrages, die Mindestlöhne, Arbeitszeiten, paritätischen Vollzug und Sanktionen betreffen, erleichtert allgemeinverbindlich erklärt werden. Damit wird erreicht, dass alle in dieser Branche tätigen Betriebe die erleichtert allgemeinverbindlich erklärten Bestimmungen des Gesamtarbeitsvertrags einhalten müssen. In Branchen, in denen es keinen Gesamtarbeitsvertrag gibt, können bei wiederholter missbräuchlicher Lohnunterbietung Normalarbeitsverträge mit zwingenden Mindestlöhnen erlassen werden. Alle in der betroffenen Branche tätigen Betriebe sind anschliessend verpflichtet, diesen Mindestlohn einzuhalten. Die kantonalen tripartiten Kommissionen beobachten den Schweizer Arbeitsmarkt und können dazu in- und ausländische Betriebe kontrollieren. Stellen sie wiederholte missbräuchliche Unterbietungen der orts- und branchenüblichen Löhne fest, können sie den befristeten Erlass von Mindestlöhnen beantragen. In Branchen mit allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen kontrollieren die paritätischen Kommissionen in- und ausländische Betriebe auf die Einhaltung des Gesamtarbeitsvertrages hin. Die Erfahrungen mit dem Lohnschutz in den vergangenen 15 Jahren sind positiv. Die Kontrolldichte auf dem Arbeitsmarkt wurde erhöht und ermöglicht Verstösse gezielt dort zu bekämpfen, wo deren Risiken hoch sind.

5.7 Immer mehr Gesamtarbeitsverträge mit Mindestlöhnen

Auf Gesuch der vertragsschliessenden Verbände können die zuständigen Behörden im Bund und in den Kantonen Gesamtarbeitsverträge (GAV) allgemeinverbindlich erklären, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dazu erfüllt sind. Mit der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) wird der Geltungsbereich eines GAV ausgedehnt auf alle Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber der betreffenden Branche. Galt der Gesamtarbeitsvertrag in den 90er-Jahren noch als Auslaufmodell, erlebte er mit der Einführung der Personenfreizügigkeit eine Bedeutungszunahme. Die Zahl der Gesamtarbeitsverträge und der allgemeinverbindlich erklärten Gesamt-

arbeitsverträgen mit Mindestlöhnen stieg in den letzten Jahren. Heute bestehen in der Schweiz rund 600 Gesamtarbeitsverträge mit gegen zwei Millionen Beschäftigten, davon über 80% mit einem Mindestlohn.

5.8 Weitere Auswirkungen einer Kündigung des FZA

Über die Guillotineklausel ist das FZA mit den anderen sechs Abkommen der Bilateralen I verbunden. Fällt das FZA, ist davon auszugehen, dass die EU auch die anderen Abkommen als überfällig betrachten wird. Besonders harte Folgen hätte das für die KMU, wenn die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen wegfällt. Der administrative Aufwand für den Export in die EU würde zweifellos steigen. Die Produktevermarktung würde aufwendiger. Ähnliches gilt für das öffentliche Beschaffungswesen. Mit dem Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen erhalten KMU Zugang zu zusätzlichen Beschaffungsmärkten. Mit dem Wegfall des Landwirtschaftsabkommens gäbe es keine Erleichterung mehr mit dem Handel von Agrarprodukten. Gegenseitige Anerkennung von Produktvorschriften würden obsolet. Technischen Vorschriften könnten aberkannt werden.

5.9 Umweltbelastung

Die Sorge der Bevölkerung um die Umwelt wächst, wie das Bundesamt für Statistik Ende Januar 2020 mitgeteilt hat. Der Anteil der Bevölkerung, der die Umweltqualität in der Schweiz als sehr gut oder eher gut beurteilt, ist von 92% in den Jahren 2015 und 2011 auf 84% im Jahr 2019 zurückgegangen. Verkehrslärm, Luftverschmutzung und Strahlung werden zunehmend als störend empfunden. Über 50% der Bevölkerung schätzen den Verlust von Biodiversität, den Einsatz von Pestiziden und den Klimawandel als sehr gefährlich für Mensch und Umwelt ein.

Gegner der Personenfreizügigkeit argumentieren zunehmend mit einer steigenden Umweltbelastung. Global gesehen ist es aber bedeutungslos, wo jemand lebt bzw. seine CO₂-Bilanz verbessert. Die zunehmende CO₂-Belastung ist durch eine effizientere Ausnützung der bestehenden Energiespar- und produktionspotentiale und die Einführung und Anwendung neuer Technologien zu stabilisieren. In vielen Ländern ist der CO₂-Ausstoss pro Person viel grösser als in der Schweiz. Der Bundesrat hat bereits 2012 in seinem Bericht über die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung in die Schweiz, festgestellt, dass «neben dem durch die Zuwanderung ausgelösten Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum andere, wesentlich wichtigere Treiber für die Entwicklung des Energieverbrauchs gibt». Der Bundesrat stellt zudem fest, dass «die Zuwanderung kaum einen Einfluss auf die globalen Treibhausgasemissionen und damit auf die Klimaerwärmung hat. Es spielt keine Rolle, ob die Treibhausgase der Migranten im Herkunftsland oder in der Schweiz anfallen. Die Zuwanderung hat einzig einen Einfluss auf die nötigen Massnahmen zur Einhaltung der quantitativen klimapolitischen Ziele der Schweiz: Je höher die Zuwanderung, desto mehr Treibhausgase werden in der Schweiz ausgestossen, desto mehr Massnahmen müssen für die Einhaltung von absolut festgelegten Reduktionsverpflichtungszielen umgesetzt werden. Die Veränderung der Treibhausgase erfolgt jedoch nicht proportional zur Veränderung der

Bevölkerung. Die Veränderung ist deutlich unterproportional, d.h. ein Bevölkerungswachstum von 1% führt zu einer Zunahme der Treibhausgase von deutlich unter 1%. Andere Faktoren wie technische Entwicklung, Energiepreise, Wirtschaftswachstum und Klimapolitik beeinflussen die Treibhausgas-Emissionen wesentlich stärker als das Bevölkerungswachstum. Insbesondere haben die klima- und energiepolitischen Massnahmen einen sehr viel grösseren Einfluss auf die künftige Entwicklung der Treibhausgas-Emissionen.»

5.10 Keine Sündenbockpolitik

Als Argument für die Begrenzungsinitiative wird immer wieder der Dichtestress ins Feld geführt. Überfüllte Züge, Busse und der Stau auf den Strassen werden als Beispiele gebracht. Die Verkehrsinfrastruktur in der Schweiz ist in den vergangenen Jahren nicht in erster Linie wegen der Zuwanderung an Kapazitätsgrenzen gelangt, wie behauptet wird, sondern wegen des veränderten Mobilitätsverhaltens der ganzen Bevölkerung. Die Zunahme des Freizeitverkehrs ist vor allem auch ein Zeichen des Wohlstandes. Gegen die jährlich rund 25'000 Staustunden auf dem Nationalstrassennetz und gegen den punktuell überfüllten öffentlichen Verkehr helfen gezielte Kapazitätsausbauten, Fahrplanverdichtungen und eine generell effizientere Nutzung der Infrastruktur.

Auch die Kriminalität dient nicht als Argumentation für die Annahme der Begrenzungsinitiative. Zuwanderung sorgt nicht a priori für eine höhere Kriminalitätsrate. Die Zahl der registrierten Straftaten ist rückläufig. Die Zahl der Diebstähle hat sich in den letzten 10 Jahren halbiert.

Mit den Asylsuchenden für die Begrenzungsinitiative zu werben, ist schlichtweg irreführend. Die Begrenzungsinitiative fokussiert auf den freien Personenverkehr zwischen der Schweiz und den EU- bzw. EFTA-Staaten. Weder das Asylrecht noch die vom Bundesrat jährlich festgelegten Drittstaatenkontingente haben etwas mit dieser Diskussion zu tun.

Bern, 29. Juni 2020

Komitee «Kündigungsinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN»

Schwarztorstrasse 26

3007 Bern

www.begrenzung-nein.ch

**SIE KÖNNTEN IHR
GROSI PFLEGEN,
WIRD SIE ABER NICHT.**

27. SEPT. 2020

NEIN

Marta, polnische
Pflegefachfrau, darf in der
Schweiz nicht mehr arbeiten.

ZUR BEGRENZUNGS-INITIATIVE
BEGRENZUNG-NEIN.CH

Kurzargumentarium gegen die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

1. Forderungen der Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung»

Die «Initiative für eine massvolle Zuwanderung» verfolgt das Ziel, die Zuwanderung für die Schweiz eigenständig zu regeln und dazu namentlich die Personenfreizügigkeit mit den Ländern der Europäischen Union und der Europäischen Freihandelszone (EFTA) neu zu verhandeln bzw. bei fehlendem Resultat zu kündigen. Vergleichbare Vereinbarungen sollen verfassungsrechtlich verboten werden. Eine Annahme würde das Ende der bilateralen Abkommen mit der EU bedeuten, aber auch die EFTA-Mitgliedschaft der Schweiz müsste neu ausgehandelt werden.

Initiativtext

Der Wortlaut der Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» lautet.

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 121b Zuwanderung ohne Personenfreizügigkeit

- ¹ Die Schweiz regelt die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.
- ² Es dürfen keine neuen völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen und keine anderen neuen völkerrechtlichen Verpflichtungen eingegangen werden, welche ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewähren.
- ³ Bestehende völkerrechtliche Verträge und andere völkerrechtliche Verpflichtungen dürfen nicht im Widerspruch zu den Absätzen 1 und 2 angepasst oder erweitert werden.

Übergangsbestimmungen zu Art. 121 b (Zuwanderung ohne Personenfreizügigkeit)

- ¹ Auf dem Verhandlungsweg ist anzustreben, dass das Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit innerhalb von zwölf Monaten nach Annahme von Art. 121b durch Volk und Stände ausser Kraft ist.
- ² **Gelingt dies nicht, kündigt der Bundesrat das Abkommen nach Absatz 1 innert weiteren 30 Tagen.**

Bundesrat und Parlament beantragen die Begrenzungsinitiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Der Bundesrat hat am 15. Mai 2019 eine Reihe von Massnahmen beschlossen, um inländische Arbeitskräfte gezielt

27. SEPT. 2020



ZUR BEGRENZUNGS-INITIATIVE

zu unterstützen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Personenfreizügigkeit die inländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch künftig nicht verdrängt, sondern ergänzt.

2. Die Initianten und ihre Argumente für die Kündigung der Personenfreizügigkeit

Die Initianten der Begrenzungsinitiative stammen aus dem Umfeld der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und von der Aktion für eine unabhängige Schweiz (AUNS). Aus ihrer Sicht spricht für die Annahme der Begrenzungsinitiative, dass die Umsetzung der vom Souverän am 9. Februar 2014 angenommenen Masseneinwanderungsinitiative MEI nicht im Sinne der Initianten erfolgt sei. Sowohl die Initianten der MEI als auch die Initianten der Begrenzungsinitiative fordern eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung durch die Schweiz. Die Initianten wollen mit der Initiative das «Problem der unbegrenzten Einwanderung» endlich lösen. Die negativen Folgen dieser Entwicklung seien täglich zu spüren. Die Konkurrenz um den Arbeitsplatz steige, namentlich ältere Leute würden den Arbeitsplatz verlieren und durch junge Ausländer ersetzt, der Wohnraum werde knapper, die Mieten und Hauspreise teurer, die Landschaft verstädterte zusehends und die Infrastrukturen wie Strassen, Züge, Schulen usw. würden aus allen Nähten platzen. Die kulturellen Herausforderungen in Schulen und am Arbeitsmarkt seien vielerorts kaum zu bewältigen. Auch die Corona-Krise machen sich die Initiantinnen und Initianten zu eigen. Mit Verweis auf die drohende Massenarbeitslosigkeit kritisieren sie Bundesrat und Parlament, die die Grenzen wieder öffnen und die Personenfreizügigkeit mit der EU wieder installieren wollen. Für alle Arbeitslosen sei dies ein Schlag ins Gesicht. Bundesrat und Parlament hätten die Pflicht, zuerst für die eigene Bevölkerung zu schauen, statt umgehend wieder die EU-Masseneinwanderung in Gang zu setzen.

3. Schlüsselbotschaften und Argumente gegen die Initiative

Fast alle politischen Parteien und die Dachverbände der Wirtschaft ebenso wie die Gewerkschaften und weitere Organisationen engagieren sich gegen die Initiative. Die Schlüsselbotschaften des sgv sind:

Wohlstand durch Offenheit

1. Der internationale Handel schafft Wachstum und somit mehr Arbeitsplätze. Die Schaffung von Arbeitsplätzen führt zu Arbeitsplatzsicherheit.

Nein zur Begrenzungsinitiative: Der internationale Handel schafft Arbeitsplatzsicherheit.

2. Die Personenfreizügigkeit ist für die Wirtschaft und für die Sicherung der Arbeitsplätze von zentraler Bedeutung. Sie ermöglicht den Unternehmen, flexibel und unbürokratisch auf einen Fachkräftepool in der EU zurückzugreifen.

Nein zur Begrenzungsinitiative: Ein offener Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Fachkräftepool für die KMU.

3. Im Zuge der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative wird die Ausschöpfung des Inländerpotentials zu einem wichtigen Ziel der Schweizer Arbeitsmarktpolitik. Stellensuchende werden dank eines umfassenden Pakets zur Förderung der Inländer unterstützt. Aus- und Weiterbildung sind der Schlüssel für Chancen und Jobsicherheit.

Nein zur Begrenzungsinitiative: Ausschöpfung des Inländerpotentials heisst fokussieren auf Aus- und Weiterbildung zwecks optimaler Wahrung und Förderung der eigenen Arbeitsmarkt-Chancen.

Wohlstand durch Offenheit - bilateraler Weg als Erfolgsrezept

Die Schweiz verdient jeden zweiten Franken im Verkehr mit dem Ausland. In Europa ist es ihr gelungen, einen eigenständigen Weg zu gehen und mit der EU speziell auf Schweizer Bedürfnisse zugeschnittene Verträge (Bilaterale I) abzuschliessen. Die Schweiz braucht als kleines Land mitten in Europa gute und geregelte Beziehungen zur EU. Dank den bilateralen Verträgen ist die Schweizer Wirtschaft stark gewachsen. Die Abkommen haben in den vergangenen Jahren mehr Wohlstand gebracht. Da das Personenfreizügigkeitsabkommen mit den anderen sechs Verträgen der Bilateralen I (technische Handelshemmnisse, Landwirtschaftsabkommen, Landverkehrsabkommen, Luftverkehrsabkommen, öffentliches Beschaffungswesen und Forschungsabkommen) verknüpft ist, würde eine Annahme der Kündigungsinitiative zur Auflösung des ganzen Vertragspakets führen, woraus sich für Unternehmen in der Schweiz Nachteile beim Marktzugang zur EU ergeben können. Aus wirtschaftlicher Sicht ignoriert die Initiative ganz besonders die stark gewachsene Bedeutung grenzüberschreitender Wertschöpfungsketten. Schweizer KMU spielen eine wichtige Rolle als Zulieferer. Mit dem Wegfall der

Bilateralen I verlieren die Schweizer Unternehmen aber generell den direkten Zugang zum EU-Binnenmarkt und büssen auf diese Weise stark an Konkurrenzfähigkeit ein. Bereits heute sind die Margen in vielen Sektoren knapp. Der Wegfall der Bilateralen I hätte gravierende Folgen auf die Arbeitsplätze in der Schweiz, besonders bei exportorientierten KMU.

Die Personenfreizügigkeit hat zur Entspannung des Fachkräftemangels beigetragen. Für die Schweiz hat – bedingt durch die Personenfreizügigkeit – weder eine Verdrängung noch ein Lohndruck auf Arbeitskräfte mit niedriger Qualifikation stattgefunden. Die flankierenden Massnahmen (FlaM) haben Wirkung gezeigt. Würde hingegen das Freizügigkeitsabkommen (FZA) wegfallen wären die Folgen gravierend. Der Wegfall der Bilateralen I führt zu einer erheblichen Schwächung der Schweizer Wirtschaft und zu spürbaren Einkommenseinbußen bei der heimischen Bevölkerung. Eine Annahme der Begrenzungsinitiative hätte eine rückläufige Produktivität, einen Wohlstandsverlust und damit wohl auch eine höhere Arbeitslosigkeit zur Folge.

Nein zur Begrenzungsinitiative: Der internationale Handel schafft Arbeitsplatzsicherheit

Die internationale Vernetzung ist ein zentraler Faktor im wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz. Jeden zweiten Franken verdient die Schweizer Wirtschaft im Ausland. Der internationale Handel schafft Wachstum und sichert die Arbeitsplätze in der Schweiz. Seit 2010 wurden rund 600'000 neue Stellen geschaffen. Dieses Stellenwachstum hat zu keiner Verschlechterung der Arbeitsbedingungen oder zur Diskriminierung einheimischer Arbeitskräfte geführt. Die durch die Personenfreizügigkeit bedingte Zuwanderung von Arbeitskräften aus der EU zog keine erhöhte Arbeitslosigkeit unter Schweizer Arbeitnehmenden nach sich. Im Gegenteil, die Erwerbsquote sowohl von inländischen wie von ausländischen Arbeitnehmenden hat zugenommen. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 haben sich auch die Löhne positiv entwickelt. Der durchschnittliche Reallohn hat in den vergangenen 17 Jahren durchschnittlich um 0,7 Prozent pro Jahr zugenommen. Zum Schutz der Erwerbstätigen vor missbräuchlichen Unterschreitungen der Schweizer Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden am 1. Juni 2004 FlaM eingeführt. Sie gewährleisten neben dem Lohnschutz gleiche Wettbewerbsbedingungen für inländische und ausländische Unternehmen. Ein Kontrollsystem stellt sicher, dass die FlaM auch wirklich durchgesetzt werden können. Gerade für junge Leute sind Auslandsaufenthalte wichtig für die weitere Karriere. Aber auch fast 800'000 Schweizerinnen und Schweizer im Ausland profitieren von der Personenfreizügigkeit. Die Corona-Krise hat gezeigt, welche Folgen geschlossene oder teilweise geschlossene Grenzen für den Schweizer Arbeitsmarkt haben können. Grenzüberschreitende Reisen sind für verschiedene Branchen und Unternehmen überlebensnotwendig, um den Verkauf und die Abnahme von Produkten sicherzustellen.

Nein zur Begrenzungsinitiative: Ausschöpfung des Inländerpotentials und Sicherheit für Arbeitskräfte im Alter von 50plus

Die Ausschöpfung des Inländerpotentials heisst fokussieren auf Aus- und Weiterbildung und somit die optimale Wahrung und Förderung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Bedeutung von älteren Arbeitskräften für die

27. SEPT. 2020



ZUR BEGRENZUNGS-INITIATIVE

Schweizer Wirtschaft beweist die hohe Arbeitspartizipation von "50plus". Gegen die Annahme der Begrenzungsinitiative sprechen das Massnahmenpaket zur Förderung des Inländerpotentials und die am 1. Juli 2018 in Kraft gesetzte Stellenmeldepflicht. Sie ist die wirksame Antwort auf die Zuwanderungsinitiative.

Nein zur Begrenzungsinitiative: Ein offener Arbeitsmarkt ist wichtiger Fachkräftepool für die KMU

Dank dem Freizügigkeitsabkommen sind Schweizer Unternehmen in der Lage, Fachkräfte, die im Inland nicht gefunden werden, in den EU/EFTA-Staaten zu rekrutieren. Die Personenfreizügigkeit ist für die Wirtschaft und für die Sicherung der Arbeitsplätze von zentraler Bedeutung. Sie ermöglicht den Unternehmen, flexibel und unbürokratisch auf einen Fachkräftepool in der EU zurückzugreifen. Bis ca. 2030 werden mehr Arbeitskräfte den Arbeitsmarkt verlassen als neu dazukommen. Die Babyboomer werden pensioniert. Der Mangel an Fachkräften wird insbesondere bei Berufen mit Anforderung einer tertiären Schulbildung am stärksten zunehmen. Können infolge fehlender Personenfreizügigkeit bestimmte Branchen ihren Fachkräftebedarf aus den EU/EFTA-Ländern nicht mehr decken, gefährdet das in diesen Branchen auch Arbeitsplätze von Inländern, wie z.B. in der Tourismus- und Gastronomiebranche.

Nein zur Begrenzungsinitiative: Zuwanderung aus den EU-Ländern stützt Sozialwerke

Gegner der Personenfreizügigkeit führen das Argument ins Feld, dass Zuwanderer aus der EU die Sozialwerke belasten. Auf das Umlageergebnis der 1. Säule wirkt sich die Zuwanderung positiv aus. Die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge stellen die Hauptfinanzierungsquelle der ersten Säule (AHV/IV/EO/EL) dar. 2019 deckten gemäss 16. Observatoriumsbericht Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge 64 % der Ausgaben dieses Systems. Der Rest wird hauptsächlich von der öffentlichen Hand mittels Steuern finanziert. Die AHV-Einkommensstatistik erlaubt eine genaue Nachverfolgung der Entwicklung des beitragspflichtigen Wirtschaftssubstrats im entsprechenden Zeitraum.

Nein zur Begrenzungsinitiative: Flankierende Massnahmen (FlaM) tragen zum Lohnschutz bei

Argumente der Befürworter der Begrenzungsinitiative, die Zuwanderung würde allgemein die Löhne drücken, greifen nicht. Mit der Einführung der Personenfreizügigkeit wurden am 1. Juni 2004 zum Schutz der Erwerbstätigen vor missbräuchlichen Unterschreitungen der Schweizer Lohn- und Arbeitsbedingungen flankierende Massnahmen eingeführt. Sie sollen überdies gleiche Wettbewerbsbedingungen für inländische und ausländische Unternehmen gewährleisten.

Nein zur Begrenzungsinitiative: Weitere Auswirkungen einer Kündigung des FZA

Über die Guillotineklausel ist das FZA mit den anderen sechs Abkommen der Bilateralen I verbunden. Fällt das FZA, ist davon auszugehen, dass die EU auch die anderen Abkommen als überfällig betrachten wird. Besonders harte Folgen hätte das für die KMU, wenn die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen wegfällt. Der administrative Aufwand für den Export in die EU würde zweifellos steigen. Die Produktevermarktung würde aufwendiger. Ähnliches gilt für das öffentliche Beschaffungswesen. Mit dem Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen erhalten KMU Zugang zu zusätzlichen Beschaffungsmärkten. Mit dem Wegfall des Landwirtschaftsabkommens gäbe es keine Erleichterung mehr mit dem Handel von Agrarprodukten.

Gegenseitige Anerkennung von Produktvorschriften würden obsolet. Technischen Vorschriften könnten ab-erkannt werden.

Nein zur Begrenzungsinitiative: Umweltbelastung

Gegner der Personenfreizügigkeit argumentieren zunehmend mit einer steigenden Umweltbelastung. Global gesehen ist es aber bedeutungslos, wo jemand lebt bzw. seine CO₂-Bilanz verbessert. Die zunehmende CO₂-Belastung ist durch eine effizientere Ausnützung der bestehenden Energiespar- und produktionspotentiale und die Einführung und Anwendung neuer Technologien zu stabilisieren.

Nein zur Begrenzungsinitiative: Keine Sündenbockpolitik

Als Argument für die Begrenzungsinitiative wird immer wieder der Dichtestress ins Feld geführt. Überfüllte Züge, Busse und der Stau auf den Strassen werden als Beispiele gebracht. Die Verkehrsinfrastruktur in der Schweiz ist in den vergangenen Jahren nicht in erster Linie wegen der Zuwanderung an Kapazitätsgrenzen gelangt, wie behauptet wird, sondern wegen des veränderten Mobilitätsverhaltens der ganzen Bevölkerung. Die Zunahme des Freizeitverkehrs ist vor allem auch ein Zeichen des Wohlstandes. Gegen die jährlich rund 25'000 Staustunden auf dem Nationalstrassennetz und gegen den punktuell überfüllten öffentlichen Verkehr helfen gezielte Kapazitätsausbauten, Fahrplanverdichtungen und eine generell effizientere Nutzung der Infrastruktur.

Bern, 29. Juni 2020

Komitee «Kündigungsinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN»

Schwarztorstrasse 26

3007 Bern

www.begrenzung-nein.ch

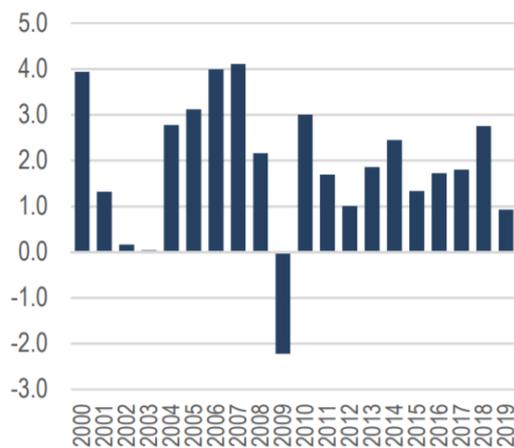


«Kündigungssinitiative – Arbeitsplätze vernichten NEIN»

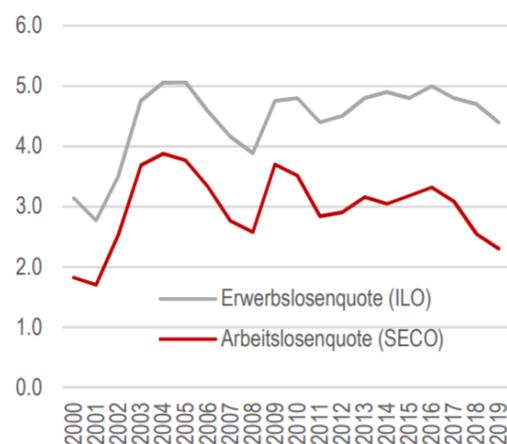
Fakten, Quellen und Argumente

- Gemäss dem 16. Observatoriumsbericht des SECO «Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf Arbeitsmarkt und Sozialversicherungen» vom Juni 2020 hat die Erwerbsquote für Schweizer/innen wie auch für EU-Staatsangehörige in den Jahren 2010 bis 2019 stetig zugenommen. Die Erwerbslosen- und Arbeitslosenquoten entwickelten sich auf unterschiedlichen Niveaus parallel zum Konjunkturverlauf. Die Personenfreizügigkeit hatte somit keine negativen Auswirkungen auf die Quoten.
- Die Arbeitslosenquote ist in den letzten 10 Jahren in der Schweiz kontinuierlich gesunken. Das starke reale BIP-Wachstum blieb erhalten.

BIP-Wachstum, real (in %)



Arbeitslosigkeit (in %)



(Quelle: 16. Observatoriumsbericht des SECO, 29. Juni 2020, Seite 17)

- In einer Studie hat die internationale Personalverwaltung Robert Walters 150 Unternehmen in der Schweiz zum Thema «Talent-Management in Zeiten des Fachkräftemangels» befragt. Sie hat ermittelt, dass sowohl kleine und mittelständische Unternehmen als auch Konzerne in hohem Masse vom Mangel an qualifizierten Kandidaten für vakante oder neu geschaffene Stellen betroffen sind. 68 Prozent aller befragten Arbeitgeber sehen sich in ihrer Personalbeschaffung vom Fachkräftemangel beeinflusst. 50 Prozent beklagen das Defizit an regional verfügbaren Kandidaten.

(Quelle: Talent-Management in Zeiten des Fachkräftemangels, Robert Walters)

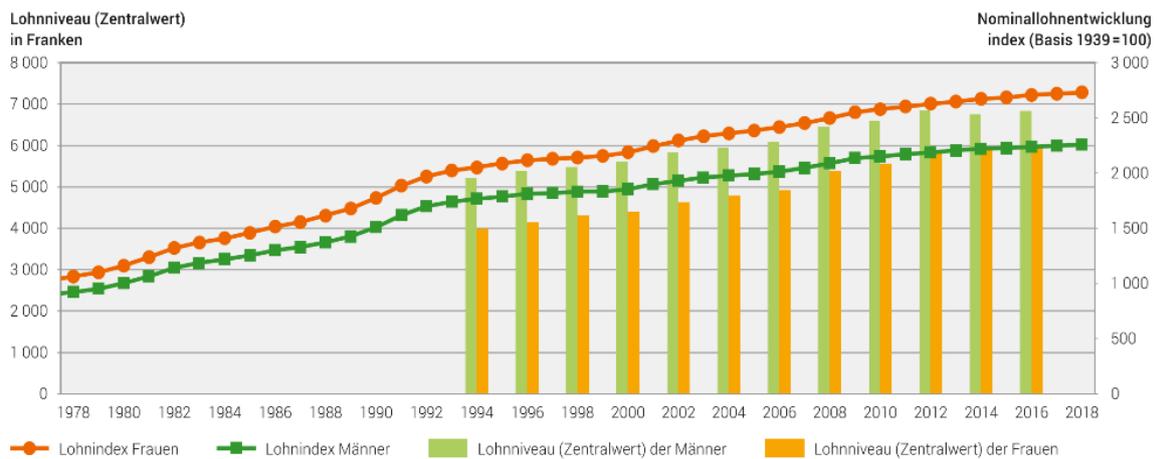
ZUR BEGRENZUNGS-INITIATIVE

- Erhebungen der Adecco Gruppe Schweiz zeigen, dass sich der Fachkräftemangel im Land zuspitzt. Gemäss dem Fachkräftemangel Index Schweiz hat der Fachkräftemangel 2019 im Vergleich zum Beginn der Messung 2016 gesamtschweizerisch um 22% zugenommen. Die seit drei Jahren zu beobachtende Entwicklung setzt sich also fort. Spitzenreiter im Fachkräftemangelranking sind Ingenieur- (z.B. Elektronikingenieure/-innen) und Technikberufe (z.B. Klimatechniker/-innen).

(Quelle: Fachkräftemangel Index Schweiz, Adecco Gruppe Schweiz)

- Die Personenfreizügigkeit hat zur Entspannung des Fachkräftemangels beigetragen. Die flankierenden Massnahmen FlaM haben Wirkung gezeigt. Es hat kein Lohndruck stattgefunden. Die Nominallöhne sind tendenziell steigend.

Nominallohnentwicklung und Lohnniveau nach Geschlecht



Quellen: BFS – Schweizerischer Lohnindex (SLI), Schweizerische Lohnstrukturerhebung (LSE)

© BFS 2019

(Quelle: BFS 2019 – Schweizerischer Lohnindex (SLI), Schweizerische Lohnstrukturerhebung (LSE))

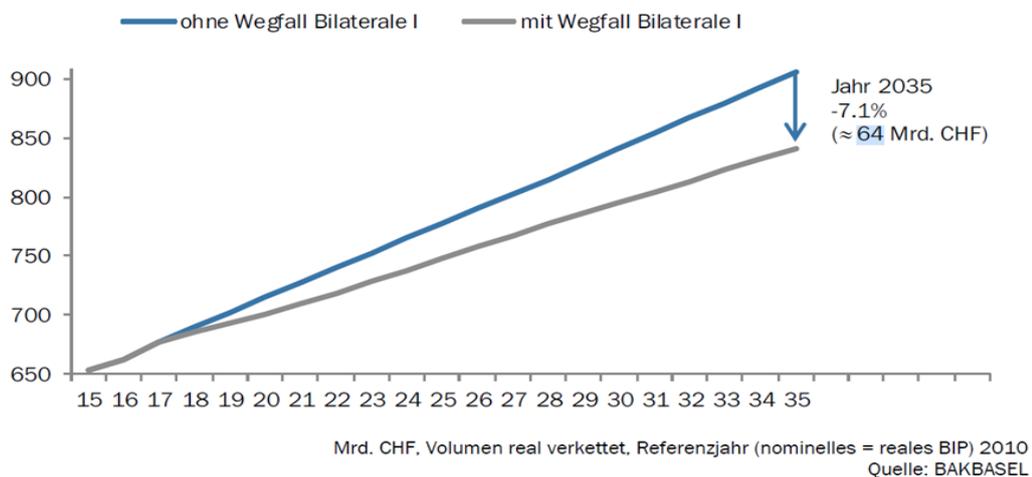
ZUR BEGRENZUNGS-INITIATIVE

- Der durchschnittliche Reallohn hat in den vergangenen 17 Jahren durchschnittlich um 0,7 Prozent pro Jahr zugenommen.

(Quelle: Observatoriumsbericht 2019 des SECO, Seite 28)

- Eine im Auftrag des SECO erstellte Studie aus dem Jahr 2015 schätzt den Verlust beim BIP im Falle einer Kündigung der Bilateralen I bis ins Jahr 2035 auf 7.1 Prozent oder CHF 64 Milliarden. Aus einer rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise liegen die Bilateralen I stärker im Interesse der Schweiz als in jenem der EU. Durch die Verlagerung von Produktionsstandorten würde die Schweiz geschwächt und die EU würde profitieren.

Abb. 4-1 BIP-Entwicklung Referenzszenario vs. Szenario «Wegfall Bilaterale I»



(Quelle: Bericht: Die mittel- und langfristigen Auswirkungen eines Wegfalls der Bilateralen I auf die Schweizerische Volkswirtschaft, Seite 21)

Unser Fazit: Wohlstand durch Offenheit

Der internationale Handel schafft Wachstum und somit mehr Arbeitsplätze. Die Schaffung von Arbeitsplätzen führt zu Arbeitsplatzsicherheit.

→ Der internationale Handel schafft Arbeitsplatzsicherheit.

Die Personenfreizügigkeit ist für die Wirtschaft und für die Sicherung der Arbeitsplätze von zentraler Bedeutung. Sie ermöglicht den Unternehmen und insbesondere den KMU, flexibel und unbürokratisch auf einen Fachkräftepool in der EU zurückzugreifen.

→ Ein offener Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Fachkräftepool für die KMU.

Im Zuge der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative wird die Ausschöpfung des Inländerpotentials zu einem wichtigen Ziel der Schweizer Arbeitsmarktpolitik. Stellensuchende werden dank eines umfassenden Pakets zur Förderung der Inländer unterstützt. Aus- und Weiterbildung sind der Schlüssel für Chancen und Job-sicherheit.

Ausschöpfung des Inländerpotentials heisst fokussieren auf Aus- und Weiterbildung und somit die zwecks optimaler Wahrung und Förderung der eigenen Arbeitsmarkt-Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

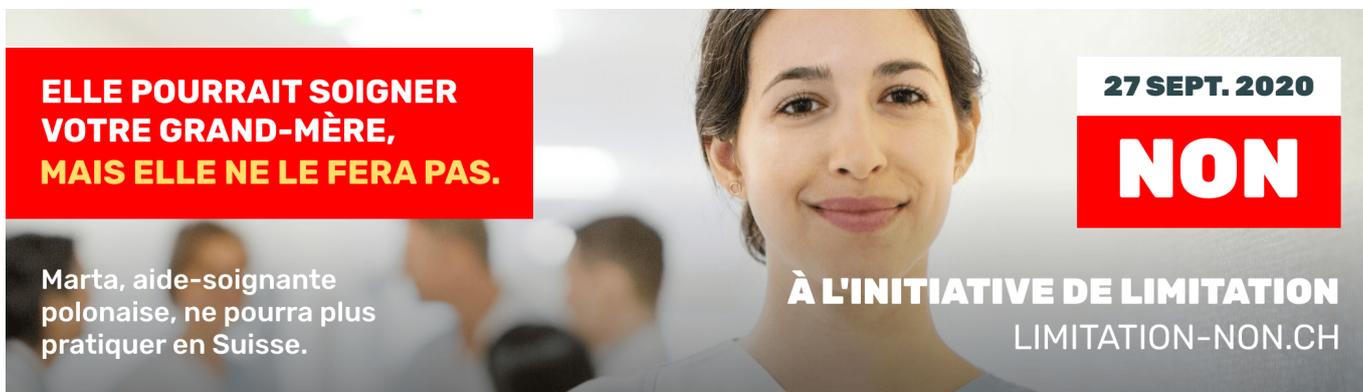
Bern, 29. Juni 2020

Komitee «Kündigungsinitiative – Arbeitsplätze vernichten Nein»

Schwarztorstrasse 26

3007 Bern

www.begrenzung-nein.ch



Argumentaire contre l'initiative populaire fédérale « Pour une immigration modérée (initiative de limitation) »

1. Contexte politique

L'initiative « pour une immigration modérée » vise à réguler de manière autonome l'immigration des étrangers en Suisse et donc à renégocier la libre circulation des personnes avec les pays de l'Union européenne (UE) et de l'Association européenne de libre-échange (AELE) ou à y mettre fin si aucun résultat n'est obtenu. Elle prévoit en outre que les accords comparables soient interdits par la Constitution. Son acceptation signifierait la fin des accords bilatéraux avec l'UE et impliquerait également la renégociation des conditions d'adhésion de la Suisse à l'AELE.

L'initiative doit être évaluée dans **le contexte de diverses questions d'actualité** et est directement ou indirectement liée aux considérations suivantes :

Avec le **train de mesures visant à promouvoir l'exploitation du potentiel de main-d'œuvre indigène et des travailleurs d'un certain âge**, adopté le 15 mai 2019, le Conseil fédéral entend d'une part renforcer la libre circulation des personnes et, d'autre part, rallier les partenaires sociaux à sa cause. Sept mesures sont prévues :

1. renforcement du préapprentissage d'intégration (PAI) et son ouverture aux personnes de l'UE/AELE et d'États tiers en dehors du domaine de l'asile (programme pilote) ;
2. accès durable au premier marché du travail assuré, grâce à un soutien financier (programme pilote), aux réfugiés et aux personnes admises à titre provisoire difficiles à placer ;
3. analyse de la situation, évaluation du potentiel, orientation de carrière : offre gratuite pour les adultes de plus de 40 ans ; analyse de la situation, évaluation du potentiel, orientation de carrière : offre gratuite pour les adultes de plus de 40 ans ;
4. certification professionnelle pour adultes : prise en compte des acquis ;
5. mesures supplémentaires relatives à l'intégration au marché du travail pour les demandeurs d'emploi difficiles à placer (programme d'impulsion) ;
6. accès aux mesures de formation et d'emploi facilité pour les personnes en fin de droits âgées de plus de 60 ans (art. 59d LACI) et
7. prestation transitoire pour chômeurs de plus de 60 ans en fin de droit (Objet 19.051).

NON**À L'INITIATIVE DE LIMITATION**

À l'exception de la **prestation transitoire**, les propositions du Conseil fédéral peuvent être soutenues sans réserve à condition qu'elles n'impliquent ni nouveaux coûts ni nouvelles obligations pour les employeurs. En ce qui concerne la prestation transitoire, des mesures doivent être prises pour éviter l'apparition d'effets pervers.

Dans le contexte de l'initiative de limitation, l'accord-cadre institutionnel doit également être évalué. L'objectif du Conseil fédéral est de parvenir à un accès étendu au marché intérieur de l'UE et à une coopération avec l'UE dans des domaines d'intérêt choisis, tout en préservant la plus grande indépendance politique possible. Jusqu'à présent, la voie bilatérale a fait ses preuves en tant qu'approche politique européenne pour la Suisse. Pour des raisons de politique économique, les accords bilatéraux avec l'UE ont jusqu'ici toujours mérité d'être soutenus et le méritent encore. L'accord institutionnel a pour objectif d'asseoir, de renforcer et d'approfondir l'approche bilatérale et l'accès au marché intérieur de l'UE.

Le Comité PME « NON à l'initiative de résiliation – NON à la destruction des emplois » soutient donc un accord institutionnel avec l'UE visant à pérenniser le développement des accords bilatéraux avec l'UE. Un tel accord améliorerait en effet la sécurité juridique et la visibilité des entreprises et leur garantirait l'accès au marché de l'UE. Le comité partage les vues du Conseil fédéral et émet des réserves sur la version publiée en décembre 2018.

Concernant les mesures d'accompagnement (FlaM), certaines concessions sont envisageables dans le sens d'un assouplissement, par exemple en acceptant un raccourcissement du délai d'annonce de 8 jours actuellement. La protection des salaires ne doit toutefois pas être remise en cause. Il convient de rejeter un renforcement des mesures d'accompagnement, tout comme l'adoption partielle ou totale de la directive relative au droit des citoyens de l'Union, car cela générerait de nouveaux droits à l'aide sociale pour les citoyens de l'UE en Suisse, compliquerait leur expulsion éventuelle et leur permettrait d'obtenir plus rapidement un permis de séjour permanent. La conclusion de l'accord institutionnel revient en définitive à peser les coûts et les avantages.

NON**À L'INITIATIVE DE LIMITATION**

2. L'initiative

L'initiative populaire « Pour une immigration modérée (initiative de limitation) » a été déposée le 31 août 2018, sous la forme d'un projet rédigé de toutes pièces et munie de 116 139 signatures valables. Elle demande que l'immigration des étrangers en Suisse soit réglée de manière autonome sans libre circulation des personnes. Elle exige du Conseil fédéral qu'il dénonce l'accord sur la libre circulation des personnes conclu avec l'UE dans le cas où la Suisse ne parviendrait pas à mettre fin à cet accord par la voie de la négociation dans le délai d'un an.

Texte de l'initiative

L'initiative populaire « Pour une immigration modérée (initiative de limitation) » a la teneur suivante :

La Constitution est modifiée comme suit :

Art. 121b Immigration sans libre circulation des personnes

¹ La Suisse règle de manière autonome l'immigration des étrangers.

² Aucun nouveau traité international ne sera conclu et aucune autre nouvelle obligation de droit international ne sera contractée qui accorderaient un régime de libre circulation des personnes à des ressortissants étrangers.

³ Les traités internationaux et les autres obligations de droit international existants ne pourront pas être modifiés ni étendus de manière contraire aux al. 1 et 2.

Dispositions transitoires ad art. 121b (Immigration sans libre circulation des personnes)

¹ Des négociations seront menées afin que l'Accord du 21 juin 1999 entre la Confédération suisse d'une part, et la Communauté européenne et ses États membres, d'autre part, sur la libre circulation des personnes cesse d'être en vigueur dans les douze mois qui suivent l'acceptation de l'art. 121b par le peuple et les cantons.

² **Si cet objectif n'est pas atteint, le Conseil fédéral dénonce l'accord visé à l'al. 1 dans un délai supplémentaire de 30 jours.**

NON

À L'INITIATIVE DE LIMITATION

Le Conseil fédéral et l'Assemblée fédérale recommandent au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative de limitation, sans contre-projet.

Le Conseil fédéral reconnaît cependant que l'immigration n'est pas sans poser un certain nombre de difficultés. Le 15 mai 2019, il a donc adopté une série de mesures complémentaires pour soutenir et encourager de manière ciblée les travailleurs en Suisse et garantir que la libre circulation des personnes continue de ne pas supplanter la main-d'œuvre en Suisse, mais de la compléter là où il le faut. Au nombre de ces mesures figure notamment l'introduction d'une prestation transitoire (19.051) visant à atténuer certains effets sociaux en faveur des travailleurs d'un certain âge et de condition économique modeste arrivés en fin de droits. Le projet est actuellement traité par le Parlement.

3. Les auteurs de l'initiative et leurs arguments pour mettre fin à la libre circulation des personnes

Les auteurs de l'initiative de limitation sont issus de la mouvance de l'Union démocratique du centre (UDC) et de l'Action pour une Suisse indépendante et neutre (ASIN). De leur point de vue, le fait que l'initiative « contre l'immigration de masse », approuvée par le souverain le 9 février 2014, n'ait pas été mise en œuvre dans l'esprit de ses auteurs parle en faveur de l'adoption de l'initiative de limitation. Les auteurs de l'initiative « contre l'immigration de masse » comme les auteurs de l'initiative de limitation appellent à une gestion autonome de l'immigration par la Suisse.

Pour les partisans de l'initiative, l'introduction de la libre circulation des personnes avec l'UE en 2007 a entraîné une immigration incontrôlée et excessive vers la Suisse. L'immigration nette en Suisse se situe entre 60 000 et 80 000 personnes par an – avec une tendance actuelle à la baisse.

Les auteurs de l'initiative veulent enfin résoudre le « problème de l'immigration illimitée ». Selon eux, l'immigration incontrôlée – avec toutes les conséquences négatives qu'elle entraîne pour la Suisse – se poursuit sans relâche. Les effets pervers de ce phénomène se font sentir quotidiennement : la concurrence sur le marché du travail augmente ; les travailleurs plus âgés perdent leur emploi et sont remplacés par de jeunes étrangers ; les logements se raréfient ; les loyers et les prix immobiliers explosent ; les paysages sont de plus en plus bétonnés et les infrastructures comme les routes, les trains et les écoles notamment, sont bondées. Cette immigration massive provoque des problèmes culturels souvent insolubles dans les écoles, sur le marché du travail et dans l'aide sociale. Près de la moitié des bénéficiaires de l'aide sociale sont des étrangers et les coûts des dépenses sociales pèsent de plus en plus lourdement sur les communes.

Les auteurs de l'initiative exigent par conséquent une gestion autonome de l'immigration. Estimant que le Conseil fédéral et le Parlement ont refusé d'appliquer l'initiative contre l'immigration de masse, ils considèrent que l'initiative de limitation s'impose pour mettre fin à la libre circulation des personnes. L'initiative exclut d'emblée un droit contractuel à la libre circulation des personnes. La Constitution fédérale doit interdire à la Confédération de conclure de nouveaux traités et de prendre de nouveaux engagements de droit international qui donnent aux ressortissants étrangers le droit de séjourner, d'exercer une activité lucrative ou de produire des prestations de service sur le territoire suisse ou qui assurent aux étrangers les mêmes conditions de vie, de travail et d'occupation qu'aux nationaux.

Les initiants se servent également de la crise du Covid-19 pour faire avancer leur cause. Évoquant la menace d'un chômage de masse, ils critiquent le Conseil fédéral et le Parlement, qui veulent rouvrir les frontières et rétablir la libre circulation des personnes entre l'UE et la Suisse. Une telle mesure constitue selon eux un affront à tous les chômeurs. Plutôt que de faire de la relance de l'immigration de masse en provenance de l'UE une priorité, le Conseil fédéral et le Parlement seraient mieux inspirés de s'occuper de leur propre population.

NON

À L'INITIATIVE DE LIMITATION

En cas d'adoption de l'initiative, le Conseil fédéral sera chargé d'obtenir par la voie de la négociation que l'accord de libre circulation des personnes avec l'UE soit abrogé au plus tard douze mois après l'acceptation de l'initiative. Si cela n'est pas possible, il devra résilier l'accord de libre circulation des personnes dans les 30 jours. L'immigration devra ensuite être réglementée conformément aux besoins de l'économie et de la population. Elle restera possible pour les spécialistes hautement qualifiés (médecins, ingénieurs, chimistes ou informaticiens, par exemple). Il en ira de même pour les personnes qui occupent des postes vacants ne pouvant être pourvus par manque de nationaux qualifiés. Si un étranger perd son emploi, il devra également quitter la Suisse.

4. Les opposants à l'initiative et leurs messages clés

4.1 Recommandations de vote

Le PBD, le PDC, le PEV, le PLR, Les VERTS, le Parti vert'libéral et le PS s'opposent à cette initiative. Les organisations faïtières de l'économie, l'Union suisse des arts et métiers usam, economiesuisse, l'Union patronale suisse ainsi que les syndicats et autres organisations rassemblés au sein de L'alliance « Pour une Suisse ouverte+souveraine » (<https://www.europapolitik.ch/fr>) s'y opposent également.

4.2 Messages clés

L'initiative contre l'immigration de masse a été adoptée le 9 février 2014, principalement parce que les travailleurs de plus de 55 ans l'ont acceptée par crainte de perdre leur emploi. Ces craintes doivent être prises au sérieux. L'initiative de limitation ne protège pourtant ni le marché du travail ni les emplois. Au contraire : elle constitue une menace pour la prospérité, laquelle ne peut être préservée et élargie que par l'ouverture. Les travailleurs âgés de 20 à 50 ans sont pour leur part sensibles aux opportunités et aux perspectives qu'offre une Suisse ouverte sur l'extérieur. Ils considèrent que la coopération avec les États de l'UE est un gage de prospérité.

La prospérité par l'ouverture

1. Le commerce international crée de la croissance et donc plus d'emplois. La création d'emplois procure la sécurité de l'emploi.
Message clé : le commerce international crée la sécurité de l'emploi.
2. La libre circulation des personnes est d'une importance cruciale pour l'économie et la sécurité de l'emploi. Elle permet aux entreprises, et aux PME en particulier, d'accéder à un réservoir de travailleurs qualifiés dans l'UE, de manière souple et non bureaucratique.
Message clé : un marché du travail ouvert constitue un important réservoir de travailleurs qualifiés pour les PME.
3. Dans le cadre de la mise en œuvre de l'initiative contre l'immigration de masse, l'exploitation du potentiel indigène est un objectif important de la politique suisse du marché du travail. Les demandeurs d'emploi sont soutenus par des mesures visant à renforcer l'encouragement du potentiel de main-d'œuvre en Suisse. La formation professionnelle et la formation continue sont les clés des perspectives et de la sécurité de l'emploi.

27 SEPT. 2020

NON

À L'INITIATIVE DE LIMITATION

Message clé : exploiter le potentiel indigène consiste à mettre l'accent sur la formation et la formation continue dans le but de garantir et de promouvoir de manière optimale les chances de chacun sur le marché de l'emploi.

5. Arguments contre l'initiative

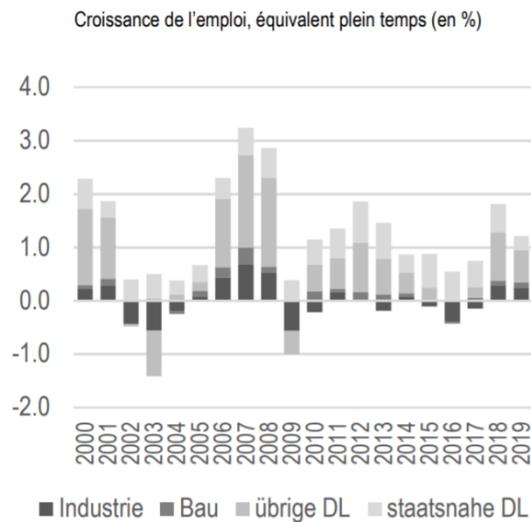
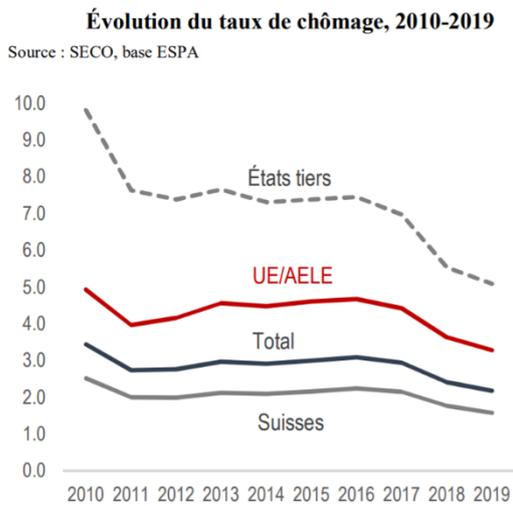
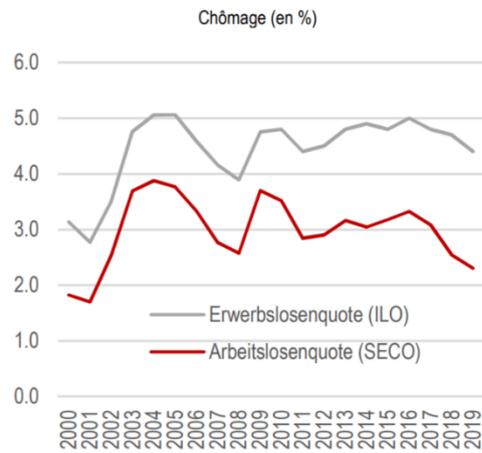
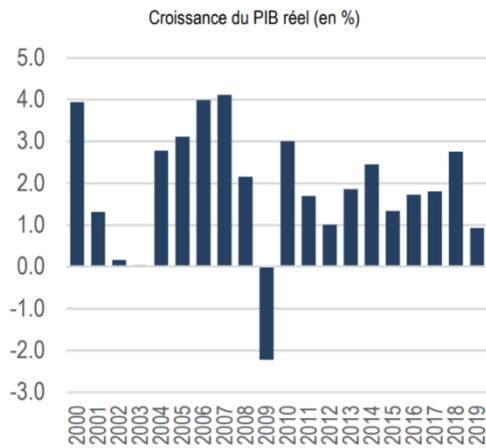
5.1 La prospérité par l'ouverture – l'approche bilatérale comme recette du succès

La Suisse tire la moitié de sa richesse de ses échanges avec l'étranger. En Europe, elle est parvenue à suivre sa propre voie et à conclure avec l'UE des accords spécialement adaptés à ses besoins (accords bilatéraux I). En tant que petit pays au cœur de l'Europe, la Suisse doit pouvoir entretenir de bonnes relations avec l'UE. Ces dernières années, les accords bilatéraux ont apporté plus de croissance et une plus grande prospérité à l'économie suisse. Comme l'accord sur la libre circulation des personnes est lié aux six autres accords bilatéraux I (accord sur les entraves techniques au commerce, accord sur l'agriculture, accord sur les transports terrestres, accord sur le transport aérien, accord sur les marchés publics et accord sur la recherche), l'acceptation de l'initiative de limitation entraînerait la résiliation de l'ensemble des accords, laquelle aurait des conséquences dommageables pour les entreprises suisses en termes d'accès au marché de l'UE. D'un point de vue économique, l'initiative ignore en particulier l'importance considérablement accrue des chaînes transfrontalières de création de valeur. Les PME suisses sont championnes à l'exportation. Avec la résiliation des accords bilatéraux I, les entreprises suisses perdraient leur accès direct au marché intérieur de l'UE et, avec lui, une bonne partie de leur compétitivité. Aujourd'hui, les marges sont déjà étroites dans de nombreux secteurs. La résiliation des accords bilatéraux I aurait de graves conséquences pour l'emploi en Suisse, en particulier au sein des PME orientées vers l'exportation.

Au cours des dernières années, l'ouverture du marché du travail suisse aux pays de l'UE et de l'AELE a permis à l'économie suisse de croître à un rythme supérieur à la moyenne. C'est ce qu'indique le rapport du Secrétariat d'État à l'économie (SECO) publié en 2019. L'économie domestique a été fortement stimulée. Selon le 16^e rapport de l'Observatoire du SECO « Répercussions de la libre circulation des personnes sur le marché du travail et les assurances sociales » du 29 juin 2020, une analyse des taux d'activité, de chômage et d'actifs sans emploi indique que le taux d'activité des Suisses et des ressortissants de l'UE n'a cessé de progresser entre 2010 et 2019, tandis que le taux de chômage et le taux d'actifs sans emploi évoluaient parallèlement à l'évolution conjoncturelle, quoiqu'à des niveaux différents. Au cours des dernières années, le potentiel de main d'œuvre des ressortissants indigènes et étrangers a pu être exploité de mieux en mieux dans les trois régions linguistiques. Aucun élément n'indique que l'immigration aurait évincé la population indigène du marché du travail. Au cours des dix dernières années, le taux de chômage n'a cessé de diminuer, tandis que la croissance du PIB réel a enregistré une légère accélération.



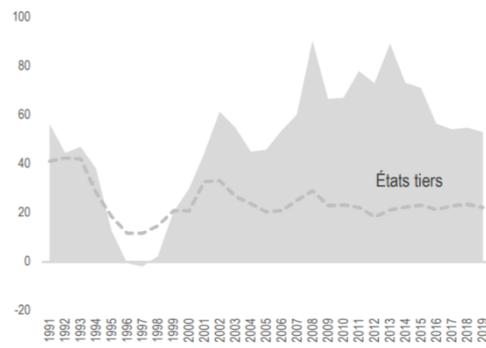
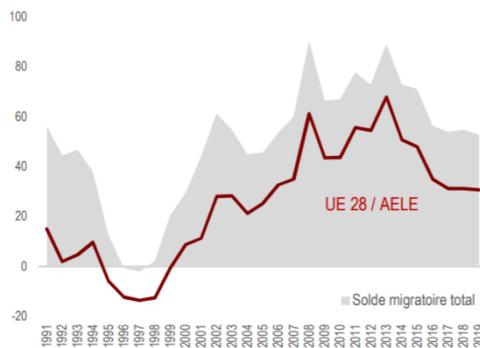
À L'INITIATIVE DE LIMITATION



Évolution du solde migratoire par rapport à l'UE/AELE et aux États tiers, 1991-2019

Population résidente permanente et non permanente, en milliers

Source : SYMIC



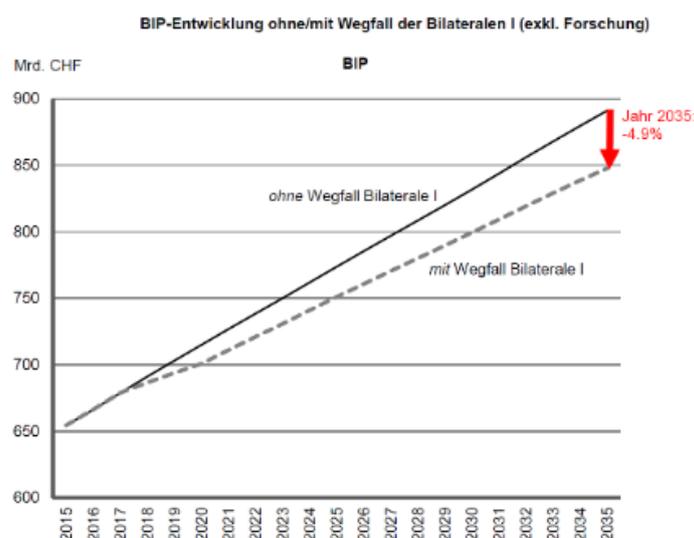
Le taux de chômage a baissé malgré l'immigration.

(Source : Seizième rapport de l'Observatoire du SECO, 29 juin 2020, p. 17 ss)

L'évolution conjoncturelle exerce une influence sur l'immigration en provenance des pays de l'UE et de l'AELE. Compte tenu du resserrement du marché du travail, les excédents migratoires ont fortement rétréci à partir de 2013. Cette année-là, 68 000 ressortissants nets de l'UE-28/AELE avaient rejoint la Suisse. En 2018, le solde migratoire par rapport à l'UE-28/AELE ne s'élevait plus qu'à 31 250 personnes, soit un niveau réduit de plus de 50 % ; en 2019, il atteignait 30 700 personnes. Selon le rapport de l'Observatoire, l'immigration en provenance des États tiers dépend beaucoup moins de la situation conjoncturelle et reste donc plus stable.

La libre circulation des personnes a contribué à atténuer la pénurie de travailleurs qualifiés. En Suisse, elle n'a pas entraîné d'éviction ni de pression salariale sur les travailleurs peu qualifiés. Les mesures d'accompagnement (FlaM) ont prouvé leur efficacité. Depuis plusieurs années, en raison de la bonne situation économique, le nombre de demandeurs d'emploi est resté stable à un faible niveau, voire a diminué. Les salaires nominaux tendent à augmenter.

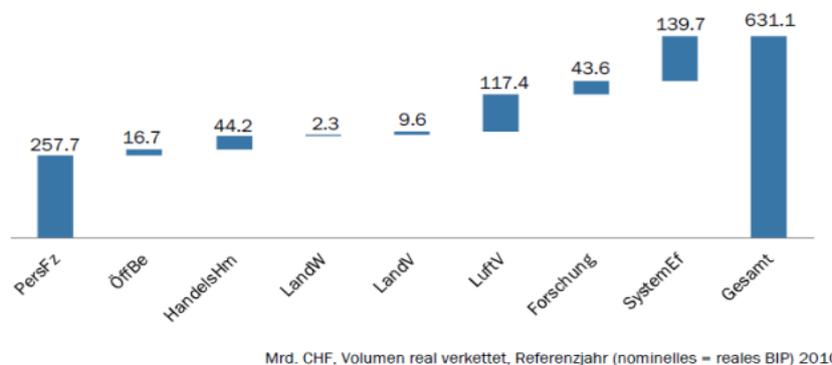
La résiliation de l'accord sur la libre circulation des personnes (ALCP) aurait en revanche de graves conséquences. La résiliation des accords bilatéraux I entraînerait un affaiblissement considérable de l'économie suisse et des pertes de revenus notables pour la population suisse. L'adoption de l'initiative de limitation se traduirait par une baisse de la productivité et donc probablement aussi par une hausse du chômage. Les modélisations des effets de la résiliation des accords bilatéraux I indiquent un déclin relativement important de l'activité économique en Suisse de -4,9 % du PIB d'ici 2035 avec, à la clé, des pertes de revenus de l'ordre de 1900 francs par habitant. La délocalisation des sites de production affaiblirait la Suisse et profiterait à l'UE. D'un point de vue purement économique, les accords bilatéraux I servent davantage les intérêts de la Suisse que ceux de l'UE.



(Source : Étude Ecoplan 2015, page 5 (N'existe qu'en allemand))

Une autre étude commandée par le Secrétariat d'État à l'économie (Die mittel- und langfristigen Auswirkungen eines Wegfalls der Bilateralen I auf die Schweizerische Volkswirtschaft – SECO novembre 2015, n'existe qu'en allemand) estime même qu'en cas de résiliation des accords bilatéraux I, en 2035, le PIB suisse serait inférieur de 7,1 % ou de 64 milliards de francs à celui qui serait réalisé s'ils étaient maintenus. Si l'on considère les effets sur l'ensemble de la période de 2018 à 2035, la perte cumulée s'élèverait, selon cette étude, à 630 milliards de francs environ (pertes calculées pour les différents accords bilatéraux).

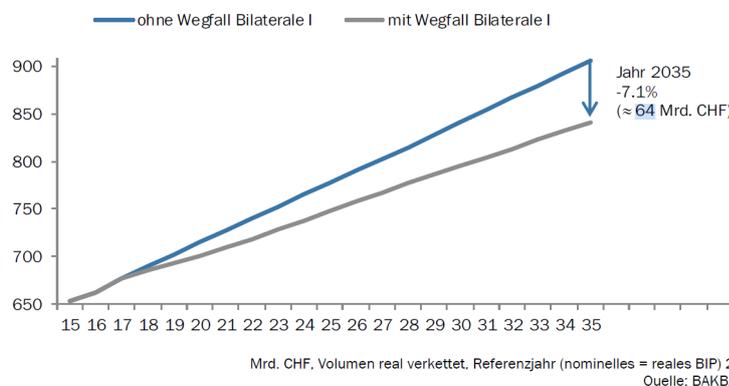
Beitrag Einzelabkommen zum kumulierten BIP-Verlust über den Zeitraum 2018-2035, in Mrd CHF



(Source : BAKBASEL (N'existe qu'en allemand))

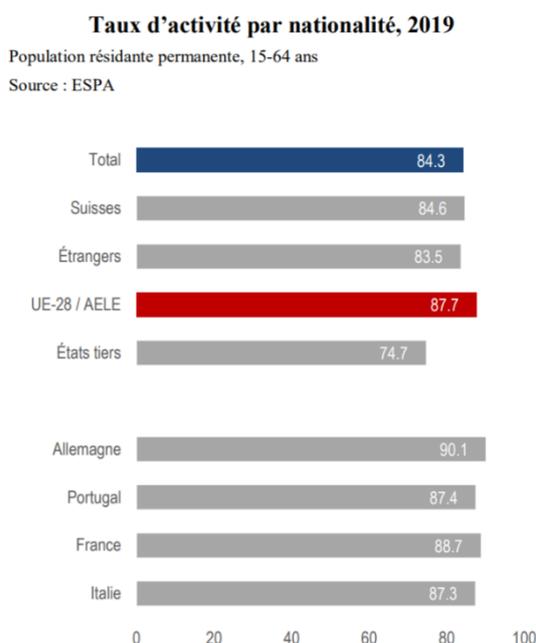
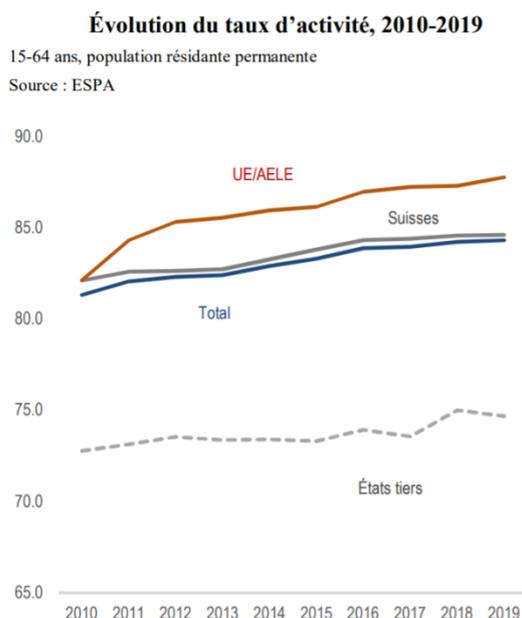
En cas de résiliation des accords bilatéraux I, le produit par habitant serait nettement inférieur – cela même avec une baisse de la croissance démographique. En termes de prospérité économique, le manque à gagner s'élèverait à environ 3400 francs par habitant en 2035, soit un total cumulé de 36 000 francs par habitant pour la période 2018-2035.

BIP-Entwicklung Referenzszenario vs. Szenario «Wegfall Bilaterale I»



(Source : Die mittel- und langfristigen Auswirkungen eines Wegfalls der Bilateralen I auf die Schweizerische Volkswirtschaft, étude commandée par le SECO, novembre 2015, page 21)

Dans le même temps, le taux d'activité n'a cessé d'augmenter depuis 2010. Le taux d'activité des ressortissants des quatre principaux pays d'origine de l'UE, à savoir l'Allemagne, la France, l'Italie et le Portugal, est également compris entre 87 % et 90 %. Cela réfute l'argument selon lequel les étrangers ne feraient que profiter de prestations sociales élevées.



(Source : Seizième rapport de l'Observatoire du SECO, 29 juin 2020, p. 28)

Dans l'ensemble, la Suisse a profité ces dernières années de la libre circulation des personnes. Trois tendances influenceront le marché du travail au cours des prochaines années :

1. D'ici à 2030 environ, les travailleurs seront plus nombreux à quitter le marché du travail qu'à entrer dans la vie active. Les baby-boomers prendront leur retraite. La demande de main-d'œuvre ne diminuera pas dans les années à venir. La baisse de la population active se traduira par une recrudescence de la pénurie de travailleurs qualifiés. Les pays de l'UE/AELE seront confrontés au même problème, ce qui aura pour effet d'aggraver la pénurie de main-d'œuvre qualifiée en Suisse. La crise du Covid-19 ne change rien à cette réalité. Même s'il faut effectivement s'attendre à une hausse du chômage consécutive au confinement entre mars et mai 2020, la pénurie de main-d'œuvre qualifiée est loin d'être atténuée. Bien au contraire : lors de la crise du Covid-19 au printemps 2020, les médecins et les professionnels de la santé ont été particulièrement sollicités et les services d'urgence des hôpitaux ont frôlé les limites de leur capacité. En fin de compte, la crise du Covid-19 a révélé l'importance de la main-d'œuvre étrangère qualifiée dans le domaine de la santé.

2. Depuis le 1er juillet 2018, les employeurs ont l'obligation d'annoncer les postes vacants. Ils se voient limités dans leur liberté de recruter du personnel. Ils tiennent désormais compte des propositions des offices régionaux de placement ORP. Dans le cadre de la mise en œuvre de l'initiative contre l'immigration de masse, épuiser le potentiel de main-d'œuvre en Suisse devient un objectif essentiel de la politique du marché du travail.
3. En raison de la pénurie de main-d'œuvre qualifiée, l'importance des travailleurs âgés et surtout expérimentés (dont les plus de 50 ans) va également augmenter.

5.2 Le commerce international assure la sécurité de l'emploi

L'imbrication de la Suisse dans l'économie internationale est un facteur clé de sa réussite. Un franc sur deux gagné par l'économie suisse l'est à l'étranger. Le commerce international génère de la croissance et garantit ainsi des emplois en Suisse. La création d'emplois se traduit par la sécurité de l'emploi. La Suisse ne dispose pas de ressources minérales abondantes et son industrie n'est pas adaptée à la production de masse à bas prix. Après la Seconde Guerre mondiale, elle a bâti sa prospérité sur le savoir, l'inventivité et l'innovation.

Environ 600 000 nouveaux emplois ont été créés depuis 2010. Cette croissance n'a pas entraîné de détérioration des conditions de travail ni de discrimination à l'égard des travailleurs nationaux. L'immigration de travailleurs de l'UE résultant de la libre circulation des personnes ne s'est pas traduite par une augmentation du chômage des travailleurs suisses. Le taux d'emploi des travailleurs nationaux et étrangers a au contraire augmenté. Depuis l'introduction de la libre circulation des personnes en 2002, les salaires ont également connu une évolution positive. Le salaire réel moyen a augmenté en moyenne de 0,7 % par an au cours des dix-sept dernières années. Des mesures d'accompagnement ont été introduites le 1er juin 2004 afin de protéger les travailleurs contre les risques de sous-enchère des conditions de salaire et de travail suisses. Ces mesures garantissent en outre des conditions de concurrence identiques pour les entreprises indigènes et étrangères. Un système de contrôle garantit la bonne application des mesures d'accompagnement.

Pour les jeunes en particulier, l'ouverture sur l'étranger est une chance, tant en termes d'opportunités professionnelles que de recherche et de formation. L'ouverture des frontières permet aux Suisses de trouver un emploi et d'acquérir une expérience professionnelle dans les pays de l'UE. Elle leur permet également de participer aux projets de recherche ainsi qu'aux programmes d'échanges transfrontaliers des établissements d'enseignement. L'initiative de limitation menace les conditions-cadres fondamentales et indispensables au succès des acteurs suisses de la formation, de la recherche et de l'innovation (FRI) sur le plan européen. Son acceptation entraînerait une baisse de l'attrait des hautes écoles suisses en tant qu'employeur, et par conséquent restreindrait la mobilité du personnel académique et des étudiants.

NON**À L'INITIATIVE DE LIMITATION**

Les Suisses de l'étranger bénéficient également de la libre circulation des personnes. Quelque 800 000 Suisses vivent à l'étranger, dont plus de 60 % dans des pays européens, la France, l'Allemagne et l'Italie en tête. Environ 500 000 d'entre eux travaillent et vivent dans l'UE et bénéficient de la libre circulation des personnes. La résiliation de l'accord sur la libre circulation des personnes affecterait directement ces personnes en leur faisant perdre l'accès garanti au marché du travail.

La crise du Covid-19 a montré en grandeur réelle les effets qu'une fermeture totale ou partielle des frontières peut avoir sur le marché du travail suisse. Même si de nombreuses entreprises en Suisse disposent de carnets de commandes bien remplis et peuvent continuer à produire, elles dépendent des déplacements transfrontaliers pour assurer la vente et le suivi de leurs produits. Les restrictions de voyage limitent toutefois leur capacité d'exportation. Certaines branches et PME exportent jusqu'à 80 % de leurs produits à l'étranger. Si leurs produits ne peuvent être achetés par les clients à l'étranger, ceux-ci ne peuvent pas être exportés. À terme, cela peut menacer des emplois en Suisse.

5.3 Exploitation du potentiel indigène et sécurité des travailleurs de plus de 50 ans

Exploiter le potentiel indigène consiste à mettre l'accent sur la formation et la formation continue dans le but de garantir et de promouvoir de manière optimale les chances de chacun sur le marché de l'emploi. **L'importance des travailleurs âgés** pour l'économie suisse est grande et ne cessera de croître. Le niveau élevé de participation des « plus de 50 ans » au marché du travail en est la preuve. Leur expérience est d'une valeur considérable pour la Suisse en tant que pôle scientifique et économique. Le vieillissement de la population voit grandir le marché des seniors. Les entreprises recherchent de plus en plus des collaborateurs plus âgés et plus expérimentés pour répondre aux besoins de cette clientèle.

Les travailleurs d'un certain âge et les personnes à la recherche d'un emploi sont soutenus par tout un ensemble d'aides destinées aux ressortissants nationaux. L'ensemble des mesures visant à promouvoir le potentiel indigène plaide contre l'adoption de l'initiative de limitation. Diverses mesures visent en l'occurrence à renforcer la compétitivité des travailleurs d'un certain âge sur le marché du travail. La Confédération a d'ores et déjà réagi en adoptant un train de mesures visant à promouvoir l'exploitation du gisement de main-d'œuvre national et des travailleurs d'un certain âge.

L'obligation pour les employeurs d'annoncer leurs postes vacants répond aux exigences de l'initiative « contre l'immigration de masse ». L'obligation pour les entreprises d'annoncer aux offices régionaux de placement (ORP) leurs postes vacants est entrée en vigueur le 1er juillet 2018. Elle fait suite à l'acceptation par le peuple suisse de l'initiative populaire « contre l'immigration de masse » le 9 février 2014. Depuis le 1er janvier 2020, les postes vacants dans les professions dont le taux de chômage est égal ou supérieur à 5 % doivent être annoncés aux offices régionaux de placement (ORP) avant que les entreprises les proposant ne puissent les mettre au concours et les pourvoir au terme d'un délai de cinq jours ouvrables. Cette mesure vise à donner aux

demandeurs d'emploi inscrits auprès de l'ORP un avantage en termes d'information. Le rapport de monitoring du SECO, publié pour la première fois le 1er novembre 2019, indique que depuis l'introduction de l'obligation d'annonce et hors influences saisonnières, le nombre des postes annoncés a nettement augmenté, pour se stabiliser à un niveau élevé. Le seuil de 5 % de chômage en vigueur depuis 2020 générera un volume d'annonce de quelque 200 000 emplois. L'exploitation du potentiel indigène devient un objectif important de la politique du marché du travail. Cette mesure profite tout particulièrement aux demandeurs d'emploi « 50+ ».

Mesures de soutien aux chômeurs âgés. Soucieux d'améliorer la situation des travailleurs âgés, le Conseil fédéral veut encourager l'intégration sur le marché du travail par des mesures ciblées (par exemple : bilan de compétences gratuit, analyse de potentiel pour les personnes de plus de 40 ans, etc.). Il veut en outre améliorer la situation des chômeurs âgés en fin de droits via l'introduction de la nouvelle loi fédérale sur les prestations transitoires pour les chômeurs âgés, actuellement traitée au Parlement. Le Conseil fédéral propose ainsi d'allouer une prestation transitoire aux personnes de plus de 60 ans ayant épuisé leur droit à des indemnités de chômage. L'objectif est de faire bénéficier les chômeurs en fin de droits d'une prestation transitoire le temps qu'ils atteignent l'âge ordinaire de la retraite AVS. Pour cela, les chômeurs devront remplir certaines conditions. Afin d'éviter que la prestation transitoire ne se transforme en rente de licenciement, ses effets potentiellement désincitatifs doivent être réduits au maximum. Il convient ainsi de bien délimiter la catégorie des personnes ayant droit aux prestations. L'âge des bénéficiaires doit être porté à 62 ans. Les bénéficiaires de la prestation transitoire doivent aussi être tenus de continuer à rechercher activement un emploi et doivent rester inscrits à l'ORP. La décision du Conseil des États, lors de la session d'hiver 2019, de ne verser la prestation transitoire qu'à partir de 60 ans et jusqu'à la retraite anticipée, c'est-à-dire jusqu'au moment où la perception anticipée d'une rente de vieillesse devient possible, mérite d'être soutenue comme une alternative valable.

5.4 Un marché du travail ouvert constitue un important réservoir de personnel qualifié pour les PME

Important réservoir de personnel qualifié pour l'économie. L'accord sur la libre circulation des personnes permet aux entreprises suisses de recruter dans les pays de l'UE/AELE des spécialistes qu'elles ne parviennent pas à trouver au niveau local. La libre circulation des personnes est d'une importance cruciale pour l'économie et la sécurité des emplois. Elle permet aux entreprises de puiser, avec souplesse et sans trop de contraintes administratives, dans un large bassin européen de travailleurs. Les baby-boomers partent à la retraite et, à l'horizon 2030, le nombre de personnes qui quitteront le marché du travail sera supérieur au nombre de celles qui y entreront. La pénurie de travailleurs qualifiés s'aggravera surtout dans les professions exigeant un diplôme de l'enseignement supérieur. La possibilité de recourir à la main-d'œuvre européenne n'en deviendra que plus importante. Conscients de leurs intérêts, les employeurs investissent dans la formation de leurs collaborateurs.

NON**À L'INITIATIVE DE LIMITATION**

La libre circulation des personnes est d'une importance cruciale pour l'économie et la sécurité de l'emploi. Elle permet aux entreprises, et aux PME en particulier, d'accéder à un réservoir de travailleurs qualifiés dans l'UE de manière souple et non bureaucratique. L'impossibilité pour certains secteurs de satisfaire leur besoin en main-d'œuvre qualifiée en provenance des pays de l'UE/AELE en raison de l'absence de libre circulation des personnes menace également les emplois de la main-d'œuvre indigène dans ces secteurs, par exemple dans celui du tourisme et de la restauration.

Actuellement, en Suisse, du fait de la crise du Covid-19, quelque 37 % des employés (environ 1,9 million de personnes) sont au chômage partiel et bénéficient d'une indemnité de chômage partiel. Le nombre de nouvelles demandes s'est stabilisé depuis le mois de mai, ce qui laisse penser que les entreprises particulièrement touchées par la crise du Covid-19 et le confinement ont déjà déposé leurs demandes. Le chômage partiel consiste en la réduction temporaire ou l'arrêt complet du travail dans une entreprise, avec toutefois le maintien de la relation contractuelle prévue par le droit du travail. Les interruptions de travail résultant de mesures décidées par les autorités ou d'autres circonstances indépendantes de la volonté de l'employeur sont également considérées comme du chômage partiel. L'objectif est de préserver les emplois. L'extension des mesures de chômage partiel aux travailleurs sur appel, aux apprentis et à d'autres catégories d'employés vise également à protéger les jeunes en apprentissage ou les personnes employées dans la location de services. Les propriétaires d'entreprises individuelles directement ou indirectement touchées par les ordonnances de fermeture recevront également une compensation. La crise du Covid-19 entraînera inévitablement des pertes d'emplois.

5.5 L'immigration en provenance des pays de l'UE soutient les assurances sociales

Les opposants à la libre circulation des personnes prétendent que les immigrants de l'UE représentent une charge pour le système suisse de sécurité sociale. La libre circulation des personnes entre l'UE et la Suisse n'est pas inconditionnelle. Elle comprend le droit d'entrer et de séjourner en Suisse, de chercher un emploi ou de s'établir en tant qu'indépendant.

L'exercice d'une activité professionnelle de plus de trois mois est soumis à autorisation. La délivrance d'une autorisation de séjour est subordonnée à la conclusion d'un contrat de travail. La durée de validité de l'autorisation de séjour dépend de la durée de la relation de travail. Les personnes qui perdent leur emploi ont six mois pour trouver un nouvel emploi. L'accord sur la libre circulation des personnes octroie également un droit de séjour aux personnes n'exerçant pas d'activité lucrative des États de l'UE-28/AELE (retraités, étudiants, etc.). Pour bénéficier de ce droit de séjour, les personnes n'exerçant pas d'activité lucrative doivent disposer de ressources financières suffisantes et d'une couverture d'assurance-maladie. Il n'y a donc pas d'immigration massive inconditionnelle. Seules les personnes ayant travaillé et cotisé à l'AC pendant au moins 12 mois au cours des deux dernières années peuvent prétendre à des prestations de chômage en Suisse. Selon le 16e rapport de

l'Observatoire du SECO, les étrangers de la zone UE28/AELE contribuent à hauteur de 25 % au financement de l'assurance-chômage et en sont bénéficiaires nets à hauteur de 31,1 %.

Leur contribution au 1er pilier est en revanche positive. Les cotisations des employeurs et des employés constituent la principale source de financement du premier pilier (AVS/AI/APG/PC). Selon le 16e rapport de l'Observatoire du SECO, les cotisations des employés et des employeurs couvraient 64 % des dépenses de ce régime en 2019, le reste étant financé pour l'essentiel par le secteur public au moyen d'impôts. La statistique des revenus de l'AVS permet de suivre avec précision l'évolution du substrat économique assujetti aux cotisations sur la période concernée. La croissance de la masse salariale est étroitement liée aux cycles économiques. Pendant les phases d'essor économique, la croissance de la masse salariale contributive des assurés étrangers a été sensiblement plus élevée que celle de la masse salariale des assurés suisses. Du fait de l'évolution plus dynamique de la masse salariale des ressortissants étrangers, leur part dans le financement du 1er pilier a également augmenté. La part des personnes de nationalité suisse est passée de 73,6 % à 68,4 % en dix ans (2006-2017). La part des ressortissants de l'UE28/AELE est en revanche passée de 20,5 % à 26,5 %. Dans le même temps, les citoyens des pays de l'UE et de l'AELE ne sollicitent qu'environ 15,8 % de ces prestations.

En 2017, 3,0 % des ressortissants de l'UE bénéficiaient de l'aide sociale, un taux légèrement inférieur à la moyenne de 3,3 %, mais supérieur à celui des Suisses (2,3 %).

5.6 Les mesures d'accompagnement (FlaM) contribuent à la protection des salaires

Les arguments des partisans de l'initiative de limitation selon lesquels l'immigration ferait généralement baisser les salaires ne tiennent pas. Des mesures d'accompagnement ont été introduites le 1er juin 2004 afin de protéger les travailleurs contre les risques de sous-enchère des conditions de salaire et de travail suisses. Elles visent également à garantir des conditions de concurrence équitables pour les entreprises nationales et étrangères et comprennent diverses réglementations.

La loi fédérale sur les mesures d'accompagnement applicables aux travailleurs détachés (Loi sur les travailleurs détachés) soumet les employeurs étrangers qui détachent des travailleurs en Suisse au respect des conditions minimales de salaire et de travail suisse. En cas de sous-enchère salariale abusive et répétée, les dispositions d'une convention collective de travail (CCT), les salaires minimaux, la durée du travail, l'exécution paritaire et les sanctions peuvent faire l'objet d'une extension facilitée. De ce fait, toutes les entreprises actives dans la branche doivent respecter les conditions étendues. Dans les branches ne possédant pas de CCT, des contrats-types de travail, comportant des salaires minimaux impératifs, peuvent être édictés en cas de sous-enchère salariale abusive et répétée. Cette mesure s'applique à toutes les entreprises de la branche concernée. Les commissions tripartites observent le marché du travail suisse dans son ensemble et peuvent, pour ce faire, contrôler les entreprises indigènes et étrangères. Elles peuvent demander, lors de constat d'éventuelles sous-enchères abusives et répétées aux salaires usuels dans la localité et la branche, l'édiction à durée limitée de

salaires minimaux. Dans les branches couvertes par une convention collective de travail étendue, les commissions paritaires contrôlent le respect des dispositions de la convention collective de travail auprès des entreprises indigènes et étrangères. En matière de protection des salaires, l'expérience des quinze dernières années s'avère positive. La densité des contrôles sur le marché du travail a été accrue, ce qui permet de lutter contre les infractions spécifiquement là où les risques sont élevés.

5.7 Un nombre croissant de conventions collectives de travail prévoient un salaire minimum

Sur demande des associations contractantes, les autorités compétentes au niveau fédéral et au niveau cantonal peuvent étendre le champ d'application de conventions collectives de travail (CCT) à toute la branche, pour autant que les conditions légales pour cela soient remplies. Les arrêtés d'extension du champ d'application d'une CCT contiennent l'indication du champ d'application territorial, de la branche concernée et des travailleurs auxquels le champ d'application est étendu. Avec l'introduction de la libre circulation des personnes, les conventions collectives de travail, considérées comme dépassées dans les années 1990, ont reconquis leurs lettres de noblesse. Le nombre de conventions collectives et de conventions collectives étendues avec salaires minimums a augmenté au cours des dernières années. Aujourd'hui, quelque 600 conventions collectives de travail régissent les conditions de travail d'environ deux millions de personnes en Suisse, dont plus de 80 % au salaire minimum.

5.8 Autres implications d'une résiliation de l'ALCP

L'accord sur la libre circulation des personnes est lié aux six autres volets des accords bilatéraux I par la clause guillotine. En cas de résiliation de l'ALCP, il y a lieu de supposer que l'UE considèrera également les autres accords comme caducs. La disparition de la reconnaissance mutuelle en matière d'évaluation de la conformité aurait des conséquences particulièrement graves pour les PME. La charge administrative pour les exportations vers l'UE augmenterait sans aucun doute. La commercialisation des produits serait aussi plus coûteuse. Il en irait de même pour les marchés publics. L'accord sur les marchés publics permet aux PME d'accéder à des marchés publics supplémentaires. La résiliation de l'accord sur l'agriculture mettrait fin à la facilitation des échanges de produits agricoles. La reconnaissance mutuelle des réglementations sur les produits deviendrait obsolète. Certains règlements techniques pourraient être révoqués.

5.9 Impact environnemental

La population est de plus en plus sensible aux questions environnementales, comme l'a révélé l'Office fédéral de la statistique fin janvier 2020. La part de la population jugeant la qualité de l'environnement en Suisse très bonne ou plutôt bonne est passée de 92 % en 2015 et en 2011 à 84 % en 2019. Le bruit du trafic, la pollution atmosphérique et les rayonnements dérangent de plus en plus. Plus de 50 % de la population estime que la perte de biodiversité, l'utilisation de pesticides et le changement climatique sont très dangereux pour l'être humain et pour l'environnement.

Les opposants à la libre circulation des personnes pointent de plus en plus son impact environnemental. À l'échelle mondiale, le lieu à partir duquel une personne augmente ou réduit son bilan de CO2 n'a toutefois aucune importance. Les émissions croissantes de CO2 doivent être stabilisées via une exploitation plus judicieuse des potentiels d'économie et de production d'énergie existants ainsi que par la mise au point et l'application de nouvelles technologies. Dans de nombreux pays, les émissions de CO2 par personne sont beaucoup plus élevées qu'en Suisse. Dans son rapport de 2012 sur la libre circulation des personnes et l'immigration en Suisse, le Conseil fédéral a déjà déclaré que « outre la croissance démographique et économique induite par l'immigration, d'autres facteurs essentiels ont une influence nettement plus forte sur l'évolution de la consommation d'énergie ». Le Conseil fédéral note également que « l'immigration n'a guère d'influence sur les émissions globales de gaz à effet de serre et donc sur le réchauffement climatique : peu importe, en effet, que les gaz à effet de serre produits par les immigrés le soient dans leur pays de provenance ou en Suisse. L'immigration n'a une incidence que sur les mesures nécessaires pour respecter les objectifs quantitatifs que la Suisse s'est fixés en matière de politique énergétique : plus l'immigration est importante, plus de gaz à effet de serre seront rejetés en Suisse et plus il faudra mettre en œuvre de mesures pour tenir les engagements fixés en chiffres absolus en matière de réduction des émissions. L'évolution de la production de gaz à effet de serre n'est cependant pas proportionnelle à la démographie. Elle s'en distingue même nettement, puisqu'une croissance démographique de 1 % entraîne une hausse des émissions de gaz à effet de serre nettement inférieure à 1 %.

D'autres facteurs, comme l'évolution technique, les prix de l'énergie, la croissance économique et la politique climatique ont une incidence bien supérieure sur les quantités de gaz à effet de serre rejetés dans l'atmosphère que la croissance démographique. Les mesures adoptées en matière de politique climatique et énergétique, en particulier, ont une beaucoup plus forte influence sur l'évolution future des émissions de gaz à effet de serre. »

5.10 Pas de politique du bouc émissaire

L'initiative de limitation invoque souvent le stress lié à la densité. Les trains et les bus bondés ainsi que les embouteillages sur les routes en constitueraient la preuve. Au cours des dernières années, l'infrastructure des transports en Suisse a atteint ses limites de capacité non pas principalement du fait de l'immigration, comme le prétendent les auteurs de l'initiative, mais en raison de la modification du comportement de l'ensemble de la population en matière de mobilité. L'augmentation du trafic de loisirs est avant tout un signe de prospérité. La lutte contre les quelque 25 000 heures de bouchons qui paralysent le réseau des routes nationales chaque année et contre la surcharge occasionnelle des transports publics passe par des extensions de capacité ciblées, des horaires densifiés et une utilisation plus rationnelle des infrastructures.

L'argument de la criminalité n'est pas davantage recevable. L'immigration n'entraîne pas a priori une hausse de la criminalité. Le nombre d'infractions enregistrées est en baisse. Le nombre de vols a diminué de moitié au cours des dix dernières années.

27 SEPT. 2020

NON

À L'INITIATIVE DE LIMITATION

Promouvoir l'initiative de limitation sur le dos des demandeurs d'asile relève également de l'amalgame. L'initiative de limitation porte essentiellement sur la libre circulation des personnes entre la Suisse et les États de l'UE ou de l'AELE. Ni le droit d'asile ni les quotas pour les travailleurs d'États tiers fixés annuellement par le Conseil fédéral n'ont de rapport avec le présent débat.

Berne, 29 juin 2020

Comité PME « NON à l'initiative de résiliation – NON à la destruction des emplois »

Schwarztorstrasse 26

3007 Berne

www.limitation-non.ch

**ELLE POURRAIT SOIGNER
VOTRE GRAND-MÈRE,
MAIS ELLE NE LE FERA PAS.**

27 SEPT. 2020

NON

Marta, aide-soignante polonaise, ne pourra plus pratiquer en Suisse.

À L'INITIATIVE DE LIMITATION
LIMITATION-NON.CH

Argumentaire court contre l'initiative populaire fédérale « Pour une immigration modérée (initiative de limitation) »

1. Exigences de l'initiative « Pour une immigration modérée »

L'initiative « Pour une immigration modérée » vise à régler de manière autonome l'immigration des étrangers en Suisse et donc à renégocier la libre circulation des personnes avec les pays membres de l'Union européenne (UE) et de l'Association européenne de libre-échange (AELE) ou à y mettre un terme si aucun résultat n'est obtenu. Elle prévoit en outre que les accords comparables soient interdits par la Constitution. Son acceptation signifierait la fin des accords bilatéraux avec l'UE et impliquerait également la renégociation des conditions d'affiliation de la Suisse à l'AELE.

Texte de l'initiative

L'initiative populaire « Pour une immigration modérée (initiative de limitation) » a la teneur suivante :

La Constitution est modifiée comme suit :

Art. 121b Immigration sans libre circulation des personnes

¹ La Suisse règle de manière autonome l'immigration des étrangers.

² Aucun nouveau traité international ne sera conclu et aucune autre nouvelle obligation de droit international ne sera contractée qui accorderaient un régime de libre circulation des personnes à des ressortissants étrangers.

³ Les traités internationaux et les autres obligations de droit international existants ne pourront pas être modifiés ni étendus de manière contraire aux al. 1 et 2.

Dispositions transitoires ad art. 121b (Immigration sans libre circulation des personnes)

¹ Des négociations seront menées afin que l'Accord du 21 juin 1999 entre la Confédération suisse d'une part, et la Communauté européenne et ses États membres, d'autre part, sur la libre circulation des personnes cesse d'être en vigueur dans les douze mois qui suivent l'acceptation de l'art. 121b par le peuple et les cantons.

² **Si cet objectif n'est pas atteint, le Conseil fédéral dénonce l'accord visé à l'al. 1 dans un délai supplémentaire de 30 jours.**

Conseil fédéral et Parlement recommandent au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative de limitation, sans contre-projet. Le 15 mai 2019, le Conseil fédéral a adopté une série de mesures afin d'encourager le potentiel

NON**À L'INITIATIVE DE LIMITATION**

de main-d'œuvre indigène de manière ciblée et de garantir que la libre circulation des personnes continue de ne pas supplanter la main-d'œuvre en Suisse, mais de la compléter là où il le faut.

2. Les auteurs de l'initiative et leurs arguments pour mettre fin à la libre circulation des personnes

Les auteurs de l'initiative de limitation sont issus de la mouvance de l'Union démocratique du centre (UDC) et de l'Action pour une Suisse indépendante et neutre (ASIN). De leur point de vue, le fait que l'initiative « contre l'immigration de masse », approuvée par le souverain le 9 février 2014, n'ait pas été mise en œuvre dans l'esprit de ses auteurs parle en faveur de l'adoption de l'initiative de limitation. Les auteurs de l'initiative « contre l'immigration de masse » comme les auteurs de l'initiative de limitation appellent à une gestion autonome de l'immigration par la Suisse. Les auteurs de l'initiative veulent enfin résoudre le « problème de l'immigration illimitée ». Selon eux, les effets pervers de ce phénomène se font sentir quotidiennement. La concurrence sur le marché du travail augmente – les travailleurs plus âgés perdent leur emploi et sont remplacés par de jeunes étrangers, les logements se raréfient, les loyers et les prix immobiliers explosent, les paysages sont de plus en plus bétonnés et les infrastructures comme les routes, les trains et les écoles notamment, sont bondées. Cette immigration massive provoque des problèmes culturels quasi insolubles dans les écoles et sur le marché du travail. Les auteurs de l'initiative se servent également de la crise du coronavirus pour faire avancer leur cause. Évoquant la menace d'un chômage de masse, ils critiquent le Conseil fédéral et le Parlement, qui veulent rouvrir les frontières et rétablir la libre circulation des personnes entre l'UE et la Suisse. Une telle mesure constitue selon eux un affront à tous les chômeurs. Plutôt que de faire de la relance de l'immigration de masse en provenance de l'UE une priorité, le Conseil fédéral et le Parlement seraient mieux inspirés de s'occuper de leur propre population.

NON**À L'INITIATIVE DE LIMITATION**

3. Messages clés et arguments contre l'initiative

Presque tous les partis politiques ainsi que les organisations faitières de l'économie, les syndicats et d'autres organisations s'engagent contre l'initiative. Les messages clés de l'usam sont les suivants :

La prospérité par l'ouverture

1. Le commerce international crée de la croissance et donc plus d'emplois. La création d'emplois procure la sécurité de l'emploi.

NON à l'initiative de limitation : le commerce international crée la sécurité de l'emploi.

2. La libre circulation des personnes est d'une importance cruciale pour l'économie et la sécurité de l'emploi. Elle permet aux entreprises d'accéder à un réservoir de travailleurs qualifiés dans l'UE, de manière souple et non bureaucratique.

NON à l'initiative de limitation : un marché du travail ouvert constitue un important réservoir de travailleurs qualifiés pour les PME.

3. Dans le cadre de la mise en œuvre de l'initiative contre l'immigration de masse, l'exploitation du potentiel indigène est un objectif important de la politique suisse du marché du travail. Les demandeurs d'emploi sont soutenus par des mesures visant à encourager le potentiel de main-d'œuvre en Suisse. La formation professionnelle et la formation continue sont les clés des perspectives et de la sécurité de l'emploi.

NON à l'initiative de limitation : exploiter le potentiel indigène consiste à mettre l'accent sur la formation et la formation continue dans le but de garantir et de promouvoir de manière optimale les chances de chacun sur le marché de l'emploi.

La prospérité par l'ouverture – l'approche bilatérale comme recette du succès

La Suisse gagne un franc sur deux à l'étranger. En Europe, elle est parvenue à suivre sa propre voie et à conclure avec l'UE des accords spécialement adaptés à ses besoins (accords bilatéraux I). En tant que petit pays au cœur de l'Europe, la Suisse doit pouvoir entretenir de bonnes relations avec l'UE. Ces dernières années, les accords bilatéraux ont apporté plus de croissance et une plus grande prospérité à l'économie suisse. Comme l'accord sur la libre circulation des personnes est lié aux six autres accords bilatéraux I (accord sur les entraves techniques au commerce, accord sur l'agriculture, accord sur les transports terrestres, accord sur le transport aérien, accord sur les marchés publics et accord sur la recherche), l'acceptation de l'initiative de limitation entraînerait la résiliation de l'ensemble des accords, laquelle aurait des conséquences dommageables pour les entreprises suisses en termes d'accès au marché de l'UE. D'un point de vue économique, l'initiative ignore en particulier l'importance considérablement accrue des chaînes transfrontalières de création de valeur. Les PME suisses sont championnes à l'exportation. Avec la résiliation des accords bilatéraux I, les entreprises suisses

NON**À L'INITIATIVE DE LIMITATION**

perdraient leur accès direct au marché intérieur de l'UE et, avec lui, une bonne partie de leur compétitivité. Aujourd'hui, les marges sont déjà étroites dans de nombreux secteurs. La résiliation des accords bilatéraux I aurait de graves conséquences pour l'emploi en Suisse, en particulier au sein des PME orientées vers l'exportation.

La libre circulation des personnes a contribué à atténuer la pénurie de travailleurs qualifiés. En Suisse, elle n'a pas entraîné d'éviction ni de pression salariale sur les travailleurs peu qualifiés. Les mesures d'accompagnement (FlaM) ont prouvé leur efficacité. La résiliation de l'accord sur la libre circulation des personnes (ALCP) aurait en revanche de graves conséquences. La résiliation des accords bilatéraux I entraînerait un affaiblissement considérable de l'économie suisse et des pertes de revenus notables pour la population suisse. L'adoption de l'initiative de limitation se traduirait par une baisse de la productivité, une perte de prospérité et une hausse du chômage.

NON à l'initiative de limitation : le commerce international crée la sécurité de l'emploi

L'intégration de la Suisse dans l'économie internationale est un facteur clé de sa réussite. Un franc sur deux gagné par l'économie suisse l'est à l'étranger. Le commerce international génère de la croissance et garantit l'emploi en Suisse. Environ 600 000 nouveaux emplois ont été créés depuis 2010. Cette croissance n'a pas entraîné de détérioration des conditions de travail ni de discrimination à l'égard des travailleurs nationaux. L'immigration de travailleurs de l'UE résultant de la libre circulation des personnes ne s'est pas traduite par une augmentation du chômage des travailleurs suisses. Le taux d'emploi des travailleurs nationaux et étrangers a au contraire augmenté. Depuis l'introduction de la libre circulation des personnes en 2002, les salaires ont aussi connu une évolution positive. Le salaire réel moyen a augmenté en moyenne de 0,7% par an au cours des dix-sept dernières années. Des mesures d'accompagnement ont été introduites le 1er juin 2004 afin de protéger les travailleurs contre les risques de sous-enchère des conditions de salaire et de travail suisses. Ces mesures garantissent en outre des conditions de concurrence identiques pour les entreprises indigènes et étrangères. Un système de contrôle garantit la bonne application des mesures d'accompagnement. Les expériences à l'étranger sont importantes pour la future carrière des jeunes en particulier. Quelque 800 000 Suisses de l'étranger profitent de la libre circulation des personnes. La crise du coronavirus a mis en évidence les conséquences que peut avoir la fermeture partielle des frontières sur le marché du travail suisse. Pour diverses branches et entreprises, les déplacements transfrontaliers sont vitaux pour assurer la vente et l'achat de produits ; la crise du coronavirus a empêché d'écouler de la marchandise.

NON à l'initiative de limitation : exploitation du potentiel indigène et sécurité des travailleurs de plus de 50 ans

Exploiter le potentiel indigène consiste à mettre l'accent sur la formation et la formation continue dans le but de garantir et de promouvoir de manière optimale les chances de chacun sur le marché de l'emploi.

NON**À L'INITIATIVE DE LIMITATION**

L'importance des travailleurs âgés pour l'économie suisse se reflète dans le niveau élevé de participation des « plus de 50 ans » au marché du travail. L'ensemble des mesures visant à promouvoir le potentiel indigène ainsi que l'obligation d'annoncer les postes vacants, en vigueur depuis le 1er juillet 2018, plaident contre l'adoption de l'initiative de limitation.

NON à l'initiative de limitation : un marché du travail ouvert constitue un important réservoir de personnel qualifié pour les PME

L'accord sur la libre circulation des personnes permet aux entreprises suisses de recruter dans les pays de l'UE/AELE des spécialistes qu'elles ne parviennent pas à trouver au niveau local. La libre circulation des personnes est d'une importance cruciale pour l'économie et la sécurité des emplois. Elle permet aux entreprises de puiser, avec souplesse et sans trop de contraintes administratives, dans un large bassin européen de travailleurs. Les baby-boomers partent à la retraite et, à l'horizon 2030, le nombre de personnes qui quitteront le marché du travail sera supérieur au nombre de celles qui y entreront. La pénurie de travailleurs qualifiés s'aggravera surtout dans les professions exigeant un diplôme de l'enseignement supérieur. L'impossibilité pour certains secteurs de satisfaire leur besoin en main-d'œuvre qualifiée en provenance des pays de l'UE/AELE en raison de l'absence de libre circulation des personnes menace également les emplois de la main-d'œuvre indigène dans ces secteurs, par exemple dans celui du tourisme et de la restauration.

NON à l'initiative de limitation : l'immigration en provenance des pays de l'UE soutient les assurances sociales

Les opposants à la libre circulation des personnes prétendent que les immigrés de l'UE représentent une charge pour le système suisse de sécurité sociale. L'immigration a des répercussions positives sur le résultat de répartition du 1er pilier. Les cotisations des employeurs et des employés constituent la principale source de financement du premier pilier (AVS/AI/APG/PC). Selon le 16e rapport de l'Observatoire du SECO, les cotisations des employés et des employeurs couvraient 64% des dépenses de ce régime en 2019, le reste étant financé pour l'essentiel par le secteur public au moyen d'impôts. La statistique des revenus de l'AVS permet de suivre avec précision l'évolution du substrat économique assujéti aux cotisations sur la période concernée.

NON à l'initiative de limitation : les mesures d'accompagnement (FlaM) contribuent à la protection des salaires

Les arguments des partisans de l'initiative de limitation selon lesquels l'immigration ferait généralement baisser les salaires ne tiennent pas. Des mesures d'accompagnement ont été introduites le 1er juin 2004 afin de protéger les travailleurs contre les risques de sous-enchère des conditions de salaire et de travail en Suisse. Elles visent en outre à garantir des conditions de concurrence identiques pour les entreprises indigènes et étrangères.

NON à l'initiative de limitation : autres conséquences d'une résiliation de l'ALCP

L'accord sur la libre circulation des personnes (ALCP) est lié aux six autres volets des accords bilatéraux I par la clause guillotine. La résiliation de l'ALCP entraînerait automatiquement celle des autres accords. La disparition de la reconnaissance mutuelle en matière d'évaluation de la conformité aurait des conséquences particulièrement graves pour les PME. La charge administrative pour les exportations vers l'UE augmenterait sans aucun doute. La commercialisation des produits serait plus coûteuse. Il en irait de même pour les marchés publics. L'accord sur les marchés publics permet aux PME d'accéder à des marchés publics supplémentaires. La résiliation de l'accord sur l'agriculture mettrait fin à la facilitation du commerce des produits agricoles. La reconnaissance mutuelle des réglementations sur les produits deviendrait obsolète. Certains règlements techniques pourraient être révoqués.

NON à l'initiative de limitation : impact environnemental

Les opposants à la libre circulation des personnes pointent de plus en plus son impact environnemental. À l'échelle mondiale, le lieu à partir duquel une personne augmente ou réduit son bilan de CO2 n'a toutefois aucune importance. Les émissions croissantes de CO2 doivent être stabilisées via une exploitation plus judicieuse des potentiels d'économie et de production d'énergie existants ainsi que par la mise au point et l'application de nouvelles technologies.

NON à l'initiative de limitation : pas de politique du bouc émissaire

L'initiative de limitation invoque souvent le stress dû à la densité de la population. Les trains et bus bondés ainsi que les embouteillages sur les routes en constitueraient la preuve. Au cours des dernières années, l'infrastructure des transports en Suisse a atteint ses limites de capacité non pas principalement du fait de l'immigration, comme le prétendent les auteurs de l'initiative, mais en raison de la modification du comportement de l'ensemble de la population en matière de mobilité. L'augmentation du trafic de loisirs est avant tout un signe de prospérité. La lutte contre les quelque 25 000 heures de bouchons qui paralysent le réseau des routes nationales chaque année et contre la surcharge occasionnelle des transports publics passe par des extensions de capacité ciblées, des horaires densifiés et une utilisation plus rationnelle des infrastructures.

Berne, 29 juin 2020

Comité PME « NON à l'initiative de résiliation – NON à la destruction des emplois »

Schwarztorstrasse 26

3007 Berne

www.limitation-non.ch